

Universität Oran 2- Mohamed Ben Ahmed
Fakultät der Fremdsprachen



Dissertation

Zur Erlangung des akademischen Grades Doktor
in der deutschen Sprache

**Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland:
Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an
öffentlichen Schulen, am Beispiel Bundesland Hessen**

Vorgelegt von:

Frau KHENDEK DAHBIA

Jurymitglieder

Frau Baghdadi Fatima Zohra	Prof. Dr.	Universität Oran 2	Vorsitzende
Frau Bouhalouan Karima	MCA	Universität Oran 2	Betreuerin
Herr NOUAH Mohamed	MCA	Universität Alger 2	Gutachter
Herr MEDGHAR Abdelkrim	MCA	Universität Sidi Bel Abbes	Gutachter

2018- 2019



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Danksagung

Im Namen des gnädigen und barmherzigen Gottes

Die vorliegende Arbeit mit dem Titel „Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland: Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, am Beispiel Bundesland Hessen“ wurde als Doktorarbeit im Fachbereich Landeskunde an der Universität Mohamed Ben Ahmed 2 im Jahr 2019 in Oran vorgelegt.

Auf dem Weg zur Promotion habe ich von vielen Seiten Unterstützung erfahren. Zuerst danke ich Gott, der mich befähigt hat, endlich diese Arbeit zu verfassen.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Aoussine Sedikki, danke ich vielmals für die gute Betreuung und Förderung der Arbeit. Ein besonderer Dank gilt Frau Dr. Karima Bouhalhouan für ihre Bereitschaft die Arbeit weiter zu betreuen. Ohne ihren Ansporn wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich auch Herrn Prof. Dr. Albrecht Fuess vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien CNMS der Phillips-Universität Marburg. Er hat mir nicht nur Freiräume und hervorragende Arbeitsbedingungen während meines Aufenthaltes am Centrum gewährt, sondern hat mir auch wichtige Kontakte zum Hessischen Kulturstministerium sowie zu Vertretern der islamischen Organisationen, die für die Verfassung der Arbeit wichtig sind, vermittelt.

Dem Ministerium für Hochschulwesen und wissenschaftliche Forschung danke ich sehr für die finanzielle Unterstützung während der Promotionszeit.

Für die konstruktive und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen der Deutschabteilung danken.

Ganz besonders dankbar bin ich Herrn Prof. Dr. Rachid Ouaissa für Politikwissenschaft am CNMS, Herrn Dr. Oliver Kahl, Herrn Dr. Adem Aygün Liebzig von der Justus-Liebig-Universität Gießen und Frau Dunya El Missiri von der Goethe-Universität Frankfurt. Ich danke Herrn Simon von der Volkshochschule für ihre ständige Gesprächsbereitschaft und ihre wertvollen Anmerkungen zu dieser Arbeit.

Meiner Familie danke ich für ihre unermüdliche Unterstützung und Rückendeckung.

Meinem Mann, meinen Kindern, meinen lieben Enkelkindern, meinen Eltern sowie der gesamten Familie ist diese Arbeit schließlich gewidmet-als Zeichen meiner Dankbarkeit für ihre unermüdliche Unterstützung und Rückendeckung.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Des Weiteren bin ich den interviewten Expertinnen und Experten und Ansprechpartnern für ihre Hilfe und Geduld dankbar: Herrn Uwe Wagishauser, Herrn Amir der Ahmadiyya Jamaat Muslim und Herrn Salih Özkan, dem Vorsitzenden des DITIB-Landesvorstandes Hessen, Frau Nurgül Altuntas, Referentin für schulfachliche Religions- und Kirchenangelegenheiten und Ethikunterricht beim Hessischen Kultusministerium sowie Frau Prof. Dr. Yaser Sarikaya, Vertretungsprofessorin für Islamische Theologie und Didaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Abkürzungsverzeichnis

	Abkürzung	Bedeutung
1	AABF	Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu (Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa)
2	Abs	Absatz
3	Art.	Artikel
4	ATIB.	Türkisch –islamische Union in Europa (Avrup Türk-Islam Birliğ)
5	BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
6	BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
7	BRD	Bundesrepublik Deutschland
8	BVerfGE	Sammlungen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
9	BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
10	Bzw.	Beziehungsweise
11	Ca	Circa
12	CIBEDO	Christlich-Islamischen Begegnungsdokumentationsleitstelle.
13	d. h.	Das heißt
14	DDR	Deutsche Demokratische Republik
15	ders.	Derselbe
16	die	Dieselbe
17	DIK	Deutsche Islam Konferenz
18	DITIB	Diyanet İşleri Türk İslam Başkanlığı (Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

19	DITIB	Türkisch –islamische Union der Anstalt für Religion e.V:8(Diyanet Isleri Türk Islam Birligi)
20	DVU	Deutsche Volksunion Mutterergänzungsunterricht
21	e.V.	Eingetragener Verein
22	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
23	f	Folgende
24	ff	Fort folgende
25	Fn	Fußnote
26	GG	Grundgesetz
27	HKM	Hessischer Kulturministerium
28	IAK	Islamischer Arbeitskreis Hessen
29	IFH	Islamische Föderation Hessen
30	IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
31	IRD	Islamrat Deutschland IRD
32	IRH	Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
33	LER:	Lebensgestaltung, Ethik, Religion
34	NiLS	Niedersächsischen Landesamtes für Bildung und Schulentwicklung.
35	OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
36	ZIA	Zentralinstitut Islam-Archiv



Abkürzungsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	14
Zielsetzung der Arbeit	18
Literaturlage und Forschungsstand	19
Begriffsklärung.....	23

Theoretischer Teil

Kapitel I

1. Muslime in Deutschland	28
1.1 Geschichtlicher Abriss	28
1.1.1 Erste Gemeindegründung	28
1.1.2 zweite Gemeindegründung.....	30
1.1.3 Muslime in der Nazizeit	32
1.1.4 Beweggründe für Wanderungsbewegungen	33
1.2 Verschiedene Wellen der Zuwanderung	38
1.2.1. Die Anwerbung von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland.....	38
1.2.2 Die Anwerbung von Gastarbeitern in der Deutsche Demokratische Republik	43
1.2.3 Aussiedler in Deutschland zwischen 1945 und 1989	46
1.2.4 Übersiedlerwanderung zwischen Ost-und Westdeutschland.....	48
1.2.5 Anwerbestopp	49
1.3 Anforderungen der Gastarbeiter nach dem Anwerbestopp.....	50
1.3.1 Islamunterricht als Versuch in den 80er und 90er Jahren	52
1.3.1.1 Islamunterricht im muttersprachlichen Unterricht	53
1.3.1.2 Islamunterricht in deutscher Sprache	54
1.3.1.3 Gesellschaftliche Anerkennung der Muslime in Deutschland.....	57
1.4 Islamische Strömungen und Dachverbände in Deutschland.....	59



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1.4.1 Islamische Strömungen in Deutschland	59
1.4.1.1 Die Sunniten	60
1.4.1.2 Die Schiiten.....	61
1.4.1.3 Die Alewiten	61
1.4.1.4 Die Ahmadiyya Muslim Jamaat	62
1.5 Die islamischen Dachverbände	63
1.5.1 Türkisch-Islamische Union	67
1.5.2. Verband der Islamischen Kulturzentren	68
1.5.3 Zentralrat der Muslime Deutschland	70
1.5.4 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland	72
1.5.5 Alevitische Gemeinde Deutschland (AlmanyaAleviBirlikleriFederasyonu)	74
1.6 Ziele und Aktivitäten islamischer Dachverbände	77
1.6.1 Islamische Religionsausübung:	77
1.6.2 Erziehungs-und Bildungsaufgaben	78
1.7 Erziehung im islamischen Kulturkreis	81
1.7.1 Einfluss der Familie auf dem Kind	82
1.7.2. Einfluss der Schule auf dem Kind	84
1.8 Religiosität der muslimischen Migrantenfamilie im säkularen Staat	84
1.8.1 Religiosität der Muslime: zweite und dritte Generation	86

Kapitel II

2. Integration der Muslime in Deutschland und Stellungnahmen der Politiker. Parteien und Religionsgemeinschaften dazu	90
2.1 Herausforderungen der Integration der Muslime in Deutschland	90
2.2 Integration aus Sicht der Muslime	93
2.3 Integration aus bundespolitischer Sicht	95



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.3.1 Integrationspolitik aus Sicht der Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union und Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	96
2.3.2. Integration durch Bildung	98
2.3.3 Integration bei der Arbeit	100
2.3.4 Integration und Sprache	102
2.3.5 Diskriminierung und die Integration	107
2.3.6 Religion und Integration	108
2.3.7 Religiöse Strukturen des Islam in Deutschland	110
2.3.8 Der Wert des Religionsunterrichts für Schüler muslimischen Glaubens	113
2.4 Integrationen als Herausforderung	116
2.4.1 Stellungnahme der führenden Parteien: Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich Soziale Union	119
2.4.1.1 Das Kopftuchverbot	121
2.4.1. 2 Der Moscheebau	124
2.4.1.3 Islamischer Religionsunterricht	126
2.4.2 Stellungnahme von Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90 / Die Grünen	127
2.4.2.1 Bündnis 90 / Die Grünen	127
2.4.2.2 Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	131
2.4.2.3 Stellungnahmen der Freien demokratischen Partei	133
2.5 Stellungnahmen der Religionsgemeinschaften	136
2.5.1. Evangelische Kirche in Deutschland	136
2.5.1.1 Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen	136
2.5.1.2 Anforderungen an die Lehrkräfte	138
2.5.1.3 Kopftuch im Schuldienst	139
2.5.1.4 Moscheebau	140
2.5.1.5 Öffentlicher Gebetsruf	141
2.5.1.6 Muslime im Krankenhaus	142



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.5.1.7 Kindertagesstätten.....	143
2.5.2 Stellungnahme der katholischen Kirche	144
2.5.2.1 Islamischer Religionsunterricht	145
2.5.2.2 Moscheebau	146
2.5.2.3 Der Gebetsruf.....	148
2.5.2.4 Kopftuch Verbot.....	148
2.5.2.5 Muslime im Krankenhaus	149
2.5.2.6 Islamische Friedhöfe und Gräberfelder.....	151
2.6 Stellungnahmen der islamischen Vereine zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts	152
2.6.1 Stellungnahme des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland Islamrat Deutschland	152
2.6.2 Stellungnahme des Zentralrats der Muslime Deutschland	154

Kapitel III

3. Islamischer Religionsunterricht im deutschen Schulsystem und seine rechtlichen....	158
3.1 Das deutsche Religionsverfassungsrecht	159
3.1.1 Religionsfreiheit.....	159
3.1.2 Trennung von Staat und Kirche	161
3.1.3 Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen.....	162
3.2 Rechtliche Organisationsformen islamischer Religionsgemeinschaften - Anerkennung als Religionsgemeinschaft.....	163
3.2.1 Voraussetzungen für die Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts	163
3.3 Das Recht auf Religionsunterricht: Art. 7 Abs. 3 GG.....	165
3.3.1 Allgemeine Grundsätze.....	165
3.3.2 Rechtscharakter der Garantie der Religionsunterrichts in Art. 7 Abs. 3 GG	167
3.4 Problematik der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen.	168



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.4.1 Frage nach dem Ansprechpartner (Religionsgemeinschaft).....	171
3.4.2 Adressanten eines islamischen Religionsunterrichts	173
3.4.3. Die Frage nach Lehrkräften.....	173
3.4.4. Die Frage der Unterrichtssprache	175
3.5. Modellversuche eines islamischen Religionsunterrichts in einzelnen Bundesländern	178
3.5.1. Modellversuche Islamunterricht in Nordrhein-Westfalen.....	180
3.5.1.1 Ausbildung islamischer Religionslehrer	185
3.5.1.2 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts	185
3.5.2. Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht in Bayern“.....	186
3.5.2.1 Religiöse Unterweisungen türkischer Schüler muslimischen Glaubens in türkischer Sprache	186
3.5. 2. 2 Islamische Unterweisung in deutscher Sprache.....	187
3.5.2.3 Unterrichtsinhalte des Islamunterrichts	188
3.5.2.4. Lehrkräfte des islamischen Unterrichts	189
3.5.2.5 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts	189
3.5.3. Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Baden-Württemberg	190
3.5.3.1 Die Lehrkräfte.....	191
3.5.3.2 Bildungspläne.....	192
3.5.3.3 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts	192
3.5.4. Modellschulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen	193
3.5.4.1 Die rechtlichen Voraussetzungen.....	197
3.5.4.2 Themenbereiche	198
3.5.4.3 Lehrkräfte	199
3.5.5 Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Rheinland-Pfalz	200
3.5.5.1 Lehrkräfte	200
3.5.5. 2 Lehrpläne des Religionsunterrichts in der Grundschule.....	201
3.5.5.3 Ziele des islamischen Religionsunterrichts	202
3.5.5.4 soziale Kompetenzen und Werteorientierung	202



Kapitel IV

4. Islamischer Religionsunterricht als ordentliches-bekennnisorientiertes Fach in Hessen nach Art. 7 Abs. 3 GG.....	205
4.1 In Hessen vom Ethikunterricht zum ordentlichen Lehrfach	207
4.1.1 Ethikunterricht in Hessen	207
4.1.2. Geschichte der muslimischen Verbände in Hessen.....	207
4.1.3 Entstehung einer islamischen Koalition in Hessen	208
4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen der Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen	210
4.2.1 Definition Religionsgemeinschaft nach dem Hessischen Kulturministeriums.....	210
4.2.2 Das Konzept der Erteilung islamischen Religionsunterrichts in Hessen.....	212
4.2.3 Ziele des islamischen Religionsunterrichts in Hessen.....	213
4.3. Struktur und Organisation der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen	214
4.3.1 Aktivitäten der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen als „Religionsgemeinschaft „.....	215
4.3.2 Das Konzept der Lehrerausbildung für islamischen Religionsunterricht.....	216
4.3.3 Grundschullehramt Studiengang „Islamische Religionspädagogik“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen	217
4.4 Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Einführung islamischen Religionsunterrichts	219
4.4.1 Die Ansprechpartner eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Hessen	219
4.4. 2 Die Ahmaddiya Muslim Jamaat	220
4.4. 2.1 Die Organisationstruktur der Ahmadiyya	221
4.4. 2. 2 Fachgebundene Abteilungen	222
4.4.2.3 Finanzsysteme der Ahmadiyya	222



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

4.4.2.4 staatliche Anerkennung der Ahmadiyya	222
4.4.3 Die Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion Eingetragener Verein	223
4.4.3.1 Die Organisationsstruktur der Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion.....	224
4.4.3.2 Die Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion – Landesverbände	224
4.4.3.3 Die Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion –Gemeinden	225
4.4.3.4 staatliche Anerkennung	225

Empirischer Teil

Kapitel V

5. Empirische Untersuchung	227
5.1 Beschreibungen der Untersuchung.....	227
5.1.1 Ziele der Befragung.....	228
5.1.2 Erhebungsinstrument: Fragebogen.....	230
5.1.3 Ergebnisse zu den qualitativen Daten:	231
5.1.4 Auswertung und Zusammenfassung der Fragebögen	243
5.2 Interviews	244
5.2.1 Angaben zur Kontaktaufnahme, Interviewdurchführung.....	244
5.2.2 Interviewleitfäden	246
5.2.3 Transkription der Interviews.....	248
5.3 Interview mit Herrn Salih Özkan Vorsitzender Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion (schriftliche Antwort)	248
5.4 Interview mit Herrn Abdullah Uwe Wagishauser Amir der Ahmadiyya Muslim Jamaat	250
5.5 Interview mit Dr. Prof. Yaser Sarikaya	253
5.6 Interview mit Frau Nurgül Altuntas (Hessisches Kulturministerium)	256
5.7 Auswertung und Zusammenfassung der Interviews.....	258



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

5.8 Zusammenfassung der Arbeit	267
Literaturverzeichnis.....	277
Anhang	293
Abbildungsverzeichnis	
Abbildung 1 Brief an Eltern.....	I
Abbildung 2 Weiter-und Ausbildungsprogramm der Lehrkräfte für Grundschule an der JLU.....	II
Abbildung 3 Interviewtermine	VII
3.1.Interviewtermin: Gesendet an Herrn Professor Yaser Sarikaya.....	VII
3.2. Interviewtermin: Gesendet an Frau Nurgül Altuntas.....	IX
3.3.Interviewtermin :Gesendet an Herrn Ozkan Salih DITIB Vorsitzender.....	X
3.4.Interviewtermin: Gesendet an Herrn Wagishauser Bundesvorsitzender der Ahmaddiya Muslim Jamaat.....	XI
Abbildung 4 Gesetztexte zur Thematik der Arbeit.....	XII
4.1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland1 Vom 23.Mai 1949.....	XII
4.2 Die Deutsche Verfassung von 1919 (Weimarer Reichs-Verfassung) Dritter Abschnitt Religion und Religionsgesellschaften.....	XIV
4.3 Verfassungen des Landes HessenXVI
4.4 Das Hessische Schulgesetz.....	XVII
Abbildung 5 Eigenständigkeitserklärung.....	X



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Einleitung

Die Thematik der vorliegenden Arbeit „**Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland: Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, am Beispiel Bundesland Hessen**“ besitzt derzeit in Deutschland, in Europa und auch weltweit eine erhebliche Relevanz. Der Islam ist in Deutschland, in Europa und weltweit nach dem Christentum die zweitgrößte Religionsgemeinschaft. Lange Zeit hat sich Deutschland dagegen gewehrt, den Status eines Einwanderungslandes zu akzeptieren. Eine islamische Gemeinschaft entwickelte sich in Deutschland erst im Zuge der Gastarbeiteranwerbung in den 1960er Jahren. Bis in die 1990er Jahre wurde der Präsenz muslimischen Lebens weder von der Politik noch von den Wissenschaftlern größere Aufmerksamkeit entgegengebracht

In der Politik ging man davon aus, dass muslimische Migranten wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Man erkannte nicht, dass diese Arbeitskräfte andere Sitten, Gebräuche und Bedürfnisse mit sich gebracht haben. Während der ersten Phasen der muslimischen Immigration waren die Zuwanderer hauptsächlich Männer, die allein und für eine begrenzte Zeit kamen. Die Tatsache, dass sie allein kamen, bedeutete, dass die Beachtung religiöser Erfordernisse bei ihrer Ansiedlung kaum eine Rolle spielte.

Die Situation veränderte sich grundlegend, als aus der Migration muslimischer Arbeiter eine Immigration muslimischer Familien wurde. Nun rechnete man mit einer dauerhaften Zuwanderung und so entwickelte sich das Bewusstsein in der deutschen Politik, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden war.

Die Anwesenheit von Frauen und Kindern führte zu intensiven Kontakten in der Gesellschaft, in der sie lebten. Daher förderte die zunehmende Anwesenheit der Muslime in Deutschland eine schnelle Integration des Islam und die Eingliederung muslimischer Migranten in die Gesellschaft. Viele muslimische Eltern haben Angst vor dem Verlust der religiösen Identität ihrer Kinder und schickten sie deshalb in sogenannte ‚Hinterhofmoscheen‘. Die Kinder werden mit Strenge unterrichtet. Sie lernen die arabische Schrift, einige kurze Koransuren und die fünf Säulen des Islams und ihre Verrichtung im Alltag, dies geschieht jedoch ohne pädagogisches und didaktisches Fachwissen. Seitdem gibt es Überlegungen, den Islamunterricht schrittweise in deutscher Sprache einzuführen. Viele Jugendliche muslimische Migranten leiden unter



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

einem Gefühl der Isolation und Diskriminierung in deutschen Schulen. Die Umsetzung ist aber nach wie vor mit Schwierigkeiten verbunden. Als wichtigen Schritt zu einer besseren Integration der Muslime in der deutschen Gesellschaft wird die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache nach Art. 7 Abs. 3 Grundgesetzes (GG) an öffentlichen Schulen betrachtet. Ein deutschsprachiger öffentlicher islamischer Religionsunterricht soll aus Expertensicht dazu beitragen, dass muslimische Jugendliche zu mündigen, weltoffenen und dialogfähigen Bürgern erzogen werden. Die Verbesserung der Integration durch eine Erziehung zur Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit ist ein weiterer Aspekt, der durch den islamischen Religionsunterricht gefördert werden kann. Die Schule allein kann die soziale und moralische Lebenswelt der Kinder nicht ersetzen. Die Debatte um den Religionsunterricht für muslimische Kinder und ihre Integration in der Gesellschaft hat mit der Flüchtlingswelle eine neue Dynamik erfahren. Diese Dynamik und der enorme Wandel in Deutschland haben ein großes Forschungsinteresse geweckt.

Inwiefern könnte der islamische Religionsunterricht an staatlichen Schulen zur Integration muslimischer Kinder in die deutsche Gesellschaft beitragen und welche Effekte könnte der Islamunterricht haben?

Die Forderung der muslimischen Bevölkerung nach einem islamischen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen ist berechtigt, da die Religion einen wichtigen Bestandteil ihrer Identität ausmacht. Der Islam fungiert für die Mehrheit der Muslime als kulturelles und soziales Orientierungssystem.

Um den religiösen Bedürfnissen der muslimischen Schüler gerecht zu werden und ihre Integration ins deutsche Schulsystem zu fördern, werden in mehreren Bundesländern (NRW, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen) seit Jahren Schritte und Modellversuche zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts trotz aller Hindernisse initiiert.

Tatsächlich laufen seit Jahren zahlreiche Projekte und Schulversuche zu einem islamischen Religionsunterricht und zur Ausbildung zukünftiger Islamlehrer an drei Universitäten in Deutschland (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen) mit Lehrstühlen für islamische Religionspädagogik.

Daneben sind die ersten Bücher bei Schulbuchverlagen erschienen: „Mein Islam Buch“, „Miteinander auf dem Weg“ „Saphir“, „Komm, ich zeige Dir meine Moschee“. Zahlreiche



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Dissertationen, Publikationen und Zeitschriften für islamische Theologie und Religionspädagogik erschienen in den letzten Jahrzehnten.

Der Islamunterricht in Deutschland ist ein ganz junges Schulfach, das sich gerade selbst positioniert und seinen Platz findet. Er braucht noch viel Kraft und Unterstützung.

Die Einrichtung eines ordentlichen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG ist mit vielen rechtlichen Voraussetzungen verbunden. Ebenso wie beim Religionsunterricht der christlichen Konfessionen ist es notwendig, dass die Muslime einen einzigen einheitlichen „Ansprechpartner“ besitzen, der als Religionsgemeinschaft mit dem Staat in Kooperation steht. Die religiöse Vielfalt unter Muslimen, Sunniten, Schiiten und Aleviten erweist sich bei der institutionellen religiösen Einpassung des Islam in die deutsche Gesellschaft als schwieriges Problem. Der Islam kennt keine kirchenähnlichen Instanzen.

Der Muslim fühlt sich in jeder muslimischen Gemeinde, auch ohne Mitgliedschaft, angehörig. Verschiedene muslimische Richtungen und verschiedene politische Richtungen (Sunniten, Schiiten, Aleviten) verursachen Schwierigkeiten, ein geeignetes Modell für alle muslimischen Schülerinnen und Schüler zu entwickeln.

Daher soll es in dieser Forschungsarbeit um folgende Fragen gehen:

Durch wen und auf welche Art und Weise soll der Islamunterricht an deutschen Schulen erteilt werden? Welche rechtlichen Voraussetzungen sind entscheidend für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in einem säkularen Land (Deutschland)? Welche Schwierigkeiten gibt es bei der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an Schulen in Deutschland? Welche Erwartungen haben die Eltern und die deutsche Politik

wird die Situation der religiösen Erziehung der Muslime in Deutschland sowie deren Hintergründe und Entwicklungen dargelegt, dazu sollen Einblicke in die Komplexität ihrer Lebenssituation in Deutschland vermittelt werden.

Die vorliegende Arbeit kann für sich in Anspruch nehmen, eine aktuelle Übersicht über den derzeitigen Stand islamischen Unterrichts in Hessen darzustellen. Dazu haben wir anhand von Fragebögen die Stellungnahme muslimischer Eltern zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen als Mittel zur Integration ihrer Kinder erfasst. Außerdem wurden Interviews mit dem Hessischen Kulturministerium, Experten sowie den



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

beiden anerkannten Religionsgemeinschaften geführt: DITIB und Ahmadiyya Muslime als Ansprechpartner in Hessen. Dafür haben wir einen Interviewleitfaden vorbereitet.

Der Religionsunterricht soll den Schülerinnen und Schülern bei Antworten auf Fragen zu ihrer Integration in der deutschen Gesellschaft helfen und folgende Ziele erreichen.

1. Er soll die Beziehung des Menschen zu Gott, zu den Mitmenschen, zu sich selbst und zur Natur entwickeln.

2. Er soll die Stärkung der Identität der muslimischen Schülerinnen und Schüler fördern, um ihr eigenes Leben verantwortlich planen und gestalten zu können.

3. Er soll bei ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Muslime und zum deutschen Kultur- und Sprachraum festigen.

4. Er soll zum Kennenlernen und Wertschätzen anderer Religionen und Weltanschauungen führen

5. Er soll Integration in einer kulturellen, religiösen und pluralen Gesellschaft fördern.

Dazu werden Hypothesen formuliert, die im Verlauf der Forschung weiterentwickelt werden können. Die dringenden Entscheidungen deutscher Politiker haben zu positiven Ergebnissen geführt:

a. Einrichtung der Deutschen Islamischen Konferenz (DIK) unter Führung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble 2006.

b. Gründung des „Koordinierungsrats der Muslime in Deutschland“ (KRM), ein Verband der vier größten islamischen Organisationen in Deutschland.

c. Einrichtung von Lehrstühlen in einigen Bundesländern zur Ausbildung der Lehrkräfte des islamischen Religionsunterrichts.

d. Einführung eines Islamunterrichts in einigen Bundesländern in deutscher Sprache.

e. Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts nach Artikel 7 Abschnitt 3 GG in Hessen. Hessen ist derzeit das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 GG eingeführt hat.

Da es in Deutschland keinen zentralen Verband und keinen gemeinsamen Ansprechpartner für alle Muslime gibt, wäre es für die Muslime selbst schwierig, eine entsprechende Religionsgemeinschaft zu etablieren und eine entsprechende Rolle, wie die christlichen Kirchen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

für die evangelischen und katholischen Religionsgemeinschaften zu übernehmen. Ein bekenntnisorientierter Religionsunterrichts nach Artikel 7 Abschnitt 3 GG wäre nicht nur im Bundesland Hessen, sondern in allen Bundesländern Deutschlands möglich, wenn die Muslime einer einheitlichen Religionsgemeinschaft angehören würden.

Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit hat die Absicht neben der Thematisierung und Erläuterung von Daten und Fakten der verschiedenen Phasen der Zuwanderung der Muslime, die Herausforderungen und Chancen der Integration der Muslime in Deutschland sowie die Entwicklung des Islam als Religion in einer Mehrheitsgesellschaft, dazu wertvolle Informationen und Klärungen für unsere Studierenden am Fachbereich Landeskunde zu vermitteln, und ihnen die Möglichkeit zum Erwerb einer religiösen Sprache auf Deutsch anzubieten, die ihnen bei ihren Debatten und Diskussionen über ihre Religion (Islam) hilft. Ihnen wird auch eine umfangreiche Bibliographie zum Thema angeboten: Im Anhang finden sie ausführliche Gesetzestexte zum Thema sowie ein detailliertes Programm zur Weiter- und Ausbildung von Lehrkräften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Einige Originalantworten der Eltern aus den Fragebögen sind im Anhang beigelegt.

Das Fehlen deutscher Sprachkompetenzen bei unseren Studenten bleibt für sie ein Hindernis, ihre Religion in deutscher Terminologie beschreiben zu können. Für viele Studenten herrscht eine deutsche Sprachlosigkeit vor. Sie können bestimmte religiöse Phänomene in ihrer Muttersprache Arabisch oder Französisch ausdrücken, aber eben nicht auf Deutsch.

In dieser Arbeit geht es nicht nur um die Darstellung des Islam-Bildes in Deutschland, sondern auch um die Anerkennung und Institutionalisierung des Islam in Deutschland nach der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen auf der Grundlage des Grundgesetzes, ohne dass dadurch die islamische Identität verloren geht. Unsere Studierenden müssen sich allerdings über die großen Herausforderungen der Muslime im Westen bzw. in Deutschland im Klaren sein und sich weiterhin für einen interkulturellen Dialog engagieren.

Die vorliegende Thematik, die Modellversuche eines islamischen Religionsunterrichts in Deutschland sowie die Einrichtung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG in Hessen sollen einen Anreiz für unsere Studenten



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

in diesem Bereich bieten, weiter zu forschen, um die Erfahrung machen zu können, dass der Islam eine Religion ist, die ihren Platz in allen Gesellschaften finden kann.

Literaturlage und Forschungsstand

Die ersten Recherchen haben uns zu einer umfangreichen Forschungsliteratur geführt. Die Auswahl der Literatur erfolgte mit Bezug auf die wichtigsten Autoren; deren Texte sind aktuell und authentisch. Seitdem der islamische Religionsunterricht in den 1990er Jahren auf die Agenda der Politik gesetzt worden ist, ist dazu intensiv geforscht und geschrieben worden. Betrachtet man die Literatur zum Islamunterricht, so fällt die Vielzahl an Publikationen, Interneteinträgen auf, die einzelne Aspekte des Themas diskutieren und die sich fast alle auf die türkische Lebensweise beziehen, ohne jedoch Vergleiche zum islamischen Religionsunterricht in einem arabischen Land zu berücksichtigen. Eine Veröffentlichung in diesem Bereich von Islamwissenschaftlern beider Seiten ist mir bislang nicht bekannt. Aus Sicht der arabischen Schülerinnen und Schüler, die in den letzten Jahren am Islamunterricht teilgenommen haben, hat der Vergleich von Lehrplänen einen positiven Impuls bei der Bearbeitung der Themen gegeben. Mein Wunsch war es, einen Vergleich auf diesem Gebiet zu entwickeln, aber, wie schon erwähnt, der Mangel an Literatur hat mich zuerst demotiviert. Zahlreiche Quellen auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft, Theologie, Religionswissenschaft und Pädagogik sind zu berücksichtigen. Auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft sind vor allem drei Autoren zu erwähnen, die ausführlich über den Religionsunterricht im Allgemeinen und den islamischen Religionsunterricht im Besonderen geforscht haben. Dabei ist zunächst MYRIAN DIETRICH(2006; S.13-23) zu nennen, die mit ihrer Dissertation nicht nur auf rechtliche Fragen bezüglich des islamischen Religionsunterrichts Antworten gegeben hat, sondern das Thema äußerst umfangreich erörtert. MARTIN HECKEL(2011; S.42-50) hat durch eine Vielzahl an Artikeln und Veröffentlichungen dafür Sorge getragen, die Diskussion über den islamischen Religionsunterricht voran zu bringen. Mit ihren Ausführungen speziell zum Art. 7 Abs. 3 GG hat HILDEBRANT UTE (2000, S.13) in ihrer Dissertation wichtige Fragen im Zusammenhang mit der grundgesetzlichen Verankerung des Religionsunterrichts erläutert, die in dieser Arbeit Berücksichtigung gefunden haben. KIEFER MICHAEL, mit dem ich ein Gespräch(2012) über Islamunterricht in Osnabrück geführt habe, hat vor allem auf dem Gebiet der Didaktik und Methodik des islamischen Religionsunterrichts gearbeitet und dazu



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

erwähnenswerte(2005, S.55) Artikel veröffentlicht. Frau KADDOR LAMYA Mitherausgeberin des Schulwerks „Saphir“, ist Lehrerin für Islamkunde an einer Hauptschule in NRW. Sie bildete an der Universität Münster Islamlehrer aus. Frau KADDOR LAMYA tut alles, um den Islamunterricht gegenüber der Schulaufsicht nicht in Misskredit zu bringen oder zu gefährden(2004; S.15).Sie hat auch eine schulgerechte Koran-Übersetzung (2008)veröffentlicht.

BEHR-HARRY HARUN (2008) Mitherausgeber des Schulwerks „Saphir“, Leiter des interdisziplinären Zentrums für islamische Religionslehre an der Universität Erlangen-in seinen Schriften und Pressegesprächen wirbt er für Offenheit in der Theologie und ist stark in der Slawismus-Prävention engagiert.

BÜLENT UCAR(2010; S.127) ist ein deutsch-türkischer Wissenschaftler und Religionspädagoge. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte umfassen die islamische Religionspädagogik und Fachdidaktik im modernen Kontext. Seine Forschungsarbeit richtet sich auf Deutschland und die Türkei, die islamische Theologie in Geschichte und Gegenwart und die Entwicklung der Scharia im historischen und modernen Kontext. Diesen Themen sind zahlreiche Publikationen, wissenschaftliche Vorträge und Diskussionsbeiträge gewidmet.

KHORCHIDE MOUHANAD ist einer der wichtigsten Theologen in Deutschland, Soziologe, Islamwissenschaftler und Religionspädagoge. Er ist der Leiter des Zentrums für islamische Theologie und Leiter des Zentrums für Ausbildung der islamischen Religionslehrerinnen und -Lehrer, hat viele Publikationen, Sammelbände und Schulbücher veröffentlicht, u. a. „Islam ist Barmherzigkeit: Grundzüge einer modernen Religion.“(2014). Der islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft“(2009), „Miteinander auf dem Weg. 1. und 2. Klasse islamischer Religionsunterricht“.(2015)

CYLAN RAUF ist Sozial-und Religionswissenschaftler an der Universität Osnabrück. Er ist Autor der Studie „Prediger des Islam-Imame in Deutschland, wer sind sie und was wollen sie wirklich“, CYLAN(2012; S.38) wissenschaftliche Schwerpunkte sind die Folgenden: Moscheen im sozialräumlichen Kontext, die Rolle und Funktion von Imamen, Religion und Migration. In seinen Publikationen setzt er sich mit den genannten Themen theoretisch und empirisch auseinander. SARIKAYA YASAR, Professor für islamische Theologie und ihre Didaktik an der Justus-Liebig-Universität, hat an der Universität Gießen die Einführung der



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

islamischen Religionspädagogik aufgebaut. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte umfassen die islamische Religionspädagogik und Fachdidaktik im modernen Kontext, die islamische Bildungs- und Ideengeschichte sowie die Prophetenbiographie und die Prophetenüberlieferung. Diesen Themen sind auch seine zahlreichen Publikationen wissenschaftlichen Vorträge und Diskussionsbeiträge gewidmet.

MUHAMMED SALIM ABDULLAH (1981; S. 13-37) hat die über mehr als tausendjährige Geschichte des Islam in Deutschland in seinen Werken beschrieben. Salim Abdullah schildert in seinen Werken die ersten Begegnungen mit Muslimen auf deutschem Boden.

Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in einen theoretischen Teil, der den Hauptteil der Arbeit umfasst, und einen ergänzenden empirischen Teil der Untersuchung bestehend aus Fragebögen und Interviews. Sowie einen entsprechenden Anhang, bestehend aus Gesetzestexten, Fragebögen mit Antworten der Eltern, auch ein ausführliches Lehrprogramm der Ausbildung von Lehrkräften für Grundschule an der Justus-Liebig-Universität Gießen wird beigelegt. Ursprünglich hatte ich beabsichtigt, in dieser Arbeit einen Vergleich mit einem islamischen Religionsunterricht in einem arabischen Land (Algerien) durchzuführen. Leider musste ich auf den Vergleich verzichten, da ich in Algerien keinen Zugang zu ausreichenden Informationen über das Schulsystem hatte und der Bereich in Algerien nicht hinreichend empirisch erforscht ist. Eine Veröffentlichung in diesem Bereich von Islamwissenschaftlern beider Seiten ist mir bislang nicht bekannt. Das Schulsystem in Algerien ist aktuell fragil und erlebt gerade einen großen Wandel mit umfassenden Reformen.

Die Arbeit umfasst 5 Kapitel.

Kapitel I befasst sich vor allem mit der historischen Präsenz der Muslime in Deutschland, den Hintergründen und den verschiedenen Formen und Phasen der Zuwanderungsgruppen. Dabei werden die wichtigsten Probleme der Muslime in der Aufnahmegesellschaft (Deutschland) thematisiert. Dieses Kapitel besteht aus den folgenden Abschnitten: Muslime in Deutschland, Wellen der Zuwanderung, Anforderungen der Gastarbeiter, islamische Strömungen, islamische Dachverbände, Ziele und Aktivitäten islamischer Dachverbände sowie Kindererziehung im säkularen Kulturkreis als Herausforderung für muslimische Eltern. Es ist bekannt, wie wichtig die religiöse Verankerung und die religiöse Erziehung und Bildung in muslimischen Familien sind.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Das **2. Kapitel** befasst sich mit der Integration der Muslime in Deutschland aus ihrer Sicht und aus der Sicht der deutschen Politiker. Hierbei werden die Stellungnahmen der beiden großen Religionsgemeinschaften Deutschlands, evangelische und katholische Kirche, zur religiösen Lebensweise der Muslime und ihre Integration vorgestellt. Auch die Stellungnahme der führenden deutschen Parteien zur Anerkennung und Institutionalisierung des Islamunterrichts in Deutschland wird in diesem Teil untersucht. Die Integration der Muslime in der Aufnahmegesellschaft erfordert einen langen Prozess, im Vordergrund steht ihre religiöse Bildung. Neben diesen Teilfragen widmet sich das Kapitel einer zentralen Frage und zwar: Inwiefern kann die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen den muslimischen Schülern und Schülerinnen bei der Integration helfen. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Migranten lediglich als Arbeitskraft betrachtet. Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts laut Grundgesetzes benötigt einen Ansprechpartner für alle Muslime und es stellt sich die Frage, wer soll die Lehrinhalte dieses Islamunterrichts festlegen und das Personal dazu aussuchen? Da sich der Islam in viele Strömungen aufspaltet und über keine zentrale Instanz verfügt, fällt es den Muslimen schwer, sich in Form von Religionsgemeinschaften zu organisieren.

Neben dem 2. Kapitel liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf dem **3. Kapitel mit dem Titel „Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und seine Verfassungsrichtlinien“**. Dieses Kapitel thematisiert die verschiedenen Fragen, Aspekte und Probleme der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts im deutschen Schulsystem nach Art. 7 Abs. 3 GG. Daneben werden exemplarisch in fünf Bundesländern, die derzeit Modellversuche eines Islamunterrichts durchführen, vorgestellt: Baden–Württemberg, Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die Einführung eines Islamunterrichts an deutschen Schulen als Schulversuch und dann als eigenständiges Fach dauerte viele Jahre.

Das **4. Kapitel** der vorliegenden Arbeit befasst sich mit der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen nach Art. 7 Abs. 3 GG: Hessen ist derzeit das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 GG eingeführt hat. Um die grundlegende Ausgangssituation des zurzeit entstehenden Religionsunterrichts in Hessen vollständig zu klären, beleuchte ich in einem kurzen historischen Rückblick die Entwicklungen hinsichtlich der Organisation der Muslime



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

im Allgemeinen und insbesondere in Hessen, dann werfen wir einen Blick auf die Struktur und Organisation der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen IRK sowie die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Ein besonderes Augenmerk wurde in diesem Teil auch auf die Ausbildung der Lehrkräfte an der Justus-Liebig Universität Gießen in Hessen geworfen. Es folgt ein empirischer Abschnitt zur Erhebung mittels Fragebögen. Der Fragebogen richtet sich an Eltern hinsichtlich der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts in Hessen. Weiterhin haben wir mit den Vertretern der islamischen Organisationen DITIB und Ahmadiyya Jamaat (2016)in Hessen Interviews hinsichtlich ihrer Anerkennung als Ansprechpartner für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG geführt

Im **5. Kapitel** der Arbeit werden neben einer Zusammenfassung die Ergebnisse und Auswertungen der Interviews und Fragebögen in ihrer Gesamtheit vorgestellt und daraus Schlussfolgerungen für die zentrale Zielsetzung der Arbeit, nämlich die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts nach den Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 3 GG, gezogen. Mit den am Ende der Arbeit angefügten Fragebögen, Gesetzen und Dokumenten im Anhang liefert die vorliegende Arbeit wertvolle Informationen für unsere Studenten.

Begriffsklärung

Einige Begriffe werden in der Arbeit wiederholt und tauchen oft auf. Sie bedürfen einer Klärung. Mit dem Begriff **Ausländer** sind all jene Personen gemeint, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Begriffe **Migranten** oder **Einwanderer** werden in dieser Arbeit synonym verwendet. Damit sind Personen gemeint, die selbst nach Deutschland eingewandert sind und eine Migrationserfahrung gemacht haben, unabhängig von ihrer aktuellen Staatsbürgerschaft. Dabei ist der Prozess der Migration nicht auf den Wohnortwechsel selbst beschränkt beziehungsweise stellt dieser nicht den Endpunkt der Migration dar. Nach der äußeren, physischen Migration beginnt erst der zeitintensivere und schwierigere Teil der inneren, der psychosozialen Migration.

Was heißt **Migration**? Migration (lat. migratio) heißt „Wanderung“. Menschen haben sich immer wieder auf den Weg gemacht, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Andere Ausdrücke für Migration sind „Immigration“ oder „Emigration“, beides aus dem Englischen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

übernommen. „Auswanderung“, Einwanderung“ oder „Zuwanderung sind im Deutschen gebräuchlich. Migration hat sich aber als Oberbegriff durchgesetzt. Migration wird im Allgemeinen verstanden, wenn jemand seinen Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlagert. Die Vereinten Nationen definieren Migration als Aufenthalt in einem anderen als dem Herkunftsland von länger als einem Jahr. Manche Länder verwenden den Begriff „Einwanderung“ schon nach sechs Monaten oder sogar noch früher. Eine endgültige Definition des Begriffes im internationalen Rahmen ist jedoch schwer zu definieren.²

Die Gruppe der Menschen mit **Migrationshintergrund** umfasst nicht nur Migranten, sondern auch deren Nachkommen. Im Mikrozensus³ wird seit 2005 der Migrationshintergrund mit erhoben und wie folgt definiert: „Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/-INNEN und alle in Deutschland geborenen mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“⁴

Mit dieser Definition werden auch Kinder ausländischer Eltern oder mit einem ausländischen Elternteil erfasst, oder Kinder von Spätaussiedlern. Ausländische Arbeitskräfte der Nachkriegszeit wurden in der Literatur durch verschiedene Begriffe bezeichnet: „Fremdarbeiter“, „Gastarbeiter“, „ausländische Arbeitnehmer“, „Ausländer“. Bis 1962 wurden ausländische Arbeitskräfte als „Fremdarbeiter“ bezeichnet, später, etwa ab Ende der 60er Jahre wird der durch die Nazizeit belastete Begriff durch den Ausdruck „Gastarbeiter“ ersetzt. Das Wort war jedoch von Anfang an falsch, denn Gäste lässt man nicht arbeiten, und diese gehen nach einiger Zeit wieder nach Hause. Diese blieben aber auf Dauer in Deutschland. In den letzten Jahren traten häufig neutrale Begriffe wie „Arbeitsmigranten“, „ausländische Arbeitnehmer“ oder auch „Einwanderer“ auf.⁵

² Braun –Karl, Meier: Einwanderung und Asyl. Die 101 wichtigsten Fragen. Verlag C. H. Beck. 2. aktualisierte Auflage 2015. S. 33.

³ Eine jährliche statistische Erhebung ausgewählter Haushalte durch die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt.

⁴ Statistisches Bundesamt Deutschland: Personen mit Migrationshintergrund.

⁵Blahusch , Friedrich: Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Eine Einführung für soziale Berufe. Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 1992. S. 97.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Integrationsbegriff in der Migrationsforschung. In der Migrationsforschung wird unter Integration nämlich die Eingliederung von unterschiedlichen zugewanderten Gruppen, also Gastarbeitern, Aussiedlern, Flüchtlingen oder Einwanderern mit dem Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe verstanden. Die Mehrheit der Migrationsforscher geht davon aus, dass Eingliederung nur gelingt, wenn Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen an diesem Prozess beteiligt sind. Ist eine der beiden Seiten nicht genügend in diesen Prozess eingeschlossen, so folgt daraus häufig Desintegration

Religionsgemeinschaft. Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 2 und 7 der Weimarer Reichsverfassung gewährleistete die Freiheit der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Dabei versteht man unter einer Religionsgemeinschaft einen Verband, der die Angehörigen ein und desselben Glaubensbekenntnisses oder mehrerer verwandter Glaubensbekenntnisse mit übereinstimmenden Auffassungen in religiöser Hinsicht zusammenschließt, um ihr gemeinsames Bekenntnis nach außen kund zu tun und ihre durch das religiöse Bekenntnis gestellten Aufgaben gemeinsam zu erfüllen.⁶

Das Fach „Islamische Unterweisung“. Der Terminus „**Unterweisung**“ steht in der evangelischen Tradition für einen Religionsunterricht, in dem der Glauben und religiöse Erfahrungen im Vordergrund stehen. Eingeführt nach dem Zweiten Weltkrieg, um sich vom „Weltanschauungsunterricht“ der Nationalsozialisten bewusst abzugrenzen.⁷

Bekennnisorientierter islamischer Religionsunterricht.

Der bekennnisorientierte islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ist seinem Wesen nach eine staatliche Veranstaltung wie jedes andere Unterrichtsfach auch. Dies gilt unabhängig davon, für welche Konfession der Religionsunterricht eingerichtet ist. Er wird als ordentliches Lehrfach in staatlicher Verantwortung, d. h. nach staatlichen Curricula in deutscher Sprache und grundsätzlich durch staatliche Lehrkräfte erteilt.⁸

Kurt , Hüsein / Weber , Edmund (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. In: Gehard Anschutz, Die Verfassung des Deutschen Reiches,. 14. Auflage, Darmstadt 1960, S. 633, Anm. 2 zu Art. 137, vgl. BVerG; Urteil vom 23.2.2005, Nr. 3.

⁷ Mohr, Irka-Christin: Islam-Unterricht: Wie viele Religionen braucht die Schule, in: ifa-Zeitschrift für Kulturaustausch 4/99/, in: Kiefer Michael: Islamkunde in Deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Kontext, Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. LIT-Verlag. 2005. S. 90.

⁸ Siehe BverfGE,(Bundesverfassungsgericht) Bd. 74, S. 253.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionskundlicher Unterricht: Religionskunde gegenüber bekenntnisorientiertem islamischen Unterricht beschränkt sich nur auf die Vermittlung von Informationen über Religionen, ihr Kulturgut, ihre sozialen Auswirkungen und wird vom Lehrer mit Distanz erteilt.⁹



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Theoretischer Teil

Kapitel I



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1. Muslime in Deutschland

Dieses Kapitel befasst sich vor allem mit der historischen Präsenz der Muslime in Deutschland, den Hintergründen und den verschiedenen Formen und Phasen der Zuwanderungsgruppen. Dabei werden die wichtigsten Probleme der Muslime in Deutschland thematisiert.

1.1 Geschichtlicher Abriss

Der Islam in Deutschland weist keinen kolonialen Hintergrund auf und kam nicht erst mit den Arbeitsmigranten. Seine heutige Präsenz in Deutschland reicht in seinen Anfängen viel weiter zurück. Man kann die Geschichte des Islam in Deutschland zurückverfolgen bis in die Regierungszeit des Preußenkönigs Friedrich I. Die ersten Muslime kamen als Kriegsgefangene nach Deutschland. Die Deutschen haben zwischen 1683/1688 in den sogenannten Türkenkriegen an Feldzügen gegen die Osmanen und an der Beendigung der osmanischen Belagerung Wiens teilgenommen. Als sich die osmanischen Armeen nach erfolgloser Belagerung und zahlreichen Schlachten zurückzogen, wurden einige osmanische Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht. Zwar wurde die Mehrzahl dieser Gefangenen entweder getauft oder kehrte in die Heimat zurück.¹⁰ Ein Großteil aber blieb muslimisch. Sie befanden sich entweder in Privatbesitz oder saßen in Gefängnissen ein.

1.1.1 Erste Gemeindegründung

Im 18. Jahrhundert nahm der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. (1714-1740) zwanzig türkische „Lange Kerls“ in seine Truppen auf. Für sie ließ er 1732 einen Saal nahe der Garnionskirche in Potsdam in eine Moschee umbauen – vermutlich der erste muslimische Gebetsraum auf deutschem Territorium. Auch der Nachfolger Friedrich Wilhelm I., sein Sohn Friedrich der Große, folgte dem Prinzip der Toleranz. Auf eine Anfrage aus einer Stadt am Main, ob ein Katholik das Bürgerrecht in einer evangelischen Stadt erwerben dürfte, antwortete er folgendermaßen:

„Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sich zu ihnen bekennen, ehrliche Leute sind und wenn Türken kamen und wollten hier im Lande wohnen, dann würden wir ihnen Moscheen bauen.“¹¹ Wenig später, 1744 wurde ein Leutnant Osman als erster Imam der sogenannten preußischen Mohammedaner eingesetzt. Während des zweiten schlesischen Krieges folgte die weitere

¹⁰ Abdullah Mohamed Salim: „Geschichte des Islam in Deutschland“. 1981. Band 5. S. 13. Verlag Styria Gras. Wien. Gerald, Michael Fritz / Khoury, Thomas Adel / Wuzura Werner.

¹¹ Ebd., S. 37. Abdullah Mohamed Salim: „Geschichte des Islam in Deutschland“. 1981. Band 5. S. 14. Verlag



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Aufnahme muslimischer Offiziere und Reiter in Teile der preußischen Armee. Auch die intensiven diplomatischen Beziehungen zum Osmanischen Reich führten dazu, dass sich Muslime – zumeist Diplomaten und Botschafter – zeitweilig in Deutschland niederließen. Als im Oktober 1798 der osmanische Diplomat Ali Aziz Effendi starb, erwarb Friedrich Wilhelm III. ein Grundstück an der Hasenheide, das als islamischer Friedhof dienen sollte, und dem Osmanischen Kalifat übereignet wurde. Ali Aziz Effendi wurde dort feierlich bestattet. 1866 wurde auf dem Gelände eine kleine Moschee errichtet. Als das Gräberfeld jedoch wegen Platzmangels geschlossen werden musste, verlor die Moschee an Bedeutung.¹² Heute steht dort die von 1999 bis 2004 neu errichtete Ceitlik-Moschee des Berliner Landesverbandes der Diyanet Icleri Türk Islam Birliği (Türkisch–Islamische Union der Anstalt für Religion), kurz DITIB. Im 18. und 19. Jahrhundert lebte das Bild des Orients in Europa als Traumwelt auf. Die bürgerliche Gesellschaft entwickelte eine romantische Vorliebe für den Orient. Der französische Orientalist Jean-Antoin Galland gab zwischen 1704 und 1717 die französische Übersetzung der Erzählung aus tausendundeiner Nacht heraus. Geschichten, die die Fantasie der Europäer beflügelten. Diese Orientsehnsucht, der Wunsch nach romantischer Exotik, schlug sich nicht nur in der Literatur und Kunst nieder, sondern fand auch in der Architektur Ausdruck. So entstanden einige Gebäude in Deutschland, die optisch einer Moschee nachempfunden wurde.

1780-85 wurde in Schwetzingen die „Rote Moschee“ im Auftrag des Kurfürsten Carl Theodor von der Pfalz errichtet. Sie bildete den Mittelpunkt des Türkischen Gartens, den der Kurfürst anlegen ließ.¹³ Im Jahr 1842 wurde das Pumpwerk der Großen Fontäne im Park Sanssouci in Form einer Moschee erbaut. Ebenfalls recht bekannt ist die sogenannte „Tabakmoschee“ Yenidze in Dresden, eine von 1907-09 errichtete Zigarettenfabrik, deren Schornstein in Form eines Minarets gebaut wurde

Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 gelangten bis zum Jahr 1916 ca. 15000 muslimische Kriegsgefangene aus den alliierten Streitkräften nach Deutschland, wurden in Wünsdorf, nahe Berlin inhaftiert. Bei den Insassen handelte es sich hauptsächlich um Tartaren, Sibirier, Inder, Marokkaner und Algerier. Kaiser Wilhelm der II. ließ in diesem

¹² Kappert, Andrea (2002): Europa und der Orient, in: Hippler, Jochen, Lueg, Andrea (2003): Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, S. 77.

¹³ Kraft Sabine (2002): Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moscheebauten. Münster. LIT-Verlag. S. 55.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Gefangenenlager eine Moschee mit einem 23 Meter hohen Minarett bauen, die im Juni 1915 eingeweiht wurde.

1.1.2 zweite Gemeindegründung

Die zweite Gemeindegründung in Deutschland (Berlin) datiert auf das Jahr 1922. Die Wünsdorfer Moschee diente auch nach Kriegsende als Versammlungsort und Gebetsstätte für Muslime aus Berlin und dem Umland. 1924 musste sie wegen Baufälligkeit geschlossen und 1925/1926 abgerissen werden. Eine weitere Moschee entstand 1924 in Wilmersdorf. In der damaligen Reichshauptstadt lebten Angehörige des Islam aus 41 Nationen.¹⁴ Sie hatten sich 1922 zur „Islamischen Gemeinde Berlin“ zusammengeschlossen. Ein Jahr zuvor war der Versuch der islamischen Gemeinde Berlin, eine Zentralmoschee in Berlin zu errichten, aus Geldmangel gescheitert. Die Wilmersdorfer Moschee war von Anhängen der Ahmadiyya-Bewegung initiiert und größtenteils finanziert worden. Der Kuppelbau stand mit seinen Minaretten in Höhe von 32 Metern von Anfang an allen Muslimen offen. Der Imam sagte bei der Einweihung: „Unsere Moschee wird von der Einheit Gottes und der Brüderlichkeit unter den Menschen eine beredete Sprache sprechen. Dieses Gotteshaus soll verkünden, dass es nur einen einzigen Gott gibt über uns alle. Es wird hinaus ins Lande rufen, dass wir alle Propheten ohne Unterschied; Abrahams, Moses, Jesus, Christus und Mohamed gleicherweise verehren sollen, und dass wir alle heiligen Bücher gleicherweise glauben, an das Alte wie das Neue Testament und an den Koran.“

An der Moschee lehrten bekannte islamische Theologen wie die Professoren Dr. Nawir-el Islam und Dr. Mohammed Abdullah, unter deren Leitung die Moschee Berlin bald zu einem Mittelpunkt islamischer Literatur in Europa wurde. Im Verlag der Moschee erschien bis 1939 eine große Anzahl wertvoller Publikationen in deutscher Sprache, die heute größtenteils in der Bibliothek der Freien Universität Berlin oder in der Nationalbibliothek in Washington zu finden sind. Vor allem die von Professor Abdullah redigierte moslemische Revue. Im Jahre 1938 erschien als Glanzstück des Moschee-Verlags die erste arabisch-deutsche Koran Ausgabe, übersetzt von Maulana Sadr-du-din. Der Gelehrte versah sein Werk mit einem ausführlichen Kommentar, der speziell für deutsche und christliche Leser bestimmt war. Im Vorwort heißt es: „Man betrachtet den Islam in Deutschland mit einer erfreulichen Vorurteilslosigkeit. Daher bin

¹⁴ Abdullah Salim: Geschichte des Islam in Deutschland. M. Fitzgerald / . Khoury Thomas, Adel. / Wanzura, Werner (Hrsg.). Verlag Styria Gras. Wien. 1981. S. 27.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

ich sicher, dass die deutsche Öffentlichkeit diese aus der Feder eines Moslems stammende Übersetzung freundlich aufnehmen wird.“¹⁵ In der Tat versammelt sich in jenen Jahren um die Moschee in der „Deutsch-Moslemischen Gesellschaft“ alles, was auf dem Gebiet der Orientalistik Rang und Namen hatte. Auf ihrem Höhepunkt zählten zur islamischen Gemeinde, die sich über das gesamte Reichsgebiet erstreckte, 1500 Personen, darunter auch bekannte Persönlichkeiten aus der fachbezogenen Wissenschaft.

Als Professor Abdullah 1939 Deutschland verließ, übernahm der ägyptische Theologe Professor Dr. Ahmed Galwash, der der Verfasser einer englischsprachigen islamischen Dogmatik ist, die Predigten. In Berlin wurde im Jahr 1927 das Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland gegründet, das mit einem Archiv, einem Informationsbüro und einer Bibliothek verbunden war und mit einer sogenannten „kultischen Abteilung“, die am 7. Januar 1929 vom Ausschuss der deutschen Moslems organisiert wurde.¹⁶ Das Zentralinstitut ist nach wie vor die einzige unabhängige islamische Einrichtung im deutschsprachigen Raum. Die arabische Studentenschaft an der Friedrich-Wilhelm-Universität schloss sich in der „Islamiya‘-Akademisch-Islamische Vereinigung“ zusammen und an der Technischen Hochschule Charlottenburg im arabischen Studentenbund „Ara Biya“. Organisator und Leiter dieser Institutionen war der Syrer Hadj Mohammad Nasir Tschelebi. Das muslimische Leben fand zu dieser Zeit eine gewisse Entfaltung in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen durch Studenten und Exilanten in Berlin und Umgebung. Sie organisierten sich in Vereinen, von denen die folgenden bekannt sind: Verein zur Unterstützung russisch-mohammedanischer Studenten e. V. (1918). Islamische Gemeinde zu Berlin Gesellschaft für islamische Gottesverehrung e. V. (1924). Islam Institut zu Berlin (1927).¹⁷ Deutsch-Muslimische Gesellschaft e. V. (eingetragener Verein)(1930), die etwa 1800 Mitgliedern verschiedener nationaler wie ethnischer Herkunft vereinte. „Islamischer Weltkongress, Zweigstelle Berlin e. V. (1932).

Die deutsche Sektion des islamischen Weltkongresses richtete mit einem „Islam-Kolloquium die erste muslimische Bildungsrichtung auf deutschem Boden ein, der auch die Erteilung eines

¹⁵ Ebd. Abdullah Salim: Geschichte des Islam in Deutschland 1981 . M. Fitzgerald / . Khoury,Thomas Adel / Wanzura , Werner (Hrsg.). Verlag Styria Gras. Wien. 1981. S. 27.

¹⁶ Hannemann, Tilmann / Hüsing - Meier , Peter-(Hrsg.): Deutscher Islam-Islam in Deutschland.Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Artikel 4: Beiträge und Ergebnisse der Bremer Islam-Woche. Diagonal-Verlag. Marburg 2000. S. 41.

¹⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung.-Digitale Bibliothek Library. Teildokument –Thomas Lemmen (2002). S. 16.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsunterrichts an muslimische Kinder übertragen wurde. Das Islam-Kolloquium ist heute Teil des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland.

Das Dritte Reich erwies sich auch für die Muslime in Deutschland als schwierige Zeit. Besonders durch die Instrumentalisierung der muslimischen Vereine. Fast alle Vereine gingen im Zweiten Weltkrieg unter

1.1.3 Muslime in der Nazizeit

Mit der Machtübernahme der Nazis 1933 begann für die Muslime des damaligen Deutschen Reiches eine schwierige Zeit: Konflikte innerhalb der islamischen Vereine sowie deren Instrumentalisierung durch das nationalsozialistische Regime. Muslime und muslimische Vereinigungen waren selbst Anfeindungen ausgesetzt: Sie waren den Nürnberger Rassegesetzen unterworfen und galten als Nicht-Arier. In Konzentrationslagern soll es durchgehend auch muslimische Häftlinge gegeben haben. Den neuen Machthabern war suspekt, dass sich die muslimischen Gemeinden „aus vielen Völkern und Rassen“ zusammensetzten. Ihnen wurde außerdem vorgeworfen, dass sie „abfällige Bemerkungen über den Nationalsozialismus“ machten und Juden in ihre Vereinigungen aufnehmen würden.¹⁸ Auch Beherbergung von Juden wurde als Tatbestand aufgeführt. So verließen einige Muslime Deutschland und gingen vor allem nach England und in die Türkei. Auf der anderen Seite gab es Versuche, sich anzupassen. Erst ab Beginn des Zweiten Weltkriegs entdeckte die Nazi-Regierung, dass sie die Muslime gegen die britische und französische Mandats Herrschaft im Nahen Osten in Stellung bringen konnte. So diente ab 1942 das Islam-Institut der Nazi-Propaganda. Auch die Wilmersdorfer Moschee wurde für Propagandaauftritte des palästinensischen Groß-Muftis Amin Amr al-Hussain genutzt. Auf dem Balkan wurden Muslime für die Waffen-SS angeworben. Muslime blieben dennoch nicht von Deportationen und Ermordung verschont. Von den 500.000 in Konzentrationslagern ermordeten europäischen Sinti und Roma waren etwa 200 000 muslimisch. Somit bildet der Zweite Weltkrieg eine Zäsur in der Geschichte der Muslime in Deutschland: 1945 sollen hier nur noch 150 Muslime gelebt haben.¹⁹

¹⁸Lemmen , Thomas: Islamische Vereine, Verbände in Deutschland. Hg. vom Wirtschaft-und sozialpolitischen Forschungs-und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, 2. Auflage. Bonn 2002.

¹⁹Kiefer , Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Islam in der Lebenswelt Europa. LIT-Verlag. Münster 2005..Gritt Klinkhammer, Jamal Malik,/ Reichtmuth , Stefan (Hrsg.). Band 2. S. 37.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Nach Kriegsende begann eine Erneuerung der Organisation muslimischen Lebens in Deutschland, zu der zunächst Anhänger der Ahmadiyya-Bewegung und vor den Russen nach Süddeutschland geflohene Muslime beitrugen. In den 60er Jahren entstanden durch die Einreise von Studenten und Akademikern aus muslimischen Ländern islamische Zentren. So zum Beispiel in Aachen, wo auf studentische Initiative hin 1964 die Grundsteinlegung für die Bilal-Moschee auf dem Gelände der Technischen Universität Aachen erfolgte

1.1.4 Beweggründe für Wanderungsbewegungen

Warum emigrieren eigentlich Menschen? Migration hat es schon lange bevor Grenzen im politischen Sinn existierten und bevor sich Nationalstaaten herausgebildet haben, gegeben. Dabei gibt es unterschiedliche Beweggründe: Manche migrieren auf der Suche nach einem besseren Leben. Andere reisen ihrem Partner hinterher oder werden von ihren Eltern nachgeholt. Manche wollen oder müssen ihren Lebensunterhalt als

Arbeitsmigranten im Ausland verdienen, weil sie zuhause keine Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Klimatische Veränderungen (z. B. extreme Trockenheit), Naturkatastrophen, Kriege, Armut, (politische) Verfolgungen. Prinzipiell ist davon zugehen, dass Migration von den ärmeren und instabileren Regionen Europas und den Entwicklungsländern ausgeht.²⁰

Seit vielen Jahren leben Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Deutschland ist nach den USA das zweitbeliebteste Zielland für Einwanderer innerhalb der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), innerhalb der reichen Industrienationen.²¹

Der Großteil der heute hier lebenden Muslime kam jedoch erst im Zuge der Arbeitsmigration in den 60er Jahren und während des anschließenden Familiennachzugs nach Deutschland. Auf Grund des hohen Wirtschaftswachstums herrschte Arbeitskräftemangel, weshalb Deutschland mit andern Staaten wie zum Beispiel Italien (1955), Spanien oder Griechenland (beide 1960) Anwerbeverträge schloss. 1961 folgte das Anwerbeabkommen mit der Türkei. Weitere Abkommen mit Portugal, Tunesien, Marokko und 1968 mit Jugoslawien kamen hinzu.²² Von 1968 bis 1973 stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 1,014 auf 2,595 Millionen an,

²⁰Abschlussbericht der Enquetekommission Migration und Integration, des hessischen Landtags BWV. Berliner Wissenschafts-Verlag von 18. Juni 2013. S. 24.

²¹ Meier-Braun, Karl-Heinz Einwanderung und Asyle: Die 101 wichtigsten Fragen. C. H. Beck Verlag. 2. aktualisierte Auflage. 2015. München. S. 11.

²² Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 208. Siehe dazu Andre Höllmann: Migration und Integration. Wie muslimisch ist Deutschland? Tectum Verlag. Marburg 2011. S. 43.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

insbesondere der Anteil der Türken, die seit 1972 die größte Gruppe der Gastarbeiter bildeten. Bis zum 1973 verhängten Anwerbestopp war der Anteil der Ausländer in Deutschland auf 3.966.000 (64 Prozent der Gesamtbevölkerung) gestiegen. 910.500 davon waren Türken

Ein Daueraufenthalt war nicht eingeplant, weder von den Deutschen noch von den Muslimen selbst. Die Politik nahm an, die Arbeitsmigranten würden wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Man ging von einem jährlichen Rückgang in der Ausländerbeschäftigung um eine Viertelmillion aus, so dass sich in zehn Jahren die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik von vier auf zwei Millionen reduziert haben würde.²³ Zwar waren zu Beginn der 1970er Jahre die Rückkehrquoten nach wie vor hoch, 16,1 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte kehrten 1971/1972 in ihre Heimatländer zurück. Eine Statistik aus dem Jahr 1972 besagt, dass 89 % der damaligen Migranten Männer waren. Da zur gleichen Zeit auch in den Herkunftsländern die Wirtschaftslage entsprechend unsicher war, entschieden sich viele Migranten für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland, deshalb stieg gleichzeitig die Aufenthaltsdauer vieler Gastarbeiter an, und die Fälle, in denen Gastarbeiter ihre Familien nachholten, nahmen stetig zu.²⁴ Ihre Familien holten sie im Zuge der Familienzusammenführung nach.

Die Situation veränderte sich grundlegend, im Jahr 1992 stieg die Quote der Migranten um 45 % Frauen. Die Rückkehr gestaltete sich teilweise als schwierig. Vielen Arbeitsmigranten gelang es nicht, genügend Geld für einen Neuanfang in der Heimat zusammen zu sparen.²⁵

Die Lebenshaltungskosten in Deutschland waren höher als erwartet, die Löhne fielen niedrig aus. Auch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei ließ eine Rückkehr unattraktiver werden. Ende 1996 lebten 30 Prozent der Zuwanderer bereits 20 Jahre und länger in Deutschland. Sie bilden die Gruppe der Migranten der sogenannten ersten Generation.²⁶ Heute ist der Ehegatten-und Familiennachzug nach wie vor einer der zentralen Zuwanderungsformen in Deutschland.

²³ Lemmen Thomas: Islamische Vereine, Verbände in Deutschland, hg. vom wirtschafts-und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. 2. Auflage. Bonn 2001. S. 18.

Spuler-Stegemann , Ursula: Muslime in Deutschland: Informationen und Klärungen. Herder Verlag. Freiburg im Breisgau. 2002. S. 23.

²⁶ Treibel Anette (2003): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Weinheim und München: Juventus Verlag. S. 149.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1999 wanderten 70.750 Menschen auf diese Weise nach Deutschland ein, allein 21.055 kamen aus der Türkei.²⁷ Doch nach der Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes 2007, das unter anderem den Nachweis von Sprachkenntnissen von einwandernden Ehegatten aus bestimmten Ländern verlangt, darunter der Türkei, ist die Zahl der Einwanderungen über den Ehegatten- und Familiennachzug gesunken.

So waren zum Beispiel im zweiten Quartal 2007 noch 2314 Visa im Rahmen des Ehegattennachzug an Personen aus der Türkei verteilt worden, im vierten Quartal 2007 waren es nur noch 673,²⁸ wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht. Neben den Arbeitsmigranten kamen ab Mitte der 1970er Jahre bis heute Muslime als Flüchtlinge und Asylsuchende hauptsächlich aus der Türkei. Auf diesem Weg sind 1990 zum Beispiel 22.082 Personen aus der Türkei nach Deutschland gekommen, 2002 waren es noch 9.575.²⁹ Weitere kamen unter anderem während des Jugoslawien-Krieges und während des Bürgerkrieges im Libanon nach Deutschland, andere kamen aus Iran, Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo. Aktuell kommen sie vor allem aus dem Irak und Syrien.³⁰ Zudem sind muslimische Studierende und Akademiker zu nennen. Diese waren nicht nur in Westdeutschland maßgeblich an der Gründung der Islamischen Zentren und der ab den 1990er Jahren entstehenden islamischen Hochschulvereinen beteiligt.

Auch in der damaligen DDR waren Studierende aus arabischen Bruderstaaten (z. B. Syrien und Jemen) Ausgangspunkt eines bescheidenen Gemeindelebens vor allem in Leipzig und Ost-Berlin. Sie spielten zumindest seit dem Ersten Weltkrieg trotz ihrer schätzungsweise relativ geringen Zahl im muslimischen Gemeindewesen eine bedeutende Rolle. Das spiegelt sich vor allem im Zentralrat der Muslime in Deutschland wider.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde man auch in Deutschland auf eine religiöse Minderheit aufmerksam, die bislang kaum im Blick stand. Muslime mit islamistischer Gesinnung werden seither von einigen als Gefahr für die Gesellschaft angesehen.

²⁷ Münz , Rainer :Migration in Europa-Daten und Hintergründe. Stuttgart. Lucius &Lucius. 2009 S. 73.

²⁸ Bundestag-Dokument . 16/8175;S.10. bestand zwischen dem 18. Oktober 2005 und dem 27. Oktober .In :Saleh Mona .Tectum Verlag.2008;S.42

²⁹ Münz , Rainer, Seifert, Wolfgang, Ralf, Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. 1999. S. 149.

³⁰Spuler-Stegemann , Ursula: Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen. Herder Verlag. Freiburg im Breisgau. 2002. S. 28.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Verfassungsschutzämter versuchen, durch intensive Beobachtungen der islamistischen Szene in Deutschland wie auch dem weltweit vernetzten Islamismus Herr zu werden.

Die Rasterfahndung wird eingeführt, um so genannte Schläfer zu identifizieren: nicht auffällige, gut integrierte Muslime, die vermeintlich nur darauf warten, „angeknipst“ zu werden. Bislang zeigte diese Methode aber keinen Erfolg bei der Terroristensuche. Sicherheitsrelevante Bedenken spielen auch bei Durchsuchungen und Beobachtungen von Moscheen eine Rolle. Auf rechtlicher Ebene wurden 2006 und 2007 Veränderungen eingeführt, die auf Muslime ausgerichtet sind.

2006 wurde in Baden-Württemberg ein Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen eingeführt. Dieser sollte Klarheit darüber geben, ob sich Muslime trotz ihres islamischen Glaubens zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennen können.³¹ Mittlerweile gibt es so einen Test in fast allen Bundesländern.

Als Präventionsmaßnahme gegen Zwangsheirat unter Muslimen wurde 2007 im Bundestag beschlossen, dass Nicht-EU-Bürger bei familiärem Nachzug zunächst Deutschnachweise erbringen müssen, bevor sie nach Deutschland einreisen dürfen. Hintergrund der Regelung ist, dass unter den Eheschließungen zwischen in Deutschland lebenden Muslimen und den im muslimischen Ausland lebenden Partnern (vor allem Partnerinnen) ein hoher Anteil von Zwangsheirat vermutet wird.³² Die erworbenen Deutschkenntnisse sollen von Zwangsheirat betroffene Ehepartner sprachfähig machen. Sie erhalten aber weiterhin kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Muslimische Prediger, die die Idee des Gottesstaats sowie Hass gegen Andersgläubige verbreiten, wurden in der deutschen Öffentlichkeit bekannt und wegen Volksverhetzung verurteilt. Erstmals erfahren auch Ehrenmorde und Zwangsheirat unter Muslimen breite Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit und werden entsprechend geahndet. Außerdem werden hinter mehrheitlich von Migranten bewohnten Straßenzügen zunehmend parallelgesellschaftliche Strukturen vermutet. Schulen und Kindergärten mit einem hohen Migrantenanteil geraten immer wieder ins Visier, wenn es um Fragen der gescheiterten Integration geht.³³ Vor allem muslimischen Migranten und ihren Nachfahren wird eine gescheiterte Integration nachgesagt. Zum Teil wird die Integration der Muslime in die deutsche

³¹Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang / Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. 1999. S. 147.

³² Ebd., S. 148

³³ Ebd. Rainer Münz, Wolfgang Seifert, Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. 1999;S.149



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Gesellschaft sogar gänzlich für unmöglich erklärt. Es gäbe zu viele kulturelle und religiöse Unterschiede zur deutschen Gesellschaft.

Vor allem repräsentative Moschee bauten werden von nichtmuslimischen Nachbarn mit Argwohn beobachtet und teilweise massiv bekämpft. Aufgrund solcher Proteste scheitern zahlreiche Moscheebau vorhaben. Parallel zeigt sich aber auch, dass durch die Konflikte die verschiedenen Seiten zusammenkommen und über ihre jeweiligen Meinungen, Ängste und Vorurteile sprechen konnten.³⁴

Bundesweit bekannt wurde die Initiative „Pro Köln“, die sich aus ganz Deutschland rekrutiert und in den Moschee bauten vor allem eine Islamisierung Deutschlands sieht. Sie macht aus ihrer rassistischen Propaganda keinen Hehl.³⁵ Mittlerweile ist die Partei „Pro Deutschland“ daraus hervorgegangen. Auf der anderen Seite hat sich der Staat selbst verpflichtet, die Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. So werden Programme aufgelegt, die den Migrantenanteil im sozialen und schulischen Bereich, in den Medien, in der Politik, in der Wirtschaft, im Sport usw. erhöhen sollen. Ziel ist es, die Migranten in den Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zahlreiche Kommunen haben Integrationspläne aufgestellt.

Neben den Initiativen bemühen sich auch Berufsverbände, Sportverbände, Kulturbetriebe und Migrantenvereine um bessere Integration So sind Migranten mittlerweile in vielen öffentlichen Institutionen anzutreffen. Insgesamt sind sie jedoch noch immer vielfach unterrepräsentiert. Ein Beispiel dafür war die Veranstaltung in der arabischen An-Nur Moschee in Berlin-Neukölln im März 2006, an der der Berliner Rabbiner Ehrenberg und der Imam der An-Nur Moschee teilnahmen.³⁶ Auch die Moscheegemeinden bemühten sich in den letzten Jahren verstärkt um Dialog und Austausch: Rund 70 % der islamischen Vereine in Deutschland organisieren den alljährlichen Tag der offenen Moschee. Sie laden Nichtmuslime in ihre Räumlichkeiten ein, engagieren sich im interreligiösen Dialog und wagen sich stärker als bisher in die Öffentlichkeit. Seit den Anschlägen vom 11. September ist die Zahl der lokalen und regionalen interreligiösen und interkulturellen Dialoginitiativen und Integrationsmaßnahmen erheblich

³⁴Abschlussbericht der Enquetekommission .Migration und Integration des hessischen Landtags. In: Berliner Wissenschafts-Verlag vom 18. Juni 2013. S. 39.

³⁵Eberhard ? Seidel, (2003): Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2003): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a. M. Edition Suhrkamp. S. 216-279.

³⁶ Saleh , Mona: Zuwanderung und Integration deutsche Ausländerpolitik bis 2005. Die Integration der muslimischen Minderheit im Fokus. Tetum Verlag. 2008 S. 42.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gestiegen. Sie haben zum Ziel, das Zusammenleben fruchtbarer zu gestalten, sich gegenseitig besser kennen zu lernen und die gesellschaftliche Teilhabe von Migranten zu fördern. Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Migranten längst entdeckt: Ethno-Marketing und Ethno-Ökonomie sind in jeder größeren Stadt zu finden. Immer mehr deutsche Betriebe sehen in der migrantischen Bevölkerung Konsumenten und entwickeln entsprechende Angebote (z. B. Supermärkte, Banken, Immobilien, Friseure, fremdsprachige Berater usw.). Der Bund hat den Dialog mit Muslimen institutionalisiert, seit 2006 tagt die Deutsche Islam Konferenz. Auch die Bundesländer bemühen sich um stetigen Dialog mit islamischen Interessensvertretungen.

In vielen Bundesländern wird an Schulen schon islamischer Religionsunterricht erteilt. Die zahlreichen islamischen Verbände haben sich zu einem bundesweiten Spitzenverband, dem Koordinierungsrat der Muslime (KRM), zusammengeschlossen. Auf Länderebene gibt es ähnliche Bestrebungen. Bislang sind jedoch nur die islamische Föderation Berlin und die Alevitische Religionsgemeinschaft in Bayern, Hessen und Nordrhein–Westfalen offiziell als islamische Religionsgemeinschaften anerkannt

1.2 Verschiedene Wellen der Zuwanderung

Deutschland hat nach dem 2. Weltkrieg zahlreiche Einwanderungswellen erlebt, sowohl von Deutschen (Vertriebene, Übersiedler) als auch von ausländischen Migranten (Gastarbeiter)

1.2.1. Die Anwerbung von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland

Wanderungsbewegungen gab es zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte. Schon lange bevor politische Grenzen gezogen wurden, wanderten Menschen und Völker von einem Ort zu einem anderen.³⁷ Über die Geschichte der Muslime in Deutschland von 1945 bis 1960 ist bislang erst wenig bekannt. Fest steht, dass die Anzahl der muslimischen Bevölkerung in Deutschland nach Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg nur noch sehr klein war. Nach Kriegsende gab es faktisch keine Gemeindeaktivitäten mehr. Die vor dem Krieg existierenden islamischen Organisationen hatten sich aufgelöst.³⁸ Im Laufe der 1950er und 1960er Jahre schließen sich in einigen Städten Muslime zu neuen Vereinigungen zusammen. Ehemalige Wehrmachtsangehörige gründeten in München 1958 die „Geistliche Verwaltung der

³⁷Brian , Keeley: Internationale Migration, die menschliche Seite der Globalisierung. Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. 2010.S.26

³⁸Kiefer , Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen Kontext, „Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. LIT-Verlag. Münster. 2005. S. 36.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Muslimflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“.³⁹ 1961 wurde in Hamburg von iranischen Kaufleuten, die schon lange dort leben, das schiitische islamische Zentrum an der Außenalster gegründet.⁴⁰ Studenten aus muslimischen Ländern zieht es nach Hamburg, München und Aachen. Sie gründen dort in den frühen 1960er Jahren die ersten muslimischen Vereine. Doch erst mit der regulierten Arbeitsmigration ab 1955 stieg die Zahl der Muslime in der BRD. In den 60er Jahren zeichnete sich infolge der Hochkonjunktur des Wirtschaftswunders ein Mangel an Arbeitskräften ab. Eine große Rolle spielt hierbei das „Wirtschaftswunder“ ab Mitte der 1950er Jahre. Auf Drängen der Arbeitgeber schloss die Bundesregierung Verträge mit südeuropäischen Staaten, um so die massenhafte Anwerbung von „Gastarbeitern aus dem Mittelmeerraum zu ermöglichen, zunächst kamen vor allem Italiener, bald auch Spanier, Griechen, Türken und Jugoslawen.⁴¹ 1955 waren es nur 80.000 Arbeiter und in zehn Jahren stieg die Zahl auf über eine Million. Die italienischen Gastarbeiter arbeiteten unter allem in der Automobilindustrie. In Wolfsburg lebten zeitweise über 5000 Italiener, womit „Catellupo“ zum größten italienischen Dorf nördlicher Alpen wurde.

Häufig gab es in der Nähe der deutschen Unternehmen jedoch nur provisorische Unterkünfte, es waren oft Holzbaracken mit einer Umzäunung und bewachten Eingängen. Es entstanden regelrechte Ghettos und die eingesessene Bevölkerung machte nur selten Anregungen, Kontakte zu den neuen Mitbürgern und Arbeitskollegen aufzubauen. Von Heimweh getrieben, hielten sich die Männer vielfach auf den Bahnhöfen auf, denn sie bildeten die eigentliche Verbindung zur Heimat.

Der Arbeitskräftebedarf wurde immer höher, so dass die Regierung mit offiziellen Anwerbungsabkommen nachhalf. Die meisten Arbeiter kamen ursprünglich vom Land, haben aber in ihren Heimatländern schon Erfahrungen in den Industrien der Großstädte oder in den landwirtschaftlichen Betrieben gesammelt. Beider ersten Generation handelte es sich überwiegend um alleinstehende Männer. Daneben gab es einen unerheblichen Anteil, ca. ein Drittel weiblicher Arbeitskräfte, die ebenfalls ohne Ehepartner bzw. Familien zuwanderten.⁴²

³⁹ Ebd., Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen Kontext, , Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. LIT-Verlag. Münster. 2005. S. 37.

⁴⁰ Saleh, Mona: Zuwanderung und Integration. Rot-grüne deutsche Ausländerpolitik bis 2005. Die Integration der muslimischen Minderheit. Fokus Tetum Verlag. 2008. S. 59.

⁴¹ Kinan, Darwisch : Religionen Aktuell. Band 11. Hg. von Bertram Schmitz: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Tectum Verlag. Marburg 2013. Die Muslime in der deutschen Gegenwart. S. 35.

⁴² Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen und Herausforderungen. Sechster Familienbericht. Berlin 2000. S. 38.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Sie vereint die Hoffnung auf bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in Deutschland. Muslimische Arbeiter kamen aus Marokko, Tunesien und der Türkei. Aber auch unter den Migranten aus Griechenland und dem ehemaligen Jugoslawien waren Muslime zu finden.⁴³ Die sogenannten Gastarbeiter sind in den ersten Jahrzehnten nach 1945 längst nicht die einzigen Migranten in der BRD.

Allerdings ist ihr rechtlicher und gesellschaftlicher Status im Gegensatz zu den rund 12 Millionen „Vertriebenen“ aus Ost- und Südosteuropa wie auch den DDR-Flüchtlingen von vornherein ein ganz anderer: Sowohl die Vertriebenen als auch die DDR-Flüchtlinge werden mit der deutschen Staatsbürgerschaft ausgestattet und damit in allen Bereichen rechtlich gleichgestellt. Die rechtliche Grundlage für die Arbeitsmigranten in der BRD blieb dagegen zum einen die „Verordnung über ausländische Arbeitnehmer“ (1933), zum anderen die „Ausländerpolizei-Verordnung“ (1938) aus der Zeit des Nationalsozialismus.⁴⁴ Beide werden erst 1965 durch ein neues Ausländergesetz abgelöst. Den ausländischen Arbeitskräften werden damit in der BRD keine Perspektiven auf einen gesicherten dauerhaften Aufenthalt geboten. Darauf verweist auch der Name „Gastarbeiter“: Die Arbeitsverträge sind befristet, die Dauer des Aufenthaltes war an den Arbeitsplatz gebunden und ein Arbeitswechsel kam nur unter schwierigen Bedingungen zustande. Für türkische, marokkanische und tunesische Staatsbürger war die Arbeitserlaubnis von vornherein auf ein Jahr beschränkt. Auch im Arbeitsleben gibt es erhebliche Benachteiligungen: Der Lohn der ausländischen Arbeiter war im Schnitt geringer als der Lohn ihrer deutschen Kollegen, außerdem haben sie weniger Urlaub. Laut der Ausländergesetzgebung von 1965 durften die Ausländer außerdem nicht politisch tätig sein oder sich eigengewerkschaftlich organisieren. Bis in die 1970er Jahre hinein lebten die Arbeiter in Arbeitersiedlungen nahe den Fabriken. Diese ähnelten mehr Lagern als menschenwürdigen Domizilen: Bis zu 6 Betten in 10 qm großen Zimmern in den Wohnheimen, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, keinerlei Privatsphäre und keine Kontakte zur lokalen Bevölkerung waren die Regel. Etwa ein Fünftel der Lager waren sogar mit Stacheldraht umzäunt. Dass die Migranten diese beruflichen und privaten Zustände nicht einfach hinnahmen, ist heute weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Dabei bestreikten die Arbeiter in

⁴³ Hermann Ruttmann: Vielfalt der Religionen am Beispiel der Glaubensgemeinschaften im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Hg. von REMID e. V. Marburg. 1995. S. 142.

⁴⁴ Ebd., S. 143.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

unregelmäßigen Aktionen ihre Wohnquartiere und ihre Betriebe oder klärten ihre Kollegen über ihre Rechte auf.

Viele der Arbeiter kündigten vorzeitig ihre ohnehin befristeten Verträge und kehrten wieder zurück. Der berühmteste Streik migrantischer Arbeiter ist wohl der so genannte Ford-Streik im August 1973 im Ford-Werk in Köln: Die streikenden Türken und ihre Kollegen forderten unter anderem „eine Mark mehr“, mehr Urlaubstage, die Abschaffung von bestimmten Lohnklassen, d. h. eine Gleichstellung mit den deutschen Arbeitern. Der Streik ging jedoch zu Ungunsten der Streikenden aus: Die örtliche Polizei nahm die Streikführer nach sieben Tagen fest. Sie wurden abgeschoben. Im November 1973 wurde ohne große öffentliche Diskussion der so genannte Anwerbestopp verhängt.⁴⁵ Es durften keine weiteren ausländischen Arbeiter mehr angeworben werden. Begründet wurde dieser Schritt mit der weltweiten Ölkrise im Sommer 1973, die die deutsche Wirtschaft stagnieren ließ. Der Anwerbestopp war ein Schlüsselereignis der deutschen Migrationsgeschichte der letzten 60 Jahre. Er resultierte aus der Auffassung, Deutschland sei kein Einwanderungsland und die „Gastarbeiter“ seien eine flexible Arbeitskraftreserve, die man zurückschicken konnte, wenn man sie nicht mehr braucht. Dies widersprach aber der Wirklichkeit einer gewissen Integration jener Ausländer, die das Leben in Deutschland immer mehr schätzten und dort mehr Zukunftschancen für sich und ihre Kinder sahen.⁴⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt waren 14 Millionen Südeuropäer, vor allem Männer, als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Von ihnen kehrten etwa 3 Millionen nicht mehr in ihre Heimat zurück. Häufig holten sie auch ihre Familien nach Deutschland und die Kinder und Enkel dieser „Gastarbeiter“ sollten vielfach in ihre neue Heimat integrieren. Durch das Ausländergesetz von 1965 hatten jedoch alle Arbeiter, die mindestens fünf Jahre in der BRD gearbeitet hatten, das Recht erhalten, sich niederzulassen, wo immer sie wollten und bei geregelter Einkommen auch einen Antrag auf unbefristeten Aufenthalt zu stellen. So verließen mit dem Anwerbestopp von 1973 immer mehr Arbeiter die „Gastarbeiterlager“ und zogen in städtische Wohnungen.⁴⁷

Vor allem die jungen Menschen holten ihre Familien nach oder gründeten erst in Deutschland eine Familie. Der Anwerbestopp bewirkte sogar das Gegenteil von dem, was sein

⁴⁵Saleh , Mona: Zuwanderung und Integration-Rot-grüne deutsche Ausländerpolitik 1998-bis 2005. Die Integration der muslimischen Minderheit. Fokus. Tectum Verlag, Marburg 2008. S. 61.

⁴⁶Braun , Karl-Meier: Einwanderung und Asyle. C. H. Beck. 2005. München. S. 42.

⁴⁷Zwengel, Almut (hg): Die Gastarbeiter in der DDR: Politischer Kontext und Lebenswelt. Band XIII: Studien zur DDR-Gesellschaft LIT Verlag Berlin 2001 S.28



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

ursprüngliches Ziel war: Statt die Anwesenheit von Ausländern auf deutschem Territorium zu verringern, nahm deren Zuwanderung noch zu, und zwar hauptsächlich durch Familiennachzug. Der Anwerbestopp führte zu mehr Niederlassungen als gedacht. Bemerkenswert ist, dass zum Teil Bewohner ganzer Dörfer oder Stadtteile aus dem Ausland in so genannter „Kettenwanderung“ zum Arbeiten in dieselbe Stadt nach Deutschland gekommen waren. Für die Selbstorganisation des Lebens in Deutschland (z. B. für die Wohnungs- und Arbeitssuche, Kinderbetreuung, Erledigung der Amtsgeschäfte, Übersetzungshilfen usw.) war die Bedeutung der Landsmänner und Landfrauen groß. Entsprechend ließen sie sich in benachbarten Wohnungen und Stadtteilen oder Gegenden nieder. So erzählte die Juristin und Publizistin Seyran Ates:

„Nach zwei Monaten fanden meine Eltern durch die Vermittlung eines Bekannten aus unserem Dorf eine Einzimmerwohnung in Wedding. Die Gemeinschaft funktionierte auch in der Migration. Es gab in Berlin ganze Straßenzüge, in denen Menschen aus dem gleichen Dorf leben, zuweilen wie eine Kopie der Anordnung ihrer Häuser auf dem Dorf.“⁴⁸

Auf diese Weise veränderte sich auch die Sozialstruktur der Migranten: Hatte sich diese zunächst vor allem aus alleinstehenden 20-bis 40-jährigen Arbeitnehmern zusammengesetzt, gab es nun immer mehr Familien mit Kindern und damit auch mehr Migrantenkinder in Kindergärten und Schulen. Die ersten ehemaligen „Gastarbeiter“ machten sich schon in den 1970er Jahren selbstständig: Sie eröffneten Import-Export-Geschäfte, Lebensmittelläden, Pizzerien und die ersten Gyros- und Dönergeschäfte, um den Bedarf nach heimatlichen Produkten abzudecken. Ab 1973 gründeten Migranten auch vermehrt Sportvereine, soziale Einrichtungen, politische Gruppen und religiöse Vereinigungen.⁴⁹

Die Muslime unter ihnen, die sich bislang mit provisorisch eingerichteten Gebetsräumen begnügt hatten, mieteten nun größere Räume an. Dabei zogen sie günstige Fabrik- oder Lagerhallen, Kellerräume, Wohngebäude usw. vor. Sie legten damit den Grundstein für die entstehenden islamischen Gemeinden. Die öffentliche Wahrnehmung der Migranten in den 1960er und 1970er Jahren war insgesamt von starken Abgrenzungen gegenüber „den Ausländern“ geprägt. Ebenso wie große Teile der Bevölkerung sind auch die meisten Medien weit davon entfernt, Migranten als selbstverständlichen Teil der deutschen Gesellschaft

⁴⁸ Seyran Ates: Große Reise ins Feuer. 2003. S. 43.

⁴⁹ Blahusch, Friedrich: Zuwanderer in Deutschland. Eine Einführung fuer soziale Berufe. Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 1992 S.164-167



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

anzuerkennen. Stattdessen wird zunächst über ihren wirtschaftlichen Nutzen diskutiert, wobei die Migranten erst einmal als positive Begleiterscheinung des Wirtschaftswunders angesehen werden:

„Die südosteuropäischen Arbeitskräfte [...] sind zum Helfer geworden, ohne deren Einsatz wir nicht mehr in der Lage wären, unseren Wohlstand im bisherigen Tempo zu steigern“,⁵⁰ schrieb Die Zeit am 31.03.1961. Dabei treten weit verbreitete Vorurteile immer wieder offen zutage: „Die Arbeiter auf Zeit leben mit uns, arbeiten für uns und verdienen. Nicht jeder trägt ein Stilet, nicht jeder ist ein Verbrecher“, klärte die Zeitung Ruhr-Nachrichten am 28.08.1965 auf.

1.2.2 Die Anwerbung von Gastarbeitern in der Deutsche Demokratische Republik

Die DDR war auch vom Arbeitskräftemangel betroffen. Sie brauchte dringend wirtschaftliche Unterschätzung in den 1960er und 1970er Jahren. Es lebten nur rund 191.000 Ausländer in der DDR, die knapp 1,2 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Über die Hälfte von ihnen waren Vertragsarbeiter, sie waren vorwiegend aus ökonomischen Gründen in der DDR geholt worden.⁵¹ Die DDR schloß daher Verträge mit Polen (1965), Ungarn (1967), Mozambique (1979), Vietnam (1980) und anderen sozialistischen Bruderstaaten. Damit werden so genannte Vertragsarbeiter angeworben, die in der Industrie eingesetzt wurden. Zunächst geht es dabei auch um gegenseitige brüderliche Aufbauhilfe; so sollten die Arbeiter nach ihrem Aufenthalt in der DDR höher qualifiziert wieder in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Die Arbeitskräfte wurden als Helfer der DDR-Wirtschaft und als Solidarbeitrag der sozialistischen Bruderländer verkauft. Sie lebten in Wohnheimen und waren recht isoliert. Es bestand eine extrem rigide Verhinderungspolitik gegenüber der Gründung von Mischfamilien. Sie arbeiteten zumeist unter härtesten Arbeitsbedingungen.⁵²

Der Rest kam über Studienverträge, Eheschließungen oder Außenhandelsabkommen.⁵³ Bis zum Mauerbau 1961 waren bis zu drei Millionen Menschen in den Westen geflohen.

Die Vertragsarbeiter mussten in abgeschotteten Baracken oder Wohnblöcken wohnen. Sie wurden vor allem zu körperlich schweren oder monotonen Tätigkeiten unter strenger Disziplin

⁵⁰Ebd Seyran Ates: Große Reise ins Feuer. 2003. S.46.

⁵¹Zwengel ,Almut (Hrsg.): Die Gastarbeiter in der DDR: Politischer Kontext und Lebenswelt. Band XIII. Studien zur DDR-Gesellschaft. LIT-Verlag. Berlin 2001. S. 29.

⁵² Jasper, Dieter. Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: KRÜGER-Potratz (Hrsg.): Anders ein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster / New York. 1991. S. 151-153.

⁵³ Meier-Braun ,Karl-Heinz,. Einwanderung und Asyl- die 101 wichtigsten Fragen. C. H. Beck. 2. aktualisierte Auflage. 2005. München. S. 30.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

eingesetzt. Der Kontakt zu Einheimischen war genehmigungs- und berichtspflichtig. Die Auslandsaktivitäten waren einer erheblichen Geheimhaltung unterworfen und wurden von der Stasi überwacht. Die Aufenthaltsdauer war limitiert auf zunächst zwei und später fünf Jahre. Eine Integration war allerdings nicht vorgesehen. Während nach außen die Anwerbevereinbarungen als Zeichen der internationalen Völkerfreundschaft galten, bekamen die Arbeiter Schritt für Schritt immer unqualifiziertere Arbeiten zugewiesen, sie bekamen oft nur schwere und monotone Arbeiten, die die DDR-Bürger ablehnten.

Das Ausländergesetz der DDR vom 28.6.1969 und dazugehörige Ausländerverordnung regelte die grundsätzlichen Fragen des Aufenthaltes und des Rechtsstatus der ausländischen Bevölkerung während ihres Aufenthaltes in der DDR. Die DDR war geprägt von einer starken Kontrolle der Bevölkerung durch den Partei- und Staatsapparat. Beobachtungen durch die Stasi drangen in alle Lebensbereiche. Es wurde festgelegt, dass die Genehmigung zum Aufenthalt in der DDR jederzeit ohne Begründung zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden konnte.⁵⁴ Die entsendenden Länder versprachen sich von diesem Austausch, die Fachkräfte nach ihrer Rückkehr als Motoren für die Entwicklung des Landes einsetzen zu können. Hier muss man auf den Lebensstandard der DDR verweisen. Dieser war der höchste von allen Ostblockstaaten. Die Gastarbeiter bzw. „sozialistischen Brüder“ lernten praktisch ein sozialistisches Paradies kennen. Dieses sollte als Vorbild für die Entwicklungsländer dienen.

Diese sollten vor allem der Disziplin und der Durchsetzung von Disziplin dienen. Viele der Zurückgekehrten waren nach 5 Jahren ohne Heimflug oft auch zu Hause isoliert und wurden als Spitzel für die DDR an den Rand gedrängt.⁵⁵ Es war in der DDR ein absolutes Tabu, in der Öffentlichkeit über das „Ausländerproblem“ zu sprechen. Für die Arbeiter hieß das jedoch, dass sie in der DDR grundsätzlich nur kurze Aufenthaltserlaubnisse erhielten. Einen Familiennachzug erlaubte ihnen auch das Ausländergesetz von 1979 nicht. Bis zum Ende der DDR wurden die Arbeiter überdies in schlechten Wohnheimen untergebracht. Und der Kontakt zur lokalen Bevölkerung war strengstens verboten. Die Qualifizierung der Arbeiter für den eigenen Arbeitsmarkt wurde auch nicht weiter verfolgt.

⁵⁴Jasper, Dieter.: Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: KRÜGER-Potratz: Anders ein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster. 1991. S.151-153.

⁵⁵ Naumann, Sandra: .Zum Studium in der DDR: Zwischen Solidaritätsbasar und Kaderschmiede. Hamburg. Diplomica Verlag. 2008. S.106-107



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die größte ausländische Arbeitergruppe in der DDR bildeten die Vietnamesen. Geschätzt wurden ihr Fleiß und ihre hohe Arbeitsmoral. Mitte der 60er Jahre schlossen die Regierungen der DDR und der SR Vietnam ein Abkommen über Aus- und Weiterbildung von Studenten und Fachschülern. 1973 und 1974 wurden weitere Abkommen über die Ausbildung und Beschäftigung junger Vietnamesen in Schulen und Betrieben der DDR geschlossen. Bis 1982 erhielten rund 10.000 Vietnamesen eine Berufsausbildung. 1980 wurde erstmals die zeitweilige Beschäftigung und Qualifizierung von Vietnamesen vereinbart. Ab 1987 kam es zu einer Wende in den bilateralen Beziehungen. Nun waren es nicht mehr Arbeiter und Arbeiterinnen, die einen Facharbeiter oder Hochschulabschluss besaßen. Da stand nicht mehr die Ausbildung, sondern der Arbeitskräfteeinsatz im Vordergrund. Die Zahl der Vertragsarbeitnehmer stieg in den 80er Jahren sprunghaft an.⁵⁶

Zur Wende 1989/90 waren es 60.4000. Die Vietnamesen bildeten somit die mit Abstand größte Vertragsarbeitnehmergruppe in der DDR. Sie arbeiteten in der Leicht- und Elektroindustrie, vor allem wurde ca. die Hälfte in der Textilindustrie eingesetzt. Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern waren in der Öffentlichkeit tabu und praktisch nicht vorhanden, denn Ausländerfeindlichkeit durfte es offiziell nicht geben.

Ausländerfeindliche Übergriffe von DDR-Bürgern lassen sich in der Zeit vor 1987 nur schwer belegen. Eine Ausländerfeindlichkeit im Zeichen des sozialistischen Internationalismus durfte es nicht geben und wurde von politischer Seite auch nicht veröffentlicht beziehungsweise Nachrichten darüber wurden unterdrückt. Zeitungen und andere Medien durften nicht über Aggressionen gegenüber Ausländern berichten.⁵⁷

Neben den Arbeitern kommen viele Studenten aus afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern sowie dem europäischen sozialistischen Ausland nach Leipzig, Jena, Erfurt und Ostberlin. Als Führungskräfte sollten sie in ihren Herkunftsländern Leitungsfunktionen übernehmen. Im Studienjahr 1970/71 waren 4.700 ausländische Studierende in der DDR an Universitäten eingeschrieben, 1989/90 etwa 13.000.

⁵⁶Jasper, Dieter. : Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: KRÜGER-Potratz: Anders ein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster. 1991. S.151-153.

⁵⁷Zwengel, Almut (hg.): Die Gastarbeiter in der DDR: Politischer Kontext und Lebenswelt. Band XIII. Studien zur DDR-Gesellschaft. LIT-Verlag. Berlin 2001. S. 36



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Studenten konnten Studienort und Fach nicht frei wählen. Beides war in Regierungsabkommen zwischen dem Entsendeland und der DDR geregelt. Ausländische Studenten wohnten und lernten mit Deutschen in festen Seminargruppen. Kontakte zu Einheimischen waren reglementiert. Viele fühlten sich von den Deutschen bevormundet und beobachtet.

Tatsächlich überwachte sie den Staatssicherheitsdienst. Nach dem Studium müssen aber die meisten von ihnen ebenso wie die Arbeiter wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

1.2.3 Aussiedler in Deutschland zwischen 1945 und 1989

Am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den Nachkriegsjahren zwischen 1950/2003 kamen mehr als 4,3 Millionen Spätaussiedler und deren Familienangehörigen aus Osteuropa nach Deutschland. Es handelte sich um deutsche Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa. Sie kamen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. Im Französischen spricht man manchmal von „Les Allemands de souches“. Sie werden als Aussiedler „bezeichnet, wenn sie vor den ersten legislativen Maßnahmen zur Eindämmung ihrer Ankünfte 1992/1993 kamen, als Spät-Aussiedler wenn sie nach 1993 in die BRD zogen“.⁵⁸ Bis Ende der 1980er-Jahre war die Zuwanderung der nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz berechtigten Aussiedler in die Bundesrepublik durch den „eisernen Vorhang“ stark beschränkt.⁵⁹

Diese Ausreisebeschränkungen gegenüber deutschen Volkszugehörigen gelangten in den 1970er und 80er Jahren auf die Tagesordnung der deutschen Ostpolitik. Dabei war die Bundesregierung stets darum bemüht, Ausreisewilligen die Möglichkeit zur Aussiedlung zu eröffnen. Dies funktionierte in der Regel über bilaterale Abkommen mit Staaten des Warschauer Paktes- insbesondere mit Polen, Rumänien und der Sowjetunion. Sie genossen einen privilegierten Status und wurden wirtschaftlich gefördert. Dieses Ausmaß an Rückwanderungen hatte die westdeutsche Gesellschaft nicht erwartet und es erfolgten Rekordzuwanderungen in die BRD. Es waren 1,4 Millionen Aussiedler zwischen 1950 und 1987 in den Westen gezogen, weitere 1,5 Millionen von ihnen kamen allein zwischen 1988, 1989 und 1990 jeweils fast 400.000 dann über 200.000 jedes Jahr bis 1995, erst ab dem

⁵⁸Harmut Wendt (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland – Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises „Migration-Integration--Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw): Bundesministerium für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt . Wiesbaden., 08. und 09. Oktober 1998. S.18.

⁵⁹ Meier-Braun ;Karl-Heinz: Einwanderung und Asyl..Die 101 wichtigsten Fragen. C. H. Beck. München. 2015. S. 72-73.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Jahr 2000 sank ihre Zahl unter 100.000 Personen und 2008 wurden nur noch 4.362 Personen registriert.

Die Herkunft dieser Aussiedler und ihrer Familienangehöriger änderte sich ein bisschen im Laufe dieser Rekordjahre. Bis 1989 stammten 60 Prozent von ihnen aus Polen, 15 Prozent aus Rumänien und 8 Prozent aus der Sowjetunion. Die Verhältnisse haben sich dann umgekehrt und ab 1990 kamen 60 Prozent der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, 95 Prozent sogar seit 1995.⁶⁰

Anfangs empfing man die Aussiedlerfamilien in materieller Hinsicht mit offenen Armen. So bestand die Möglichkeit, umfassende Eingliederungshilfen und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Neben einem pauschalen Eingliederungsgeld als Grundversorgung waren Aussiedlerinnen und Aussiedler grundsätzlich berechtigt, Arbeitslosengeld zu beziehen.

Das Arbeitslosengeld richtete sich nach den üblichen Bemessungskriterien für den jeweiligen Berufszweig. Auch Renten wurden nach den Bemessungskriterien gezahlt, da die Herkunftsstaaten keine Altersversorgung für Aussiedler zahlten. Ein spezielles Eingliederungsprogramm der Bundesregierung von 1975 zielte auf eine rasche Integration ab. Dazu gehörten u. a. die großzügige Finanzierung von Sprachkursen auch für Hausfrauen und Rentner sowie berufliche Anpassungsmaßnahmen und Umschulungen.

Spezielle Maßnahmen zur Eingliederung für alle jungen Aussiedler zwischen sechs und dreißig Jahren. Zur Forderung gehörten sprachliche, schulbegleitende, berufliche und soziale Angebote. Zur Gründung eines eigenen Haushalts und zur Anschaffung persönlicher Gegenstände konnten Aussiedler bei Banken, Sparkassen und Raiffeisenbanken ein staatlich subventioniertes Einrichtungsdarlehen erhalten. Dazu gab es eine erleichterte Anerkennung von Prüfungen und Abschlüssen und eine qualifikationsgerechte Vermittlung von Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz.⁶¹

Aussiedler konnten an besonderen beruflichen Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen, wenn sie für die Eingliederung als notwendig erachtet wurden.

Investitionen zur Gründung selbständiger Existenzen von Aussiedlern wurden gefördert. Dazu vergab die Deutsche Ausgleichbank Darlehen mit ermäßigtem Zinssatz. Außerdem sollten

⁶⁰ Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang/ Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. 1999. S. 31.

⁶¹ Ebd. S. 32.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

die geförderten Unternehmen bei der Vergabe von Anträgen durch die öffentliche Hand bevorzugt werden.⁶²

Ab 1990 änderte sich diese Lage: Die hohe Zahl an Aussiedlern addierte sich nämlich mit Rekordzuwanderungen von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen und bewirkte Panik in Westdeutschland. Auch wurden die materiellen Probleme ihrer Aufnahme (v. a. die Schaffung von Unterkünften) und die Kosten für ihre Förderung immer höher.⁶³ Schließlich zeigten die Russlanddeutschen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse größere Integrationsschwierigkeiten als andere Aussiedler. 1990 wurde das Anerkennungsverfahren zum Aussiedlerstatus im Aussiedleraufnahmegesetz erschwert. Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 bildete den entscheidenden Schritt zum programmierten Ende der Aussiedlerzuströme.

Als Spätaussiedler werden künftig nur Personen anerkannt, die vor dem 1.1.1993 geboren wurden. Dazu müssen sie den Beweis erbringen, dass sie persönlich unter Diskriminierung leiden, dass sie infolge des Zweiten Weltkriegs und der darauffolgenden Zwangsübersiedlungen sich dort befinden. Ende der 1990er wurden noch Sprachkriterien ergänzt. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine wesentliche Bedingung für die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung. Aussiedler treffen in der Bundesrepublik auf deutsche Landsleute, die vielfach von ihrer Zuwanderung nicht begeistert sind.

Von den Einheimischen werden sie anders, als sie es wollen, wahrgenommen: nämlich als „Russen“, „Polen“, „Rumänen“. Die Realität in der Bundesrepublik erwies sich für die Aussiedler nicht als „Paradies auf Erden“. Sie stellte auch eine Herausforderung für die deutsche Politik dar.

Die Zuströme versiegten entsprechend und 2008 gab es nur noch 4362 Spätaussiedlerankünfte, weil sie nur unter großen Schwierigkeiten Arbeitsstellen fanden.⁶⁴

1.2.4 Übersiedlerwanderung zwischen Ost-und Westdeutschland

Zu den vorher genannten Wanderern kamen noch Wanderungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die man Übersiedler nannte. Die Übersiedler aus der DDR bildeten eine

⁶² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Integration fördern-Zusammenleben gestalten. Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten. 22. September 2004. S. 12.

⁶³ Ebd. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Integration fördern-Zusammenleben gestalten. Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten. 22. September 2004. S. 13

⁶⁴ Wendt, Harmut (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland – Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises „Migration-Integration-Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw): Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. 1999. S. 20.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

zweite Gruppe deutscher Migranten. Schon vor der Gründung der beiden deutschen Staaten waren rund 730.000 Personen aus der sowjetischen in die westlichen Besatzungszonen übergesiedelt .Nach der Gründung der DDR (1949) verließen bis zum Bau der Mauer (August 1961) weitere 3, 8 Millionen Ostdeutsche ihr Land. Unzufriedenheit mit dem politischen System der DDR, die ökonomische Anziehungskraft des westdeutschen Wirtschaftswunders aber auch der Wunsch nach Familienzusammenführung waren die wichtigsten Gründe für die Wanderungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Aufgrund der steigenden Übersiedlungen in den Jahren 1960/1961 schloss die DDR Regierung mit dem Bau der Berliner Mauer die innerdeutsche Grenze. Diese Maßnahme erwies sich als wirksam. Nach dem Fall der Mauer kam es zu einer völlig unkontrollierten Massenabwanderung. Insgesamt verlor Ostdeutschland zwischen 14949/1997 durch Abwanderung rund ein Viertel seiner Bevölkerung. In diesem Zeitraum wanderten 6,6 Mio. Deutsche von Ost-nach Westdeutschland.

1.2.5 Anwerbestopp

Eine deutliche Begrenzung der Gastarbeiteranwerbung erfolgte vor der ersten Ölpreiskrise. Am 23. November 1973 wurde der Anwerbestopp verhängt. Die deutsche Regierung reagierte schnell und traf Maßnahmen: Sie erhöhte zunächst die Gebühren, die die Arbeitgeber für die Anwerbung von Gastarbeitern zahlen mussten. Vorzeitiger Ruhestand, Kurzarbeit und Arbeitsverkürzungen wurden entworfen. Die Bundesrepublik legte ein neues Konzept vor, kein Zuwanderungskonzept, aber ein Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung. Die Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte war notwendig, aber regulierbar. Zielsetzung war die Begrenzung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer und eine Anpassung an die Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur. Zudem sollte „alles getan werden, um ausländischen Arbeitnehmern für die Dauer ihres Aufenthaltes menschenwürdige Lebensverhältnisse zu bieten, oder eine Rückkehr in die Heimatland“.⁶⁵ Aus sozialen und humanitären Gründen lehnt es die Bundesregierung ab, den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer nach Ablauf einer bestimmten Zeit durch behördliche Eingriffe zwangsweise zu beenden. Die Bundesrepublik versuchte, die Rückkehr von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer durch finanzielle Anreize zu fördern. Zugleich betonte die Bundesregierung

⁶⁵ Aktionsprogramm Juni 1973, zit., nach Mehrländer, Ursula: Einflussfaktoren auf das Bildungverhalten ausländischer Jugendlicher. Vergleich italienischer und deutscher Auszubildender und Jugendarbeit. Bonn 1978. S. 123.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

„dass alle Überlegungen einer Rückkehrhilfe. davon ausgehen, dass der Einzelne seine Entscheidung selbst treffen soll und auch treffen kann.

1.3 Anforderungen der Gastarbeiter nach dem Anwerbestopp

Bis in die 1990er Jahre hinein wurde der Präsenz muslimischen Lebens weder von der Politik noch von der Wissenschaft größere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Ein Gedanken dazu von Ernst Schydrick vom Deutschen Caritasverband war: „Wir wollten Arbeitskräfte importieren-und es kamen Menschen.“⁶⁶ Man hatte nie realisiert, dass diese Arbeitskräfte andere Sitten, Gebräuche und Bedürfnisse auch mit sich gebracht haben. Während der ersten Phasen der muslimischen Immigration waren die Zuwanderer hauptsächlich Männer, die allein und für eine begrenzte Zeit kamen. Die Tatsache, dass sie allein kamen, bedeutete, dass religiöse Erfordernisse bei der Aussiedlung minimal waren.

Deshalb wurde bis in die 1990er Jahre hinein der Präsenz muslimischen Lebens weder von der Politik noch von der Wissenschaft größere Aufmerksamkeit entgegengebracht.

In der Politik ging man davon aus, dass muslimische Migranten wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Viel zu lange hatte die Politik die Augen davor geschlossen, dass Deutschland ein Einwanderungsland war. Die Situation veränderte sich schlagartig mit dem Familiennachzug, als aus der Migration muslimischer Arbeiter eine Immigration muslimischer Familien wurde. Mit den Familien und insbesondere mit den nachziehenden und hier geborenen Kindern stellten sich völlig neue Probleme, auf die allerdings weder die Gesellschaft noch die Politik vorbereitet waren. Zuerst schwand das Gefühl, der Aufenthalt sei zeitlich begrenzt. Nun rechnete man mit einem dauerhaften Aufenthalt. Dann führte die Anwesenheit von Frauen und Kindern zu intensiven Kontakten zur Gesellschaft, in der sie lebten. Für die deutsche Bevölkerung wurden die muslimischen Ausländer vor allem durch die nachziehenden Frauen in ihren kulturellen und religiösen Eigenheiten erkennbar, eine Eigenheit, die vielfach als Fremdheit erlebt wurde. In der Folge wurden die traditionellen Kulturen in Frage gestellt. So ergab sich die Notwendigkeit, Institutionen einzurichten entweder zur Unterstützung der alten Traditionen oder um Spannungen zu mildern. Lange Zeit haben die religiösen Belange von Migrantinnen und Migranten in der Integrationspolitik keine nennenswerte Rolle gespielt.

⁶⁶ Braun, Karl Meier : Einwanderung und Asyl. Die 101 wichtigsten Fragen. C. H. Beck. 2. aktualisierte Auflage. München. 2015. S. 27.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Während die katholischen, orthodoxen und protestantischen sowie jüdischen Zuwanderer auf die integrierenden Struktur der vorhandenen Kirchen und Gemeinden in Deutschland trafen, mussten Muslime, Hindus oder Buddhisten sich eigene religiöse Strukturen in Deutschland erst aufbauen. Das führte in vielen Bereichen zu Schwierigkeiten bei der Abstimmung der neuen, zugewanderten Religionen mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Für die Integration von Muslimen der größten zugewanderten Religionsgemeinschaft in Deutschland bedarf es einer Politik der Anerkennung, die den Islam als gleichberechtigte Religion akzeptiert und Muslime rechtlich und politisch integriert.

Im Vergleich zum Christentum und Judentum ist der Islam in Deutschland eine junge Religion. Bei der religionspolitischen Integration geht es darum, Musliminnen und Muslimen eine gleichberechtigte Teilhabe wie anderen Religionsgemeinschaften zu ermöglichen.

Daher ist es notwendig geworden, die Einführung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache nach Art. 7 Abs. 3 GG zu schaffen. Viele muslimische Eltern haben vor dem Verlust der islamischen Identität ihrer Kinder Angst und schicken diese in Moscheen, damit sie dort dem Islam erlernen.⁶⁷

Hier lernen die Muslime, was ihre Religion ausmacht, welche Pflichten sie gegenüber den Eltern, den Verwandten und der Gesellschaft haben und wie sie diese Verantwortung am besten wahrnehmen können. Muslime und ihre Verbände verlangen schon seit Längerem die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Islamische Verbände bestehen darauf, dass der Religionsunterricht als Schulfach durch Art. 7 GG dezidiert geschützt wird und vom Staat in Abstimmung mit den Religionsgemeinschaften erteilt werden muss. Umstritten bleibt in diesem Zusammenhang, was man unter einer Religionsgemeinschaft versteht, denn der Religionsunterricht wird nach Art. 7 Abs. 3 GG in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft erteilt. Dies gestaltet sich im Bereich des Islam in Deutschland schwierig, denn die Muslime in Deutschland können weder eine kirchenähnliche Struktur vorweisen noch haben sie vor, eine solche auszubilden.⁶⁸

Daher konnten deutsche Behörden keine Beziehungen zu vertrauten Organisationen herstellen

⁶⁷ Hannemann, Tilman, / Hüsing - Meier, Peter - (Hrsg.): Deutscher Islam-Islam in Deutschland. Diagonal Verlag. 2000 S. 46.

⁶⁸ Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Nummer 8. In der Diskussion Islamischer Religionsunterrichts an staatlichen Schulen in Deutschland. Praxis-Konzepte-Perspektiven. Dokumentation eines Fachgespräches. September 2000. S. 14.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Zudem hieß es über die islamischen Verbände der Muslime in Deutschland, es sei nicht klar, wer für die Mehrheit der Muslime spreche, welche Legitimation die einzelnen Gruppen hätten und wie sie zur deutschen Verfassung stünden. In der Tat verfügt die Mehrheit der Muslime in Deutschland über keinerlei Mitgliedsausweise in islamischen Verbänden oder einem Zugehörigkeitsnachweis zum Islam, denn man wird als Muslim geboren und nicht wie etwa im Christentum durch einen Taufritus in die Gemeinde aufgenommen.⁶⁹

In Deutschland ist allmählich eine neue Generation von Muslimen herangewachsen, die ganz selbstverständlich für sich weiß, dass ihr Platz hier ist. Ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft steht für sie nicht in Frage. Daher ließen die Länderministerien provisorische und pragmatische Zwischenlösungen zu, wie den Schulversuch „Islamische Unterweisung“ zuerst im muttersprachlichen Unterricht und dann in deutscher Sprache in mehreren Bundesländern (Kapitel 3). Die deutsche Politik kam zu der Erkenntnis, dass die meisten Migranten nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren würden und dafür die Entwicklung eines orientierten Islamunterrichts für die muslimischen Schüler nötig sei.

1.3.1 Islamunterricht als Versuch in den 80er und 90er Jahren

Seit 1999 wird die islamische Unterweisung in zwei Formen erteilt, seit 2005 unter der geänderten Bezeichnung „Islamkunde“. Bis weit in die 80er Jahre hinein war die Vorstellung vorherrschend, dass die muslimischen Gastarbeiter mit ihren Familien wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Um die muslimischen Kinder auf diese Rückkehr vorzubereiten, wurde für sie in mehreren Bundesländern muttersprachlicher Unterricht angeboten, der nicht vom deutschen Staat aber von den diplomatischen Vertretungen des Heimatlandes verantwortet wurde. Ziel dieses Unterrichts ist es, die muttersprachlichen Fähigkeiten der Schüler zu verbessern, Schüler mit ihrer eigenen Kultur vertraut zu machen und ihre Identifikation mit dem Herkunftsland zu verstärken. Es erfolgte eine islamische Unterweisung in deutscher Sprache. In der Konsequenz wurden neue Modelle für einen Unterricht auf Deutsch erarbeitet und der muttersprachliche Unterricht wurde schrittweise aufgelöst.

⁶⁹Kaddor , Lamy/ Stobel , Katya: Islamischer Religionsunterricht: Hintergründe, Probleme, Perspektiven. Veröffentlichung des Centrums für Religiöse Studien. Münster. Herausgegeben von Bauer , Thoma., LIT-Verlag. Münster. 2004. S. 26.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1.3.1.1 Islamunterricht im muttersprachlichen Unterricht

Nordrhein-Westfalen bietet seit den 80er Jahren islamische Unterweisung im muttersprachlichen Unterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler an. Unterrichtet wurde auf Türkisch, Arabisch, Bosnisch – weitgehend unabhängig von den Herkunftsländern der Schüler. Die Teilnahme war freiwillig. Wer sich angemeldet hat, blieb grundsätzlich für die Dauer eines Schuljahres verpflichtet. So haben die meisten Bundesländer zu Beginn der 80er Jahre die Möglichkeit der religiösen Unterweisung im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts eröffnet. Die Verantwortung für diesen Unterricht liegt teils bei den diplomatischen Vertretungen der Türkei, teils bei den Kultusministerien. Der Unterricht wurde vorwiegend in türkischer Sprache von Lehrkräften erteilt, die in der Türkei ausgebildet wurden und die zum Zweck der Erteilung von muttersprachlichem Ergänzungsunterricht nach Deutschland kommen. Die Schulaufsicht wurde hierbei von den einzelnen Bundesländern übernommen. In NRW hat eine Kommission aus türkischen Lehrerinnen und Lehrern, einem deutschen Islamwissenschaftler und zwei evangelischen Theologen und Religionspädagogen, ferner einem islamischen Experten auf dem Gebiet der türkischen Sprachwissenschaft und Kulturgeschichte entsprechende Curricula ausgearbeitet.⁷⁰ Jedoch wird seit 1983 auch islamische religionskundliche Unterweisung angeboten. Religionskunde beschreibt die Inhalte einer Religion, ihre Kultur und Geschichte, sie spart die Verkündung des Glaubens aus. Diese Unterweisung wird von der staatlichen Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) erteilt. Diese Organisation ist bundesweit organisiert, der Bundesvorsitzende ist laut ihrer Satzung der Direktor der Anstalt für religiöse Angelegenheiten in Ankara. Trotz der Bezuschussung durch den Senat mangelt es an demokratischer Kontrolle dieser Aktivitäten.

Neben dem muttersprachlichen Ergänzungsunterricht haben sich im Laufe der einzelnen Bundesländern weitere schulische Modelle ausgebildet, in deren Rahmen (überwiegend) Kindern muslimischen Glaubens eine Unterweisung in den Inhalten des Islam erteilt wird ohne jegliche inhaltliche Kontrolle.⁷¹

⁷⁰ Siegel, Anna: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen. Probleme. Unterrichtsansätze. Perspektiven. Frankfurt/Main. Verlag für interkulturelle Kommunikation. 1990. S. 40.

⁷¹ Islamischer Religionsunterricht? Herausgegeben von Wolfgang Bock. Religion und Aufklärung. Band 13. Herausgegeben von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft .Heidelberg. Mohr Siebeck. 2006. S.140.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ist eine alte Forderung vor allem von Minderheiten aus der Türkei. Sie wird sowohl von religiösen Verbänden, vor allem von sunnitischen Glaubensgemeinschaften, aber auch von säkularen Gruppen erhoben. Religionsunterricht nach der Berliner Praxis ist grundsätzlich konfessionell gebunden, d. h., seine Erteilung liegt in Verantwortung der Religionsgemeinschaften. Es handelt sich faktisch um einen freiwilligen Privatunterricht an öffentlichen Schulen.⁷² Die Bundesländer Bayern und Nordrhein–Westfalen hatten als erste in den 80er Jahren „religiöse Unterweisung“ für Schüler/Innen islamischen Glaubens im muttersprachlichen Unterricht Türkisch großflächig eingeführt. Bayern legte dabei Lehrplänen zugrunde, die vom türkischen Unterrichtsministerium zur Verfügung gestellt wurden, Nordrhein–Westfalen ließ durch das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung eigene Curricula entwickeln, das sich von den muslimischen Universitäten in Kairo und Ankara beraten ließ. Beide Länder bieten nach genau diesen Konzepten islamische Unterweisung nun in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler/Innen an.

1.3.1.2 Islamunterricht in deutscher Sprache

Als Übergangslösung wurde in den 90er Jahren der Schulversuch „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“ eingerichtet. Es handelt dabei um einen unbefristeten Schulversuch. Der islamische Religionsunterricht soll in diesem Fall in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern vermittelt werden, die schon islamische Unterweisung im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts erteilt haben oder über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Dieser Unterricht wird nach staatlichen Lehrplänen und im Rahmen der staatlichen Aufsicht stattfinden. Er ist erstmalig auch für nichttürkische muslimische Schülerinnen und Schüler zugänglich. In Nordrhein-Westfalen geschieht dies seit dem Schuljahr 1999/2000 an inzwischen über 30 Schulen. Dabei begann der Versuch etwas zögerlich.

Im Oktober 1999 sollte der Unterricht beginnen, was aber erst zum Halbjahreswechsel im Februar 2000 an acht Schulen gelang. Mit dem Schuljahr 2002/2003 sollte der Schulversuch neuerlich ausgeweitet werden, weitere 30 Schulen sollten hinzukommen. Es wurden zum

⁷² Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein–Westfalen. Kontext ,Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. LIT-Verlag. Münster. 2005. S. 82.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

nächsten Halbjahreswechsel im Februar 2003 jedoch sehr viel weniger Schulen, in Duisburg, wo sich acht Schulen beteiligen könnten, kamen nur fünf neue hinzu.⁷³

In Bayern wurde ein entsprechender Schulversuch zu islamischer Unterweisung in deutscher Sprache mit dem Schuljahr 2001/2002 an fünf Schulen eingeführt, je eine in München, Augsburg, Nürnberg, Erlangen und Fürth.

Andere Bundesländer erteilen den Islamunterricht ebenfalls im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts, erteilt von türkischen Lehrkräften. Der Unterricht steht allen muslimischen Schülerinnen und Schülern ungeachtet ihrer „Konfessionellen“ Orientierung offen. Dieses Unterrichtsangebot erfüllt zum Teil die Voraussetzung des Art. 7 Abs. 3 GG. Die Notwendigkeit eines Islamunterrichts in deutscher Sprache als selbstständiges Unterrichtsfach ohne Einbindung in den muttersprachlichen Unterricht vor allem für türkische Schüler/Innen wird heute jedoch von fast allen Seiten bevorzugt.⁷⁴

Gestritten wird heute vor allem über den rechtlichen Status und das Mitwirkungsrecht der islamischen Verbände und Gemeinschaften bei der Gestaltung der Inhalte und bei der Ausbildung und Auswahl der Lehrenden. Hier liegen die Positionen der politisch verantwortlichen und religiösen Gemeinschaften und Verbände noch weit auseinander.

Vor allem in den Bundesländern, in denen relativ viele muslimische Menschen leben, sind die islamischen Organisationen in den vergangenen Jahren verstärkt aktiv geworden.

Sie fordern mehrheitlich die Einführung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs. 3 GG wie er den großen christlichen Konfessionen nach der Verfassung und den landesrechtlichen Bestimmung gewährt wird. Inzwischen haben islamische Stellen auch verschiedene Curriculumsentwürfe vorgelegt, so der Zentralrat der Muslime im März 1999, das muslimische Institut für internationale Pädagogik und Didaktik, Köln (1999), und die Islamische Föderation Berlin. Auch die katholische (22. Januar 1999) und die evangelischen Kirchen (25.05.1997) haben öffentlich für die Einrichtung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichtes unter Mitwirkung der islamischen Religionsgemeinschaften plädiert.⁷⁵

⁷³ Mohr Christiane: „Islamischer Religionsunterricht“ Herausgegeben von Wolfgang Bock. Religion und Aufklärung. Band 13. Hrsg. von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Heidelberg.. 2006. S. 140.

⁷⁴ Mohr Irka-Christin, Michael Kiefer (Hrsg.): Islamunterricht, Islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel – ein Fach. Transkript Verlag. Bielefeld. 2009. S. 44.

⁷⁵ Kinan, Darwisch: Islamischer Religionsunterricht. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S.117.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Länderregierungen bezweifeln jedoch wegen vergleichsweise geringer Mitgliederzahlen der Moscheegemeinden und Moscheevereine deren Legitimation, für die Mehrheit der Muslime insgesamt zu sprechen.

In Hessen haben deshalb muslimische Vereine und Verbände im November 1997 die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) gegründet, um die Aufgaben und die Interessen der Muslime gegenüber den hessischen Behörden zu vertreten und ihre volle Anerkennung als Vertretung zu erhalten. Die IRH hat ordentlichen Religionsunterricht nach den gesetzlichen Bestimmungen unter ihrer verantwortlichen Mitwirkung beantragt. Nachdem man mit der früheren rot-grünen Landesregierung kurz vor der Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes stand, hat die christlich-liberale Regierung dieses Projekt gestoppt. Eine islamische Unterweisung findet an hessischen Schulen nicht statt. Dagegen erfolgt schrittweise die Einführung eines Ethikunterrichts mit den Schwerpunkten islamische Ethik und Philosophie als ergänzendes Unterrichtsangebot.⁷⁶

In Berlin

Berlins Landesverfassung und Schulgesetz sehen vor, dass Religionsunterricht grundsätzlich nur in der alleinigen Verantwortung der religions- und weltanschaulichen Gemeinschaften und nur als Wahlfach erteilt werden kann. Seit Beginn des Schuljahres 2001/2002 wird islamischer Religionsunterricht in der Verantwortung der Islamischen Föderation an 37 Schulen in den Klassen eins bis sechs zwei Stunden wöchentlich erteilt. 17 Lehrer unterrichten ca. 4000 Schüler/Innen. Es unterrichten wegen der Kopftuchfrage ausschließlich männliche Personen, weil die zwölf der Föderation angeschlossenen Moscheen keine einheitliche Auffassung vertreten. Und die Föderation andererseits kein Interesse hat, in dieser Frage einen neuen Konflikt zu provozieren. Zu den Voraussetzungen für ihre Einstellung gehört, dass sie einen akademischen Grad mitbringen, sei es nun, dass sie Theologie in der Türkei oder dass sie Germanistik in Deutschland studiert haben, und dass sie gute deutsche Sprachkenntnisse nachweisen können. Der islamische Religionsunterricht wird gleichberechtigt zum evangelischen, katholischen und jüdischen Religionsunterricht sowie zur „Lebenskunde“ des Humanistischen Verbandes erteilt – aber nicht gleichberechtigt zu den übrigen Unterrichtsfächern des Berliner Schulsystems.

⁷⁶Kiefer, Michael, Eckart Gottwald, Bülent Ucar (Hrsg): Auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht. Sachstand und Perspektiven in Nordrhein-Westfalen. LIT-Verlag. Berlin. 2008. S. 29.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Eine weitere Sonderform von Religionsunterricht wird im Stadtstaat Hamburg praktiziert. Hier wird Religionsunterricht für alle erteilt, das heißt Schüler/Innen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und auch solche ohne religiöses Bekenntnis nehmen im Klassenverband gemeinsam am Unterricht teil. Nur katholische und jüdische Schüler/Innen sind in der Regel ausgenommen. Muslimische Schüler/Innen nehmen daran teil, können sich aber auch von der Teilnahme befreien lassen.⁷⁷

1.3.1.3 Gesellschaftliche Anerkennung der Muslime in Deutschland

Trotz der negativen Stimmung, die nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center in New York gegenüber dem Islam und den Muslimen entstand, kann man nach meiner Sicht besonders in den letzten Jahren positive Entwicklungen beobachten. Unterschiedliche Institutionen, darunter auch muslimische Organisationen, veranstalten regelmäßig Tagungen und sonstige Informationsveranstaltungen über den Islam und die Muslime.⁷⁸ Die deutschen Bundesländer sind auf der Suche nach Gesprächs- und Kooperationspartnern und die Bundesregierung versucht, durch die Einrichtung der Islamkonferenz den Diskurs voranzutreiben.⁷⁹ Integrationsgipfel, deutsche Islamkonferenz, Weimarer Aufruf für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, Imam-Fortbildung und die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Religion sind wichtige Meilensteine. Diese Entwicklungen zeigen, dass sich der deutsche Staat inzwischen die Integration und die Aufnahme der Muslime in der Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Deutschland hat in seinem öffentlichen-rechtlichen Selbstverständnis einer aktiven Neutralität des Staates gegenüber den Religionen eine eindeutige Position. Demnach hat der Staat alle Religionen gleich zu achten und zu behandeln, sofern sie ihrerseits die Regeln der rechtsstaatlichen Demokratie respektieren. Der Staat muss sich aus den religiösen Angelegenheiten nicht wie im laizistischen Staat prinzipiell heraushalten, ist aber, sofern er sich einmischt, strikt an die Regel der Gleichberichtigung aller Religionen gebunden. Verschiedene staatliche Institutionen in Deutschland äußern seit einigen

⁷⁷ Kiefer, Michael, Eckart Gottwald, Bülent Ucar (Hrsg.): Auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht. Sachstand und Perspektiven in Nordrhein-Westfalen. LIT-Verlag. Berlin. 2008. S. 30..

⁷⁸ Treibel Annette: Der islamische Religionsunterricht und die Integration: ein sozialogischer Plaedoyer für eine neue Aufmerksamkeit, in: Zeitschrift für soziale Arbeit. 2006. S. 11-16.

⁷⁹ Deutsche Islam Konferenz (DIK), [http://www.bmi.bund.de/cln-028/nn-122688/internet/Content/themen/deutsche-islam-konferenz/Daten und Fakten/Islamkonferenz-Allgemeines.html](http://www.bmi.bund.de/cln-028/nn-122688/internet/Content/themen/deutsche-islam-konferenz/Daten+und+Fakten/Islamkonferenz-Allgemeines.html).



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Jahren das Bedürfnis nach einem Ansprechpartner von Seiten der Muslime. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sagte dazu u. a.: „In den Kontext von Staat und Religion gehört auch das Verständnis zum Islam. In Deutschland leben dreieinhalb Millionen Muslime. Manche von ihnen haben mit gutem Grund gefragt:

Wenn es an staatlichen Schulen für protestantische und katholische Kinder Religionsunterricht gibt, warum nicht auch für muslimische Kinder? Ja, warum nicht, schließlich gibt es auch für jüdische Kinder Religionsunterricht. Das haben wir in einem Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinschaft festgelegt. Das Problem ist, dass der Staat einen Ansprechpartner braucht. Es scheint aber bisher unmöglich, einen solchen Partner zu finden. Warum aber fehlt bis heute eine die in Deutschland lebenden Muslime vertretende Organisation? Muslime haben eine Vielzahl an Vereinigungen in Form des eingetragenen Vereins oder Dachverbände gegründet. Das demokratische Selbstverständnis der Parteien zielt gesetzmäßig darauf ab, möglichst viele Menschen von der eigenen Vorstellung einer Gestaltung der Gesellschaft zu überzeugen. Die wachsenden Bevölkerungsgruppen der Muslime in Deutschland als potenzielle Wählerschaft übt vor diesem Hintergrund eine steigende Attraktivität aus. Gleichzeitig gibt es aber in einigen Bevölkerungsteilen Ängste vor der Verwurzelung des Islam in Deutschland. Muslime und ihre Organisationen sind auf der Suche nach Wegen in die deutsche Gesellschaft.⁸⁰ Aus ihren Herkunftsländern haben sie meistens keine Erfahrung mit Demokratien und westlich geprägten Gesellschaften. Sie sind unsicher und erleben unterschiedlichste Formen der Ablehnung.

Bei ihrer Suche nach Orientierung brauchen sie eine offene und kritische Begleitung. Die meisten Deutschen haben keine Erfahrungen mit Muslimen. Sie sind teilweise von alten Vorurteilen und ablehnenden Einstellungen geprägt. Ihre Religion wird häufig mit Gewalt und Frauenunterdrückung assoziiert.

In diversen Studien, die in den vergangenen Jahren veröffentlicht wurden, wurde ein beunruhigend hoher Anteil der deutschen Bevölkerung mit islamfeindlichen Einstellungen festgestellt.

Sie werden in ihren Ängsten durch Terroristen bestärkt. Erst nach dem 11. September habe es ein reges Interesse und gesteigerte Neugier gegenüber dem Islam gegeben. Der Vorwurf der Islamophobie hingegen diene eher den Interessen islamischer Verbände und damit der

⁸⁰ Kurt Hüsein / Weber Edmund (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2011. S. 94.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Konstruktion einer Opferrolle „mit der in der Mehrheitsgesellschaft ein andeutbares Schulgefühl erzeugt werden soll“. Dabei weisen fast alle Muslime immer wieder darauf hin, dass Terror mit dem Islam nicht zu vereinbaren ist.

1.4 Islamische Strömungen und Dachverbände in Deutschland

1.4.1 Islamische Strömungen in Deutschland

In diesem Kapitel soll es zuerst eine kurze Übersicht über die verschiedenen Konfessionen und Strömungen der hier lebenden Muslime geben. Dann werden die wichtigsten muslimischen Dachverbände vorgestellt. Im Einzelnen werden dabei folgende Aspekte behandelt: Entstehungsgeschichte der Verbände, Zielsetzung, Organisationsstruktur und Mitgliederstruktur sowie ihre Aktivitäten. Im Islam gibt es keine Amtskirche oder vergleichbare Strukturen. Der deutsche Staat aber verlangt von den Muslimen, sich in Vereinen zu organisieren und eine Repräsentanz für alle Muslime zu schaffen. Daher haben sich die Muslime in Deutschland in islamischen Vereinen, Dachverbänden organisiert.⁸¹

Die Muslime in Deutschland unterscheiden sich nicht nur durch ihre Herkunftsländer und kulturellen Traditionen. Sie gehören unterschiedlichen religiösen Richtungen an und leben ihre Religion auf vielfältige Art und Weise. Ähnlich wie sich Katholiken, Protestanten und Anhänger des Judentums in „Gemeinden“ treffen oder Vereine bilden, Organisationen gründen oder sich in Verbände vernetzen, ist das auch bei Muslimen der Fall.

Heutzutage leben fast vier Millionen Muslime unterschiedlicher Herkunft in Deutschland. Größtenteils sind es türkischstämmige, aber auch arabische, bosnische, kurdische, deutsche, und Muslime anderer ethnischer Abstammung, praktizierende und nicht praktizierende, als Religionsgemeinschaft organisierte und nicht organisierte. Mittlerweile existieren Schätzungen bundesweit von ca. 2000 Moscheevereinen und acht Dachverbänden türkischer Muslime.⁸² In Deutschland sind die Moscheen jeweils einem Verein (Moscheeverein) zugeordnet. Die Moschee wird nicht nur als Gebetsraum betrachtet. Sie hat auch den Charakter eines Versammlungsraums und eines Ortes für Dienstleistungen. In den öffentlichen Debatten stellt sich immer wieder die Frage nach dem Ansprechpartner der Muslime. Der Ansprechpartner ist

⁸¹ Spuler-Stegemann, Ursula: Muslime in Deutschland: Informationen und Erklärungen. Herder. Freiburg. 2002. S. 92.

⁸² Cylan, Rauf: Türkei--Jahrbuch. Zentrum für Türkeistudien. Verlag Münster. 1998. S. 14-22.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

der, der sich eigentlich gegenüber dem Staat als solchem auch anbietet und die Kriterien einer Religionsgemeinschaft erfüllt.

Der Islam in Deutschland wird durch Vereine, Dach- und Spitzenverbände repräsentiert, deren Ziel darin besteht, Muslime und ihre Interessen über die Grenzen der einzelnen Verbände und Moscheen hinaus zu vertreten. Innerhalb des Islam gibt es auch verschiedene Strömungen, die sich in gewissen Punkten ihrer Religiosität unterschiedlich entwickelt haben. Neben sunnitischen Muslimen, die die größte Gruppe stellen, gibt es einen bedeutenden Anteil von Schiiten und Alewiten.

1.4.1.1 Die Sunniten

Die Sunniten weltweit sind heutzutage 85 bis 90 % aller Muslime. Sie stellen damit die Hauptkonfession des Islam dar. Die sunnitische Glaubensrichtung der Muslime in Deutschland beträgt 74 %. Sie ist die dominierende Gruppe.⁸³ Islam heißt „Ergebenheit in den Willen Gottes“. Die Bezeichnung „Sunniten“ leitet sich von dem arabischen Wort „Sunna“ her, die wörtliche Übersetzung „Herkommen“. Die Sunna umfasst die prophetische Tradition, d. h. Aussprüche und Handlungen des Propheten, wie sie in den Hadithen (Erzählungen, Gesprächen) überliefert sind.

Die Hadithen sind neben den Koran als göttliche Offenbarung die wichtigste Quelle. Muslime legen großen Wert auf die Feststellung, dass der Prophet Mohammed lediglich ein vorbildlicher Mensch ist.⁸⁴ Für die sunnitischen Muslime gelten die Glaubensvorschriften als verbindlich, die im Koran festgelegt sind. Als der Prophet Muhammed in Medina starb, hinterließ er nach sunnitischer Auffassung keinen designierten Nachfolger. Zur Trennung zwischen Sunniten und Schiiten hat nicht die Glaubenslehre geführt, sondern der Streit um die Nachfolge (Khalifat) des Propheten in der Leitung islamischer Gemeinden, der von blutigen Bürgerkriegen begleitet wurde.

Nach schiitischem Glauben hatte der Prophet seinen Vetter und Schwiegersohn Ali zu seinem Nachfolger (Khalifa) bestimmt, denn Ali gehört zu den „Ahl ElBait“ zur Familie des Propheten. Die Sunniten wählten aber nicht Ali zum Nachfolger des Propheten, sondern Abu Bakr, Omar und Othman, erst danach konnte Ali doch noch Khalifa werden. Der Streit führte zur Spaltung

⁸³ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. 2009. S. 97-98.

⁸⁴ Sen, Faruck / Hayrettin Aydin: Islam in Deutschland. C. H. Beck. München. 2002. S. 17.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

des Glaubensbekenntnisses. Das sunnitische Glaubensbekenntnis „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Muhammed ist sein Gesandter“ wird bei den Schiiten durch „und Ali der Freund Gottes“ ergänzt.⁸⁵

1.4.1.2 Die Schiiten

Von den Schiiten gibt es in Deutschland etwa 170.000: Sie bilden 4 % der Zuwanderergruppe in Deutschland. Sie formen jedoch eine sehr kleine Gruppe. Sie kommen hauptsächlich aus dem Irak und Iran. In der schiitischen Tradition spielen die Imame als Führer der Glaubensgemeinde eine große Rolle. Diese gelten als sündlos und als unfehlbar in ihrer Koraninterpretation. Allerdings haben die Imame nicht den Rang eines Propheten, dem göttliche Offenbarungen zuteil wurden, doch wird ihnen die Gabe zugeschrieben, Vergangenheit und Zukunft zu kennen. Unter „Schia“ versteht man die „Zwölf-Schia oder die zwölf Imame, die sich genealogisch auf die Verbindung Alis mit Fatima zurückführen lassen.⁸⁶ Der Todestag Husseins ist der höchste Feiertag der Schiiten. Sie gedenken tränenreich und in Trauer, wobei sich die Männer selbst blutig schlagen. Im Unterschied zum sunnitischen Islam wird dieser Tag als „Aschura-Fest“ zum Gedenken an Husseins Tod gefeiert

1.4.1 3 Die Alewiten

Eine andere Richtung sind die Aleviten. Sie bilden historisch betrachtet eine Untergruppe der Schiiten. In Deutschland beträgt ihr Anteil ca. 15 % der muslimischen Bevölkerung. Es gibt kurdische und türkische Aleviten. Alevi bedeutet „Anhänger Alis“. Ein wichtiger Unterschied zum sunnitischen wie zum schiitischen Islam ist die Glaubenspraxis der Aleviten. Religiöse Pflichten wie das rituelle Gebet, die Wallfahrt und das Fasten im Monat Ramadan spielen bei ihnen keine Rolle. Für sie liegen diese religiösen Pflichten in der Verantwortung der Einzelnen. Sie kennen keine Pflichtgebete und gehen mit den Regeln des Islams liberaler um. Mit etwa 340.000 Anhängern bilden sie nach den Sunniten und vor den Schiiten die zweitgrößte Gruppe der Muslime in Deutschland. Die alevitische Frau ist wesentlich freier als die sunnitische. Allerdings brauchen sich Alevitinnen nicht zu verschleiern. Aleviten werden von der Mehrheit der Muslime strikt abgelehnt und verfolgt

⁸⁵ Stegemann, Ursula Spuler: Muslime in Deutschland: Nebeneinander oder Miteinander. Herder. Freiburg. 1998. S. 48-49.

⁸⁶ Sen, Faruk/ Aydin, Hayrettin: Islam in Deutschland. C. H. Beck. München. 2002. S. 19.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1.4.1.4 Die Ahmadiyya Muslim Jamaat

Die Ahmadiyya-Bewegung wurde 1889 in Qadian (Punjab, India) von ihrem Stifter, einem Reformler, Mirza Ghulam Ahmad (1835-1908) als Reformbewegung gegründet und ist heute vorwiegend in Pakistan verbreitet. Mirza Ghulam Ahmad soll seit 1882 Offenbarungen von Allah erhalten haben und Allah soll ihm gesagt habe, dass er der endzeitliche Prophet sei und ihm den Auftrag gegeben haben, den Islam in der ganzen Welt zu verkünden, bevor die Apokalypse kommt. Er verkündete in der Umgebung von Punjab, dass er der Messias und der letzte, endzeitliche Imam Mahdi sei. Als Verfolgte einer religiösen Minderheit wird ihnen in Deutschland Asyl gewährt. Bisher hat sich die Bewegung in beinahe alle Teile der Welt verbreitet und zählt eine halbe Million Mitglieder, wovon die Mehrheit in Indien (und Pakistan) und den angrenzenden Ländern lebt. Die Ahmadis haben in Pakistan kein Wahlrecht, dürfen ihre Gotteshäuser nicht mehr Moscheen nennen, nicht zum Gebet rufen oder den islamischen Gruß aussprechen, zunehmend werden sie in Pakistan politisch verfolgt.⁸⁷ Ihre Anhänger sind nach Deutschland getrieben worden.⁸⁸ Theologisch unterscheidet sich die Ahmadiyya von anderen islamischen Richtungen insbesondere in zwei Punkten: Zum einen hat Jesus ihrer Auffassung nach die Kreuzigung überlebt. Den Rest seines Lebens habe er in Indien verbracht, wo er im Alter 120 Jahren gestorben sei. Zum anderen ist innerhalb der Ahmadiyya umstritten, ob Mohammed als der letzte Prophet gelten könne. Er wird zwar als größter Prophet anerkannt. Ihr Stifter Mirza Ghulam Ahmad (1839-1909) beanspruchte für sich, der Masih und Mahdi zu sein und wurde von seinen Mitglieder verehrt. Die Ahmadiyya stößt aufgrund der genannten Eigenheiten auf breite Ablehnung unter anderen islamischen Richtungen.⁸⁹ 1974 wurden sie von der islamischen Weltliga ausgeschlossen. Die Reihenfolge des Kalifats der Ahmadiyya Muslim Jamaat und der familiäre Zusammenhang zum Gründer und „verheißenen Messias“ ist der folgende:

Nuurud-Din (1908-1914), keine Verwandtschaft, enger Vertrauter und Arzt,

Mirza Baschir du-Din Mahmud Ahmad (1914-1965), Sohn von Mirza Ghulam Ahmad,

⁸⁷Schröter, Susanne: „Gott näher der eigenen Halsschlagader“: Fromme Muslime in Deutschland. Campus Verlag. Frankfurt. 2016. S. 128.

⁸⁸Feindt-Riggers, Nils, Udo Steinbach: Islamische Organisationen in Deutschland. Eine aktuelle Bestandnahme und Analyse. Deutsches Orient Institut Hamburg. Pilotuntersuchung. 1997. S. 30.

⁸⁹Hamadān ,Hussein / Hansjörg Schmid: Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit. Beltz Juventa. Weiheim. 2014. S. 87-88.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Mirza Nasir Ahmad (1965-1982), Enkel von Mirza Ghulam,

Mirza Tahir Ahmad (1982-2003), Großvater, Sohn vom 2. Kalifen Mirza Baschir ud-Din Mahmud Ahmad.

Mirza Masrur Ahmad, seit (2003), Sohn von Mirza Mansoor Ahmad und Enkel von Mirza Shareef Ahmad, der wiederum der Sohn von Mirza Ghulam Ahmad war.

Der aktuelle Kalif ist ein Urenkel von Mirza Ghulam Ahmad. Die Ahmaddiya behaupten, dass die Khalifas keine Erbschaft ist. Die Wahl des Khalifas erfolgt demokratisch ohne Rücksicht auf Familie und Ansehen. Aber nach der Auflistung der Kalifen kann man schon bemerken, dass es sich um eine dynastische Nachfolge handelt.⁹⁰

Seit 2013 ist die AMJ in Hessen als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Das Land Hessen stellte sie mit den großen christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinde, der russisch-orthodoxen Kirche gleich. Seit 2012 bildet die AMJ in Deutschland Imame aus. Sie hat im hessischen Riedstadt–Goddelau ein Institut für islamische Theologie und Sprachen gegründet. Die künftigen Imame sprechen alle Deutsch, sind in Deutschland aufgewachsen und können mit der modernen Welt umgehen.⁹¹ Allerdings gibt es keinen übergreifenden Verband, dem alle Muslime in Deutschland angehörig sind. Die folgende Übersicht benennt die wichtigsten Organisationen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Keine Organisationen kann Anspruch auf Vertretung aller Muslime erheben. Als Spitzenorganisationen auf Bundesebene gelten die im Folgenden genannten Verbände und Vereine.

1.5 Die islamischen Dachverbände

Allgemein kann man sagen, dass die Entstehung der islamischen Vereinigungen zumeist sehr spontan erfolgt und mit der Geschichte der Zuwanderer verbunden ist. Diese Vereine waren unpolitisch. Ihre Aufgabe war nicht nur, das Interesse der Arbeiter zu vertreten, sondern ein Stück gelebte Heimat nach Deutschland zu bringen. Nach dem Familiennachzug wurde die religiöse Erziehung der Kinder immer wichtiger. Daher entstanden unzählige Moscheevereine, deren Zweck am Anfang darin bestand, Räume anzumieten, die als Gebetsstätte dienen sollten. Im Laufe der Zeit und mit der Erkenntnis, dass sie auf Dauer bleiben würden, entwickelten sich die Gebetsstätten zu Moscheen, die ein breites Spektrum religiöser und sozialer Infrastruktur für

⁹⁰Olgun, Ufuk: Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland. Eine Analyse zur politischen Strategiefähigkeit. Springer. 2014. S. 123.

⁹¹ www.ahmaddiya.de/news/medien-ueber-uns/art/zentrale-imam-ausbildung-in-riedstadt-eroeffnet.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

die Gemeinden auf lokaler Ebene bereitstellen. Angebote wie Koranunterricht, Weiterbildungskurse, Alphabetisierungskurse, Deutschkurse bis zu Sozialberatungen. Die Moscheevereine organisierten sich in der Nachfolgezeit als politische Organisationen und schlossen sich zu Dachverbänden und Landesorganisationen zusammen. Die deutschen islamischen Vereine, Dachverbände und Organisationen sind überwiegend türkisch. Aufgrund der hohen Zahl der Türken innerhalb der Zuwanderungsgruppen wurde in der Öffentlichkeit vor allem der größte muslimische Dachverband, DITIB, bekannt.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Dachverbände und Spitzenverbände, die nach der Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts streben und die Interessen der Muslime vertreten.

Die deutschen islamischen Vereine, Dachverbände und Organisationen sind überwiegend mit der Zuwanderung muslimischer Ausländer entstanden, wobei türkische islamische Organisationen aufgrund der hohen Zahl der Türken innerhalb der Zuwanderungsgruppen die häufigsten und wichtigsten sind.

- Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) wurde 1984 in Köln gegründet. Damals waren 230 Vereine angeschlossen, heute sind es 870.⁹² Die einzigen Ortsgemeinden sind selbstständige eingetragene Vereine. Präsident des DITIB ist Ridvan CAKIR.
- Die islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG): Milli Görüs gibt es unter diesem Namen seit 1976 in Deutschland. Vorsitzender ist Osman Döring. Sitz des Vereins ist Kerpen in Nordrhein-Westfalen. Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung hat Milli Görüs zurzeit ca. 30.000 Mitglieder in 16 Bundesverbänden und ist Betreiber von über 250 Moscheen.
- Einer der wichtigsten muslimischen Dachverbände ist der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR), gegründet 1986, als bundesweite Koordinierungsinstanz und gemeinsames Beschlussorgan islamischer Religionsgemeinschaften in Berlin. Es ist der größte Verband. Kritisiert wird aber, dass ausgerechnet die Milli-Görüs-Gemeinschaft die Mehrheit und den Vorsitzenden des Islamrates stellt• Der Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD), der aus dem Islamischen Arbeitskreis Deutschland hervorging. Dem Zentralrat wird unter

⁹²Özcan, E.: Türkische Immigrantorganisationen in Bundesrepublik Deutschland. Berlin. 1992. In: Kinan Darwisch: Religionen Aktuell. Band 11. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. S. 42. Tectum Verlag. 2013. Marburg.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

anderem vorgeworfen, sich nach außen offen und gesprächsbereit zu geben und intern das Ziel einer islamischen Gesellschaft in Deutschland zu verfolgen, außerdem wurde die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine e. V. (ATIB) gegründet, mit Sitz in Köln die größte Mitgliedsorganisation des Zentralrates.

-Ein weiterer Spitzenverband ist der unabhängige Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ) mit seinen 304 Moscheegemeinden und 21.000 Mitgliedern.⁹³

Es ist der drittgrößte Verein in Deutschland. Der VIKZ ist im August 2000 aus dem Zentralrat der Muslime ausgetreten und hat seiner früheren Öffnungspolitik inzwischen den Rücken gekehrt. Für wie viele Muslime in Deutschland können die muslimischen Verbände sprechen? Die Mehrheit, die Hälfte oder weniger als ein Viertel? Seit Jahren werden diverse Zahlen zu Mitgliedern, Moscheebesuchern und Muslimen für oder gegen den Anspruch der Verbände auf Repräsentanz und Anerkennung ins Feld geführt.

Mit dem Anspruch, die Mehrheit der Muslime in Deutschland besser zu vertreten, haben sich im April 2007 die vier an der Deutschen Islam Konferenz 2006 bis 2009 teilnehmenden Verbände, der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD), die Türkisch-Islamische Union (DITIB) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammengefunden. Mit Verweis darauf, dass der Koordinationsrat der Muslime (KRM) die vier größten Verbände und somit nach eigener Schätzung ca. 85 Prozent der Moscheegemeinden in Deutschland vertrete, sieht sich der KRM als potentieller Ansprechpartner des Staates, z. B. für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts nach Artikel 7 Absatz. 3 Grundgesetz(GG). Voraussetzung für grundgesetzkonformen islamischen

Religionsunterricht ist die Existenz einer oder mehrerer islamischer Religionsgemeinschaften. Um als solche von den Bundesländern anerkannt zu werden, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein, die im Zwischenresümee der DIK vom 13. März 2008 zusammengefasst sind. Dazu zählt u. a., dass die Zahl der Mitgliedschaften natürlicher Personen und ein Minimum an organisatorischer Struktur das längerfristige Bestehen der Gemeinschaft gewährleisten, dass die

⁹³Özcan, E.: Türkische Immigrantorganisationen in Bundesrepublik Deutschland. Berlin. 1992. In: Kinan Darwisch: Religionen Aktuell. Band 11. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. S. 42. Tectum Verlag. 2013. Marburg.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Hauptaufgabe dieses Zusammenschlusses die umfassende Pflege des gemeinsamen Bekenntnisses ist. Es stellt sich Frage, für welche und wie viele Muslime die Verbände sprechen können, aber auch wie eng sie mit dem zukünftigen Verhältnis von Staat und Muslimen in Deutschland verknüpft ist.-Koordinationsrat der Muslime (KRM) .Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland ist eine Art Zusammenschluss der vier größten islamischen Verbände in Deutschland, die bundesweit aktiv sind und ihren Hauptsitz alle in Köln haben. Er wurde am 11. April 2007 von den vier großen Spitzenverbänden gegründet:

- Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD),
- Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB),
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland,
- Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ).

Die Notwendigkeit zur Gründung entstand aus der wiederkehrenden Forderung des Staates nach einem zentralen Ansprechpartner für die Muslime in Deutschland. Der KRM arbeitet an der Schaffung einer einheitlichen Vertretungsstruktur auf Bundesebene sowie auf Länderebene unter Berücksichtigung der bereits bestehenden muslimischen Strukturen, um rechtliche und organisatorische Voraussetzungen für die Anerkennung des Islam in Deutschland im Rahmen von Staatsverträgen zu gewährleisten. Der KRM vertritt 90 % der organisierten Muslime in Deutschland. Fast die Hälfte fühlt sich von ihm vertreten. Die Funktion des Sprechers des Koordinationsrats wechselt im halbjährlichen Turnus. Der Sprecher bemüht sich, einen Konsens mit den drei anderen Vorsitzenden der vertretenen Organisationen zu erreichen.⁹⁴

Um der föderalen Struktur in Deutschland zu entsprechen, ist es geplant, in jedem Bundesland Vertretungen einzurichten.

Der Koordinationsrat der Muslime hat keine Rechtspersönlichkeit. Er ist kein eingetragener Verein, sondern beruht lediglich auf einer gemeinsamen Geschäftsordnung, die von den vier ihn tragenden Verbänden am 28. März 2007 unterzeichnet wurde. Der Koordinationsrat bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und dass Koran und Sunna des Propheten Mohammed die Grundlagen des Koordinationsrates sind.

⁹⁴ Heimbach, Marfa : Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961. Klaus schwarz Verlag. Berlin. 2001. S. 125.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die vom Bundesinnenminister 2006 eingerichtete Deutsche Islamkonferenz (DIK) hat eine neue Qualität in die Beziehungen zwischen Muslime und Staat gebracht. Der Staat spricht nunmehr mit seinen Muslimen. Hier tritt der KRM geschlossen auf und setzt sich für muslimischen Belang ein.

1.5.1 Türkisch-Islamische Union (DİTİB)

Verbandsgeschichte

DİTİB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) unter Türken oft auch einfach „Diyanet“ genannt, wurde in Köln gegründet. Sie ist die größte Organisation in Deutschland. Die DİTİB wurde 1982 zuerst in Berlin als regionaler Dachverband mit am Anfang 15 registrierten Moscheen gegründet. Dann wurde 1984 die Zentrale in Köln in der Absicht gegründet, „alle Moscheen und Türkisch-islamischen Gemeinden in der Bundesrepublik unter dem Dach der Diyanet – Vakıf zu vereinen“.⁹⁵

Die Union gilt als „derzeit stärkste islamische Gruppierung“ in Deutschland. Die DİTİB vertritt seit ihrer Gründung den regierungsamtlichen Islam der Türkei und hat das Ziel, möglichst umfassend die türkische Gemeinschaft zu erreichen, sie in allen Angelegenheiten der islamischen Religion zu betreuen und ihr Nationalbewusstsein zu stärken.⁹⁶ Neben Moscheevereinen sind in der Union Sprachkurse, soziale und kulturelle Aktivitäten sowie Elternpflegschaft und Sportvereine vertreten. Sie vertritt die offizielle türkische laizistische Grundhaltung zum Verhältnis von Staat und Islam und agiert in diesem Rahmen in der Bundesrepublik, d. h. ihre religiöse Haltung entspricht weitgehend derjenigen der offiziellen türkischen Staatspolitik. Dies wurde in der Satzung (§9, Abs. 2) ausdrücklich festgeschrieben, „...dass nur vom Beirat vorgeschlagene Personen für den DİTİB – Vorstand kandidieren dürfen, der Beirat aber aus 5 Personen besteht, die als Religionsbeauftragte türkische Staatsbeamte sind, und dessen Vorsitzender der jeweilige Präsident des Diyanet in der Türkei ist“.⁹⁷

Aus der Satzung der DİTİB, lassen sich die Ergebnisse der Mitgliedschaft ermitteln, dass nämlich DİTİB der bekannteste Verband ist, den 44 Prozent aller befragten Muslime und 65 Prozent aus der Gruppe der türkischstämmigen Sunniten kennen. Nach eigenen Angaben

⁹⁵ Heimbach, Marfa : Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961. Klaus schwarz Verlag. Berlin. 2001. S. 123.

⁹⁶ Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2000. S.19.

⁹⁷ Heimbach , Marfa: S.123 f..Vgl. Satzung § 11 Abs. 1.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

umfasst DITIB über 700 Mitgliedsmoscheevereinen und 100.000 Mitglieder in Deutschland. Die Nähe zur türkischen Religionsbehörde Diyanet İşleri Başkanlığı kann kaum überraschen.⁹⁸

Unter Muslimen aus den anderen Herkunftsregionen ist DITIB bedeutend weniger bekannt. Außerdem fühlen sich von den Befragten, welche die DITIB kennen, immerhin ca. 80 Prozent ganz oder zumindest teilweise von ihr vertreten. Unter allen befragten türkischstämmigen Sunniten sind es 47 Prozent, die sich ganz oder teilweise vertreten fühlen.

Berücksichtigt man hingegen nicht nur türkischstämmige Sunniten, sondern alle befragten Muslime, fühlen sich 27 Prozent ganz oder teilweise durch die DITIB vertreten.⁹⁹ Der türkische Verein DITIB wird vom türkischen Staat verwaltet. Er untersteht der türkischen Regierung in Ankara und plant in Deutschland bis zu 100 repräsentative Moscheen. Die Imame in den DITIB-Moscheen sind in der Regel Beamte in der Türkei und werden von der Regierung Ankara bezahlt. Sie werden für eine bestimmte Zeit nach Deutschland geschickt.¹⁰⁰ Ihren Gemeindemitgliedern bietet DITIB Religion und soziale Kontakte. Sie bietet auch Korankurse und Bestattungsdienste an (Rückführung Verstorbener in die Türkei, sowie geistlichen Beistand bei der Bestattung) und organisiert Pilgerfahrten nach Mekka. Der Chef der DITIB Deutschland ist gleichzeitig der türkische Botschaftsrat für Religiöse Fragen. Religion.

1.5.2. Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)

Vereinsgeschichte

Einer der ältesten Dachverbände türkischer Muslime in Deutschland ist der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Dieser Verband ist die drittgrößte islamische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Über die Daten der Vereinsgeschichte gibt es unterschiedliche Angaben. Der Verein wurde 1973 in Köln als „Türkische Union“ registriert und 1983 in „Verband der islamischen Kulturzentren e. V.“ umbenannt. Der VIKZ präsentiert sich als Institution, die türkischen Arbeitsmigranten in Deutschland religiöse und moralische Unterstützung anbietet. Der VIKZ ist von Anhängern der Süleymenci-Bewegung gegründet

⁹⁸Heimbach, Marfa: Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961. Klaus schwarz Verlag. Berlin. 2001. S. 125.

⁹⁹ Ebd. Heimbach, Marfa: Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961. Klaus schwarz Verlag. Berlin. 2001. S. 126.

¹⁰⁰ Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, Kontext, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs: Islam in der Lebenswelt in Europa. Hrsg. von Gritt Klinkhammer, Jamal Malik, Stefan Reichmuth. LIT-Verlag. 2005. S. 45.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

worden, die die laizistischen Reformen Kemal Atatürks ablehnt und einen Islam traditioneller Prägung vertritt.¹⁰¹ VIKZ war innerhalb der verschiedenen Moscheevereine, die es bereits seit den sechziger Jahren gab, der erste, der sich für die Schaffung einer gemeinsamen Bewegung auf Bundesebene einsetzte.

Die Kölner Zentrale verwaltet nicht nur das Gesamtvermögen des Vereins, sondern auch das der verschiedenen Abteilungen. Der Verband vertritt einen Islam traditionalistischer Prägung. Der Verband betont in seiner Broschüre, dass keine politischen Ziele verfolgt würden und er unabhängig von anderen Institutionen sei.

Darüber hinaus betont der Verband seine parteipolitische Neutralität und Gesetzestreue: „Bei uns gibt es das nicht, eine Partei besonders zu unterstützen, wir kennen kein Parteigängertum oder so etwas. Bei uns gibt es nur das Gebet, die Korankurse für die Kinder. Wir wollen, dass alle unsere Gemeindemitglieder in der Lage sind, die vorgeschriebenen Gebete zu erfüllen, dass sie genug Wissen, das ist unser Ziel. Von wegen Politiker oder gar der Ministerpräsident, oder eine Partei soll gewinnen oder so was, das gibt es nicht bei uns.“¹⁰²

Der VIKZ verfügt nach eigenen Angaben über 300 Gemeinden, wovon 180 Einrichtungen im Eigentum des Verbandes stehen. Es bestehen auch Verbindungen zu europäischen Staaten wie Belgien, der Schweiz, Österreich und Holland. Die Aktivitäten beschränken sich auf Korankurse, in denen 200 Mädchen und Jungen im Alter von 10 bis 16 eine religiöse Ausbildung erhalten und Unterricht im islamischen Recht erfolgt. In erster Linie arbeitet der Verband für die religiösen Bedürfnisse der in Deutschland lebenden Muslime und unterstützt sie in alltäglichen religiösen Fragen. Daneben hat der Verband sein Angebot um soziale und kulturelle Dienste erweitert. Zu den religiösen Aufgaben des Verbandes und seiner Mitgliedsvereine gehört es, die Nutzung der Räumlichkeiten für Verlobung, Hochzeits- und Beschneidungsfeiern und die Verrichtung der täglichen rituellen Gebete, Freitags- und Festtagsgebete zu ermöglichen. Weitere Aktivitäten der VIKZ sind die Organisation der Hadsch (Pilgerfahrt), die religiöse Bildungsarbeit für muslimische Kinder und Jugendliche und zuletzt die Bereitstellung von Imamen und weiblichen Hodschas (Theologinnen) für den Verband und seine Mitgliedsvereine in Deutschland.

¹⁰¹Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2000. S.18.

¹⁰²Lemmen, Thomas: Islamische Organisationen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. Bonn. 2000. S. 48.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Der Verband bietet seinen Mitgliedern und allen Interessierten auch soziale und kulturelle Dienste. Er engagiert sich im Bereich der schulischen, beruflichen und akademischen Förderung von Kindern und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang bieten der Verband und seine Mitgliedsvereine ein breitflächiges Programm und schulische Unterstützung an, insbesondere Hausaufgaben-, Nachhilfe-, Deutsch- und Computerkurse. Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms wurden auch Seminare zu gesellschaftlichen und politischen Fragen sowie Sprachkurse angeboten. In der Satzung des Verbands werden folgende Aktivitäten genannt:

-Den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in ganz Europa zu stärken und somit zur besseren Integration in die deutsche Gesellschaft beizutragen. Auch möchte der Verband mit seinen Angeboten die Jugendlichen zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen.¹⁰³

-Durchführung von wissenschaftlichen Seminaren und Einrichtung von Bibliotheken.

-Unterweisung im islamischen Glauben und in der islamischen Lehre und Wahrung der islamischen kulturellen Werte

1.5.3 Zentralrat der Muslime Deutschland (ZMD)

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ist einer der beiden islamischen Spitzenverbände nach dem Islamrat Deutschland (IRD). Seine Vorgeschichte beginnt im Jahr 1988 mit der Gründung des islamischen Arbeitskreises in Deutschland (IAK). Der Zusammenschluss wurde gegründet, um beim betäubungslosen Schächten nach islamischem Ritus und in der Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts an den Schulen eine einheitliche Position zu vertreten.¹⁰⁴ Er verstand sich als „multinationales Handlungsorgan, in dem Muslime unterschiedlicher Herkunft repräsentiert sind. Er wurde am 17. November 1994 gegründet. Er ist wie schon erwähnt aus dem islamischen Arbeitskreis in Deutschland (IAK) in (ZMD) umbenannt worden.¹⁰⁵ Den Zentralrat kennen 27 Prozent der befragten Muslime. Durch ihn teils oder ganz vertreten fühlen sich 50 Prozent derjenigen, die ihn kennen. Da der Zentralrat quasi multiethnisch angelegt ist und er sich in den Jahren nach 2001 durch eine starke

¹⁰³Sen Faruk/ Hayrettin Aygün : Islam in Deutschland. C. H. Beck. München. 2002. S. 57.

¹⁰⁴Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, Kontext, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs: Islam in der Lebenswelt in Europa. Hrsg. von Gritt Klinkhammer, Jamal Malik, Stefan Reichmuth. Bochum. LIT-Verlag. 2005. S. 55.

¹⁰⁵Stegemann, Ursula Spuler: Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen. Verlag Herder. Freiburg. 2002. S. 107.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Medienpräsenz in der Öffentlichkeit als Ansprechpartner etablieren konnte, ist er unter Muslimen aus den verschiedenen Herkunftsregionen (deutsche, türkische, arabisch, albanische, bosnische und persische) gleichmäßiger bekannt.

Der ZMD versteht sich als ein Spitzenverband der islamischen Dachorganisationen in Deutschland, der gemeinsame und permanente Aktivitäten der islamischen Gemeinschaften koordiniert und den Dialog mit der Gesellschaft fördern will.¹⁰⁶ An erster Stelle steht dabei der Wunsch nach Anerkennung als „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“, aber auch Forderungen nach „mehr Respekt“ für den Islam in Deutschland. Der ZMD finanziert sich im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Spendensammlungen. Der ZMD unterhält mehrere Arbeitsgemeinschaften, die sich u. a. intensiv mit der Erarbeitung von Lehrplänen für den islamischen Religionsunterricht beschäftigen. Unterstützung kommt auch aus Saudi-Arabien. Der Vorsitzende des ZMD ist seit 1995 Dr. Nadeem Elyas. Er wurde 1945 in Mekka / Saudi Arabien geboren. Durch den langjährigen ZMD –Vorsitzenden Elyas, der ein Mitglied der offiziellen Delegation der Islamischen Weltliga war, kam die Verbindung des ZMD zur Islamischen Weltliga zustande. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland versteht sich somit als integraler Bestandteil der pluralistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschlands, als Partner im gesellschaftlichen Leben, als Teilnehmer am religiösen, kulturellen und politischen Gespräch und als Vertreter für den Islam und die Muslime. Allerdings will sich der ZMD als zentraler Ansprechpartner in der deutschen Öffentlichkeit repräsentieren. Die Aufgaben des ZMD sind in der „Islamischen Charta“ unter Punkt 20 „eine würdige Lebensweise mitten in der Gesellschaft“ zusammengefasst. Zu den Aktivitäten des ZMD gehört das Engagement in folgenden Bereichen:

- „Einführung eines deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts,
- Einrichtung von Lehrstühlen zur akademischen Ausbildung islamischer Religionslehrer und Imame,
- Genehmigung des Baus innerstädtischer Moscheen,
- Erlaubnis des lautsprecherverstärkten Gebetsrufs,
- Respektierung islamischer Bekleidungs Vorschriften in Schulen und Behörden,
- Beteiligung von Muslimen an den Aufsichtsgremien der Medien,

¹⁰⁶ Inan, Alev: „Islam goes Internet. Webseiten islamischer Organisationen im World Wide Web. 2007. Tectum Verlag. Marburg. 2007. S. 184.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- Vollzug des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schächten,
- Beschäftigung muslimischer Militärbetreuer,
- Muslimische Betreuung in medizinischen und sozialen Einrichtungen,
- Staatlicher Schutz der beiden islamischen Feiertage,
- Einrichtung muslimischer Friedhöfe und Grabfelder.¹⁰⁷

Das Themenfeld „Islamischer Religionsunterricht“ steht im Zentrum der zahlreichen Aktivitäten des Verbands. Der ZMD beantragte schon 1994 die Einführung eines regulären islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen gemäß Art. 7 Abs. 3 GG und legte beim nordrhein-westfälischen Kulturministerium ein ausführliches Konzept zur Realisierung des Projektes vor. Der Antrag wurde von den Behörden abgelehnt.¹⁰⁸

Später hat die ZMD ein Curriculum (Lehrplan) für den islamischen Religionsunterricht entwickelt für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 (Grundschule, das im Jahr 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und auch vom Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland unterstützt wird. Von der Seite der deutschen Öffentlichkeit hat der ZMD seinen Platz gefunden und wird als Ansprechpartner der Muslime wahrgenommen. Er nimmt an allen Konferenzen teil. Während des Fastenmonats lädt der ZMD verschiedene Repräsentanten der Gesellschaft ein (aus Politik, Verwaltung und anderen Religionsgemeinschaften). Der „Tag der offenen Moschee“, der jährlich am dritten Oktober stattfindet, wird von der ZMD initiiert

Zu Recht verweist der Zentralrat darauf, dass er multinational ist. Zurzeit gehören ihm 19 Organisationen an. Der Islamrat repräsentiert alle islamischen Strömungen

1.5.4 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD)

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland wurde im November 1986 gegründet, der Gründer und Vorsitzende ist Muhammed Salim Abdullah. Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich der Geschichte des Islam in Deutschland verpflichtet und betrachtet sich als Brücke zwischen Deutschland und der islamischen Welt. Damit wurde ein gemeinsames Beschlussorgan der islamischen Organisationen geschaffen. Die Grundlagen des Islamrates sind die islamische Lehre und Tradition sowie die Ordnungen, wie sie vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den Verfassungen der Länder vermittelt werden. Der Islamrat

¹⁰⁷Zentralrat der Muslime in Deutschland. Islamische Charta. 2002.

¹⁰⁸Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, Kontext, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs: Islam in der Lebenswelt in Europa. Hrsg. Gritt Klinkhammer, Jamal MalikStefan Reichmuth. LIT-Verlag. 2005. S. 58.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

bekannt sich uneingeschränkt zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung und zum sozialen Rechtsstaat.

Der Islamrat ist eine autonome islamische Glaubensgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Verfassung (Grundgesetz) und der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland.¹⁰⁹

Der Islamrat versteht sich als islamische Gemeinschaft in einem säkularen und pluralistisch strukturierten Staatswesen. Der Islamrat strebt Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts für den Islam in Deutschland und seine Gleichstellung mit den beiden christlichen Großkirchen und der griechisch-orthodoxen Kirche an. Der Islamrat orientiert sich an den Lehren des ehrwürdigen Korans und an der Sunna (Tradition/Vorbild des Propheten Muhammad). Aufgrund seiner Stellung als Spitzenverband sind im Islamrat wie im ZMD Muslime unterschiedlicher Herkunft organisiert: Neben türkischen und deutschen sind dies bosnische, marokkanische und andere afrikanische Muslime.¹¹⁰

Aufgabe des Islamrates ist insbesondere die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Muslime. Hierzu gehört vornehmlich:

- die Lehre des islamischen Glaubens und die Wahrung der kulturellen islamischen Werte,
- die Erteilung von Glaubensunterweisungen an muslimische Kinder, Jugendliche und Erwachsene (Erwachsenenbildung),
- die Durchführung von Gebets- und Predigtgottesdiensten, Bestattungen, Veranstaltung religiöser Feste und Feierlichkeiten,
- die Durchführung von Glaubensseminaren und –lehrgängen.

Der Islamrat hat sich verpflichtet:

- für die Einheit des Islam in Deutschland einzutreten und die Zusammenarbeit und Solidarität unter den Muslimen zu fördern,
- die Interessen der Muslime in Deutschland zu vertreten,
- die Öffentlichkeit über die kulturellen Gepflogenheiten und die Lehren des Islam aufzuklären,

¹⁰⁹Lemmen, Thomas: Muslimische Spitzenorganisationen in Deutschland. Der Islamrat und der Zentralrat. Altenberge Verlag für christlich-islamisches Schrifttum. 1999. S. 8-10.

¹¹⁰ Islamische Organisationen in Deutschland. Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse— Pilotuntersuchung-Deutsches Orientinstitut Hamburg. Hrsg. Nils Feindt-Riegggers, Udo Steinbach. 1997. S. 33-35.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- unberechtigte Angriffe gegen den Islam abzuwehren, die islamischen Wissenschaften zu pflegen,
- für den Schutz der islamischen Heiligtümer und Kultstätten einzutreten.¹¹¹

Aufgabe des Islamrates ist es weiterhin, die kulturelle und religiöse Verständigung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern, zur Integration der Muslime in der Gesellschaft beizutragen und somit ein friedliches Zusammenleben zu erreichen und für die integrationswilligen ausländischen Muslime eine zukunftsorientierte Infrastruktur zu schaffen. 16 Prozent der befragten Muslime kennen den Islamrat. Dies entspricht dem Bekanntheitsgrad bei türkischstämmigen Muslimen, der ebenfalls bei 16 Prozent liegt, und in etwa mit der Bekanntheit unter Muslimen aus Südostasien, Nordafrika und dem Nahen Osten vergleichbar ist.¹¹²

Dabei wird der Großteil der 30 Mitgliedsvereine des Islamrates der türkisch geprägten Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş zugerechnet, dem zweitgrößten Verband nach DITIB. Dieser wurde selbst nicht abgefragt, da er nicht in der DIK vertreten ist. Von denjenigen, die den Islamrat kennen, fühlen sich insgesamt etwa 63 Prozent durch ihn vertreten, der kleinere Teil davon (16 Prozent) ganz. Am meisten Zustimmung (voll und teils) findet der Dachverband unter Muslimen, die ihn kennen, aus Südosteuropa, der Türkei und dem restlichen Afrika (je etwa zwei Drittel). Insgesamt fühlen sich knapp neun Prozent aller befragten Muslime ganz oder zumindest teilweise vom Islamrat vertreten.

Zurzeit gehören zu den wichtigsten Arbeitsfeldern des IRD die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen.

1.5.5 Alevitische Gemeinde Deutschland AABF (AlmanyaAleviBirlikleriFederasyonu) Informationen über die Aleviten

Aleviten sind die wichtigste Untergruppe der Schiiten in der Türkei. Nach unterschiedlichen Schätzungen machen sie 10-40 % der islamischen Gläubigen in der Türkei aus. Die alevitische Gemeinde hat seit ihren Anfängen in den 80er Jahren wesentliche Entwicklungen durchlaufen. Die Aleviten verstehen sich als eigenständige religiöse und kulturelle Gemeinschaft. Innerhalb

¹¹¹ Becker, Hildegard: Seltsame neue Weltsicht. Der angesehene Islamrat wird von Rechtsaußen angegriffen. In: Publik – Forum 22. 19.11.1993. S. 46.

¹¹²Inan, Alev: Islam goes Internet. Websites islamischer Organisationen im World Wide Web. Tectum Verlag. Marburg. 2007. S. 168.-



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

der Gemeinschaft gibt es zwei unterschiedliche Richtungen. Die Glaubensvorstellungen und die Glaubenspraxis der türkischen und kurdischen Aleviten unterscheiden sich von denen der arabischen Aleviten.

Einer der wesentlichsten Unterschiede zu den Sunniten ist der Glaube an die „Lichtwesengestalt“ Alis. Ein wichtiger Unterschied zu den Sunniten wie den Schiiten ist die Glaubenspraxis der Aleviten. Religiöse Pflichten wie, das Fehlen der Geschlechtertrennung im Alltagsleben und Gottesdienst, die Förderung von Musik, Dichtung, Tanz, Wein und Malerei und die Bedeutung des Diesseits, des Menschen und seiner Entscheidungsfreiheit, die Auffassung des Verhältnisses von Gott, Mensch und Welt in dem Sinne, dass Gott gerecht ist, dass der Mensch über eigene Urteilsfähigkeiten verfügt, Gutes von Bösem zu unterscheiden und somit eine eigene Entscheidungsfreiheit besitzt Fatima, die Tochter des Propheten Mohammed und Frau des Kalifen Ali ist die göttliche Vollendung in weiblicher Gestalt, die in jeder Frau erneut in Erscheinung tritt. Dieses weibliche Leitbild macht deutlich, dass die Frau für die Aleviten eine besondere Rolle spielt.¹¹³ Im scharfen Kontrast zur orthodoxen sunnitischen Auffassung steht weiterhin die eigene Lehre der Aleviten, deren Hauptelement das Gebot ist, das Bekenntnis geheim zu halten und vor allem Nicht-Aleviten nicht preiszugeben. Dieses Gebot ist Teil des alvetischen Grundsatzes „Herr seiner Hand, seiner Zunge und seiner Taille“: Gemeint ist damit, dass ein Alevit weder durch Kraft seiner Hände, noch mit Worten noch mit seinem Sexualleben anderen Menschen Schaden zufügen darf. Wenn ein Alevite gegen diese Grundsätze verstößt, kann er aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Alevit kann man nur durch Geburt werden.¹¹⁴ Strenggläubige Aleviten betrachten auch nur die Heirat mit Aleviten als erlaubt.

Bei den Aleviten haben die „Fünf Säulen der Sunna“ eine untergeordnete Bedeutung. Das fünfmalige Beten wird nicht als Verpflichtung aufgefasst, ebenso wenig der 30-tägige Fasten im Monat Ramadan. Dagegen fasten Aleviten 12 Tage im Gedenken an den gewaltsamen Tod des Prophetenknells Hussein. Anstelle der Almosensteuer „Zakat“ verteilt der Alevit die Spenden direkt an die Bedürftigen, auch der Wallfahrt nach Mekka wird die Bedeutung beigemessen, die diese bei Sunniten hat. Zur Ausübung ihrer Religion benötigen die Aleviten

¹¹³ Informationen aus: Studie über „Islamische Organisationen der türkischen, marokkanischen, tunesischen und bosnischen Minderheiten in Hessen. S. 128/131.

¹¹⁴ Das Alvitentum-eine Glaubens-und Lebensgemeinschaft in Deutschland. Hrsg. Alvetische Gemeinde Deutschland. EV. 1. Auflage. 2004. S. 14/15.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

keine Moschee. Sie treffen sich in den sogenannten „Cem Häusern“, deren Bau staatlicherseits nicht unterstützt wird, wie dies bei Moscheen der Fall ist. Gebetet wird nicht in Richtung Mekka, die Betenden sitzen sich vielmehr gegenüber, da sie daran glauben, dass Gott den Menschen nach seinem Abbild geschaffen hat.

Diese unterschiedlichen Glaubenselemente und Praktiken sind der Grund dafür, warum die Aleviten von vielen Sunniten als nicht rechtgläubig und argwöhnisch betrachtet und von der Türkei verfolgt werden.¹¹⁵

Die Verbandsgeschichte der Alevitenvereine beginnt 1967 in der Bundesrepublik nur traten diese lange Zeit kaum öffentlich in Erscheinung, Offiziell wurden sie erst am 17.1.1991 in Ginsheim-Gustavsburg gegründet.

Mit Beginn des Jahres 1994 hat der Verband seine Zentrale nach Köln verlegt und sich als Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e. V. gegründet. Dem Verband gehören aufgrund seiner föderativen Struktur ausschließlich Vereinsmitglieder an.

Die sunnitischen Moscheenvereine übten Druck auf die Aleviten aus, ihre Kinder im sunnitischen Sinne zu erziehen. So kam es, dass auch alevitische Kinder in Korankurse gingen und alevitische Mädchen Kopftücher trugen, obwohl dies von den Eltern nicht erwünscht war. Anlässlich dieser drohenden Sunnitisierung der Aleviten in der Bundesrepublik und in der Türkei sahen sich die Aleviten veranlasst, eigene Vereine zur Pflege ihrer kulturellen und religiösen Tradition zu bilden. Das Umschlagen der Unterdrückung der Aleviten mit dem Feuer-Massaker in Sivas am 2. Juli 1993 in ihre offene Ermordung brachte eine Verstärkung des Widerstandes gegen die Gewalttaten und Gemetzel mit sich. Die Opfer des Massakers von Sivas vom Juli 1993 sind bis heute bei den Aleviten unvergessen. Diese Ereignisse haben zu deutlichen Reaktionen geführt. Die bis dahin nicht organisierten Aleviten traten zu Hunderten in die Alevitenvereine ein, und es wurden in Dutzenden von Städten neue Vereine gegründet. In der gleichen Zeit, nämlich am 1. Juli 1995, wurde das 1. Alevitische Kulturfestival in Heilbronn veranstaltet, womit auch mit der Alevitischen Festivaltradition begonnen worden ist.¹¹⁶ Die Charakterisierung des Alevitentums: Das Alevitentum ist ein lebensphilosophisch anzusehendes Glaubenssystem. Ein Alevit trägt die Heiligkeit von Allah (Gott), Mohammed, Ali (Schwiegersohn von Mohammed) in seinem Herzen, ist Alis Gerechtigkeit absolut treu (er

¹¹⁵Sen Hayrettin, Faruk Aydin: Islam in Deutschland. C. H. Beck. München. 2002. S. 21.

¹¹⁶Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Arbeit und Sozialpolitik: Islamische Organisationen in Deutschland. Thomas Lemmen. Sankt Augustin. 2000. S. 58.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

verstoßt niemals gegen Alis Gerechtigkeitssinn), beherbergt in seinem Herzen die Menschenliebe, achtet und toleriert jede Religion, Konfession, Glaubensrichtung, macht keine diskriminierenden Unterschiede wegen Sprache, Religion, Rasse und Farbe.

Unter den Aleviten findet sich ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein: „Wir müssen uns diesbezüglich an die Gewohnheiten des Landes anpassen, in dem wir uns aufhalten. Man kann nicht erwarten, wenn unsere Feste auf einen Wochentag fallen, dass wir hier dann dafür Urlaub oder Ferien bekommen, wenn ein Fest auf einen Wochentag fällt, feiern wir es eben am Wochenende da.“¹¹⁷ Was religiöse Bedürfnisse betrifft, so verfolgt der Verein eine Politik der Zurückhaltung. Im Allgemeinen fordert er von seinen Mitgliedern, sich diesbezüglich zurückzunehmen, wie z. B. in der Frage der Befreiung vom Schulunterricht an islamischen Festtagen. Dabei betont die Organisation der Aleviten ihre Absicht, die Integration und den Dialog zu fördern und den Rahmen der deutschen Gesetze nicht zu überschreiten. Ihr Engagement und Bemühen für Toleranz und das friedliche Miteinander der Kulturen, Religionen und Nationen wird in der Satzung erklärt

1.6 Ziele und Aktivitäten islamischer Dachverbände

Deutschland ist vor allem durch Zuwanderer aus muslimisch geprägten Herkunftsstaaten religiös und kulturell vielfältiger geworden. Islamische Dachverbände vertreten die Interessen lokaler Gemeinden und helfen ihnen dabei, religiöse, kulturelle Angebote bereitzustellen. In diesem Abschnitt wird allerdings gezeigt, ob es überhaupt die Aufgabe dieser Dachverbände ist, Gläubige in der Öffentlichkeit zu vertreten.

1.6.1 Islamische Religionsausübung:

Zu den primären Aufgaben des Moscheevereins gehört die Bereitstellung von Gebetsstätten und die Organisation der Gebetszeiten. Als sekundäre Aufgabe lässt sich feststellen, dass viele Moscheevereine gleichzeitig Aufgaben von Heimat- und Kulturvereinen wahrnehmen. Ihre Mitglieder kommen auch zur Pflege der heimatlichen Kultur in ihnen zusammen.

Die grundlegende Zielsetzung islamischer Vereine ist es, die Religionsausübung von Muslimen sowie eine Erziehung nach islamischem Ritus zu gewährleisten.

Zu den Basisaufgaben islamischer Vereine gehört neben religiöser Betreuung der Gläubigen auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, wo gemeinsam gebetet werden kann. Auch andere

¹¹⁷ Vereinigung der Aleviten-Gemeinden in Deutschland e.V., in: Studie über „Islamische Organisationen, der türkischen, marokkanischen, tunesischen und bosnischen Minderheiten in Hessen. S. 128-131.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

religiöse Aktivitäten wie z. B. das Lesen des Korans fällt unter diesen Aufgabenbereich. Die Moschee bietet den Gläubigen als religiöser Minderheit die Möglichkeit, ihre Religion zu praktizieren. Die religiöse Betreuung übernimmt in vielen Fällen der Imam.

Für das gemeinsame Gebet müssen Moscheen bzw. Gebetsstätten geschaffen und erhalten werden. Bauherren oder Träger des Moscheenbaus sind meistens islamische Organisationen.¹¹⁸ Das Angebot ist bei vielen Vereinen nicht nur auf die eigenen Mitglieder beschränkt, sondern soll für alle Muslime im Einzugsgebiet offen sein. Ein bemerkenswerter Aspekt ist, dass Moscheen auch von Muslimen ohne Vereinsanbindung besucht werden und sogar von solchen Muslimen, die der jeweiligen Ideologie des Vereines ablehnend gegenüberstehen. Hierfür werden meist pragmatische Gründe, wie z. B. die Nähe der Moschee am Wohnort, angeführt. Die Moschee hat neben der Gebetsverrichtung weitere Funktionen. So befinden sich in oder in der Nähe der Moschee Märkte, Lebensmittelgeschäfte mit islamgerechter Nahrung (Hallal) und Bücherstände mit religiöser Literatur.

Zur sozialen Dimension gehört auch, dass sich Kaffeehäuser und Teestuben in den Räumlichkeiten der Moschee befinden.¹¹⁹ Zu den weiteren Aufgaben sind alle Angelegenheiten zu rechnen, die direkt oder indirekt der Religionsausübung dienen. Moscheen können eine ganze Reihe religiös begründeter Dienstleistungen durch eigene Unternehmungen anbieten. Hierzu gehört die Organisation der Wallfahrt nach Mekka, das Einsammeln und die Weiterleitung von Spenden zum Opferfest oder die Überlieferung von Verstorbenen ins Heimatland. Nicht alle Vereine betreiben Moscheen. So gibt es mittlerweile zahlreiche Frauen-, Jugend- und Studentenvereine.

1.6.2 Erziehungs- und Bildungsaufgaben

Das außerordentliche Engagement in Erziehungs- und Bildungsaufgaben zählt zu den Hauptaufgaben islamischer Vereine. Die Angebote für Kinder und Jugendliche umfassen Korankurse, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfeunterricht, Freizeitaktivitäten (Sport, Zeltlager etc.) und Computerkurse. Und auch in der Erwachsenenbildung gibt es zahlreiche Aktivitäten. So können beispielsweise Näh- oder Sprachkurse belegt werden. Aber auch die politische Bildungsarbeit in Form von Diskussionsrunden und Vorträgen für jegliche Altersgruppen

¹¹⁸ Lemmen Thomas: Islamische Vereine und Verbände in Deutschland. In: Alev Inan: Islam Goes Internet. Websites islamischer Organisationen im World Wide Web. Tetum. Verlag Marburg. 2007. S. 96.

¹¹⁹ Nijhan, Shoba: Die Moschee ist nicht nur zum Beten da. Begegnungen mit einer muslimischen Gemeinde. In: Praxis Geographie H. 2, 2001. S. 14-15.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gehört zu dem Tätigkeitsgebiet der islamischen Organisationen. Die Konzentration auf den Erziehungs- und Bildungssektor dient letztendlich der Bewahrung und Erhaltung der kulturellen Identität.

.In vielen Vereinsatzungen ist dieser Aspekt enthalten.¹²⁰Die Gründe, warum islamischen Organisationen in besonderem Maße erzieherische Aufgaben zukommen sollten, formulierte die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa (ADÜTDF) 1992 in einer Bestandsaufnahme zur Situation türkischer Kinder in Deutschland.

Erstens bestimmen Deutsche sowohl die Erziehungsziele als auch die Inhalte in der Schulbildung. Muslimische Kinder würden unter solchen Bedingungen zu Deutschen bzw. Christen erzogen. Zweitens sind muslimische Kinder und Jugendliche ständig von einer nicht-muslimischen Umwelt umgeben, die von den Interessen und Bedürfnissen der Deutschen geprägt sind. Es gebe somit für die Betroffenen keine Chance, eine eigene nationale Identität zu entwickeln. Drittens haben auch die muslimischen Familien selbst nicht mehr die Kompetenz für die Erziehung ihrer Kinder, da sie sich von ihren eigenen Werten entfernt haben. Somit werden die islamischen Organisationen zu „Erziehungsberechtigten“. Die islamischen Organisationen füllen diesen pädagogischen Aufgabenbereich mit verschiedenen Maßnahmen. Auf ideologischer Ebene wird die Unvereinbarkeit des Islam mit der Moderne immer wieder hervorgehoben, indem der Werteverfall der modernen westlichen Gesellschaften angeprangert wird. Die Alternative zur Moderne durch den Islam gibt im Verbund der Gemeinschaft Halt und Orientierung. Islamische Organisationen nutzen geschickt die Frustrationserlebnisse, die muslimische Jugendliche durch Benachteiligung in Schule und Beruf erleiden.¹²¹ Auf organisatorischer Ebene führt dies zu einer Vielzahl von Aktivitäten, die den frustrierten Jugendlichen einerseits in ihrer jeweiligen Situation helfen und sie andererseits durch Gruppenaktivitäten an die Organisation binden sollen.

Manschaftssportarten wie z. B. Fußball sind ein geeignetes Mittel, um das Gruppengefühl zu stärken. Gezielte Einflussnahme geschieht, indem vor und nach dem Spiel in der Moschee gemeinsam gebetet wird. Aus diesem Grund werden Spotclubs mittlerweile auch von Moscheevereinen gegründet. Eine weitere Funktion der Moschee ist, dass sie gleichzeitig auch

¹²⁰ Satzung der islamischen Gemeinschaft Mili Görüs §3.Stand : 15.04.2001. Satzung des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland (IR), § 2. Satzung der Föderation der alevitischen Gemeinden in Europa e.V. (AABF).09.02.2014

¹²¹ Alacacioglu, Hasan: Außerschulischer Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche türkischer Nationalität in NRW: Eine empirische Studie zu Koranschule in Türkisch-islamischen Gemeinden. Münster. LIT. 1999. S. 47.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

als Bildungsstätte fungiert. Kinder und Jugendliche erhalten in Koranschulen Unterricht im islamischen Glauben. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass oftmals mehr die Desintegration als die versprochene Integration gefördert wird.

Hasan Alacacioglu, der selbst in der Türkei als Imam tätig war, hat in einer empirischen Untersuchung die Koranschulen türkisch-islamischer Vereine in Nordrhein-Westfalen aus einem pädagogischen Blickwinkel betrachtet. Man erhält dadurch einen Einblick bezüglich des Lehrmaterials, der Lehrmethoden etc. Zum Unterrichtsmaterial gehören das arabische Alphabet, der Koran, ein Gebetsführer mit Illustrationen, eine Sammlung von Gebetsuren etc. Die Gestaltung und Lehrmethoden der Korankurse waren Alacacioglus zufolge aus pädagogischer Sicht nicht zufriedenstellend. In den Korankursen herrschte strenge Disziplin und ein autoritärer Stil. Die Kinder mussten im Unterricht viel reproduzieren, ohne den Sinn des Gelernten zu verstehen.¹²² Im Unterricht gab es vorwiegend Geschlechtertrennung. Die Unterrichtsinhalte vom Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) waren äußerst traditionell und konservativ. So wurden Inhalte aus osmanischer Zeit thematisiert, die überhaupt nichts mit der Lebenswirklichkeit der in Deutschland aufgewachsenen Kinder zu tun haben. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass in vielen Korankursen die Entwicklung eines religiös begründeten Nationalbewusstseins gefördert wird. Dieses Nationalbewusstsein stärkt das Selbstbewusstsein der muslimischen Kinder als Angehörige des muslimischen Volkes (Umma). Auf diesem Weg lernen die Kinder einerseits, sich von der christlich geprägten deutschen Umgebung zu distanzieren. Auf der anderen Seite können sie auf diese Weise ihre soziale Situation mit einem religiösen Gefühl als Zugehörige zu einer säkularisierten deutschen Gesellschaft kompensieren.

Zum Schluss ist festzustellen, dass das Bild des Islam in Deutschland vielschichtig ist. Viele unterschiedliche muslimische Organisationen sind entstanden, die ein breites Spektrum an Orientierungen, Zielgruppen und Tätigkeitsfeldern umfassen. Die vorher dargestellten Vereine und Dachverbände sind überwiegend mit der Zuwanderung muslimischer Ausländer entstanden, wobei türkische islamische Organisationen aufgrund der zahlenmäßigen Dominanz der Türken innerhalb der verschiedenen Zuwanderer wie DITIB, WIKZ entstanden, gefolgt von

¹²²Alacacioglu, Hassan: Außerschulischer Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche türkischer Nationalität in NRW: Eine empirische Studie zu Koranschule in Türkisch-islamischen Gemeinden. Münster. LIT. 1999. S. 48-49.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

einer geringeren Zahl anderer Nationalitäten. Mit der Vereinsgründung ordneten sich die islamischen Gemeinden in die Möglichkeit des deutschen Rechts zur Organisationen und Vertretungen gemeinsamer Interessen als Verein ein.

Sie stellen in den Vordergrund ihrer Arbeit nicht nur die Einrichtung eines ordentlichen Religionsunterrichts, sondern es werden zunehmend auch kulturelle und soziale Belange der Muslime gefördert.

1.7 Erziehung im islamischen Kulturkreis

Die Erziehung in ihrem wesentlichen Sinne ist der Erwerb bestimmter Haltungen während des Lebens eines Menschen. Durch diese Haltungen wird es dem Menschen gelingen, seine Rechte und Pflichten gegenüber sich selbst und den anderen Mitgliedern in seiner Gesellschaft zu erfahren und auszuüben.

Von den Muslimen wird erwartet, dass sie die göttlichen Vorschriften, die im Koran schriftlich fixiert sind, kennen und anwenden. Der Islam versteht sich als eine Religion, die den Menschen in seiner Ganzheit betrachtet. Die Vermittlung der religiösen Vorschriften durch die islamischen Eltern ist gemäß Islam für die seelische und körperliche Entwicklung ihres Kindes sowie die Vermittlung des mitmenschlichen Moralsystems verantwortlich. Denn der Mensch hat eine soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.¹²³ Das gesellschaftliche Leben und die individuelle Lebensweise lassen sich in der islamischen Tradition nicht voneinander trennen. Die Werte und Ziele innerhalb islamischer Erziehung orientieren sich an den Werten und Normen des Islam (Fünf Säulen des Islam).¹²⁴

Weiterhin war und ist das Ziel der islamischen Erziehung, die Verantwortung gegenüber Gott, der Umgebung und der Gesellschaft zu entwickeln und den Menschen zu lehren. Der Islam nimmt an, dass die Erziehung eines Muslim durch drei Instanzen beeinflusst wird. Zu einen die Umgebung – Gesellschaft oder (Natur), zum anderen die Familie und zum Schluss die Schule. Gesellschaft, Familie und Schule beeinflussen den Menschen unterschiedlich. Sie können die Menschen positiv oder negativ beeinflussen. Man wird in seiner Umgebung hin und hergerissen. Warum wird der Mensch von seiner Umgebung beeinflusst? Weil der Mensch in der Gesellschaft leben muss. Der Mensch wird schwach geboren. Er ist auf Mutter und Vater

¹²³ Aygün, Adem: Religiöse Sozialisation und islamische Entwicklung bei Jugendlichen in Deutschland und in der Türkei. Empirische Analysen und religionspädagogische Herausforderungen. Waxmann Verlag. 2013. S. 49.

¹²⁴ Tepecik, Ebru.; Bildungsarbeit im Auftrag des Islamismus. Erziehung oder Indoktrination? Deutscher Universitätsverlag. Wiesbaden. 2003. S. 34.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

angewiesen. Er steht ständig mit anderen Menschen in Kontakt. So wird er positiv oder negativ von anderen Menschen beeinflusst.

Der Mensch wird sowohl positiv als auch negativ beeinflusst. Er bleibt aber nicht ständig auf der negativen Seite, sonst wäre er nach religiöser Vorstellung vom „Satan“ besessen. Er bleibt auch nicht immer auf der positiven Seite. Sonst würde er zum „Engel“ werden. Der Mensch ist weder Satan noch Engel. Er hat gute und schwache Seiten.¹²⁵

1.7.1 Einfluss der Familie auf dem Kind

Die Familie hat einen größeren Einfluss auf die religiöse Erziehung des Kindes als alle anderen Institutionen. Sie stellt den ersten Lernort religiöser Erziehung dar. Einen Mensch formen hauptsächlich seine Mutter und sein Vater. Er bekommt nicht nur Erbanlagen von seinen Eltern, sondern seine Entwicklung hängt in erster Linie davon ab, ob er von seiner Mutter und seinem Vater genügend Liebe, Wärme und Geborgenheit bekommen hat oder nicht. Der Islam gibt der Familie unbeschränkte Verantwortung für die Bildung der Kinder. Das Kind soll durch die Eltern angeleitet werden, eine Beziehung zu Gott aufzubauen und allmählich die einzelnen Pflichten lernen, damit es als Erwachsener seine religiösen Pflichten erfüllen kann. Hierbei ist die Frühzeitigkeit der religiösen Erziehung von großer Bedeutung.¹²⁶ Religiöse Grundkenntnisse wie religiöse Werte, Sitten und Kultur werden von den Kindern zuerst durch die Familie erfahren und von ihr übernommen. Diese Vermittlung verläuft aus Sicht von Özdil¹²⁷ erfolgreich, wenn die Eltern großen Wert auf islamische Religion legen und wenn sie selbst praktizierende Muslime sind. Somit sind die Eltern bzw. die Familie für die Erziehung und die Kulturvermittlung an die nächste Generation zuständig. Ein Hadith (Rede) des Propheten Mohamed (F.S.I) betont die Wichtigkeit des Einflusses der Eltern auf die spätere Einstellung der Kinder zum Leben.

Jedes Kind wird mit natürlichen, angeborenen Eigenschaften geboren. Religiöse Eltern machen aus ihm z. B. einen Muslim, einen Christen oder einen Juden. Man kann verstehen, dass die religiöse Bildung eines Menschen reine Erziehung der Eltern ist. Die Entartung des Charakters

¹²⁵Andac , Muzaffer: Der Islam und die türkisch--islamischen Erziehungsmethoden: Erziehung ist Liebe. Mediation (Zikir) ist ein Weg zur Liebe. LIT-Verlag. Münster. 1995. S. 253.

¹²⁶Yölke--Cantay ,Hasiybe--: Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. Tectum Verlag. Band 15. 2010. S. 16.

¹²⁷ Özdil , Ayguen.: Aktuelle Debatten zum Islamunterricht in Deutschland: Religionsunterricht, Religiöse Unterweisung für Muslime, Islamkunde. Hamburger-Verlag. Hamburg. 1999. In: Religiöse Sozialisation und Entwicklung bei islamischen Jugendlichen in Deutschland und in der Türkei. Waxmann Verlag. 2013. S. 50.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

eines Menschen ist nicht angeboren. Durch Erziehung und Gewohnheiten nimmt das Kind einen schlechten Charakter an. Wie der Körper mit der Geburt nicht vollkommen ist und mit der Zeit durch Nahrung wächst, so ist auch die Seele bei der Geburt nicht entwickelt.

Die Seele wird auch erst mit guter Erziehung, mit Gebet und Wissen reif.¹²⁸ Das Kind braucht Vorbilder und die Eltern haben die Funktion eines Vorbildes, das den Islam praktizierend vorlebt. In diesem Sinne kann eine gelungene religiöse Erziehung nur dann erfolgen, wenn es genügend Vorbilder gibt, die den Islam im Umfeld des Kindes praktizieren und sich in der Religion auskennen. Hier spielt die religiöse Bildung der Eltern eine entscheidende Rolle. Je mehr Wissen sie haben, desto mehr Möglichkeiten haben sie, ihre Kinder durch das Kennenlernen der Inhalte zum Islam zu führen.

Leider verfügen heute die meisten Eltern nur über eine geringere religiöse Bildung. Infolgedessen sind sie nicht in der Lage, die Inhalte des Islams ihren Kindern richtig zu vermitteln. So werden den Kindern von Eltern und Verwandten religiöse Vorbilder und Gottesvorstellungen vermittelt, die für die psychologisch-pädagogische Entwicklung der Kinder falsch wären. Zum Beispiel wird die Erzeugung von Angst vor der Strafe Gottes als Erziehungsmethode in vielen muslimischen Familien gebraucht. Wenn die Kinder die von den Eltern bestimmten Verhaltensgrenzen überschreiten, drohen die meisten Eltern mit dem Satz: „Sonst wird dich Gott verbrennen.“¹²⁹

Viele muslimische Eltern erwarten von ihren Kindern in religiösen Angelegenheiten ein Verhalten und eine Denkweise wie von Erwachsenen. Da sie keine religiöse Bildung besitzen, können sie die Entwicklung ihrer Kinder im religiösen Erziehungsprozess nicht berücksichtigen. Für sie sind das Auswendiglernen einiger Suren oder Verse aus dem Koran, das Rezitieren des Korans, das Anbeten Gottes und die Einhaltung der Verhaltensregeln von großer Bedeutung. Diese werden für die Eltern als Merkmale der „richtigen“ religiösen Entwicklung angenommen. Statt einer Erziehungsmethode, die die religiös-ethnische Entwicklung, die religiösen Gefühle und ein angemessenes Verständnis der Religion in der Kindheit fördern würde, wird heutzutage in den meisten Familie eine mechanische Methode

¹²⁸Andac , Muzaffer: Der Islam und türkisch-islamische Erziehungsmethoden. Erziehung ist Liebe. Meditation (Zikir) ist ein Weg zur Liebe. LIT-Verlag. Münster. 1995. S. 257.

¹²⁹Alacacioglu, H.: Islamische Religiosität in einer säkularen Gesellschaft. Abschlussbericht, gefördert vom Islamrat der Bundesrepublik Deutschland. LIT-Verlag. 2002. S. 22.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

bevorzugt. Diese Methode aber führt meiner Meinung nach zu einer Vernachlässigung der kindlichen Erfahrungen.

1.7.2. Einfluss der Schule auf dem Kind

Mit der Einschulung beginnt für Kinder ein wichtiger Schritt ihrer Entwicklung. Die Schule unterschützt und ergänzt das Elternhaus in seinem erzieherischen Bemühen. Sie muss mit den Eltern sehr eng zusammenarbeiten. Der Lehrer oder die Lehrerin sind Vertreter der Eltern, sie erziehen das Kind gemeinsam. Die Familie bildet das Kind zu ethischen und moralischen Werten aus. Die Wertevermittlung und religiöse Bildung des Kindes wurde im Islam immer der Familie überlassen. Die Schule ergänzt die Sozialisation des Kindes. Der Erzieher muss alle Kinder sehr gut kennen und insbesondere auch ihre Eltern, damit er beim Kind die entsprechende Erziehungsmethode anwenden kann.¹³⁰ Jedes Kind hat eine ihm entsprechende Mentalität, Begabung und Aufnahmekapazität.

Der Erzieher soll das messen und ihm niemals mehr aufladen, als das Kind tragen kann, sonst hasst das Kind den Unterricht. Der Erzieher soll sich bei der Erziehung eines Kindes alle Faktoren wie Erbe, Umgebung, Freiheit, Evolution vor Augen halten und jedes Kind nach diesen Kriterien erziehen. Er soll sich auch die angeborenen Eigenschaften des Kindes vor Augen halten. Nicht jedes Kind ist gleich. Das eine ist empfindlich und braucht Liebe und Zuneigung. Das andere ist ängstlich. Es braucht viel Geborgenheit. Ein anders Kind ist vielleicht aggressiv, wahrscheinlich erlebt es im Elternhaus auch Aggressivität. Deshalb muss der Erzieher sich diesen Grundsatz vor Augen halten und mit jedem Verhalten des Kindes vorsichtig umgehen.

1.8 Religiosität der muslimischen Migrantenfamilie im säkularen Staat

Die muslimischen Migrantenfamilien in Deutschland haben aus ihren unterschiedlichen Herkunftsländern eine Kultur mitgebracht, die aber in sich nicht homogen ist. Es macht einen Unterschied, aus welchem Land die Familie zugewandert ist und ob sie dort in der Stadt oder auf dem Land gelebt hat. Für die erste Generation der Migranten spielte der Islam eine

¹³⁰Religiöse Sozialisation und Entwicklung bei islamischen Jugendlichen in Deutschland und in der Türkei. Empirische Analysen und Religionspädagogische Herausforderung. S. 50. Necka Kalek: Islam im Alltag: Islamische Religiosität, ihre Bedeutung in der Lebenswelt von Schülerinnen und Schüler türkischer Herkunft. (Hrsg.) von Wolfram Weiße. Band 7. Waxmann Münster. 2002. S. 27.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

bedeutende Stellung in ihrer Lebensorientierung. So schreibt Bielefeld im Band „Politisierte Religion“: „Für die erste Generation der Migranten galt, dass der Islam nicht von ihrer Nationalität getrennt werden konnte, sondern sich auf den Status des Islams in ihrem Herkunftsland bezog.

Zugehörigkeit zum Islam und nationale Zugehörigkeit waren für die Betroffenen miteinander eng verbunden.“¹³¹

Vor allen Dingen hatte der Islam für die Migranten der ersten Generation eine identitätssichernde Funktion in Deutschland. Diese Generation erlebte aufgrund der pluralistischen Lebensmöglichkeiten in Deutschland ein Gefühl der Orientierungslosigkeit und der Entwurzelung. Die Konfrontation mit einer neuen Kultur führte bei vielen muslimischen Familien zu Verunsicherung und Ängsten. Die Suche nach Halt und einem festen Orientierungsrahmen fanden sie meisten in ihrer Religion. Ihre Religion war ein Schutz vor Entfremdung und Assimilation. Besonders die Angst um die Kinder, die nach einigen Jahren nachgeholt wurden. Mit dem Familiennachzug änderte sich die Situation auch im religiösen Bereich erheblich, und zwar auf beiden Seiten: Für die deutsche Gesellschaft wurden die muslimischen Ausländer vor allem durch die nachziehenden Frauen und Kinder in ihrer kulturellen und religiösen Eigenheit erkennbar. Für die Muslime ergab sich mit dem Nachzug der Familien die Notwendigkeit, sich der eigenen Kultur und Religion zu versichern und sie an die nachwachsende Generation (Kinder) weiterzugeben.¹³² Der Bedarf sich als islamische Gemeinde zu konsolidieren, hat sich nach dem Familiennachzug entwickelt. In diesem Zeitraum der sogenannten Konsolidierungsphase beginnt durch Eigeninitiative der Muslime der Aufbau von ethnischen Infrastrukturen wie die Gründung von politischen und religiösen Vereinen, die sich mit der Zeit vermehrten. Weiterhin mieteten die Migranten Kellerräume, Lager oder Fabrikhallen an und wandelten sie in Moscheen um. Mit der Zunahme der neu gegründeten religiösen Organisationen in den 80er Jahren wurden angemessene größere Gebetsräume gekauft. Die Moschee war und ist für die Muslime nicht nur ein Gebetsort, sondern ein Begegnungsort, der auch das Zusammenleben mit den Christen fördert sowie die Kinder und Jugendlichen vor einer tieferen Identitätskrise schützen.

¹³¹ Bielefeld, Heiner/Heitmeyer, Wilhelms (Hrsg.): Politisierte Religion. Frankfurt am Main. 1998. S. 284.

¹³²Baumann, Urs (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht Grundlagen,Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Otto Lembeck Verlag. Frankfurt am Main. 2001. S. 167.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

1.8.1 Religiosität der Muslime: zweite und dritte Generation

Der Islam in Deutschland hat viele Gesichter. Die Muslime, die hier leben, stammen aus verschiedenen Ländern, in denen es unterschiedliche Richtungen dieser Religion gibt.

Migrationsprozesse und ihre Folgen haben die deutsche Gesellschaft verändert, haben eine Monokultur in eine Multikultur verwandelt.

Die Präsenz der Muslime macht sich auf der Straße sichtbar. Verschleierte Frauen gehören zum Alltagsbild. Im Hinblick auf die Religiosität der Muslimen kann man klar zwischen verschiedenen Generationen unterscheiden.¹³³

Die erste Generation besteht aus denen, die in den 60er und 70er Jahren als „Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen sind. Für sie ist charakteristisch, dass sie in einem islamischen Land aufgewachsen sind, wo seinerzeit die religiöse Tradition sehr ausgeprägt war. Für diese Generation kam ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland nicht in Frage. Sie hofften nach einer gewissen Zeit, wenn genug Geld für den Aufbau einer neuen Existenz im Herkunftsland erarbeitet worden war, in dieses zurückzukehren. Es ist klar, dass, solange die Hoffnung auf Rückkehr bestand, die Migranten eher gewillt waren, an der religiösen Tradition festzuhalten. Mit der zweiten Generation ist in Deutschland eine Generation von Muslimen aufgewachsen, die im Rahmen ihres Sozialisationsprozesses mit einer säkularen Kultur konfrontiert wurden. Sie haben nicht nur eine Ausbildung an hiesigen Schulen genossen, sondern sind auch ansonsten entscheidend durch die hiesige Kultur geprägt worden. Ihrem Erziehungsstil steht die deutsche Erziehungsauffassung in Schule und Gesellschaft konträr gegenüber. Das liberale Verhalten der deutschen Lehrkräfte und ihr partnerschaftlicher und Kameradschaftlicher Erziehungsstil zwingen die meisten muslimischen Kinder und Jugendlichen, sich in zwei Erziehungssystemen zurechtzufinden.¹³⁴

Viele fühlen sich gedrängt, in ihren Familien das gute Kind nach traditionellem Erziehungsverständnis zu sein oder zu spielen. Außerhalb ihrer Familien benehmen sie sich wie ihre deutschen Altersgenossen. Sie stehen zwischen den Ansprüchen und Anforderungen zweier unterschiedlicher Kulturen und werden hin und hergerissen. Die Bindung an das Herkunftsland wird allerdings bei dieser Generation immer schwächer.

¹³³Cantay-Yoelke , Hassybe : Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. Tectum Verlag. Band 15. 2010. S. 19.

¹³⁴Khoury, Thomas-,Irkens / Wanzura , Werner: Muslimische Kinder in der deutschen Schule. Verlag für christlich –islamisches Schrifttum. Dkv Deutscher Katecheten-Verein e.V. 1981. S. 58.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Viele kennen das Land ihrer Väter nur als Touristen, wenn nicht Kriege oder Verfolgung sie überhaupt daran hindern, jemals wieder dorthin zu gehen. Die Angehörigen dieser jungen Generation geraten in eine Krise, sie stehen vor einer Entscheidung, ob sie sich zur Religion ihrer Vorfahren bekennen oder aber säkularisiert sein wollen. Sie leben in einer Lebensumwelt, die von christlichen Wertvorstellungen, Traditionen, Kulturen und Symbolen geprägt ist. Sie geraten auch in Entfremdung und Ausländerfeindlichkeit, auch wenn sie sich sehr anstrengen und sich anpassen wollen, sind und bleiben sie für viele Ausländer. Sie merken sehr schnell, dass ihre Zukunftschancen in Gesellschaft und Beruf im Vergleich mit ihren deutschen Altersgenossen sehr gering sind. Schlechte schulische Chancenverwirklichung, zu wenig Ausbildungsplätze für Geringqualifizierte und damit verbunden miserable berufliche Perspektiven bekommen sie überall zu spüren. Die muslimischen Jugendlichen wollen oft so sein wie die Deutschen und wollen von ihnen akzeptiert werden.

Dabei fühlen sie sich in vielerlei Hinsicht überfordert. In dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass muslimische Jugendliche nur unter großen Schwierigkeiten eine eigene stabile Persönlichkeitsstruktur entwickeln, die sie befähigt, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden oder ihnen die Möglichkeit gibt, sich frei zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Sie werden durch die Abhängigkeit und Bindung ans Elternhaus und den Zwang zur Anpassung an ihre deutschen Altersgenossen hin und hergerissen. Diese Konfliktsituation führt manche Jugendliche leider zu Fundamentalisten oder zu Kriminellen.

Zum Schluss: Um die Weltordnung unserer Zeit verbessern zu können, muss man unbedingt zuerst bei der Familie anfangen. Eine in Liebe und Achtung funktionierende Familie wird auch der Gesellschaft nützen. Dagegen kann man von einer streitsüchtigen, nur an sich denkenden, nicht gastfreundlichen Familie egoistische und streitsüchtige Menschen erwarten. Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern bleibt die wichtigste Grundlage der Erziehung, sowie der Entwicklung von Liebe, Freundschaft, Toleranz, Glauben, Hilfsbereitschaft, Vertrauen, aber auch das Gefühl von Sicherheit und gegenseitiger Achtung. Die Familie nimmt einen wichtigen Platz ein: Alle Werte werden in der Familie erlebt. Die ersten religiösen, moralischen und kulturellen Erfahrungen werden in der Familie gemacht.

Zur religiösen und kulturellen Erziehung muslimischer Kinder und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, müssen Gelegenheiten geschaffen werden, damit sie ihren Platz zwischen zwei Religionen und



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kulturen finden können. Mit Respekt für ihre muslimische Identität sollen sie sich in die deutsche Gesellschaft einleben können, sollten dabei verstärkt Aufmerksamkeit und Hilfen erhalten, sich mit ihrer religiösen Identität in die Aufnahmegesellschaft einzubringen und somit diese Gesellschaft als ihre zu begreifen, um später als Mitbürger in der Gesellschaft ihren Weg gehen zu können. Das Ziel kann nur darin gesehen werden, durch gegenseitiges Kennen-und Verstehen lernen, durch Begegnung und Auseinandersetzung von Deutschen und Muslimen einen gangbaren Weg zu finden, d. h. neue Modelle und Strukturen zu entwickeln, die es ermöglichen, gemeinsam in Frieden zu leben, ohne ihre muslimische Identität aufgeben müssen.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kapitel II



2. Integration der Muslime in Deutschland und Stellungnahmen der Politiker. Parteien und Religionsgemeinschaften dazu

2.1 Herausforderungen der Integration der Muslime in Deutschland

Die behandelte Thematik in diesem Kapitel, Integration der Muslime in Deutschland und die Stellungnahme der Politiker, Parteien und Religionsgemeinschaft dazu, kann in doppelter Weise verstanden werden. Einerseits als Herausforderung für die Muslime durch den deutschen Staat und andererseits als Herausforderung des deutschen Staates und der anderen religiösen Gemeinschaften durch die Muslime. Die beiden Herausforderungen sollen real genutzt werden, um eine Integration mit Toleranz und Akzeptanz zu erreichen: Lange Zeit hat sich Deutschland aber geweigert, ein Einwanderungsland zu sein. Eine gezielte Migrations- oder Integrationspolitik konnte bis 1999 nicht beobachtet werden. Ziel der deutschen Politiker war es bis in die 90er Jahre hinein, die „Gastarbeiter“ und ihre Familien in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die Rückkehr ins Heimatland war aber für viele Gastarbeiter kein Thema. Ein Politikwandel fand erst statt, als Deutschland sich 1999 offiziell dazu bekannte, ein Einwanderungsland zu sein, was bis dahin vor allem von konservativen Politikern strikt abgelehnt wurde. Was sind die Wege einer gelingenden Integration in einer Gesellschaft, in der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen leben? Daraus erwächst eine große politische Herausforderung. Integration ist ein reziproker Prozess. Er beschreibt die gegenseitige Annäherung und Öffnung der Kulturen. In diesem Prozess dürfen die Partner der Integration ihre eigene Identität nicht verlieren. In der Migrationsforschung wird unter Integration nämlich die Eingliederung von unterschiedlichen zugewanderten Gruppen, also Gastarbeitern, Aussiedlern, Flüchtlingen oder Einwanderern, mit dem Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe verstanden.

Bundespräsident Horst Köhler äußerte sich dazu wie folgt: „Niemand kann oder soll seine Bindungen an die Orte seiner Kindheit oder zu seiner Familie einfach kappen. Auf gar keinen Fall. Aber wer hier in Deutschland eine neue Heimat gefunden hat, und erst recht, und hier geboren und groß geworden ist, gehört dazu und prägt mit seiner Herkunft, mit seinen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Traditionen, mit seiner Kultur und mit seinem Glauben das Gesicht unseres Landes mit. Das ist auch Ihr Land. Und daraus erwächst Verantwortung.“¹³⁵

Die Mehrheit der Migrationsforscher geht davon aus, dass Eingliederung nur gelingt, wenn Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen an diesem Prozess beteiligt sind. Ist eine der beiden Seiten diesem Prozess gegenüber nicht aufgeschlossen, so folgt daraus häufig Desintegration. Wenn man in diesem Rahmen die Situation in Deutschland betrachtet, stellt man fest, dass in diesem Land neben der deutschen Mehrheitsgesellschaft Immigranten leben, die aus verschiedenen Gründen hierhergekommen sind.¹³⁶ Wenn man in Deutschland von Immigranten spricht, hat man damit meistens muslimische Zuwanderer vor Augen. Die Frage ist, ob die religiösen und soziokulturellen Besonderheiten der Muslime, die in Deutschland leben, den Prozess der Integration behindern oder nicht?

Seit vielen Jahren gibt es in Deutschland ablehnende Einstellungen gegenüber Menschen muslimischer Herkunft. Integration ist ein langer Weg, braucht Zeit und Geduld, ist eine Herausforderung für die Zuwanderer und für die Aufnahmegesellschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Flüchtlinge Zuflucht in Deutschland gefunden. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erforderte die Anwerbung von Millionen Arbeitskräften. Das Ankommen und das Angenommen werden sind entscheidend, um in Anerkennung und Respekt in einer pluralistischen Gesellschaft miteinander leben zu können. Seit den 60er Jahren wurden Arbeitskräfte in der Türkei angeworben, von denen man annahm, dass sie nach ein paar Jahren wieder nach Hause in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Man hatte nicht realisiert, dass diese Arbeitskräfte andere Sitten, Gebräuche und Bedürfnisse mit sich gebracht haben. Die Muslime sind in Deutschland ansässig geworden. Ihre Anwesenheit in Deutschland hat eine längere Tradition. Sie haben mehrheitlich einen Migrationshintergrund und sind oft in unterschiedlicher Form mit den hergebrachten Traditionen und Kulturen verbunden. Eine gelungene Integration ist nicht so einfach, da es schon innerhalb Deutschlands unterschiedliche Mentalitäten und Kulturen gibt, die ihre Wurzeln auch teilweise in der Religionszugehörigkeit haben, besonders wenn die Religion eine große Rolle in der Öffentlichkeit spielt. Die katholisch geprägten Gegenden sind durchaus

¹³⁵ Bundespräsident Horst Köhler. 5. Oktober 2005. Zitiert aus: Zuwanderung und Integration, in: Der Bürger und der Staat. 56. Jahrgang. Heft 4. 2006.

¹³⁶Hüssen, Kurt / Edmund Weber (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. THEION-Studien zur Religionskultur. Peter Lang. 2011. S. 67.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

unterscheidbar von evangelisch geprägten. Für die meisten Muslime spielt die Religion eine wichtige Rolle für das tägliche Leben, und damit ist sie auch sichtbar in der Öffentlichkeit. Der Terroranschlag vom 11. September 2001 und die nachfolgenden kriegerische Auseinandersetzungen haben dies zusätzlich verstärkt. Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Die Einwanderung der letzten fünfzig Jahre hat die deutsche Gesellschaft grundlegend verändert. Ungefähr 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland, sind also Einwanderer oder hier geborene Kinder von Einwanderern. So ist die Bevölkerung in Deutschland ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös vielfältiger geworden. Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund wird in der Zukunft wachsen. Die wachsende gesellschaftliche Vielfalt und die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sind eine große Herausforderung und bergen Konflikte wie Chancen.

Daher müssen gesellschaftliche Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstellenmarkt, Arbeitsmarkt, Krankenhäuser und Altenheime in die Lage versetzt werden, um diesen Pluralismus positiv zu nutzen und sich interkulturell zu öffnen. Politische Handlungskonzepte sollen die Lebenssituationen einer wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund in allen Bereichen berücksichtigen, denn Einwanderer sind Teil der Gesellschaft, sie gehören selbstverständlich dazu.

Die Integration der Zuwanderer in Deutschland wurde seit 2005 gefördert. 2007 wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Nationaler Integrationsplan verabschiedet. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat zu einer Konferenz zur Integration der Muslime in Deutschland aufgerufen.¹³⁷ Ferner wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg als zentrale Implementierungsbehörde der Integrationskurse und anderer Integrationsdienstleistungen ausgebaut, die nunmehr von Migranten eingefordert werden. Zudem hatten sich verschiedene große Kommunen schon vorher um eine verbesserte Integration ihrer Zuwanderer gekümmert und dafür beachtliche Planungs- und Implementierungseinrichtungen geschaffen.

¹³⁷Gerald Schneiders, Thorsten, (Hrsg.): Islamfeindlichkeit, wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. S. 135. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2009.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.2 Integration aus Sicht der Muslime

In Deutschland ist allmählich eine neue Generation von Muslimen herangewachsen, die ganz selbstverständlich für sich weiß, dass ihr Platz hier ist. Ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft steht für sie außer Frage. Die öffentliche Diskussion über Muslime in Deutschland nehmen sie zur Kenntnis. Sie ärgern sich womöglich darüber, fühlen sich missverstanden, fühlen sich falsch dargestellt. Doch das verunsichert sie nicht. Sie sind Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern, die sich in diversen Debatten zur Integrationsfähigkeit des Islam in Europa verfangen, um eigenes voraus und nicht nur diesen, sondern auch ihren eigenen Verbandsvertretern, die sich mit einer Öffentlichkeit herumschlagen müssen. Die Einwanderer, die sich selbst als Beispiele erfolgreicher Integration bezeichnen, sehen natürlich die Probleme von Migranten in Deutschland. Auch sie haben das Gefühl, dass es der Politik nach mehr als 40 Jahren Einwanderung noch immer nicht gelungen ist, von „Herzen „ja“ zu Millionen Einwanderern im Land zu sagen.

Muslimische Jugendliche in Deutschland erleben die gegenwärtige Umbruchphase in ihrem Alltag als eine Bestätigung des eigenen Kurses. Sie sind nicht auf der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft, sondern sie sind dabei, diesen Platz ordentlich auszubessern und auszugestalten.¹³⁸

Die Jugend wartet nicht auf Akzeptanz, sie verdient sie sich. Sie führen nicht nur Gespräche, sondern pflegen Freundschaften. Klar machen sie in vielerlei Hinsicht Fehler und schwanken manchmal unsicher zwischen verschiedenen Identitäten und Verhaltensmuster, doch ihre Entschlossenheit, Muslime und europäisch zu sein, ist der wichtigste Indikator für eine gelungene Integration. Muslime können sich nicht für jeden Terrorakt entschuldigen, der im Namen des Islams wo überall in der Welt geschieht, da solche Terrorakte ebenso von Christen, Juden und Angehörigen anderer Religionen begangen werden.¹³⁹

Es gibt Trenndes, es gibt Verbindendes, das gilt es aufzuarbeiten. Der Islam, wie jede andere Religion, darf nicht daran gemessen werden, was seine Anhänger praktizieren. Fehlende Akzeptanz gesellschaftlicher Realitäten wird nicht weiterhelfen, das tut nur der beidseitige Wille zum Dialog und zur Integration. Nur so kann man das Entstehen neuer

¹³⁸ Bade Klaus / Georg, Erich- Hans (Hrsg.) (2007): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht.

¹³⁹ Graf, Peter (Hrsg.): Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog V&R Unipress. Göttingen. 2006. S. 171.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Parallelgesellschaften verhindern. In diesem Zusammenhang sind bezüglich der Zukunft der Muslime in Deutschland einige Fragen offen, die deutlich und ehrlich zu beantworten sind: Seitens der Muslime sind die Fragen zu beantworten, ob sie sich dauerhaft nur in einer Gesellschaft zuhause fühlen können, die in allen Bereichen ihren Wertevorstellungen entspricht, ob sie bereit sind, ihre eigene Lebensweise kritisch zu betrachten und sich von manchen religiösen Traditionen zu befreien.

Seitens der Gesamtgesellschaft sind u. a. die Fragen zu beantworten, ob sie die Muslime als Teil dieser Gesellschaft annehmen kann, d. h., dass sie nicht nur toleriert und geduldet werden, sondern ihnen auch die gleichen Chancen gegeben werden, ob sie die Anwesenheit der Muslime als eine Chance und eine Bereicherung wahrnimmt oder sie als Bedrohung für die lang erkämpfte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sieht, ob die praktizierenden Muslime nach ihrer Kompetenz und nicht nach ihrem Aussehen und ihren äußerlichen Merkmalen beurteilt werden.¹⁴⁰

Nach dem 11. September und der Verstrickung einiger in Deutschland lebender Muslime wurde der Islam in Deutschland zum Pauschalverdächtigen. Jeder bärtige Muslim, jede kopftuchtragende Muslima stand unter Generalverdacht. Konkret wurden diese Fragen auch Politikern gestellt, die die Möglichkeit haben, sie zu nutzen, um die Gesellschaft zu sensibilisieren oder Ängste und das Unbehagen der Menschen für ihre eigenen politischen Interessen zu manipulieren. Die Politik trägt eine große Verantwortung und kann mit ihrer Einstellung und Handlungsweise positive und auch negative Zeichen setzen.

Die religiösen und kulturellen Unterschiede können immer Gründe zur Spaltung und Trennung sein, wenn ihre Existenz in der Gesellschaft nicht als berechtigt und selbstverständlich wahrgenommen wird, dazu kann die Politik aktiv beitragen.¹⁴¹

Die Muslime in den Parteien auf Landesebene und Bundesebene haben auch die Chance zu zeigen, dass Muslime in verantwortlichen Positionen der Politik und dem Grundgesetz verpflichtet sind, sich positiv und konstruktiv zum Wohle der Gesamtgesellschaft einzubringen, ohne ihre persönliche religiöse Identität aufgeben zu müssen.

¹⁴⁰ Oberndörfer, Dieter (2007): Einwanderungsland Deutschland. Worüber reden wir eigentlich?, in: Siegfried Frech / Karl-Heinz Meier-Braun (Hrsg.): Offene Gesellschaft .Zuwanderung und Integration .Schwalbach. Wochenschau Verlag. S. 59-88.

¹⁴¹ Oberndörfer, Dieter (2007): Nation, Multikulturalismus und Migration auf dem Weg in die postnationale Republik? In: Peter Molt / Helga Dickow (Hrsg.): Kulturen und Konflikte im Vergleich. Festschrift für Theodor Hanf. Baden-Baden. Nomos. S. 700-712.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Bei der religionspolitischen Integration geht es darum, Musliminnen und Muslime eine gleichberechtigte Teilhabe wie anderen Religionsgemeinschaften zu ermöglichen, damit auch sie nicht nur ihre individuellen Rechte, sondern auch die kollektive und korporative Religionsfreiheit wahrnehmen können. Gleichzeitig kann von muslimischen Organisationen erwartet werden, dass sie kooperationsbereit sind. Daher ist die Integration in allen Bereichen der Gesellschaft zu schaffen: Bildung, Arbeit und Ausbildung, Wohnen und das Angebot sozialer Dienstleistungen, bei politischen sowie kulturellen Aktivitäten.

2.3 Integration aus bundespolitischer Sicht

Als der deutschen Öffentlichkeit bewusst wurde, dass Millionen zuwandernde Ausländer nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren, sondern in Deutschland bleiben würden, wurde 2005 ein neues Amt geschaffen. Integration und Migration sind die Kompetenzfelder der Behörde. Maria Böhmer trat am 29.11.2005 ihr Amt als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration an. Sie ist als Staatsministerin dem Kanzleramt zugeordnet. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integrationsförderung der Migrantinnen und Migranten in Deutschland.¹⁴² Arbeitsgruppen wurden zu folgenden Bereichen eingerichtet: Weiterentwicklung der Integrationskurse, Förderung der deutschen Sprache, Sicherung der Bildung und Ausbildung, Erhöhung der Arbeitsmarktchancen, die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, die Förderung der Integration vor Ort und schließlich die Stärkung der Bürgergesellschaft. Politik und Gesellschaft haben erkannt, dass die Integration von Zuwanderern eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Bundesregierung hat deshalb Integration als Schlüsselaufgabe ihrer Zeit definiert und zum Schwerpunkt ihrer Politik bestimmt. Beim Thema Integration geht es von der Familie über den Kindergarten, Schule und Berufswelt bis hin zur Altenpflege. Daran müssen alle Ebenen der Politik beteiligt werden. Bund, Länder und Kommunen stehen gemeinsam in der Pflicht.¹⁴³ Den

¹⁴²Rat für Migration e.V. RMF Integration und Illegalität in Deutschland. Hrsg von Klaus J. Bade. S.11. 2001. Maria Boehmer war seit November 2005 Staatministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge. Seit 2001 ist sie Bundesvorsitzende der Frauenunion und gehörte bis 2005 zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frau Boehmer ist Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. Mitglied des deutschen Bundestages ist sie seit 1990.

¹⁴³Oberndörfer, Dieter (2007): Nation, Multikulturalismus und Migration auf dem Weg in die postnationale Republik? In: Peter Molt / Helga Dickow (Hrsg.): Kulturen und Konflikte im Vergleich. Festschrift für Theodor Hanf. Baden-Baden. Nomos. S. 700-712.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kommunen kommt aber eine besondere Bedeutung zu, da die wesentlichen Integrationsleistungen „vor Ort“ im alltäglichen Mit-und Füreinander erbracht werden. Integration wird damit zu einer Bereichs- und Verantwortungsaufgabe. Der Bundeskanzlerin war es deshalb ein wichtiges Anliegen, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge als Staatsministerin samt Arbeitsstab im Bundeskanzleramt und im Kabinett zu verankern. Dazu hat sich die Bundeskanzlerin klar ausgedrückt: „(...) Wir sind ein tolerantes, wir sind ein weltoffenes Land, das seine Traditionen und seine Kultur pflegt. Das eine kann es ohne das andere nicht geben; denn Heimat gibt in Zeiten des sehr schnellen Wandels, in denen wir leben, den Halt, den die Menschen brauchen, jedem Einzelnen und unserem Land als Ganzem. Deshalb haben wir nicht ohne Grund unserem Koalitionsvertrag den Titel; ‚Gemeinsam für Deutschland‘ gegeben. Parallelgesellschaften, in denen die grundlegenden Werte des Zusammenlebens in unserem Land nicht geachtet werden, passen nicht in dieses Denken. Deshalb ist Integration eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Mit der Ansiedlung der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt habe ich sehr bewusst ein Signal gesetzt, dass dies eine gesamtpolitische Aufgabe ist, der wir große Beachtung schenken wollen.

Die Beauftragte unterstützt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik. Mit ihrer Arbeit trägt sie dazu bei, Bedingungen zu schaffen, unter denen Deutsche und Migrantinnen und Migranten gut und friedvoll zusammenleben und arbeiten können. Integration ist aber nicht allein Aufgabe des Staates. Zwar können Staat und Politik die Rahmenbedingungen für Integration schaffen, gesetzliche Regelungen allein reichen jedoch nicht aus. Integration in die Gesellschaft erfordert eine aktive Bürgergesellschaft, die sich durch wechselseitige Verantwortung, Eigeninitiative und Engagement auszeichnet. Die Zivilgesellschaft kann und muss eine besondere Verantwortung im Integrationsprozess übernehmen.

2.3.1 Integrationspolitik aus Sicht der CDU/CSU und SPD

Integration ist allerdings als ein wechselseitiger Prozess zu verstehen, der Anforderungen nicht nur an die Einwanderer stellt, sondern auch an die Aufnahmegesellschaft. Integration zielt auf gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Gesellschaft und muss auf Rechts- und



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Chancengleichheit sowie Akzeptanz des Andersseins ausgerichtet sein.¹⁴⁴ Anforderungen für eine erfolgreiche Integration haben sich im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte entscheidend gewandelt. Der Start erfolgte mit dem Integrationsgipfel vom 14. Juli 2006, bei dem ein Nationaler Integrationsplan erarbeitet wurde. Es wurden sechs Arbeitsgruppen unter Führung der Bundesministerin eingerichtet. Sie setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft, Gesellschaft und Migrantinnen und Migranten zusammen. Im Vorfeld des Integrationsgipfels verabschiedete das Bundeskabinett unter dem Titel „Gutes Zusammenleben-klare Regeln“ eine Erklärung, die nicht nur die Positionsbestimmung der Bundesregierung darstellt, sondern auch die Leitlinien für die Aktivitäten der Integrationsbeauftragten formuliert.¹⁴⁵ Dafür sind Anstrengungen seitens des Staates, der bürgerschaftlichen Gesellschaft und der Migrantinnen und Migranten selbst notwendig. Seitens der Migranten sollte die Bereitschaft bestehen, sich auf ein Leben in dieser Gesellschaft einzulassen, ihr Grundgesetz und die gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Dies erfordert Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung.¹⁴⁶ Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft sollen Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement gezeigt und die die Bereitschaft, Menschen ehrlich willkommen zu heißen. Die grundlegende Bedeutung einer funktionierenden Integrationspolitik wird im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD hervorgehoben. Auszug aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 11.11.2005:

„Migration und Wanderungsbewegungen sind eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft. Integration kann nur gelingen, wenn Migration gesteuert und begrenzt wird.(...) Die Integration von Ausländern und Aussiedler in die deutsche Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche. Sie bleibt ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Wir werden

¹⁴⁴Cylan , Rauf (Hrsg.): Islam und Diaspora. Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations-und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8Peter Lang Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2012. S. 115.

¹⁴⁵ Rat für Migration e. V. RMF Integration und Illegalität in Deutschland. Hrsg von Klaus J. Bade. S. 11. 2001.

¹⁴⁶Integration der Ausländer in den demokratischen Verfassungsstaat: Ziele und Aufgaben.Von Dieter Oberndörfer. In: Integration und Illegalität in Deutschland. Rat für Migration e.V. Hrsg. von Klaus J. Bade. 2001 S. 11.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

die Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bündeln und es damit als Kompetenzzentrum stärken. Wir werden einen intensiven Dialog mit den großen christlichen Kirchen und mit Juden und Muslimen führen. Ein interreligiöser und interkultureller Dialog ist nicht nur wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung, er dient auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus und Extremismus.“¹⁴⁷

Die Vertreter aller politischen Ebenen erklären sich bereit, die Migrantinnen und Migranten in die Integrationsarbeit einzubinden und ihre Erfahrungen stärker als bisher zu nutzen. Der von der Bundeskanzlerin als „historischer Moment“ bezeichnete Gipfel war der Auftakt zu einem fortlaufenden Dialog, als dessen Abschluss ein Nationaler Integrationsplan mit klaren Zielen, konkreten Maßnahmen erarbeitet wird.

2.3.2. Integration durch Bildung

Bildung ist der Schlüssel zu Integration, denn Bildungserfolge eröffnen Teilhabechancen im gesellschaftlichen, politischen und vor allem im wirtschaftlichen Leben. Eine gute Schulbildung und eine solide berufliche Qualifizierung sind Voraussetzung für einen Zugang zum Arbeitsmarkt, dadurch werden Kompetenzen im Umgang mit der eigenen Kultur und anderen Mitgliedern der Gesellschaft erworben. Damit wird eine dauerhafte Integration auch in anderen Lebensbereichen ermöglicht.¹⁴⁸

Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland wächst in Migrantenfamilien auf. Fast zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Diese scheitern überdurchschnittlich häufig an den nach Leistung differenzierenden Auswahlmechanismen des deutschen Schulsystems. Bei der Einschulung werden sie häufiger zurückgestellt als andere Kinder. In der Folge steigt das Risiko der Überalterung der Schüler in der Grundschule. Deshalb ist es dringend notwendig, ein Sonderschulaufnahmeverfahren zu schaffen.

Die Frage nach der Bildungssituation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer wurde bis Anfang der 70er Jahre kaum gestellt. Studien zeigen, dass Grundschüler mit Migrationshintergrund eher als schwache Leser eingestuft werden und dies ein deutliches Indiz

¹⁴⁷Zuwanderung und Integration. In: Der Bürger im Staat. 56. Jahrgang, Heft 4. 2006. S. 211.

¹⁴⁸ Assimensios, Stamatis, Tanriverdi, Mehmet.: Integration aus dem Leben gegriffen: Ressourcen und Wendepunkt eines Integrationsverlaufs. BY Avlos Verlag, Duisburg. 2004. S. 20.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

dafür ist, dass die deutschen Bildungseinrichtungen, insbesondere nach der Grundschule, nicht in der Lage sind, durch individuelle Förderung die Lesekompetenz dieser Kinder zu steigern. Andere Länder verzeichnen in dieser Altersgruppe eher Leistungsfortschritte.¹⁴⁹

Die Ursachen für den mangelnden Schulerfolg sind weniger in der fehlenden Bildungsmotivation als vielmehr im unzureichenden Umgang der Bildungseinrichtungen mit sozialer und kultureller Vielfalt zu suchen. Ausländische Kinder besuchen Kindergärten fast ebenso häufig wie andere Kinder. Die Bildungsmotivation ist insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen oft hoch und auch ausländische Eltern sind überwiegend bereit, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Offenbar sind die deutschen Bildungsinstitutionen noch nicht in der Lage, soziale Unterschiede und kulturelle Differenz auszugleichen. Man kann es sich nicht leisten, die Bildungspotenziale eines Teils der Kinder mit Migrationshintergrund zu ignorieren.¹⁵⁰ Auszug aus der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Durchführung des Integrationsgipfels: „Ich bin überzeugt, dass Integration nur gelingen kann, wenn ausländische Kinder konsequent dazu gebracht werden und auch die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen. Wir werden deshalb gerade in den Schulen das Erlernen der deutschen Sprache fördern. Besser gesagt, wir werden die Länder in ihrem Bemühen unterstützen, dass Kinder nur dann in die Schule kommen dürfen, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind. Ansonsten haben sie vom ersten Schultag an nicht die Chancen, die wir ihnen geben müssen, um auch ihnen ein gutes Leben in unserem Land zu ermöglichen.“¹⁵¹

Das Bildungssystem muss grundsätzlich lernen, mit sozialer und kultureller Heterogenität so umzugehen, dass Chancengleichheit gewährleistet wird. Der rechtliche und pädagogische Auftrag des deutschen Bildungssystems sollte demnach im Einklang mit der Konzeption der multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland stehen.¹⁵² Das Bildungssystem trägt eine Verantwortung für den Bildungsprozess jedes einzelnen Kindes, denn Bildung und Sprache entscheiden über die persönliche Zukunft. Unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen und Bildungsniveaus, differenzierte Fähigkeiten und Fertigkeiten,

¹⁴⁹ Rainer Reuter , Lutz und Martin Dodenhoeft. Hrsg. von Lutz Raphael: Arbeitsmigration und gesellschaftliche Entwicklung. Eine Literaturanalyse zur Lebens- und Bildungssituation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland. Franz Steiner Verlag. Wiesbaden. 1988. S. 73.

¹⁵⁰ Hessischer Landtag. Abschlussbericht der Enquetekommission Migration und Integration des Hessischen Landtags.

¹⁵¹ Zuwanderung und Integration. In: Der Bürger im Staat. 56. Jahrgang. Heft 4. 2006. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Baden-Württemberg. S. 210.

¹⁵² Hanafiz, Massoud: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Tectum Verlag Marburg. 2010. S. 157.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

soziale und kulturelle Heterogenität bedürfen einer motivierenden, individuellen Unterstützungen und Begleitung, um kein Kind allein zu lassen. Die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss in allen Bereichen zum Qualitätskriterium werden, damit diese Kinder den richtigen Weg zu ihrer Integration finden.

2.3.3 Integration bei der Arbeit

Arbeit ist die Basis der Existenz eines Menschen. Sie verschafft nicht nur Einkommen, sondern auch soziale Beziehungen und gesellschaftliche Anerkennung. Arbeit ist der wichtigste Motor für Integration und zugleich Indikator für das Gelingen. Da die bundesdeutsche Zuwanderungsschicht eine Geschichte von Arbeitskräftezuwanderung war, steht die Herstellung von Chancengleichheit auf den Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Die Beschäftigungssituation der im Bundesgebiet lebenden Ausländer, Ausländerinnen hat sich in den letzten Jahren wegen der Krise am Arbeitsmarkt unverhältnismäßig verschlechtert. Die unqualifizierten Gastarbeiter, die vor allem für einfache Tätigkeiten angeworben wurden, sind die Verlierer.

Der Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist bei den Ausländern mit über 70 % weit mehr als doppelt so hoch wie bei den Deutschen mit 28 %. Junge Migrantinnen und Migranten sind von der zunehmenden härteren Konkurrenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt besonders betroffen.¹⁵³

Seit Mitte der 1990er Jahre geht die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher kontinuierlich zurück. Ursachen sind fehlende schulische Qualifikationen, gleichzeitig sehen sich Jugendliche aus Migrantenfamilien nach wie vor mit Vorbehalten und Vorurteilen seitens potenzieller Arbeitgeber konfrontiert. Auch bei guten Schulabschlüssen und hoher Bildungsmotivation sind ausländische Jugendliche beim Übergang in eine berufliche Ausbildung im Vergleich zu Deutschen benachteiligt. Der aktuelle Vergleich struktureller Merkmale arbeitsloser Migrantinnen und Migranten mit arbeitslosen Deutschen offenbart deutliche Unterschiede. Der stärkste Unterschied bestand beim Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Ausbildung. Dieser lag bei Ausländern im Dezember 2011 bei 76,1 % während 37,3 % der deutschen Arbeitslosen keine Berufsausbildung abgeschlossen hatten.¹⁵⁴

¹⁵³Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. 2012.

¹⁵⁴ Statistik vom Bundesagentur für Arbeit: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. 2012. Nürnberg.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Das System der streng formalisierten Berufsabschlüsse nach Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung und anderen Spezialregelungen für besondere Berufsgruppen, z. B. für die medizinischen Berufe, führt vielfach dazu, dass die von Migrantinnen und Migranten mit gebrachten Qualifikationen entwertet werden. Selbst im Herkunftsland erworbene formale Qualifikationen werden in der Regel in Deutschland nur sehr eingeschränkt anerkannt. Hinzu kommt, dass das System der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen kompliziert ist. Eine Schlüsselfunktion für die Arbeitsmarktintegration kommt dem Bildungs- und Ausbildungssystem zu. Jahre gemeinsamer Anstrengungen von Politik und Sozialpartnern sind notwendig, um die Ausbildungsbeteiligung junger Migranten zu erhöhen.¹⁵⁵

Um dieses Ziel in Deutschland zu erreichen, sollte die Integration von Migrantinnen und Migranten in den ersten Arbeitsmarkt Gegenstand von Zielvereinbarungen zwischen dem zuständigen Bundesministerium und der Bundesagentur für Arbeit werden.

Schließlich sind die Sozialpartner gefordert, diskriminierende Einstellungspraktiken zu erkennen, zu benennen und abzubauen. Unterstützt wird diese Aufgabe durch die nach EU-Recht einzurichtende Anti-Diskriminierungsstelle. Die SPD fordert in ihrem Programm die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: „Wer mit einem ausländischen Berufsabschluss in Deutschland arbeiten will, muss sich diesen Abschluss anerkennen lassen.“¹⁵⁶

Das ist aber ein steiniger Weg: Manche Regelungen finden sich im Recht des Bundes, manche in dem der Länder und manche in dem der Europäischen Union. Und wer ist zuständig? Mal der Bund, mal die Länder.

Und selbst innerhalb der Länder ist unklar, an welche Stelle man sich wenden muss. Außerdem wird zwischen reglementierten und nichtreglementierten Berufen, zwischen akademischen und nichtakademischen Berufen sowie zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen unterschieden.

So entstehen lange, komplizierte, ineffiziente und für die Betroffenen kaum durchschaubare Verfahren. Die Folge ist, dass ca. 500.000 Akademiker und Akademikerinnen mit ausländischem Abschluss unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten.¹⁵⁷ Die Betroffenen fühlen sich nicht wertgeschätzt und arbeiten unterqualifiziert. Da es zurzeit Fachkräftemangel in

¹⁵⁵ Migration und Integration. Abschlussbericht der Enquetekommission des Hessischen Landtags. Bwv. Berliner Wissenschafts-Verlag. 2013. S. 62.

¹⁵⁶ Ebenda. S. 63.

¹⁵⁷Bericht von Böhmer, Maria, in: Zuwanderung und Integration. Der Bürger im Staat. 56. Jahrgang. Heft 4. 2006. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Deutschland gibt, hat die SPD sich 2008 in der Großen Koalition für ein Anerkennungsgesetz eingesetzt. Darin halten sie fest:

- Es soll einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren geben.
- Die Anerkennungsstellen müssen innerhalb von drei Monaten entscheiden.
- Man braucht bundesweit einheitliche und transparente Anerkennungskriterien.
- Es muss ein Register geben, in dem die Vergleichbarkeit aus- und inländischer Abschlüsse eingesehen werden kann.
- Es muss eine Teilanerkennung und das Recht auf Anpassungsqualifizierung geben, um später voll anerkannt zu werden.
- Es muss möglich sein, seinen Abschluss unter der Auflage vorläufig anerkannt zu bekommen, dass man sich berufsbegleitend nachqualifiziert.¹⁵⁸

Angesichts dieses besorgniserregenden Trends besteht ein dringender Handlungsbedarf, die Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten und damit ihre Berufschancen zu verbessern. Damit Jugendliche ihre ersten Schritte ins Berufsleben erfolgreich meistern können, ist eine enge Verbindung von Schule und Betrieben wichtig. Engagement und Verantwortung der Eltern für den Bildungserfolg ihrer Kinder muss stärker als bisher sein.

Mit dem Anerkennungsgesetz des Bundes werden seit dem 1. April 2012 die Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes weiter geöffnet, vereinfacht und verbessert. Es wird davon ausgegangen, dass etwa 300.000 Personen mit einem ausländischen akademischen oder beruflichen Abschluss wegen dessen fehlender Anerkennung in Deutschland unterhalb ihrer Qualifikation am Arbeitsmarkt tätig sind. Ziel der Anerkennung ist es, die Qualifikationspotenziale der in Deutschland lebenden Menschen, und die im Ausland einen Beruf erlernt haben, besser zu erschließen und eine adäquate Beschäftigung im erlernten Beruf zu ermöglichen. Damit wird die Migration in die Arbeitswelt gefördert und ein Anreiz für Fachkräfte im Ausland gesetzt, nach Deutschland zu kommen.

2.3.4 Integration und Sprache

Es ist notwendig, die Geschichte des Islam, der Muslime sowie ihren Migrationshintergrund in Deutschland und ihre Kinder zu berücksichtigen. Die Muslime kamen aus verschiedenen

¹⁵⁸Heinz, Karl, Braun, Meier: „Deutschland Einwanderungsland. Begriffe-Fakten-Kontroversen. Hrsg. von Reinhold Weber. 2. Auflage. 2016. S. 100.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Ländern, aus unterschiedlichen Kulturkreisen mit verschiedenen Traditionen und Sprachen mit der Absicht, nur wenige Jahre in Deutschland bleiben. Darunter versteht man, dass diese Migranten keine Notwendigkeit sehen, sich in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren oder die Sprache zu erlernen. Jedoch zeigte Deutschland auch wenig Interesse an ihrer Integration. Wie viel Deutsch muss man können, wie schnell und perfekt muss man die Sprache lernen und beherrschen, um dazu zu gehören, um integriert zu sein? Integration durch Sprache – das soll nicht nur für Zuwanderer Kinder gelten, sondern auch für deren Eltern. Bundesminister Wolfgang Schäuble (CDU) stellte in einer Berliner Grundschule die Kampagne „Deutsch lernen-Deutschland kennen lernen“ vor. „Im Integrationskurs sollen Mütter und Väter aus Zuwanderer Familien fit gemacht werden, damit sie ihren Nachwuchs besser durch den deutschen Schulalltag und das Bildungssystem begleiten können.“¹⁵⁹

Es handelt sich um die Eltern dieser Kinder, um ihre Tanten und Onkel, um die Freunde der Familie, die das familiäre Umfeld der Kinder bilden und damit wesentlichen Anteil an ihrem Bildungserfolg haben.

Kenntnisse der deutschen Sprache erhöhen die Chancen, im Bildungs- und Ausbildungssystem wie auch auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde der Aspekt der sprachlichen Erstqualifizierung von Neuzuwanderern auf die politische Agenda gesetzt.

50 Jahre nach der ersten Anwerbung besteht nun für einen großen Teil der Neuzugewanderten ein Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs, der neben der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache auch eine Lerneinheit über Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands umfasst. Die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs ist Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Nicht nur eine frühe Sprachförderung der Kinder sei wichtig, „damit Kinder in Deutschland erfolgreich sein können, müssen auch die Eltern die deutsche Sprache beherrschen“,¹⁶⁰ sagte Schäuble.

Fehlende Deutschkenntnisse machten es den Eltern oft unmöglich, sich in die schulische Gemeinschaft einzubringen, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen und an ihren Erfolgen teilzuhaben. Die Entwicklung einer muslimischen Parallelgesellschaft wurde bislang kaum wahrgenommen.

¹⁵⁹ [www:http://www.focus.de/politik/deutschland/zuwanderer-schaeuble-will-eltern-in-die-schule-schicken-aid-415464.htm](http://www.focus.de/politik/deutschland/zuwanderer-schaeuble-will-eltern-in-die-schule-schicken-aid-415464.htm). Juli 2008

¹⁶⁰ www.focus.de/politik/deutschland/zuwanderer-schaeuble-will-eltern-in-die-schule-schicken-aid-415464.htm. Juli 2008



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund umfassen die Vorkurse Deutsch, die Deutschförderklassen, die Deutschförderkurse die Übergangsklassen. Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Sprachen bereichern den Unterricht und beleben den Schulalltag.

An Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund besteht aber auch die Gefahr kultureller und gesellschaftlicher Konflikte. Hier setzt die interkulturelle Erziehung an, die das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen, gegenseitige Toleranz und Akzeptanz sowie weitergehendes Verständnis im Umgang der Schülerinnen und Schüler miteinander beinhaltet. Neben den Deutschfördermaßnahmen, die das Erlernen der deutschen Sprache zum Ziel haben, wird seit dem Schuljahr 2009/10 in allen Jahrgangsstufen der Grund- und Haupt-/Mittelschulen die Höchstzahl 25 eingehalten, wenn der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mehr als 50 % beträgt. Im Schuljahr 2010/11 wurde diese Regelung fortgeführt und es konnten in Bayern 401 zusätzliche Klassen eingerichtet werden. Davon profitieren vor allem große Städte wie München, Nürnberg und Augsburg.¹⁶¹ Bayerische Schulen engagieren sich vorbildlich in der Bildungsarbeit für junge Asylbewerber und Flüchtlinge nach ihrer Ankunft. Das vielfältige Angebot reicht dabei von Deutschförderkursen über Übergangsklassen bis zu einem Berufsschulangebot.

Durch vielfältige Maßnahmen unterstützt das Bayerische Bildungsministerium junge Asylbewerber und Flüchtlinge nach ihrer Ankunft im Freistaat. Die jungen Menschen, die sich oft in einer sehr schwierigen Situation befinden, sollen parallel zu sonstigen Maßnahmen bestmöglich pädagogisch begleitet werden, damit sie in Bayern sprachlich und von den Bildungsvoraussetzungen her Fuß fassen können. Der Freistaat stellt rund **2.000** Lehrerstellen zur Unterstützung und Sprachförderung zur Verfügung.

Außerdem ermöglichen rund 1.600 Förderlehrkräfte, dass Kinder und Jugendliche bei entsprechendem Bedarf in kleinen Gruppen u. a. zusätzlich in Deutsch gefördert werden können.¹⁶²

Das Bildungsministerium hatte mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen die personellen Ressourcen für junge Asylbewerber und Flüchtlinge in den letzten Jahren erweitert, und u. a. die Zahl der Übergangsklassen und spezieller Berufsschulangebote spürbar angehoben.

¹⁶¹ Statistik des Bildungsministeriums für Migration und Flüchtlinge. 2007.

¹⁶²Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Religionswissenschaftler Medien- und Informationsdienst e. V.: Religion-Migration-Integration. 2004. S. 12-14.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Außerdem gibt es ein breites Fortbildungs- und Informationsangebot für Lehrkräfte. Konkret umfasst das Angebot der bayerischen Schulen folgende Maßnahmen: An vielen Grund- und Mittelschulen werden Deutschförderkurse im Umfang von bis zu fünf Wochenstunden ergänzend zum regulären Deutschunterricht angeboten. Bei Bedarf können auch mehr Deutschförderstunden gegeben werden.

Die Schülerinnen und Schüler werden dabei im Klassenverband unterrichtet und lernen nur in den entsprechenden Unterrichtsstunden in eigenen Kursen. Derzeit werden rund 40.000 Kinder und Jugendliche in ihrem Spracherwerb unterstützt.¹⁶³ Ähnlich gestaltet sich die Praxis in Deutschförderklassen, in denen die entsprechenden Schüler in einzelnen ausgewählten Fächern den Unterricht getrennt von ihrer Stammklasse erhalten. In den übrigen Fächern nehmen sie am Unterricht ihrer Stammklasse teil. Dieser gemeinsame Unterricht dient der Integration. Schülerinnen und Schüler, die in eine Deutschförderklasse der Jahrgangsstufen 1 bis 7 eintreten, erhalten bis zu zwei Jahre lang eine auf das Erlernen der deutschen Sprache und auf ihre Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten bezogene Förderung. Rund 5.700 Kinder und Jugendliche nehmen dieses Angebot wahr. Deutschförderklassen und -Kurse bieten vielfältige Möglichkeiten der Deutschförderung und Integration für die Kinder.

Die Schülerinnen und Schüler bleiben im Klassenverband mit den deutschsprachigen Kindern und erfahren durch die längere Verweildauer im sogenannten Sprachbad und dem engeren Kontakt zu den Mitschülerinnen und Mitschülern der eigenen Klasse intensive sprachliche und integrative Impulse.

Als weiteres Element der Sprachförderung wurden für junge Flüchtlinge und Jugendliche aus Zuwanderer Familien mit Stand Anfang November 2014 an Grund- und Mittelschulen 338 Übergangsklassen eingerichtet, im Vorjahr waren es rund 240. Etwa 5.500 junge Menschen besuchen dieses Angebot.

An rund 60 Standorten in Bayern nehmen derzeit in mehr als 180 Klassen rund 3.300 berufsschulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber an Berufsschulen an einem zweijährigen

¹⁶³ Flam, Helena, /Dietrich, Beate/ Froböse, Ulrike/ Jochen, Kleres und Axel Philipps (Hrsg.): Migranten in Deutschland. Statistiken-Fakten-Diskurs. UVK Verlagsgesellschaft. Konstanz. 2007. S. 9.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Programm teil. In diesem eignen sie sich Deutschkenntnisse und Kenntnisse über das Leben in Bayern und die Berufswelt an, um danach eine Berufsausbildung aufzunehmen oder eine weiterführende Schule besuchen zu können. Dieses Modell wurde von der Flüchtlingsorganisation „Jugendliche ohne Grenzen“¹⁶⁴ im Gespräch mit der Kultusministerkonferenz als beispielgebend für andere Bundesländer genannt. Für junge Asylbewerber und Flüchtlinge bietet das Bildungsministerium unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen München und Zirndorf Anfängerkurse in Deutsch als Fremdsprache.

Diese ergänzen das Angebot der Wohlfahrtsverbände. In Bayern unterbreiten die Regierungen, aber auch Einrichtungen wie die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung oder das Pädagogische Institut München Lehrkräften, die mit Kindern mit Migrationshintergrund sowie insbesondere auch jungen Asylbewerbern und Flüchtlingen arbeiten, vielfältige Fortbildungsangebote. Es gibt mehrere Arbeitshilfen, darunter u. a. die Arbeitshilfe des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) für die Arbeit an beruflichen Schulen mit dem Titel „Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerber und Flüchtlingen an bayerischen Berufsschulen“.¹⁶⁵

Bereits für Kinder im Vorschulalter bietet das Bayerische Bildungsministerium gemeinsam mit dem Bayerischen Sozialministerium Vorkurse zur Sprachförderung an. Kinder mit Migrationshintergrund nimmt dabei an 240 Stunden Sprachförderung durch Erzieherin und Lehrkraft teil. Zudem wurde im Ministerium eine Stabsstelle für die schulische Begleitung

junger Asylbewerber und Flüchtlinge eingerichtet, außerdem wurden Ansprechpartner der Regierung benannt.

Die Stabsstelle koordiniert das Bildungsangebot für die jungen Menschen und organisiert Maßnahmen, die sich aus der konkreten Situation der Schulen vor Ort ergeben können. Die Schulen, vor allem die Grund- und Mittelschulen sowie die Berufsschulen, erbringen derzeit enorme Leistungen, um die jungen Menschen zu begleiten. Sie können aber nicht allein alle Herausforderungen meistern. Es gibt ein Netz von Angeboten von Fachstellen, u. a. der

¹⁶⁴Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Religionswissenschaftler Medien- und Informationsdienst e. V.: Religion-Migration-Integration. 2004. S. 12-14.

¹⁶⁵Gomolla, Mechthild & Radtke, Frank-Olaf (2007): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. 2. Aufl. Opladen. Leske + Budrich.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Jugendsozialarbeit, Gesundheitsämter und Jugendhilfe, die auch aufgrund ihres besonderen Expertenwissens gefordert sind.¹⁶⁶

2.3.5 Diskriminierung und die Integration

Diskriminieren bedeutet „unterscheiden“ oder unterschiedlich behandeln. Die Diskriminierung setzt bereits bei der Zuordnung von Menschen zu unterschiedlichen Kategorien an. Kampf gegen Diskriminierung bedeutet, niemand darf aus rassistischen Gründen oder wegen seiner ethnischen Herkunft, seines Geschlechtes, seiner Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, seines Alters oder seiner sexuellen Identität benachteiligt werden. Diskriminierungen auf Grund der Herkunft sind im öffentlichen Bereich bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz, in der Schule und im Alltag verbreitet.¹⁶⁷ Formulierungen wie „Vermietung nur an Deutsche“, k. A. (keine Ausländer), „Einstellungsvoraussetzung: Muttersprache deutsch“ findet man nicht selten in Inseraten und Stellenanzeigen.¹⁶⁸ Oft wird allein auf Grund der Herkunft bzw. eines ausländisch klingenden Namens eine Wohnung trotz vorhandener Bonität nicht vermietet, wird ein Arbeitsplatz trotz gleicher Qualifikation einem anderen Bewerber zugesprochen. Unverzeihlich ist, wenn muslimischen Mädchen und Frauen wegen ihrer Bekleidung, z. B. ihrem Kopftuch, Bildungschancen verweigert und von Berufen ausgeschlossen werden. Einen signifikanten Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen junger Muslime in der Öffentlichkeit, seitens Behörden oder der Schule und der vermeintlichen Abnahme des Kopftuches wird nicht immer veröffentlicht.

Die Anmeldung einer jungen Muslima mit Kopftuch bei einem Fitnessstudio wurde abgewiesen mit der Begründung: „Wenn Sie das Kopftuch nicht ausziehen, dann können Sie hier wohl nicht Mitglied werden.“¹⁶⁹ Dies sind die täglichen Diskriminierungserfahrungen, die insbesondere muslimische Frauen durchmachen, diese werden in der Schule kaum oder gar nicht erhoben. Handfeste Diskriminierungen finden jedoch nicht nur im Privaten statt. Auch gesetzliche Regelungen führen zu ungerechtfertigten Diskriminierungen: Die meisten Nicht-EU-Bürgerinnen und-Bürger dürfen sich, auch wenn sie ihre Staatsexamina in Deutschland

¹⁶⁶Gerald Schneiders , Thorsten (Hrsg.): Islam-feindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2009. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2009. S. 155/159.

¹⁶⁷Toprak, Ahmet: Integrationsunwillige Muslime? Ein Milieubericht. Lambertus-Verlag. Freiburg. 2010. S.152.

¹⁶⁸Flam , Helena, Dietrich Beate, Froböse Ulrike, Jochen Kleres und Axel Philipps (Hrsg.): Migranten in Deutschland. Statistiken-Fakten-Diskurs. UVK Verlagsgesellschaft. Konstanz. 2007. S. 9.

¹⁶⁹Motafek , Mona: Das Menschenrecht auf Bildung und Schutz vor Diskriminierung. Exklusion Risiken und Inklusionschancen. Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Berlin. 2006. S. 12.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

abgelegt haben, regelmäßig nicht als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker niederlassen. Die einschlägigen Berufsständischen Ordnungen kennen bei der Approbation trotz der zunehmenden Internationalisierung so genannte „Deutschenvorbehalte“ und auch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verwehrt einer Reihe ausländischer Jugendlicher den Zugang zu einer Förderung ihres Studiums bzw. ihrer Ausbildung.

Mit der Verabschiedung mehrere EU-Richtlinien haben sich die Mitgliederstaaten verpflichtet, ein effektives gesetzliches Instrumentarium gegen Diskriminierung zu schaffen. In Deutschland steht die Umsetzung dieser Richtlinien in nationales Recht allerdings immer noch aus. Ein Gesetz gegen Diskriminierungen wird ein unerlässlicher Baustein auf dem Weg zur Integration sein. Ein wesentlicher Grundsatz wurde schon 1949 im Grundgesetz formuliert: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“¹⁷⁰ Trotzdem zeigt die Realität, dass nicht alle Menschen die gleichen Chancen bekommen. Gleichbehandlung, Gleichheit und Freiheit, Antidiskriminierungsmaßnahmen sind Ausdruck des politischen Willens, für das gesellschaftliche Ziel der Gleichbehandlung einzutreten und den Gleichheitsgrundsatz zu stärken. Antidiskriminierungsmaßnahmen verbessern durch die angestrebte Verwirklichung einer diskriminierungsfreien Chancengleichheit die Rahmenbedingungen für die Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Sie erhöhen die faktischen Teilhabechancen aller Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlich relevanten Märkten (Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Dienstleistungen). Damit tragen sie zu einer konstruktiven Lösung von Konflikten bei und schaffen ein spannungsfreies Zusammenleben. Für den rechtlichen Rahmen gelten vor allem das Verfassungs- und Unionrecht: Nach Artikel 3 Absatz 3 GG darf niemand „wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“.¹⁷¹ 1994 wurde das Verbot der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung ergänzt

2.3.6 Religion und Integration

Ist Religion ein Integrationshindernis für die Muslime in Deutschland? Alle Untersuchungen zeigen, dass Religion im Leben der meisten Einwanderer insbesondere der Muslime, eine größere Bedeutung hat als im Leben der Einheimischen. Religion ist ein Teil der Kultur.

¹⁷⁰Ebenda. S. 13.

¹⁷¹ Artikel 3 Absatz 3 des GG. Abb.4 Seite XIV



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religion prägt die Kultur und wird von der Kultur geprägt. Sie ist ein Stück Heimat in der Fremde und zugleich eine wichtige Lebensressource. In Deutschland ist ca. jeder fünfte entweder selbst aus dem Ausland zugewandert oder hat zumindest einen Elternteil mit Migrationsgeschichte. Dabei rücken häufig entweder religiöse oder kulturelle Merkmale der Menschen mit Migrationshintergrund in den Vordergrund. Mit den Menschen sind auch ihre Religionen gewandert. Die religiöse Landschaft der Bundesrepublik hat sich dadurch verändert und ist vielfältiger geworden.

In Deutschland wurde das Thema Religion lange aus der Integrationsdebatte ausgeblendet. Religion ist Privatangelegenheit und infolge dessen sollte der Staat nur begrenzten Einfluss nehmen. Da es vonseiten der Aufnahmegesellschaft keine religiösen Angebote gab, haben sich die Zuwanderer der ersten Generation zunächst selbst organisiert und religiöse Gemeinden und Vereinigungen aufgebaut.¹⁷²

Mit dem Heranwachsen der zweite Generation, vor allem türkischstämmiger Menschen und somit dem islamischen Glauben angehörig, wurde die Religionsübung der Muslime zunehmend Teil öffentlicher Auseinandersetzungen, z. B. Mädchen, die nicht am Sport- bzw. Schwimmunterricht teilnehmen dürfen und in ihren Freiheiten eingeschränkt werden, z. B. durch das Tragen eines Kopftuchs bis hin zu „Ehrenmorden“.

Heute leben fast vier Millionen Muslime in Deutschland. Die Mehrzahl dieser Muslime wurde in Deutschland geboren. Sie sind hier aufgewachsen, besuchen verschiedene Bildungsinstitutionen (Schulen und Hochschulen) und werden mit vielen Fragen konfrontiert, die zum Teil ihre Religion betreffen. Viele fühlen sich in ihren Familien als das ‚gute Kind‘, dass sie nach traditionellem Erziehungsverständnis vorgeben zu sein oder zu spielen. Außerhalb ihrer Familie benehmen sie sich wie ihre deutschen Altersgenossen. Sie stehen zwischen den Ansprüchen und Anforderungen unterschiedlicher Kulturen und sind hin und hergerissen. Lange Zeit haben religiöse Belange von Migrantinnen und Migranten in der Integrationspolitik keine nennenswerte Rolle gespielt.¹⁷³ Während die katholischen, orthodoxen und protestantischen sowie jüdischen Zuwanderer auf die integrierenden Struktur der vorhandenen Kirchen und Gemeinden in Deutschland trafen, mussten Muslime, Hindus

¹⁷² Migration und Integration des Hessischen Landtags. Abschlussbericht der Enquetekommission. Berliner Wissenschafts-Verlag. 2013. S. 164.

¹⁷³ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Religionswissenschaftler Medien- und Informationsdienst e. V.: Religion-Migration-Integration. 2004. S. 12-14.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

oder Buddhisten sich eigene religiöse Strukturen in Deutschland erst aufbauen. Das führte in vielen Bereichen zu Schwierigkeiten bei der Verknüpfung der neuen, zugewanderten Religionen mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

2.3.7 Religiöse Strukturen des Islam in Deutschland

Für die Integration von Muslimen der größten zugewanderten Religionsgemeinschaft in Deutschland bedarf es einer Politik der Anerkennung, die den Islam als gleichberechtigte Religion akzeptiert und Muslime rechtlich und politisch integriert. Der Islam ist mit ca. 4,3 Millionen Gläubigen mittlerweile ein Teil von Deutschland geworden. Muslime haben sich in den letzten Jahren in unterschiedlichem Maße in das Leben der Bundesrepublik integriert. Ihre Integration ist ohnehin mit Schwierigkeiten verbunden. Ihr Alltagsleben nach islamischen Richtlinien in einer säkularen Gesellschaft mit entsprechenden Rahmenbedingungen (Arbeitszeiten, Feiertage usw.) ist schwer zu gestalten. Der Islam wird in Deutschland durch Gemeindegründung vermittelt und hat über unterschiedliche Informationskanäle Eingang in die Gesellschaft gefunden.¹⁷⁴Die Religiosität der Menschen bildet sich wie anderen kulturellen Prägungen schon früh heraus. Dabei spielen drei Sozialisationsorte eine besondere Rolle. Die Familie kann als zentraler Ort der primären Sozialisation bezeichnet werden. Ihr kommt deswegen eine besondere Bedeutung bei der Erziehung zu, daneben die Kirche, die Moschee, die Synagoge etc. Die Vermittlung des Islam erfolgt weiterhin durch die Moscheen und die Schulen als weitere Orte, die das Verständnis und das Wissen über Religion und andere Weltansichten bestimmen.

Gerade weil Religion, wie vorher erwähnt wurde, im Integrationskurs lange Zeit kaum eine Rolle gespielt hat und Integration allgemein ein vernachlässigtes gesellschaftspolitisches Thema war, sind Moscheen besonders wichtig. Hier haben sich viele Migrantinnen und Migranten mit muslimischem Glauben oder muslimischer Prägung organisiert. Zugleich wurden Moscheen an Orten gegründet, wo soziale Probleme festzustellen sind. Den Moscheen kommt in der Folge eine hohe Bedeutung in der Religionsvermittlung zu. Grundsätzlich haben Moscheen auch keine desintegrierende Wirkung. Vielmehr zeichnet sich gerade bei denjenigen ein hoher Integrationsgrad ab, die sowohl in Moscheevereinen lose verankert und auch in anderen Kontexten aktiv sind.¹⁷⁵

¹⁷⁴ Feindts-Riegers, Nils, Steinbach, Udo: Deutsche Orient-Institut Hamburg. Islamische Organisationen in Deutschland. Eine aktuelle Bestandaufnahme und Analyse. S. 51.

¹⁷⁵ Ceylan Rauf: Stenografischer Bericht. EKM. 18/20 vom 11.11.2011. S. 5.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

a) Familie

Kinder und Jugendlichen muslimischer Familien haben mehr oder weniger eine traditionelle Erziehung erhalten. Dieser Erziehungsstil steht jedoch der deutschen Erziehungsauffassung in Schule und Gesellschaft konträr gegenüber.¹⁷⁶

Solche im religiösen Kontext beobachtbaren Phänomene wie Zwangsverheiratung und die Existenz patriarchalischer Strukturen haben im Grunde genommen nichts mit dem Islam zu tun,¹⁷⁷ auch wenn die Akteure ihr Handeln religiös zu rechtfertigen suchen. Sie sind weder religiös motiviert noch begründbar. Dennoch spielen in manchen Familien kulturelle Traditionen eine große Rolle. Zum Teil können diese konservativ ausgerichtet sein, was z. B. im Schulalltag zu Konflikten führen kann. Wichtig ist daher, dass die Familien in ihrer wichtigen Bedeutung als Ort primärer Sozialisation wahrgenommen werden. Dazu bedarf es eines kooperativen Verhältnisses staatlicher Einrichtungen zu ihnen, um sie gegebenenfalls sozial zu unterstützen.

b) Moschee

Deutschland zählt zu den großen Ländern der Europäischen Union mit einer langen Tradition, was die Einwanderung von Muslimen betrifft. Die ersten Gebetsstätten wurden in Berlin wie folgt erbaut:

* Bereits im Jahr 1724 hat der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. die erste Gebetsstätte für muslimische Soldaten der Garde der legendären „Langen Kerls“ in der Nähe der Garnisonkirche errichtet.

* Nach dem Tod des ersten Kalifatsgesandten aus Istanbul in Berlin, Ahmed Effendi, wurde im Jahr 1866 die „Kleine Moschee“ für islamische Totengebete am „türkischen Friedhof“ gebaut. Sie wird heute noch als Gebetsstätte genutzt.

* Schließlich ließ Kaiser Wilhelm II. in den Jahren 1914 und 1915 in Berlin die „Wünsdorfer Moschee“ für muslimische Gefangene bauen. Ihr Minarett hatte immerhin eine Höhe von 23 Metern.

¹⁷⁶Khoury Thomas. Wanzura, Irkens : Muslimische Kinder in der deutschen Schule. Verlag für christlich-islamisches Schrifttum. Dkv Deutscher Katecheten-Verein e. V. 1981. S. 58.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

* Das Zentralinstitut Islam-Archiv wurde bereits 1927 in Berlin gegründet.¹⁷⁸

Es ist nennenswert zu erwähnen, dass Moscheen seit der Anfangszeit des Islam nicht nur Einrichtungen für rituelle Pflichten sind, sie gelten auch als Zentren für Bildung, Kultur und soziale Aufgaben. Drüber hinaus sind sie auch Orte der Begegnung und des Austauschs. Versammlungsräume und Teestuben gelten als Treffpunkte für die Menschen.

Bei der religionspolitischen Integration geht es darum, Musliminnen und Muslimen eine gleichberechtigte Teilhabe wie anderen Religionsgemeinschaften zu ermöglichen, damit auch sie nicht nur individuelle Rechte, sondern auch ihre kollektive und korporative Religionsfreiheit wahrnehmen können. Das Grundgesetz macht selbstverständlich keinen Unterschied zwischen den Religionsgemeinschaften und sieht eine Gleichbehandlung vor.

Andererseits ist das derzeitige Religionsverfassungsrecht in den letzten Jahrhunderten mit Blick auf die christlichen Kirchen entwickelt und geprägt worden.

Bei der praktischen Anwendung auf muslimische Gemeinschaften, welche weder einen hierarchischen Klerus noch eine Mitgliedschaft im kirchlichen Sinne kennen, treten somit Probleme auf. Eine zeitgemäße Anwendung des Religionsverfassungsrechts ist heute notwendig, um der Realität in Deutschland gerecht zu werden und Musliminnen und Muslime nicht außen vor zu lassen.

c) Schule

An deutschen Schulen gibt es ca. 740.000 bis 90.000 muslimische Schülerinnen und Schüler. Eine islamische Religionspädagogik an deutschen Schulen wird als wichtig eingeschätzt, um jungen Menschen Freiräume zu verschaffen, damit sie ihre Religion wissenschaftlich-rational reflektieren können. Es geht darum, sie inhaltlich zu stärken und so die Grundlagen religiöser Müdigkeit herzustellen. Der bekenntnisorientierte Islamunterricht hätte in vielen Bereichen Signalwirkung und auch im praktischen Leben eine große Bedeutung, insbesondere für die Integration.¹⁷⁹ Dennoch ist es notwendig, dass die Einführung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache nach Art.7 Abs. 3 des GG erfolgt.

¹⁷⁸Graf, Peter (Hrsg.): „Islamische Religionspädagogik“. Etablierung eines neuen Faches. Bildungs- und kulturpolitische Initiativen des Landes Niedersachsen. 2007. V & R unipress. Göttingen. S. 33.

¹⁷⁹ Kaddour, Lamy: Stenografischer Bericht EKM18720 vom 11.11.2011. S. 38.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.3.8 Der Wert des Religionsunterrichts für Schüler muslimischen Glaubens

In Deutschland besuchen derzeit 90.000 bis eine Million muslimische Schülerinnen und Schüler die Schule.¹⁸⁰ Die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts für eine große Zahl schulpflichtiger Kinder islamischen Glaubens wäre daher von großer Bedeutung für ihre Integration und um ihre Religion reflektieren zu können. 76 % der Muslime sprechen sich deshalb für die Einführung von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache aus. Neben der Reflexion ist es für die Kinder und Jugendlichen wichtig, ihre Religion in deutscher Terminologie beschreiben zu können. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert jedem Bürger und jeder Bürgerin in Art. 4 „die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses zu“.¹⁸¹

Für viele Kinder und Jugendliche herrscht Sprachlosigkeit vor. Sie können bestimmte religiöse Phänomene in ihrer Muttersprache ausdrücken, aber eben nicht auf Deutsch. Ein islamischer Religionsunterricht, der selbstverständlich auf Deutsch gehalten wird, kann dieses Problem beheben.¹⁸²

Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache kann auch eine Art schulischer struktureller Integration sein. Für muslimische Kinder und Jugendliche wird eine bestehende Lücke geschlossen, indem sie ihren eigenen Religionsunterricht haben und nicht mehr ein Ersatzfach besuchen müssen. Zudem sind Schulen an sich schon ein Ort der Integration, an dem der interkulturelle und interreligiöse Dialog hergestellt und gefördert werden soll. Ein islamischer Religionsunterricht kann auch in der Öffentlichkeit für mehr Transparenz sorgen, bezüglich der religiösen Inhalte und der Unterrichtsziele.

Durch eine breite Öffnung können Vorurteile und historische Verfälschungen entkräftet werden. Weiterhin kann ein islamischer Religionsunterricht einen Beitrag gegen fundamentalistische Strömungen leisten. Kinder und Jugendliche werden durch diesen Unterricht zu mündigen, selbstbewussten, kritischen und wissenden Muslimen, die Gelerntes auch hinterfragen können. Eine Förderung der Integration durch die Erziehung zur

¹⁸⁰Mahler, Gerhart: Möglichkeiten religiöser Unterweisung muslimischer Kinder an öffentlichen Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Beschluss der Kulturministerkonferenz. In: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Rahmenbedingungen und Materialien zur religiösen Unterweisung für Schüler islamischen Glaubens. Berlin. 1987. S. 29-37.

¹⁸¹ Siehe Anhang. Abbildung 4 S. XIV; Art. 4 des GG.

¹⁸² Kaddor, Lamya: Stenografischer Bericht EMK718720 vom 11.11.2011. S. 38.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit ist ein weiterer Aspekt, der durch den islamischen Religionsunterricht gefördert werden kann. Die Schule allein kann die soziale und moralische Lebenswelt von Kindern nicht ersetzen. Sie kann sie aber deuten und erschließen und zur Gewissensbildung als ethischer Erfahrungs- und Sprachfähigkeit beitragen. Die muslimischen Lehrkräfte, die in Deutschland sozialisiert und ausgebildet worden sind, werden auch weitere wichtige Funktionen erfüllen.¹⁸³ Viele muslimische Eltern haben vor dem Verlust der islamischen Identität ihrer Kinder Angst und schicken diese in Moscheen, damit sie dort den Islam erlernen. Moscheen bieten einen Raum, wo sich viele Muslime wohlfühlen, wo sie ihre Sprache sprechen und mit Menschen aus ihrem Herkunftsland kommunizieren können.¹⁸⁴

Die Moscheegemeinden sind sich bewusst, dass eine gute Bildung der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration ist. Aus diesem Grund legen die Moscheen in jeder Hinsicht Wert auf eine gute Bildung der Kinder und Jugendlichen. Die Unterstützung durch die Gemeinde soll den Weg zu einer erfolgreichen beruflichen Laufbahn ebnen und den Jugendlichen bei der Verwirklichung ihre Ziele helfen. In diesem Bereich kooperieren viele Moscheen mit den zuständigen kommunalen Behörden und Bildungseinrichtungen.

Hier sind Jugendlichen über diverse Berufe sowie Studienfächer informiert worden. Dieser Religionsunterricht in den Moscheen wird von muslimischen Gelehrten abgehalten, denen in der Regel pädagogisches und didaktisches Fachwissen fehlt. Daher haben einige europäische Länder u. a. Deutschland den islamischen Religionsunterricht in ihr Schulsystem eingeführt. Unabhängig von verschiedenen Muttersprachen sollen die Muslime an einer islamischen Unterweisung nunmehr in deutscher Sprache teilnehmen und so islamische Überlieferungen, Glaubensvorstellungen und Lebensformen im Kontext abendländischer Kultur kennen und verstehen lernen.

Islamische Unterweisungen in deutscher Sprache sollen den Schülern und Schülerinnen aus islamisch geprägten Ländern so bessere Bedingungen schaffen, um ihre eigene Identität weiter zu entwickeln und sich dadurch erfolgreicher in die nicht-islamische Umgebung integrieren zu können. Im Unterricht wurden insbesondere Einblicke in die islamische Geschichte und die Überlieferungen des Propheten Mohammed vermittelt.

¹⁸³Baumann, Urs (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte, Dokumentationen. Otto Lembeck. Frankfurt am Main. 2001. S. 69.

¹⁸⁴Miseksh, Jürgen / Höntsche, Ingrid (Hrsg.): Miteinander vor Ort. Kommunale Islamforen. EB Verlag. Berlin. 2001. S. 149.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Der Islam soll im Rahmen und Raum der öffentlichen Schulen seinen Platz finden. Der islamische Religionsunterricht wurde als wichtiger Bestandteil der Integration der muslimischen Schüler/innen bewertet. Mehrere Bundesländer in Deutschland, den Niederlanden und Belgien) plädieren wie andere Stimmen in der EU für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an europäischen Schulen. Ein Unterricht, der sich selbst als Dialogereignis versteht. Er findet in deutscher Sprache statt.¹⁸⁵

Zum Schluss: Der Wunsch nach islamischem Religionsunterricht ist immer lauter geworden. Innerhalb der deutschen Integrationspolitik haben in der Vergangenheit Fragen zur religiösen Zugehörigkeit der Migranten keine vorrangige Rolle gespielt. Immer lauter werdend Forderungen verschiedener islamischer Organisationen und Vereinigungen in Deutschland, die den Anspruch erheben, die Interessen der Muslime zu vertreten.

Besonders in den letzten Jahren wurde von diesen der Wunsch nach einem islamischen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach in deutscher Sprache nach Art. 7 Abs. 3 immer lauter artikuliert. So versuchten sie, sich zu Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes zusammenzuschließen und in dieser Eigenschaft bei den Kultusministerien die Einrichtung eines ordentlichen Schulfachs islamischer Religionsunterricht zu beantragen. Ein bekenntnisgebundener islamischer Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG, d. h. ein ordentliches Lehrfach unter staatlicher Aufsicht, existiert bisher in keinem Bundesland. Dies hat verschiedene Ursachen. Die wichtigste besteht in dem bereits genannten Umstand, dass bisher für den Islam ein Ansprechpartner fehlt, der auch die Inhalte des islamischen Religionsunterrichts festlegen könnte. Es erheben sich auch Stimmen, die den Religionsunterricht für nicht vereinbar mit den säkularen Gesellschaften Europas halten. Gerade der Islam wird mit den modernen Werten wie Demokratie, Menschenrechte, Pluralismus usw. als unvereinbar angesehen.

Es ist ein Fehler den Islam falsch zu verstehen. Die Grundlagen des Islam sind universell, aber deren menschliche Interpretationen sind nicht universell. Im Rahmen dieses Verständnisses sollten die Probleme, die mit den Muslimen in diesem Land zu tun haben, nicht mit den Grundlagen dieser Religion (Islam) identifiziert werden. Im Hinblick auf konkrete Realitäten

¹⁸⁵Graf, Peter (Hrsg.): Der Islam im Westen, der Westen im Islam. Positionen zur religiös-ethnischen Erziehung von Muslimen. 2004. Göttingen. V & R unipress. S. 25.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

oder Probleme ist es nicht richtig, den Schluss zu ziehen, der Islam stehe nicht im Einklang mit modernen Grundwerten.

Nicht nur die Mehrheitsgesellschaft, sondern auch die Muslime in dieser Gesellschaft haben das Bedürfnis, den Islam authentisch aus ihren Quellen kennen zu lernen. Denn das religiöse Leben der Menschen wird zum großen Teil von Traditionen bestimmt. In diesen Traditionen gibt es viele Elemente, die mit dem Islam wenig zu tun haben. Die Reinigung von diesen Elementen kann nur auf Grund einer seriösen Religionsbildung stattfinden. Ich meine, die religiöse Bildung der muslimischen Jugendlichen in den Schulen ist, auch im Hinblick auf die Integration.

2.4 Integrationen als Herausforderung

Die Integration der Muslime kann in doppelter Hinsicht verstanden werden: als Herausforderung für die Muslime durch den deutschen Staat und als Herausforderung des deutschen Staates und anderer religiöser Gemeinschaften durch die Muslime. Diese beiden Herausforderungen können real genutzt werden: Das Ankommen und Angenommen sein sind entscheidend, um in gegenseitiger Anerkennung und Respekt in einer pluralistischen Gesellschaft miteinander leben zu können.¹⁸⁶ Die Anwesenheit der Muslime in Deutschland hat zwar eine längere Tradition, jedoch in größerer Zahl wahrnehmbar ist sie erst seit ca. vierzig Jahren.

Eine Gruppe von Menschen nach ihrer Religionszugehörigkeit zu klassifizieren, kann zur irrtümlichen Annahme führen, dass alle Personen in dieser Gruppe die gleiche Lebensweise haben, ihre Bedürfnisse und Erwartungen identisch sind und dass sie sich gleichermaßen in die Gesellschaft einbringen, oder auch die Annahme, dass bei ihnen allen die Bereitschaft fehlt, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Dies scheint der Fall zu sein wenn man von „Muslime in Deutschland“ spricht.¹⁸⁷ Dabei werden sowohl die Heterogenität und Individualität der Muslime verkannt als auch die Tatsache, dass Muslime ebenfalls Menschen sind, die aufgrund ihrer subjektiven Geschichte und persönlichen Erfahrungen und Fähigkeiten

¹⁸⁶ Kurt, Hüsein / Weber, Edmund (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der Kommunalen Ausländer- und Ausländer/Innenvertretungen der Stadt Frankfurt am Main (KAV) und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH). Eine Dokumentation ausgewählter akademischer und politischer Beiträge: Peter Verlag, 2011. S. 185-201.

¹⁸⁷ Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein Westfalen. Kontext, Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. Band 2. LIT-Verlag. Münster. 2004. S. 43.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

handeln können. Die Muslime in Deutschland haben mehrheitlich einen Migrationshintergrund und sind oft in unterschiedlicher Form mit ihren mitgebrachten Traditionen und Kulturen verbunden.

Der Islam ist eine relativ junge Erscheinung in Deutschland, die in den 1980er Jahren höchstens peripher neben den Einwanderern wahrgenommen wurde und sich erst seit den 90er Jahren als Religion in das öffentliche Bewusstsein gedrängt hat. Die BRD war bei ihrer Gründung und in den ersten Jahrzehnten der Republik im Hinblick auf die Bevölkerungszusammensetzung ein weitgehend homogenes Land.¹⁸⁸ Hier lebten Menschen, deren familiäre Wurzeln seit Generationen irgendwo in Zentraleuropa lagen. Diese Vorstellung wurde infolge des ersten „Gastarbeiter“-Abkommens vom 20. Dezember 1955 mit Italien und später mit Spanien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland, Marokko, Tunesien und der Türkei infrage gestellt. Gewiss hatten und haben nicht nur konservative Kreise Schwierigkeiten, mit diesen Veränderungen umzugehen

A) Im Blick auf die Muslime stellt die religiöse Identität eine zentrale Herausforderung dar. Die Einwanderungsgruppe war immer gezwungen, sich mit den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft auseinanderzusetzen, sich mit der Multi-Religiosität der Aufnahmegesellschaft zu arrangieren und sich selbst innerhalb der Gesamtgesellschaft zu positionieren. Für die Muslime und ihre Organisationsvertreter bestand die Herausforderung darin, die folgenden Grundsätze der Aufnahmegesellschaft zu beachten:

*Die Anerkennung der Grundrechte der Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

*Die Bejahung der Demokratie als Regierungsform der Aufnahmegesellschaft.

Muslime müssen die kulturellen Werte einer religiös anders geprägten Mehrheitsgesellschaft (Deutschland) anerkennen.

*Toleranz und Gleichberechtigung der Geschlechter (Frau und Mann), denn der Islam wird von den Andersgläubigen mit Unterdrückung und mangelnder Gleichberechtigung von Frauen gleichgesetzt.

*Das Bekenntnis zur Völkerverständigung. Kein Rassismus gegenüber Andersgläubigen (Antisemitismus).

*Konstruktive Alternativvorschläge für das Bankensystem.

¹⁸⁸ Siehe: Islam.de/Newsnational/BMI Studie. „In Deutschland leben Mehr Muslime als bisher genommen: 14 12:2011/12:jhg“.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

*Hasspredigten und die Aufforderung zur Gewalt denunzieren. Divergenzen sind gewaltfrei, verbal oder auf dem Weg der Gerichte auszutragen.

Die genannten Punkte stellen die muslimischen Religionsgemeinschaften vor große Herausforderungen gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Muslime berühren somit auf der Konfliktebene allein durch ihr Dasein zentrale Aspekte konservativen Denkens in Deutschland. Es findet sich aber auch eine Ebene der Gemeinsamkeit und auf dieser sind beispielsweise die Einstellungen zu sozialen Werten angesiedelt. Hier eignet sich die Auffassung selbst vieler junger Muslime in Deutschland etwa mit dem im Grundsatzprogramm der CDU festgelegten Familienideal oder mit der parteilichen Wertschätzung von Religion, stellt z. B. Bülent Arslan fest: „Christliche Werte sind den Türken lieber als Atheismus.“¹⁸⁹ Die CDU steht für Werte wie Familie und Zusammenhalt. Während Muslime in der Union auf größeres Verständnis für Forderungen hinsichtlich der Religionsausübung hoffen, sind Muslime für alle Parteien willkommene Mitstreiter zur Wahrung politischer Interessen.

B) Im Blick auf Deutschland geraten auf Grund der gegenwärtigen Popularität des Islam in Deutschland immer mehr Aspekte muslimischen Lebens ins Blickfeld der breiten Öffentlichkeit:

*Streit um das Kopftuch- Das Kopftuchtragen ist eine sichtbare Präsenz des religiösen Pluralismus in Deutschland. Darauf legen Muslime viel Wert. Es ist für die muslimische Frau Ausdruck ihres religiösen Bekenntnisses, ein Kopftuch tragen zu dürfen.

*Moscheebau- freie Religionsausübung ist im Grundgesetz verankert. Dies gehört zu den Grundrechten aller Bürger. Konkret wurde aber dieses Recht bestritten und die Genehmigung der Bauten aufgrund verschiedener Argumente verweigert.

*Debatte um den islamischen Religionsunterricht- Während negative Reaktionen gegenüber kopftuchtragenden Frauen und Fragen des Moscheebaus in der Öffentlichkeit diskutiert werden, ist die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts für Schüler muslimischen Glaubens im Prinzip unbestritten, obwohl seine Umsetzung in der Realität Probleme aufwirft.¹⁹⁰

¹⁸⁹ Kurt, Hüsein / Weber, Edmund (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der Arbeitsgemeinschaft der Auländerbeiräte Hessen (AGAH). Eine Dokumentation ausgewählter akademischer und politischer Beiträge: Peter Verlag. 2011. S. 185-201.

¹⁹⁰ Cylan, Rauf (Hrsg.): Islam und Diaspora: Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Studien. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2010. S. 81-82..



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Neue Herausforderungen schaffen dann wiederum zwei Aspekte, die generell für größere Distanz gegenüber dem Islam sorgen: Erstens, Fälle sozialer Devianz und Familiäre Gewalt in muslimischen Familien in Deutschland, zweitens, der internationale islamische Terrorismus. Meist führen fehlendes Wissen und mangelndes Interesse in der Bevölkerung dazu, dass Pauschalisierung und Simplifizierung diesbezüglich auf fruchtbaren Boden fallen. Abscheu und Ängste können in der Folge negative Gefühle bis zum Hass verstärken, der dann bewusst oder unbewusst und in unterschiedlicher Intensität auf Muslime im Allgemeinen gerichtet wird.¹⁹¹ Um einen Einblick in die politische Diskussion zur Integration der Muslime in der deutschen Gesellschaft und sogar die Einführung eines islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen zu bekommen, haben wir in diesem Abschnitt Auszüge von Briefen und Berichten dokumentiert, die die Stellungen der im Bundestag vertretenen Parteien enthalten.

2.4.1 Stellungnahme der führenden Parteien: CDU/CSU

Das christliche Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde sowie die Verantwortung vor Gott sind für die CDU/CSU die zentrale Grundlage der Politik und der demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Laut ihrem Programm ist die Union für jeden offen, der die Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt. Für die CDU ist die Integration Bestandteil des nationalen Interesses von Deutschen und Zuwanderern. Auf der Grundlage dieser Überzeugung engagieren sich die CDU/CSU für die Integration der Muslime in Deutschland. Integration bedeutet für sie: Identifikation mit dem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Übernahme von Verantwortung.

„Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft. Muslime sind in Deutschland Willkommen. Sie sollen ihre Talente entfalten und sie sollen unser Land mit weiter voranbringen.“¹⁹²

Diese historischen Worte äußerte der ehemaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zum Auftakt der ersten Deutschen Islam Konferenz (DIK), dies zeigt, welche große Bedeutung die Union der Integration und dem Dialog mit den in Deutschland lebenden

¹⁹¹Ebd. Cylan, Rauf. Islam und Diaspora: Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Studien. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2010. S. 83-84

¹⁹² Karl Heinz Meir-Braun: Deutschland Einwanderungsland. Begriffe-Fakten-Kontroversen. Hrsg. Reinhold Weber. 2. Aufl. Verlag Kohlhammer. 2016.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Muslimen für ein gutes Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, kultureller und religiöser Prägung in Deutschland zuweist. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat dieser Überzeugung folgend die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen und damit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik den Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland institutionalisiert.

Bei der CDU werden Religionsunterricht und Werteerziehung unter diesem Stichwort konkretisiert.

„Der christliche Religionsunterricht – und damit die Frage nach Gott – muss im Fächerkanon verankert sein. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern auch um Hilfe zur Lebensorientierung und sinnvollen Lebensgestaltung. Auf Basis des Grundgesetzes soll islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht. (...) Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben. Alle Fächer und auch die außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen Wissen und Werte verbinden.“¹⁹³

Mit der Einberufung der Deutschen Islam Konferenz haben CDU und CSU ein deutliches Zeichen für die Akzeptanz der Muslime in der deutschen Gesellschaft gesetzt und zugleich die Muslime und ihre Organisationen in Deutschland aufgefordert, sich stärker zu öffnen und aktiv in den Integrationsprozess einzubringen.

Ziel der Islamkonferenz ist es, die gesellschaftliche und die religionsrechtliche Integration der Muslime in Deutschland zu fördern. Jedoch wurde erwähnt, dass CDU/CSU von einem ambivalenten Verhältnis zum Islam geprägt sind. Wie erkannt, lassen sich auch eine Reihe islamfeindlicher Haltungen finden.

In einem Fernsehbeitrag der ARD vom 24. Februar 2008 meinte die hessische Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler: „Wir stellen fest, dass es in Deutschland zunehmend auch eine deutschenfeindliche Gewalt von Ausländern gegenüber Deutschen gibt.“¹⁹⁴ Mit den Terroranschlägen seit dem 11. September 2001 in den USA kam in westlichen Staaten eine massiv islamkritische Stimmung auf. Vor diesem Hintergrund tagte 2004 der 18. CDU Bundesparteitag in Düsseldorf.

¹⁹³ Baumann, Urs (Hrsg.): „Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Verlag Otto Lembeck 2009. S. 271.

¹⁹⁴ Shakush, Muhamed: „Islam im Spiegel der Politik von CDU und CSU“. Aspekte einer komplizierten Beziehung, Islamfeindlichkeiten zehnen die Grenzen der Kritik verschwinden: In: Thorsten Gerald Scheider (Hrsg.). Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden. 2009. S. 366.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Frage muslimischer Frauen, wie sie zum damaligen Zeitpunkt in öffentlichen Diskussionen auftauchte, fand dort Eingang die CDU-Politik. Im Beschluss C34 heißt es;

„Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die aus dem islamischen Kulturkreis nach Deutschland zugewanderten Frauen und Mädchen in unsere Gesellschaft zu integrieren. (...) Wir erwarten von Zuwanderern, die in Deutschland leben wollen, das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte und eine klare und praxisfeste Distanzierung von der Scharia als weltlichem Gesetz. Wir wollen, dass Zwangsverheiratung ein Straftatbestand wird.“¹⁹⁵

Die Formulierungen wecken zum einen den Eindruck, alle muslimischen Einwanderer hätten grundsätzlich ein Problem mit weltlichen Gesetzen, zum anderen dass alle oder jedenfalls die meisten muslimischen Mädchen von Zwangsheirat bedroht seien. In der Arbeitsgrundlage für die Einwanderungs-Kommission der CDU Deutschlands lässt sich ein durchaus problematisches Verhältnis der CDU zum Islam erkennen. Integration erfordert neben dem Erlernen der deutschen Sprache, dass man sich klar für die Staats-und Verfassungsordnung zu entscheiden hat und bereit ist, sich in die sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen. Verbale Angriffe auf Muslime kommen auch in vielen persönlichen Stellungnahmen von CDU/CSU-Vertretern zum Ausdruck. In der Regel sind es stimmungswirksame Äußerungen oft im Vorfeld von Wählkämpfen. Die frühere CSU-Generalsekretärin Christine Maderthaler rief gut zwei Monate vor der Landtagswahl 2008 in Bayern die Migranten dazu auf, sich

stärker auf die deutsche Alltagskultur einzulassen und ergänzte: „Leider ließen vor allem manche Muslime diese Bereitschaft oft nicht in ausreichendem Maß erkennen.“¹⁹⁶

2.4.1.1 Das Kopftuchverbot

Es kommt immer wieder zum Streit um das Kopftuch. Das Kopftuchtragen reflektiert die sichtbare Präsenz der Muslime in Deutschland. Gläubige Muslime legen großen Wert auf die Sichtbarmachung ihrer Religion.¹⁹⁷ Die Kopftuchverbote an staatlichen Schulen eröffneten eine große politische Debatte im öffentlichen Dienst. Entsprechende Gesetzesinitiativen waren bislang immer das Ergebnis der Politik der CDU/CSU.

¹⁹⁵ Ebd. Shakush, Muhammed: Islam im Spiegel der CDU und CSU. S. 367.

¹⁹⁶ Muhamed Shakush: Islam im Spiegel der Politik der CDU und CSU. S. 367.

¹⁹⁷ Cylan , Rauf (Hrsg.): Islam und Diaspora: Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations-und soziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Studien. Band 8. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. Peter Lang. 2012. S. 82.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Meistens traten beide Parteien dafür ein, eine Ungleichbehandlung im Vergleich zu Christen oder Juden rechtlich zu verankern, gegen die erlassenen Gesetze wurden zum Teil Klagen eingereicht. Deutschland hat 16 Bundesländer. In acht davon wurde zwischen 2004 und 2006 ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen an öffentlichen Schulen beziehungsweise für Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst erlassen (Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland) mit der Begründung der „Neutralität des Staates oder Landes“.¹⁹⁸ Sechs davon standen bei Beschlussfassung unter Führung einer CDU oder CSU geführten Landesregierung, in einem Bundesland war die CDU an der Regierung beteiligt.¹⁹⁹ Führend in dieser Bewegung war Baden-Württemberg unter der damaligen Kulturministerin Annette Schwan, CDU. Es folgten Niedersachsen, Saarland, Hessen, Bayern und zuletzt Nordrhein-Westfalen.

In Nordrhein-Westfalen wurde die Rolle der CDU besonders deutlich. 2005 war zunächst ein CDU-Antrag mit den Stimmen von SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), Grünen und FDP (Freie Demokratische Partei) abgelehnt worden. Nach dem Regierungswechsel und dem Wahlsieg der Christ-Demokraten trat die Regelung 2006 mit Stimmen der FDP doch in Kraft. Exemplarisch sei auf einen Auszug aus dem Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen verwiesen:

„Lehrerinnen und Lehrer dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußere Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder stören.“²⁰⁰

In Bremen, wo ebenfalls ein Kopftuchverbot gilt, war die CDU als kleiner Koalitionspartner der SPD beteiligt. Lediglich in Berlin wurde das Gesetz mit einer rot-roten Mehrheit verabschiedet.

In Rheinland-Pfalz brachte die CDU einen Antrag in den Landtag ein, scheiterte damit aber am 30. November 2005 an der Mehrheit aus SPD und FDP.

¹⁹⁸ Baden-Württemberg zur Änderung des Schulgesetzes vom 1.4.2004 (GBI, S.178).

Bayern: Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23.11.2004 (GVBI). Berlin: Gesetz zur Schaffung eines Gesetzes zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin und zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes vom 27.1.2005 (GVBI S. 92).

¹⁹⁹ Gerald Scheiders, Thorsten (Hrsg.): „Islamfeindlichkeit, wenn die Grenzen der Kritik verschwinden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2009. „Islam als Störfaktor in der Schule“ Yasmin Karakasoglu. S. 293.

²⁰⁰ Topra, Ahmet k: Integrationsunwillige Muslime?: Ein Milieu Bericht. Lambertus Verlag. Freiburg im Breisgau. 2010. S. 20 (Aus dem Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen).



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Auch in Schleswig-Holstein brachte die CDU eine Gesetzinitiative ein, mit der sie sich nicht durchsetzen konnte. Alle Parteien (SPD, FDP, Grüne) stimmten am 14. Dezember 2004 in Kiel gegen den Antrag. In beiden Landtagen wurde kein Handlungsbedarf gesehen. Als die CDU nach ihrem Sieg bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2005 die Regierung stellte, kam sie schließlich mit dem Koalitionspartner SPD entgegen ersten Ankündigungen überein, auf ein Kopftuchverbot zu verzichten.

Ein Streitpunkt war dann auch die Frage, ob ein mögliches Gesetz nicht ebenso ein Verbot christlicher Symbole umfassen müsste? Auch die Hamburgische Bürgerschaft hat bis heute kein Kopftuchverbot erlassen. Dort hieß es ebenfalls, das Problem sei nicht akut.

Es gebe nur eine Pädagogin in einer Grundschule der Hansestadt, die ein Kopftuch tragen würde. In allen ostdeutschen Flächenländern gibt es keine Kopftuchverbote. Dort ist das Thema außer in Brandenburg infolge eines Antrags der DVU (Deutsche Volksunion) auch parlamentarisch bislang nicht behandelt worden.

In Brandenburg sahen die übrigen Fraktionen mit Hinweis auf bereits bestehende Regelungen zur Neutralitätspflicht keine Notwendigkeit für eine weitere legislative Maßnahme. Aufgeschlüsselt nach Parteien ergibt sich folgende Statistik:²⁰¹ In zehn Bundesländern wurden Kopftuchverbote zur Abstimmung gestellt: Neunmal stimmten CDU/CSU Ja, einmal Nein (Ja, in Berlin, Bremen, Baden-Württemberg, Saarland. Die Grünen stimmten in allen Parlamenten, in denen sie vertreten waren, mit Nein. Die FDP stimmte dreimal Ja, fünfmal Nein, in Bayern und im Saarland war FDP nicht in den Landtag gewählt worden. Kennzeichnend für die politische Haltung der CDU/CSU gegenüber dem Islam am Beispiel des Kopftuchs ist neben dem Abstimmungsverhalten die angestrebte Differenzierung bei der Umsetzung der Gesetzinitiativen.²⁰²

In allen sechs CDU/CSU-geführten Regierungen wurde eine Ungleichbehandlung von Christentum, Judentum und Islam in irgendeiner Form zum Ausdruck gebracht oder ermöglicht. An verschiedenen Stellen in den Gesetzinitiativen mancher Länder bezieht man sich immer

²⁰¹ Gerald Scheiders , Thorsten: Islam Feindlichkeit,wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S. 368. Niedersachsen: Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes und des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 29.4.2004 (Nds. GVBl).

²⁰²Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes vom 28.6.2005 (Brem.GBl. S. 245).



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

konkret auf christliche, jüdische, abendländische, humanistische Gründe und Bildungswerte, um direkt oder indirekt Ausnahmeregelungen gegenüber dem Islam zu realisieren.²⁰³ Die Bedenken gegenüber dem Kopftuchverfahren in der CDU erhalten Unterstützung von ganz oben. Die damalige Bundesvorsitzende und Unionfraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Frau Angela Merkel, sagte Anfang 2004 im Zusammenhang mit den EU-Beitrittsbestrebungen der Türkei: „Kruzifix nein, Kopftuch ja. Das finde ich übertolerant! Gerade wir als Christen müssen uns um eine Expressivität kümmern, wenn wir nicht unter die Räder kommen wollen.“²⁰⁴ Sie warnte vor den ökonomischen Interessen der Türkei und vor der sich im Land entwickelnden Allianz von Staat und Religion. Die öffentliche Diskussion um das Kopftuch ist nicht nur eine religiös-weltanschauliche Auseinandersetzung, sondern eine politische und wurde immer in den Debatten sehr leidenschaftlich geführt.

2.4.1. 2 Der Moscheebau

Freie Religionsausübung ist im Grundgesetz Deutschlands verankert. Moscheen sind die deutlichsten Merkmale muslimischer Präsenz in Deutschland. Moscheen sind Zeichen der Identifikation mit und der Verwurzelung der Muslime in dem Land, in dem sie leben. Sie waren schon immer Ausgangspunkt gesellschaftlichen Engagements. Dabei sind die Moscheen nicht nur Orte des Gebetes, sondern auch Orte der Begegnung, Bildung und des Austausches. In Deutschland befinden dort auch Bibliotheken, vor allem mit religiöser Literatur, Videotheken mit religionsorientierten Filmen und Lebensmittelgeschäfte. Damit Moscheen ihr Potenzial entfalten können, müssen sie jedoch als Bereicherung wahrgenommen, akzeptiert und gefördert werden. Nach den Anschlägen vom September 2001 brachen bundesweit Debatten über den Moscheebau aus.

Die Diskussion über den Moscheebau und die richtigen Wege in der Integrationspolitik zwang den bis dahin wenig offenen Verband schließlich, sich zunehmend selbst an der öffentlichen Debatte zu beteiligen. Auf kommunaler Ebene zeigt sich ein gespanntes Verhältnis der CDU zum Thema Moscheebau.

²⁰³ Ebd. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes vom 28.6.2005 (Brem.GBl. S. 245). Hessen: Gesetz zur Sicherung der staatlichen Neutralität vom 18.10.2004 (GVBl. I S. 306).

²⁰⁴ Gerald Schneiders, Thorsten: Islamfeindlichkeit. S. 369. In: Tagespost, 4.3.2004.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

In Köln im Stadtviertel Ehrenfeld sollte eine Moschee gebaut werden. Der Bauherr DITIB wollte ein modernes Gebäude mit einer 36,50 Meter hohen Kuppel und zwei 55 Meter hohen Minaretten errichten.

Nach der öffentlichen Präsentation des Architektentwurfs im September 2006 zeigten zunächst alle im Rat der Stadt vertretenen Parteien mit Ausnahme der rechtsorientierten Bürgerbewegung, aber auch der CDU-Fraktion, die Bereitschaft, den für den Bau erforderlichen Bebauungsplänen zuzustimmen.²⁰⁵ Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der Linken dem Bau der Moschee an der Verlöre Straße in Ehrenfeld in verkleinerter Form zugestimmt.

Überraschend war jedoch die Ablehnung durch die CDU-Fraktion, die neben der rechtsextremen Organisation „Pro, Köln“ als einzige Fraktion dagegen stimmte. Die CDU-Position begründete ihre Ablehnung wie folgt: „Die Moschee wird aufgrund ihrer Dimension nicht alltagsfähig sein. Wir befürchten erheblich Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung.“, sagte Nieklas Kienitz, der Fraktionsvorsitzende. Eine von der Partei „Pro, Köln“ unterstützte „Anwohnerinitiative“ scheiterte im Mai 2007 mit dem Versuch, ein Bürgerbegehren durchzusetzen. Die Rechtsextremen machten den Moscheebau zum Symbol für eine angebliche „Islamisierung“, um diffuse Ängste in Teilen der Bevölkerung für sich zu nutzen. Die massive Kritik, die zum Teil auch von prominenten Personen getragen wurde, vermittelte den Eindruck, dass zahlreiche Bürger gegen den Moscheebau waren.²⁰⁶

Die Republikaner haben immer ihre Positionierung gegenüber dem Islam und den Muslimen in Deutschland deutlich geäußert. Laut ihrem Positionspapier zum Thema „Moscheebauten und Integration von Moslems“ formuliert Haymo Hoch, Landesvorsitzender Hessen folgende Positionierung: „Moscheen mit Minaretten sind deutliche Zeichen von kultureller Landnahme einer dem deutschen Kulturraum wesensfremden Religion.“²⁰⁷

Moscheen dienen als gesellschaftliches Zentrum von Muslimen nicht der Integration in die deutsche Gesellschaft, sondern bleiben eine unabhängige Infrastruktur neben der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Läden, Sport- und Kulturzentren werden in der Regel kaum von

²⁰⁵Henkes, Christian / Sascha Kneip (2008): Integrationspolitik in den Bundesländern? In: Hildebrandt, Achim / Frieder Wolf (Hrsg.): Die Politik der Bundesländer, Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden.

²⁰⁶Rode, Ulrich (2007): „Religiöse Symbole in staatliche Einrichtungen“ S. 56. In: Krämer, Peter u. a. (Hrsg.): Recht auf Mission contra Religionsfreiheit? Das christliche Europa auf dem Prüfstand. Münster. Lit.

²⁰⁷Gaudernack, Dorothea: Muslimische Kultstätten im öffentlichen Baurecht: Der Bau von Moscheen im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und einfachem Recht. Verlag Duncker & Humblot. Berlin. 2011. S. 27.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Nichtmuslimen, sondern nahezu ausschließlich von der jeweils vorherrschenden Bevölkerungsgruppe genutzt (meist türkisch oder arabisch). Der oft vermeintlich als positiv hervorgehobene Deutschunterricht in Moscheen (sogar Frauen) könnte integrationsförderlicher in anderen Institutionen, z. B. Volkshochschulen, erteilt werden. Die Wirkung deutlich erkennbarer und hörbarer Moscheen führt zu Segregationsbewegungen (Wegzug der Urbevölkerung bei gleichzeitigem Zuzug von muslimischen Einwanderern). Ergebnis dieser stetigen Entwicklung ist zwangsläufig das Entstehen von Ghettostrukturen. Ähnliches gilt aber bereits für islamische Zentren (also ohne Kuppel und Minarette) in Wohngebieten, da die ausgehenden Wirkungen, wie Lärmbelästigungen, Parkplatzkonkurrenz und das zahlreiche Auftreten fremdartiger verschleierter Personen Befürchtung wecken, ein solches Gebäude führe zu einem Absinken der Grundstückspreise in der betroffenen Gegend.

„Wir fordern daher aus den bereits genannten Gründen: Keine Neubauten oder Umnutzungen von bestehenden Gebäuden zu Islamzentren und Moscheen in Wohngebieten. Gebetsräume sind nur in Außenbezirken zuzulassen und durch die Sicherheitsbehörden zu überwachen“.²⁰⁸

Konkret scheitert die Genehmigung solcher Bauten an der Bauordnung, obwohl diese selten der wahre Grund dafür ist.

2.4.1.3 Islamischer Religionsunterricht

Während das Kopftreten und der Moscheebau eher negative Reaktionen in der Öffentlichkeit auslöst haben, scheint die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen im Prinzip kein Problem zu sein, nur seine Umsetzung wirft Probleme auf.²⁰⁹ Die Position der CDU zur Einführung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen zeigt der Beitrag von Frau Annette Schavan, Ministerin für Jugend und Sport und Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.²¹⁰ Ebenso wird in den allgemeinen bildungspolitischen Leitsätzen der CDU auf den Religionsunterricht eingegangen. Dort hieß es zum Stichwort „Ethische Orientierung“:

„Wir bekennen uns zur Erziehung der öffentlichen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft, der über die Vermittlung von Wissen hinausgeht. Die Schule muss auf der Grundlage unserer christlich-abendländischen

²⁰⁸ Ebd. Gaudernack, Dorothea: Muslimische Kultstätten im öffentlichen Baurecht: Der Bau von Moscheen im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und einfachem Recht. Verlag Duncker & Humblot. Berlin. 2011. S. 32.

²⁰⁹ Cylan, Rauf (Hrsg.): Islam und Diaspora: Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und soziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Studien. Band 8.. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main..Peter Lang. 2012. S. 83.

²¹⁰ Aufbruch in die lernende Gesellschaft. Bildungspolitische Leitsätze. Beschluss des Bundesausschusses der CDU-Deutschlands vom 20. November 2000 in Stuttgart. Hrsg. CDU–Bundesgeschäftsstelle (Bestell-Nr. 5704).



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kultur in enger Zusammenarbeit mit den Eltern ethische Orientierung geben, Werthaltungen einüben und soziale Kompetenzen vermitteln. Dazu gehört auch der verantwortliche Umgang mit der natürlichen Lebensgrundlagen.“

Was damit gemeint ist, wird weiter unten in Hinblick auf den Religionsunterricht unter dem Stichwort „Religionsunterricht und Werteerziehung“ näher konkretisiert. Die entsprechenden Leitsätze lauten wie folgt:

„Der christliche Religionsunterricht - und die Frage nach Gott - muss im Fächerkanon verankert sein. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern auch um Hilfe zur Lebensorientierung und sinnvolle Lebensgestaltung.

Auf der Basis des Grundgesetzes soll islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht.

.....Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben. Alle Fächer und auch die Außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen Wissen und Werte verbinden.“²¹¹

Zusammenfassend ist die Position der CDU/CSU zum islamischen Religionsunterricht wie folgt:

- ◆ Er soll an deutschen Schulen, in deutscher Sprache und unter Überwachung der Schulaufsichtsbehörden erfolgen.
- ◆ Lehrer ebenso wie Imame sollen an deutschen Universitäten ausgebildet werden.
- ◆ Ziel ist die Vermittlung eines aufgeklärten Islam.

Die CDU/CSU haben ein ambivalentes Verhältnis gegenüber dem Islam. Wie gesehen, lassen sich eine Reihe islamfeindlicher Haltungen, aber auch zahlreiche unterstützende Momente erkennen.

2.4.2 Stellungnahme von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen

2.4.2.1 Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen in NRW beschäftigen sich bereits seit über 10 Jahren intensiv mit der religionsrechtlichen Gleichstellung von Muslimen. Im Landtag Nordrhein-Westfalens führt die Fraktion bereits seit Ende der 90er Jahre als einzige einen regelmäßigen Dialog mit muslimischen Organisationen. Die Gründung des Koordinationsrats der Muslime haben die Grünen begrüßt und forderten, ihn aktiv und konstruktiv zu begleiten. Die konstruktive Begleitung dieses Neuorganisationsprozesses durch die Landesregierung in NRW mit einer

²¹¹Mirbach, Ferdinand: Die deutschen Parteien und der Islam. Politische Konzepte zur Integration von Muslimen. Tectum Verlag, Marburg. 2008. S. 130.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Perspektive für die Zukunft ist wichtig, um den muslimischen Organisationen Sicherheit zu geben, um innerorganisatorische Veränderungen vorzunehmen. Der Islam soll staatlich Anerkannte Religionsgemeinschaft werden. Das fordern Abgeordnete von SPD und Grünen. Laut der SPD-Bundestagsfraktion:

„Deutschland ist ein offenes Land mit einer offenen Gesellschaft. Viele Menschen sind zu uns gekommen und haben hier ihre Heimat gefunden. Was immer ihre Herkunft ist, welche religiöse oder weltanschauliche Bindungen sie auch immer haben – sie sind bei uns willkommen. Wir laden alle ein, unser Land besser, stärker und solidarischer zu machen. Unsere Zukunft, unser künftiger Platz in der Welt, unser Wohlstand hängt davon ab, dass wir Vielfalt und Offenheit unseres Landes erhalten und gestalten. Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen.“²¹²

Zur Unterstützung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen deutschen Schulen äußert sich weiter Bündnis 90 / Die Grünen wie folgt: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung von Bündnis 90 / Die Grünen hat sich mit dem Thema „Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen deutschen Schulen“ beschäftigt und eine Stellungnahme mit dem Titel „Religionsunterricht - Islamischer Religionsunterricht - Persönlichkeitsrechte in der Schule“ verfasst. Diese wird in den folgenden Abschnitten mit leicht gekürzt und in einer kleinen Schrift wiedergegeben.

A) Grundgesetz und Ausgangslage

„Der Religionsunterricht ist zum öffentlichen Thema geworden. Die unterschiedlichen religiösen Bindungen der Bevölkerung, der Grad der Säkularisierung, die Zunahme von Weltanschauungsgemeinschaften, die Unterricht erteilen wollen, die Einführung des Fachs Lebensgestaltung - Ethik - Religionsstunde in Brandenburg haben die Debatte um den Status des Religionsunterrichts auf die Tagesordnung gesetzt. Verschiedene Gerichtsurteile, das Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Ersatzfach Ethik, zum Kruzifix in bayrischen Schulen sowie das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Berlin, mit dem Islamischen Föderation die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zugesprochen wurde und das Berufsverbot für eine angehende Lehrerin islamischen Glaubens in Baden-Württemberg (Kopftuchstreit) haben zum Handlungsbedarf und den Status des Religionsunterrichts, die Persönlichkeitsrechte an der Schule und in die Berechtigung und Realisierung eines islamischen Religionsunterrichts beigetragen. Die Bildungspolitik ist vor die Frage des Umgangs mit dem wachsenden Bedürfnis muslimischer Eltern, Schülerinnen und Schüler nach einem anerkannten islamischen Religionsunterricht gestellt.“

b) Islamischer Religionsunterricht

²¹²FDP Kulturelle Vielfalt – Universelle Werte – Neue Wege zu einer rationalen Integrationspolitik, Antrag der FDP-Fraktion im deutschen Bundestag vom 1.12.2004.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Mit dem Wachsen des religiösen Selbstbewusstseins der muslimischen Gemeinden und der zweiten und dritten Generation der muslimischen Zuwanderinnen und Zuwanderer wird die Forderung nach islamischem Religionsunterricht lauter. Bisher wird in allen Ländern islamischer Religionsunterricht in privaten Koranschulen erteilt. In Nordrhein-Westfalen wird islamische Religionskunde an einzelnen Schulen angeboten, teilweise gibt es in anderen Ländern religionskundliche Angebote innerhalb des muttersprachlichen Unterrichts. In Nordrhein Westfalen und in Hamburg ist das Angebot zum Teil in den muttersprachlichen Unterricht integriert und wird auf Türkisch erteilt. Die islamische Föderation e. V. Berlin hat am 4.11.98 vor dem Oberverwaltungsgerichts in Berlin den Status einer Religionsgemeinschaft zugesprochen bekommen und damit das Recht, Islamunterricht in Berlin Schulen zu erteilen. Es ist ausdrücklich vom Gericht festgestellt worden, dass nicht erkennbar ist, dass die Föderation gegen die Verfassung verstoßen wird. Alle Voraussetzungen für eine Genehmigung sind danach erfüllt. Bei vielen Migrantengruppen ist dieses Urteil auf heftige Kritik gestoßen, weil die Islamische Föderation in Verbindung zu MilüGöres steht. In Hessen verhandelt ein Verband, ein Zusammenschluss von Moscheen vornehmlich sunnitischen und schiitischen Glaubens, mit dem Kulturministerium. Auch in Hessen scheinen die formalen Voraussetzungen im Antrag erfüllt zu sein: Die vorgelegten Lehrpläne geben zu keiner Beanstandung Anlass, die Unterrichtssprache soll deutsch sein, die Lehrkräfte sollen in Deutschland ausgebildet werden.²¹³

Für die Bildungspolitik und Kulturministerien bestand und besteht bislang die Schwierigkeit, einen Ansprechpartner im Islam zu finden, der für die Gläubigen sprechen kann. Eine Organisation wie die christlichen Kirchen gibt es im Islam nicht, die Gläubigen sind nicht Mitglied einer organisierten Kirche. Der Islam ist in verschiedene Glaubensrichtungen aufgespalten. wobei einzelnen Glaubensrichtungen wie Aleviten und Al Ahmadiya die Zugehörigkeit zum islamischen Glaubenskreis von der Mehrheit der Sunniten und Schiiten abgesprochen wird. Insofern kann es den islamischen Religionsunterricht nicht geben.

C) Bildungspolitik von Bündnis 90 / Die Grünen

Die Kriterien der Integration sind im Allgemeinen für das Bündnis 90 / Die Grünen zusammenfassend: Anerkennung der Werte des Grundgesetzes, die Kenntnis der deutschen

²¹³ Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. In: Urs Baumann. Verlag Otto Lembeck. Frankfurt am Main. 2001. S. 264.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Sprache sowie die Berücksichtigung der Religion der Zuwanderer. Die Positionen sollen hier zur Verdeutlichung skizziert werden, sie widersprechen sich nicht unbedingt in allen Punkten, setzen vielfach nur andere Prioritäten

*Die Verteidiger einer klaren Trennung von Staat und Kirche wollen den Religionsunterricht aus der Verantwortung des Staates entlassen und den Schülerinnen und Schülern die Option der Christenlehre in der Kirche oder Gemeinde lassen. Für eine solche Regelung bedürfte es einer Änderung Art 7 Abs. 3 GG.

*Eine andere Position will es bei der bisherigen prinzipiellen Regelung zum Religionsunterricht belassen. Begründet wird dies mit dem Gebot des Grundgesetzes, das sowohl die negative wie die positive Religionsfreiheit garantieren soll. Das heißt, es gibt ein individuelles Recht darauf, Religionsunterricht angeboten zu bekommen. Der Staat ist verpflichtet, zwischen staatlichem Angebot und elterlichem Erziehungsrecht eine möglichst große Übereinstimmung anzustreben.²¹⁴

Entsprechend wäre islamischer Religionsunterricht auch für einzelne Richtungen des Islam möglich. Der Staat darf keinen Zwang auf Glaubensgemeinschaften ausüben, sich auf ein Glaubensbekenntnis, eine Konfession zu einigen, insofern ist es Sache der Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens, sich nach ihren religiösen Vorstellungen zu organisieren.

*Ein dritte Position will das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) oder ein vergleichbares Fach auch außerhalb Brandenburgs einführen. LER wurde in Brandenburg mit der Intention eingeführt, einen breit angelegten Unterricht in Religions- und Lebenskunde durchzuführen und die konfessionelle Unterweisung in Verantwortung der Kirchen zu belassen.²¹⁵ Ebenso kann der Inhalt von Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde in Lerneinheiten in einem Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften unterrichtet werden und nicht als eigenständiges Fach.

*Eine vierte Position, oftmals von Laizistischen Bürgerinnen und Bürgern türkischer Herkunft formuliert, fordert in Reaktion zum Beispiel auf den IRH „Islamischer Religionsunterricht Hessen“ einen religionskundlichen Unterricht ohne Glaubensbekenntnis. Er soll in der Verantwortung des Staates liegen und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden.

²¹⁴ Baumann, Urs (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. (Verlag Otto Lembeck. Frankfurt am Main. 2001. S. 269-270.

²¹⁵ Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Lernbereich LER. 1994.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

*Eine fünfte Position sieht in der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts die Gefahr des Zugriffs fundamentalistischer Islamisten auf die Schule und eine Verstärkung der Islamisierung. Es wird befürchtet, dass damit Kräften das Tor zur Schule geöffnet wird, die eine Reihe von Grund- und Menschenrechten in Frage stellen.

d) Vorschlag zur Position von Bündnis 90 / Die Grünen

*Bündnis 90 / Die Grünen fordern ein Angebot islamischen Religionsunterrichts in den Bundesländern, wenn islamische Religionsgemeinschaften dies wünschen.

*Der Unterricht muss auf der gleichen Rechtsgrundlage erteilt werden wie bei den übrigen Konfessionen.

* Er ist grundsätzlich in deutscher Sprache zu halten und nach anerkannten Lehrplänen auf der Basis der Schulgesetze der jeweiligen Bundesländer durchzuführen.

*Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass es eine Kirche im Islam nicht gibt und nicht geben kann. Freiwillige Zusammenschlüsse von islamischen Gläubigen müssen an die Stelle von Kirchen als Ansprechpartner des Staates treten können. Bündnis 90 / Die Grünen beteiligen sich aktiv an diesem Dialog

2.4.2.2 Stellungnahme der SPD

Die SPD legt ihre Position in einem kurzen Brief dar, in dem sie hauptsächlich die rechtliche Situation beschreibt.²¹⁶

„Die Kompetenz über die Anerkennung von Religionsgemeinschaften ebenso wie die Frage des Religionsunterrichts an öffentlichen ist dem Grundgesetz zufolge Ländersache. Daraus resultiert auch die unterschiedliche Ausgestaltung der von der Verfassung gesogenen Rahmenbedingungen in den Ländern. Die Position der SPD ist hierbei eindeutig und hat ihren Ausdruck im Grundsatzprogramm gefunden. Es heißt dort: ‚Die Sozialdemokratische Partei erkennt die besondere Bedeutung und rechtliche Stellung an, die das Grundgesetz den Kirchen und Religionsgemeinschaften einräumt.‘.....

Die Bemühungen der islamischen Gemeinschaften, sich auf gemeinsame inhaltliche Bestimmungen für einen islamischen Religionsunterricht zu einigen, sind langwierig und unterschiedlichen Bundesländern unterschiedlich weit gediehen. Wir beobachten diese Diskussion mit Interesse und hoffen auf ein konstruktives Ergebnis. Im Sinne unserer politischen Zielsetzungen, nämlich der Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderer, ist

²¹⁶ Brief vom Februar 2001 von M. Maching. In: Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. (Hrsg.) Urs Baumann. Verlag Otto Lembeck. Frankfurt am Main. 2001. S. 262



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

der schulische Religionsunterricht, der im Rahmen unserer Rechtsordnung zu erfolgen hat, ein wichtiges Element.“
217

Darüber hinaus versteht man, dass die SPD-Fraktion bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts eine schnellere Gangart wünscht.

Weiter erklärte die Sprecherin der SPD-Landfraktion, Carla Bregenzer, den langen Prozess zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und schlägt bis dahin eine Übergangslösung vor:

„Als erstes sollte der muttersprachliche Unterricht in unser Regelschulwesen und unter unsere Schulaufsicht gestellt werden. Damit werden für diesen Unterricht besser ausgebildete Lehrer eingestellt, aktuellere Schulbücher und Lehr- sowie Lernmethoden erarbeitet sowie die Schulaufsicht vor Ort geregelt. (...) Dieser Unterricht, dessen Inhalte gemeinsam mit Islamwissenschaftlern erarbeitet werden könnte, könnte den muslimischen Kindern wichtige Bezüge zu ihren kulturellen Wurzeln vermitteln.“²¹⁸

Zusammenfassend lässt sich die Position der SPD zum islamischen Religionsunterricht wie folgt beschreiben:

- ◆ Er soll an deutschen Schulen, in deutscher Sprache und unter Überwachung der Schulaufsichtsbehörden erteilt werden.
- ◆ Lehrer ebenso wie Imame sollen an deutschen Universitäten ausgebildet werden.
- ◆ Ziel ist die Vermittlung eines aufgeklärten Islam.

Für die SPD ist Bildung der Schlüssel zur Integration der Muslime. Auch betont die SPD die Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache schon im frühen Kindesalter. Nur mit fundierten Kenntnissen der deutschen Sprache sei eine erfolgreiche Teilnahme im Schulunterricht möglich. Und nur so könnten dann feste Grundlagen für die Bildung und den Einstieg in das Berufsleben von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft geschaffen werden.

So kann man die Position der SPD zur Bildung, Erziehung und Bedeutung der Sprache in drei Punkte zusammenfassen:

- ◆ Für die Integration der Muslime ist Bildung der Schlüssel.

²¹⁷ Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg. Stuttgart. 7. März 2000. H. Zorell. Fraktionssprecher. In: Urs Baumann (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte Projekte, Dokumentationen. Verlag Otto Lembeck. Frankfurt am Main. 2002. S. 263.

²¹⁸ Yölek, Hassybe: Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. Wissenschaftliche Beiträge. Reihe Pädagogik. Tectum Verlag. Marburg. 2010. S. 30.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- ◆ Deutsche Sprache als Voraussetzung zur Teilnahme an Schule, Bildung, Ausbildung und Beruf.
- ◆ Die Schule soll ausländischen Kindern eine adäquate Zukunftsperspektive geben und ihnen den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.

2.4.2.3 Stellungnahmen der Freien demokratischen Partei (FDP)

Die FDP definiert die Integration als einen wechselseitigen Prozess zwischen Zuwanderern und Deutschen. Das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen muss durch die Islamkonferenz auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden. Die Islamkonferenz als funktionierende Plattform ist aus Sicht der Liberalen bereits jetzt ein Erfolg. Die Freien Demokraten sehen unter anderem dringenden Handlungsbedarf bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Muslimen. Um das für alle garantieren zu können, müssen alle Beteiligten in diesem Prozess sich auf gemeinsame Rechts- und Werteordnungen einigen. Grundlage ist hier die Religionsverfassung.²¹⁹

Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Diese Forderung klärt die Integrationsvorstellung der FDP und grenzt sie von der Assimilation ab. Das Grundgesetz sei das Leitbild, welches sie alle eint.²²⁰ Die Liberalen unterstützen die Etablierung islamisch-theologischer Lehrangebote an deutschen Hochschulen. Die Aus- und Fortbildung von Imamen sowie die Einführung von islamischem Religionsunterricht ist eine Kernforderung der Liberalen. Hier muss besonders die Aufmerksamkeit auf die Integration der Kinder gelenkt werden. Sie sollen als Bereicherung für das Land betrachtet werden und nicht nur als Problemfälle. Ihre frühe Integration als Kinder ist ein entscheidender Faktor für die Chancengerechtigkeit.

Die FDP möchte eine grundlegende Veränderung im Verhältnis von Staat und Muslimen. Der Prozess der Integration muss beschleunigt werden. Es ist notwendig, unter Muslimen eine Wertschätzung für die freiheitlich demokratische Grundordnung zu entwickeln.²²¹ Vor dem

²¹⁹ Hessischer Landtag: Abschlussbericht der Enquetekommission Migration und Integration. Handlungsempfehlungen der FDP. S. 29. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration und Integration der Muslime in Deutschland. 2012..

²²⁰ Yölek, Hassybe: Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. Wissenschaftliche Beiträge. Reihe Pädagogik. Tectum Verlag. Marburg. 2010. S. 32.

²²¹ Hessischer Landtag: Abschlussbericht der Enquetekommission Migration und Integration. Handlungsempfehlungen der FDP. S. 29. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration und Integration der Muslime in Deutschland. 2012.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Hintergrund der Aktuell aufgeheizten Debatte braucht Deutschland eine Willkommenskultur für Muslime. Diese sollen ihren Glauben in Übereinstimmung mit der Wertordnung des Grundgesetzes ausüben und damit den religiösen Pluralismus in Deutschland bereichern. Die FDP verfügt über eine Kommission für Kirchen und Religionsgemeinschaften, der auch Vertreter der Muslime angehören. Ähnliche Arbeitskreise gibt es auch auf Länderebene.

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Michael Goldmann setzt sich in seiner Funktion als Sprecher für Kirchenpolitik auch immer wieder mit Fragen zum Islam auseinander. Dazu hat er u. a. 2004 ein umfangreiches Diskussionspapier für seiner Partei mit dem Titel „Der Islam und Muslime in Deutschland“ entworfen.²²²

Bei einer Konferenz der Friedrich –Naumann-Stiftung im August 2005 referierte er über „Islamische Kultur und Erziehung in Europa“ und argumentierte dabei für die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie und die religiöse Unterweisung von Kindern an Schulen, um die islamische Kultur in Deutschland auf der Basis des Grundgesetzes weiterzuentwickeln. Mit den gesellschaftlichen Auswirkungen seitens religiöser Fragen beschäftigt sich Sibylle Laurischk als Sprecherin für Integration und Migration der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. In dieser Funktion äußerte sie sich unter anderem bei den Diskussionen um die Zwangsheiratung oder auch zum Integrationsgipfel für ihre Partei.

Darüber hinaus pflegen die Liberalen den Austausch mit verschiedenen islamischen Verbänden und Organisationen. Wie die anderen Parteien weist die FDP auf die Probleme hin, die sich bei verpasstem Zugang zur Bildung und den Folgewirkungen von ungleichen Bildungschancen ergeben. Die FDP bedauert, dass die heutige Generation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen weit weniger erfolgreich sei, obwohl sie zum überwiegenden Teil in Deutschland geboren und aufgewachsen seien.

Einen dramatischen Beweis lieferten die amtlichen Zahlen: 19 % der Ausländer verlassen die Schule ohne Abschluss, 42 % bestehen nur den Hauptschulabschluss. Im Vergleich verlassen bei den Deutschen nur 8 % die Schule ohne Abschluss.²²³

Die FDP erachtet die Beseitigung von Sprachdefiziten insbesondere bei den Kindern mit Migrationshintergrund als elementar zur Wahrung der Chancengleichheit, da Sprachfähigkeit

²²² Ferdinand Mirbach: Die Deutschen Parteien und der Islam, politische Konzepte zur Integration von Muslimen. Tectum Verlag, Marburg, 2008. S. 185.

²²³ Antrag der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sprache schafft Identität und ist Schlüssel zur Integration 27.06.2006.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

den Erwerb der meisten anderen Kompetenzen beeinflusse und daher die entscheidende Grundlage im Bildungsbereich sei. Deshalb sprechen sich die Liberalen für verbindliche Sprachtests zu Beginn des vierten Lebensjahres aus, um Defizite bis zum Schulanfang abzubauen.²²⁴

Position der FDP zu Bildung, Erziehung und Bedeutung der Sprache können sich in vier Punkten zusammenfassen lassen:

- ◆ Bedeutung von Bildung: Ausgaben für Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft.
- ◆ Religionsgemeinschaften, Vereine und Gemeinden müssen die Migrantenkinder in vielen Glaubens- und Lebensfragen unterstützen.
- ◆ Frühkindliche Erziehung: Kostenfreie Kindergärten, die vor allem sozial Schwachen zugutekommen.
- ◆ Sprache: Sprachkompetenz ist zu fördern, um Defizite bis zum Schulbeginn abzubauen.
- ◆ Schule als Integrationsagentur, außerunterrichtliche Betreuung und Ganztagschulen sind zu fördern.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einwanderung der Muslime Deutschland nicht nur zu einem multikulturellen, sondern auch zu einem multireligiösen Land gemacht haben. Alle bisher dargestellten Ausführungen zeigen, dass das Thema Religion im Allgemeinen ein schwieriges Thema für die Politik ist, weil es soweit in das Privatleben des Menschen hineinspielt, wie kaum ein anderer Themenbereich. Natürlich bekennen sich alle hier genannten Parteien zur Religionsfreiheit, wie im Grundgesetz festgelegt ist. Nicht anderes darf man von demokratischen Kräfte erwarten, zu Recht weisen auch alle darauf hin, dass Religionsfreiheit eben dort an ihre Grenzen stößt, wo Menschen sie benutzen, um die Regeln des Grundgesetzes zu missachten, andere Menschen zu unterdrücken oder den gesellschaftlichen Frieden zu stören. Der Blick in die Grundsatzprogramme und Positionspapiere der oben genannten Parteien macht deutlich, dass sich alle politischen Kräfte Deutschlands bei folgenden Integrationsthemen weitgehend einig sind: Religionsfreiheit, Bildung, Erziehung und Erwerb der deutschen Sprache. Angesichts des dauerhaften Verbleibs einer starken muslimischen Gemeinde in Deutschland sollten Muslime jedoch die elementaren Möglichkeiten ihrer Glaubensausübung

²²⁴ Mirbach, Ferdinand: Die Deutschen Parteien und der Islam. Politische Konzepte zur Integration von Muslimen. TectumVerlag. Marburg. 2008. S. 129.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

haben. Es muss möglich sein, dass die Gesellschaftspolitik mit Bezug auf die islamische Minderheit alles tut, um Ausgrenzung und gesellschaftliche wie wirtschaftliche Marginalisierung zu vermeiden. Es ist dringlich, der islamischen Minderheit eine richtig verstandene Integration zu erleichtern. Die Muslime müssen das Gefühl haben, in der deutschen Gesellschaft aufgenommen zu werden.

2.5 Stellungnahmen der Religionsgemeinschaften

2.5.1. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Die lange erwartete Handreichung der EKD „Zusammenleben mit den Muslimen in Deutschland“: Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen hat im September 2000 nach schweren Geburtswehen das Licht der Welt erblickt. Die Evangelischen Kirchen in Deutschland EKD haben sich mit dem Prozess der Integration der muslimischen Familien in Arbeitsgruppen und vielen landeskirchlichen Aktivitäten befasst.²²⁵ Die EKD umfasst sowohl die rechtlichen, die theologischen als auch die praktischen Aspekte des Zusammenlebens. Wir haben Auszüge dieser umfangreichen Handreichung ausgewählt, in denen die Fragen der religiösen Lebenswelt der Muslime in Deutschland angesprochen werden (Islamunterricht: Kopftuch, Moscheebau, Erziehung).

2.5.1.1 Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen

Die EVK in Deutschland unterstützt ausdrücklich die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Hier beziehe ich mich auf eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland: Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland aus dem Jahr 2000.

„Es ist wichtig, dass auch die muslimischen Schüler und Schülerinnen in unserem Land mit ihrer angestammten Tradition in einer Weise vertraut gemacht werden, die ihnen eine religiöse Lebensperspektive eröffnet und ihnen zugleich das Verständnis für andere religiöse Anschauungen erschließt. Es wäre auf Dauer nicht zu verantworten, sie einem religionslosen Niemandsland zu überlassen.“²²⁶

Es ist wichtig, die Kinder mit ihrer eigenen Kultur und Geschichte vertraut zu machen und zum anderen das Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder, Kulturen und Religionen zu fördern.

²²⁵ Evangelische Kirche in Deutschland, Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. 2000.

In: Baumann, Urs (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht, Grundlagen, Begründung, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Otto Lembeck. 2001. S. 277.

²²⁶ Graf, Peter: „Islamische Religionspädagogik. Etablierung eines neuen Faches..Bildung und kulturpolitische Initiativen des Landes Niedersachsen. V & R Unipress. Göttingen. 2007. S. 67.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Weiter heißt es:

„Konfessioneller Religionsunterricht ist mehr als die Vermittlung von Kenntnissen über Religion (Religionskunde): Aus der Perspektive der Garantie der Religionsfreiheit durch Art. 4 GG ist der Religionsunterricht Bestandteil der Grundrechtsausübung durch den Einzelnen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen sich frei und selbständig religiös orientieren können. Der Staat gewährleistet die Grundrechtsausübung der Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern und der Religionsgemeinschaften und erkennt seine eigene Säkularität an.“²²⁷

Die Evangelischen Kirchen in Deutschland würden es begrüßen, wenn es zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts käme. Religionsunterricht ist Aufgabe des Staates, die er nur in Kooperation mit den Religionsgemeinschaften erfüllen kann. Die Erteilung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach ist staatliche Aufgabe und Angelegenheit. Der Staat ist „Unternehmer“ des Religionsunterrichts nach Art.7 Abs. 3 GG. Hier äußert sich die evangelische Kirche wie folgt:

„Der zur religiösen Neutralität verpflichtete Staat kann aber die Inhalte des Religionsunterrichts nicht selbst festlegen. Es ist dabei notwendigerweise auf die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften angewiesen. Sie haben daher auch darüber zu entscheiden, ob überhaupt Religionsunterricht an öffentlichen Schulen stattfinden soll oder nicht. (...) Die Einrichtung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach gemäß Art. 7 Abs. 3 GG ist für die Schulträger obligatorisch. Der Staat muss gewährleisten, dass der Religionsunterricht mit denselben Rahmenbedingungen erteilt wird wie die anderen ordentlichen Lehrfächer.“²²⁸

Die evangelische Kirche engagiert sich ausdrücklich und begrüßt die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen nach Art. 7 Abs. 3 GG. Nach ihrer Auffassung ist religiöse Erziehung in der Schule für eine ganzheitliche Bildung unverzichtbar, da in der Schule Antworten auf die Herkunft und die Begründung unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen und Religionen gegeben und in das gemeinsame Lernen integriert werden sollten. Dabei ist der Staat auf die Kooperation der Religionsgemeinschaften angewiesen.

²²⁷ Handreichung des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland: Texte: Klarheit und Nachbarschaft. Von Christen und Muslimen in Deutschland..2007/2008. S. 63.

²²⁸ Evangelische Kirche in Deutschland. Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der EKD. 2000. In: Islamischer Religionsunterricht, Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Otto Lembeck. Hrsg. Urs Baumann. 2001. S. 279.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.5.1.2 Anforderungen an die Lehrkräfte

Um das Fach „Islamische Religionsunterricht“ in Deutschland einzuführen, sieht die EKD die Ausbildung der Lehrkräfte als Aufgabe des Staates. Deshalb sind an einigen Universitäten (Osnabrück, Erlangen, Münster, Gießen und Frankfurt am Main) Aus- oder Weiterbildungsgänge für islamischen Religionsunterricht eingerichtet worden.

„Da der Religionsunterricht eine staatliche Veranstaltung ist, ist er von im Staatsdienst stehenden oder von den Religionsgemeinschaften gestellten Lehrkräften zu erteilen, die dem betreffenden Bekenntnis angehören. Weil islamischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach erteilt wird und den Lehrkräften Sitz und Stimme in den Schulkonferenzen vermitteln werden, setzt er eine wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte voraus.“²²⁹

Weiter heißt es auch

„Ausbildung islamischer Religionslehrer an einer oder mehreren deutschen Universitäten mittels Schaffung geeigneter Dozenturen (...) und Mitwirkung einer islamischen Religionsgemeinschaft, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht und die religiösen Überzeugung der Elternhäuser der Gesamtheit der zu unterrichtenden muslimischen Schülerinnen und Schüler hinreichend repräsentiert.“²³⁰

Schließlich befürwortet die evangelische Kirche in Deutschland eine interkulturelle und interreligiöse Erziehung an deutschen Schulen. Zudem muss die Frage der Teilnahme am islamischen Religionsunterricht geklärt sein. Da es im Islam keine formale Mitgliedschaftsstruktur gibt, könnte sie, wie von der EKD vorgeschlagen, mit einer Erklärung der Islamzugehörigkeit von Seiten der Erziehungsberechtigten oder ab dem 14. Lebensjahr der Schülerinnen und Schüler selbst beantwortet werden. Eine Theologiekompetenz bei den Lehrkräften ist erstrebenswert. Mit dem Engagement und Bemühen der evangelischen Kirche in Deutschland, den islamischen Religionsunterricht einzuführen und sowie Studiengänge für islamischen Religionsunterricht zu entwickeln, finden Muslime in der EKD einen wichtigen Bündnispartner, der schon jahrlange Erfahrungen mit dem konfessionsgebundenen Religionsunterricht hat.

²²⁹ Ebd Evangelische Kirche in Deutschland. Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der EKD. 2000. In: Islamischer Religionsunterricht, Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Otto Lembeck. Hrsg. Urs Baumann. 2001. S. 280.

²³⁰ Graf, Peter (Hrsg.): Der Islam im Westen, der Westen im Islam. Positionen zur religiös-ethischen Erziehung von Muslimen. S. 141. 2004. Göttingen. V & R. Unipress. Universität Osnabrück.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

2.5.1.3 Kopftuch im Schuldienst

Die Frage, ob muslimische Lehrerinnen, die an öffentlichen Schulen unterrichten, im Dienst ein Kopftuch tragen dürfen, wird in Gesellschaft und Politik, aber auch in der evangelischen Kirche seit Jahren kontrovers diskutiert.

Die Rechtsprechung, die Gesetzgebung der Bundesländer und die Verwaltungspraxis sind uneinheitlich. Der Rat der EKD hat sich in seiner vorigen Amtsperioden zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003 zur Klärung der Frage der Ländergesetzgebung wie folgt öffentlich geäußert. Die Stellungnahme benennt vier grundlegende Gesichtspunkte:²³¹

1. Musliminnen berufen sich für das Tragen des Kopftuchs auf ihre religiöse Überzeugung. Insofern stützen sie sich auf die Religionsfreiheit. Sie ist in unserer Rechtsordnung ein hohes Gut. Das ohne Einschränkung gewährte Recht der Religionsfreiheit gilt im Rahmen des Grundgesetzes für alle Religionen in gleicher Weise. Auch die öffentliche Schule ist, wie das Bundesverfassungsgericht (BvG) wiederholt hat, kein religionsfreier Raum.
2. Der Schutz der positiven Religionsfreiheit gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen.
3. Der Staat, der eine Heimstatt aller Bürgerinnen und Bürger ist, muss in Fragen der religiösen Überzeugungen Neutralität wahren. Das Verhalten seiner Beamten darf diese Neutralitätspflicht nicht verletzen. Das schließt die Erkennbarkeit der religiösen Überzeugung von Staatsbeamten nicht aus, setzt ihr aber Grenzen.
4. Außerdem haben Staatsbeamte jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung und damit auch für die Gleichstellung von Mann und Frau einzutreten. Wenn eine muslimische Bewerberin für eine Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen unter Berufung auf ihre Religionsfreiheit im Dienst ein Kopftuch tragen will, begründet ihr Verhalten angesichts der Bedeutung des Kopftuchs im Islam Zweifel an ihrer Eignung als Lehrerin an einer staatlichen Schule.

Die EVK in Deutschland spricht sich dafür aus, dass diese Grundsätzen für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Bund, Ländern und Kommunen gleichermaßen zur Geltung

²³¹ Handreichung des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland. Texte: Klarheit und Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. 2007/2008. S. 62-63.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gebracht werden. Die Frage des Kopftuchverbots steht im Spannungsverhältnis zum Gleichberechtigung des Grundgesetzes.

2.5.1.4 Moscheebau

Die Moschee ist der zentrale Versammlungsort der muslimischen Gemeinde. Sie ist der Ort, an dem die erwachsenen männlichen Muslime sich am Freitagmittag zu ihrem rituellen Pflichtgebet treffen. Darüber hinaus hat die Moschee eine wichtige Funktion für das religiöse, soziale und politische Leben der muslimischen Gemeinschaft. Nach dem Stand von 2005 gibt es in Deutschland fast 150 klassische Moscheen mit Kuppelbau und Minarett. Weit über 100 Moscheen sind im Bau und es gibt mehr als 2500 Gebetshäuser und Versammlungshäuser.²³² Sie repräsentieren den klassischen Typ orientalistischer Moscheebauarchitektur. Und sie befinden sich in mehreren Bundesländern.

Die meisten Gebetsräume sind so genannte Hinterhofmoscheen, umgewandelte Wohngebäude oder ehemalige Fabrikanlagen.²³³ Der Bau einer Moschee ist mit rechtlichen, gesellschaftlichen und finanziellen Hürden verbunden. Das liegt vor allem daran, dass die Einrichtung von Gebetsräumen im Rahmen einer Nutzungsänderung eines existierenden Gebäudes im Hinblick auf die erforderlichen staatlichen Genehmigungen leichter und preisgünstiger zu verwirklichen als der Neubau einer Moschee.

Der Wunsch, eine repräsentative Moschee mit ihren architektonischen Besonderheiten (Kuppel und Minarett) zu errichten, entwickelt sich auf lokaler Ebene häufig zu einem Konflikt. Er stößt immer wieder auf massiven Widerstand der nichtmuslimischen Bevölkerung. Die Gründe dafür sind vielfältig: Angst von Überfremdung und politischer Agitation. Hausbesitzer bewegt die Sorge, durch die Moschee im Stadtviertel könnte der Wert der eigenen, in der Nähe des Neubaus befindlichen Immobilien sinken.

In diesem Zusammenhang wird auch häufig die Position vertreten, dass Muslime so lange in Deutschland keine Moscheen bauen sollen, wie christlichen Minderheiten in islamischen Ländern ebenfalls der Bau von Kirchen verboten werde.²³⁴

²³² Graf, Peter: „Islamische Religionspädagogik“ - Etablierung eines neuen Faches. Bildung- und Kulturpolitische Initiativen des Landes Niedersachsen. Einleitung: Christian Wulff. 2007. V & R. Unipress. Göttingen. S. 11.

²³³ Sen, Faruk/ Aydin, Hayrettin: Islam in Deutschland. Verlag C. H. Beck. S. 102.

²³⁴ Evangelische Kirche in Deutschland. Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland - Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der EKD. 2000. In: Islamischer



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Aus rechtlicher Sicht Art. 4 GG wird für jeden in Deutschland die Freiheit des Glaubens und das Recht der freien Religionsübung garantiert. Die EVK bejaht dieses Recht für sich wie für andere nachdrücklich. Diese Zustimmung gilt für die Errichtung von Moscheen, was zur freien und ungestörten Religionsübung gehört. Wer eine Moschee baut, zeigt damit öffentlich, dass er auf Dauer hier leben und als gleichberechtigter Bürger akzeptiert werden will. Der Bau einer Moschee signalisiert einerseits die öffentliche Präsenz einer anderen Religion und kann daher ein Zeichen gelungener Integration sein. Andererseits aber können Moscheen auch zu kulturellen Rückzugsräumen und damit zu einem Ort der Distanz der Minderheit von der Mehrheitsgesellschaft werden.

Die EVK in Deutschland tritt seit 1994 für eine Fächergruppe der religiös-ethischen Bildung in der Schule ein. Diese Fächergruppe soll ein Zusammenwirken der unterschiedlichen ordentlichen Lehrfächer gewährleisten, denn ihnen allen ist die Aufgabe gemeinsam, die Verständigungsbereitschaft- und Fähigkeit der jungen Generation in besonderer Weise zu fördern. Dazu gehört die Notwendigkeit des interreligiösen Lernens und des interreligiösen Dialogs.

2.5.1.5 Öffentlicher Gebetsruf

Zu einem Konfliktfall kann auch der Gebetsruf werden. Der Gebetsruf ist eine islamische Tradition, der die Gläubigen zum Gebet ruft, der fünf Mal am Tag von einem Minarett erklingt. Er bleibt ein Konfliktfeld mit der Aufnahmegesellschaft. In der Folge kam es zu einer kontroversen Diskussion, die in einigen Städten dazu geführt hat, dass der Gebetsruf erlaubt wurde. Hierbei gab es unterschiedliche Varianten. In einer Reihe von Fällen wurde nur beim Freitagsgebet erlaubt, den Muezzin zum Gebet rufen zu lassen – dies gilt beispielsweise für alle Moscheen in Dortmund, dazu hat ein Moscheeverein in Dillenburg ausgehandelt, dass mit Ausnahme des Früh- und des Nachtgebets der Muezzin über einen Lautsprecher dreimal täglich zum Gebet rufen darf.²³⁵ Der Ruf erfolgt in arabischer Sprache wie folgt:²³⁶

Religionsunterricht, Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentationen. Otto Lembeck. Hrsg. Urs Baumann. 2001. S. 279.

²³⁵Sen ,Faruk,/Aydin ,Hayrettin: Islam in Deutschland. Verlag. C. H. Beck. S. 105.

²³⁶Evangelische Handreichung des Rates..Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. Texte 86. Hrsg. Kirchenamt der evangelischen Kirche in Deutschland. Hannover. 2007/2008. S. 67.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- Gott ist Größer (2 Mal),
- Ich bezeuge, dass es keinen Gott gibt außer Gott (2 Mal),
- Ich bezeuge, dass Mohammed Gottes Gesandter ist (2 Mal),
- Auf zum Gebet (2 Mal),
- Auf zum Heil (2 Mal),
- Gott ist größer (2 Mal),
- Es gibt keinen Gott außer Gott (1 Mal).

Der zweite und dritte Ruf des Muezzins ist die Kurzform des muslimischen Glaubensbekenntnisses. Der Muezzin ruft daher nicht nur zum Gebet, sondern er legt auch öffentliches Zeugnis von seinem Glauben ab. Der Ruf des Muezzins löst häufig Auseinandersetzungen und Streit innerhalb eines Stadtviertels aus, vor allem dann, wenn er durch einen Lautsprecher verstärkt wird.

Für Deutschland jedoch gilt, dass die Religionsfreiheit in der Rechtsordnung als Grundrecht ausdrücklich ist, was auch den öffentlichen islamischen Gebetsruf einschließt. Dabei ist jedoch zu fragen, unter welchen Bedingungen der Muezzin über Lautsprecher zum Gebet rufen darf. Die Ausübung der Religionsfreiheit findet ihre Grenzen in den Grundrechten anderer Bürgerinnen und Bürger, z. B. im Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (siehe Anhang Art. 2 Abs. 2 GG). Der gesetzliche Immissionsschutz gegen Geräuscheinwirkungen konkretisiert dieses Grundrecht. Weil die Intensität der Störung und Rechtsbeeinträchtigung nicht nur durch die Lautstärke, sondern durch die Art des Geräusches bestimmt wird, schafft der Ausruf einer verbalen Botschaft besondere Probleme.

Die EKD stellt fest, dass sich in solchen Konfliktsituationen beiden Seiten von Verständnis und Vertrauen leiten lassen müssen, um zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen, die den örtlichen Verhältnissen gerecht werden.

2.5.1.6 Muslime im Krankenhaus

Auch muslimische Patientinnen und Patienten stellen die Kliniken bei Pflege und ärztlicher Behandlungen vor neue Herausforderung. Eine optimale medizinische Versorgung im Krankenhaus ist unter anderem dann gegeben, wenn kulturelle und religiöse Werte von



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Patientinnen und Patienten berücksichtigt werden.²³⁷ Nach der Auffassung der Kirche hat Gesundheit eine biographische, eine kulturelle sowie religiös-spirituelle Dimension. Aus diesem Grund berücksichtigen Krankenhäuser den muslimischen Hintergrund ihrer Patienten, um ihnen eine adäquate Behandlung und Pflege zu bieten.

Der Krankheitszustand ist für gläubige Muslime ein besonderer Lebensabschnitt, in dem sie zu sich und ihrem Schöpfer eine besondere Beziehung pflegen. Das Gebet hat daher gerade in dieser Zeit eine hohe Bedeutung. Fühlen sich andere Kranke im Zimmer durch das fünfmalige Gebet am Tag gestört, so sollte muslimischen Patienten ein anderer Raum zur Verfügung gestellt werden.

Die EVK in Deutschland möchte den Dialog in theologischer Hinsicht mit den Muslimen fördern und pflegen. Die Muslime können in der EVK einen Partner sehen, der ihnen nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu werden versucht und für ihre Achtung und Anerkennung eintritt.

2.5.1.7 Kindertagesstätten

Der verständliche Wunsch vieler muslimischer Eltern in Deutschland, ihre Kinder wie in ihrem Heimatland aufwachsen zu lassen, ist nicht erfüllbar. Die zunehmende Entfremdung von der heimischen Kultur ist ein hoher Preis für das Leben in einem anderen Land, gleichgültig ob der Aufenthalt zunächst auf eigenen Wunsch zustande gekommen ist oder durch die schlechten Verhältnisse im Herkunftsland erzwungen wurde. Die EVK in Deutschland ermutigt in ihrer Erklärung dazu, Kinder mit Migrationshintergrund in christlichen Kindergärten aufzunehmen. Wo Glauben wächst, entfaltet sich Leben:

„Die Erzieherinnen und Erzieher der rund 9.000 evangelischen Kinderstätten sollen die muslimische Kinder nicht nur als Kinder mit Defiziten, wie beispielsweise mangelnde Deutschkenntnissen, sondern auch als Bereicherungen sehen. Denn sehr viele dieser Kinder haben in ihrem Leben bereits prägende Erfahrungen mit Migration gemacht, wissen sich in unterschiedlichen kulturellen Räumen zu bewegen. Diese Aspekte erleichtern es, die muslimischen Kinder nicht nur unter dem Aspekt der Belastung der Kindergruppe, sondern auch als Impulsgeber für interkulturelle Kompetenz anzusehen.“²³⁸

²³⁷Evangelischer Pressedient. epd Dokumentation. Frankfurt am Main. Christen und Muslime. Dreißig Jahre Islamisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft (ICA). Ausgewählte Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin am 13./14. November 2006.

²³⁸ Evangelische Texte: Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der EKD. 2007/2008. S. 59.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Vor allem der Erwerb der deutschen Sprache wird als wichtige Voraussetzung zur Integration von Kindern aus Migrantenfamilien gesehen. Leider werden die angebotenen Kindergartenplätze von Kindern mit Migrationshintergrund nicht oft angenommen, die Gründe dafür sind Unkenntnis seitens der Eltern über die Wichtigkeit des Kindergartens für die Entwicklung eines Kindes, Ängste vor Verständigungsschwierigkeiten oder organisatorische Probleme wie die Frage, wer die Kinder zum Kindergarten begleitet. Prinzipiell ist das Problem, dass die Kindergärten auf nicht-islamische Verhältnisse eingestellt sind.²³⁹

Diese Schwellenangst seitens der Migranteneltern könnte nach Sicht der EKD durch Organisation und freiwilliges Engagement geklärt werden. Doch mit dieser Nachbarschaftshilfe würde die Aufnahmegesellschaft gleichzeitig einen Beitrag zur Integration der Migranten leisten. Ein weiterer Punkt, an dem der frühe Eintritt in die Kindergartenstätten scheitert, ist die finanzielle Lage der Migranten Familien. Die Gebühren sind in den einzelnen Bundesländern und Kommunen unterschiedlich geregelt

Es ist zu hoffen, dass in absehbarer Zeit finanzschwache Familien bundesweit einheitlich die Kosten für Kindergartenstätten erlassen werden. Es ist zu erkennen, dass die Arbeit mit muslimischen Familien in den Kindergartenstätten, vor allem wenn deren Wertvorstellungen und Verhaltensmuster nicht mit den christlichen übereinstimmen, eine besondere Herausforderung darstellt. Dies verlangt von den Erziehrinnen und Erziehern Offenheit, Toleranz, Kenntnisse und ein hohes Maß an Handlungskompetenz, Fähigkeiten, die in ihrer Ausbildung künftig noch größere Berücksichtigung finden müssen. Deshalb brauchen diese Erzieherinnen und Erzieher Unterstützung und Weiterbildung, die sie in ihrer eigenen Religion festigen und die im Umgang mit religiösen und kulturellen Handlungsmustern muslimischer Eltern hilfreich sein können

2.5.2 Stellungnahme der katholischen Kirche

Die beiden Kirchen betonen das Recht der Muslime auf religiöse Unterweisung sehr ausdrücklich und unterstützen das. Bereits 1993 veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz eine umfangreiche Handreichung, die ausführlich auf die Hintergründe und Grundlagen eines konstruktiven Zusammenlebens von Christen und Muslimen in Deutschland eingeht. Das Dokument nimmt schon damals positiv zur Frage eines Religionsunterrichts für

²³⁹Spuler-Stegemann, Ursula: Muslime in Deutschland: Informationen und Klärungen. Herder Verlag. Freiburg im Breisgau. 2002. S. 241



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

muslimische Kinder und Jugendliche Stellung.²⁴⁰ Hier soll die Stellungnahme des Sekretariats in kurzen Auszügen wiedergegeben werden.

2.5.2.1 Islamischer Religionsunterricht

Die katholische Kirche bejaht seit Langem das Recht auf einen islamischen Religionsunterricht. Den Muslimen müssen Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet werden, wie sie auch für den christlichen Religionsunterricht gelten. Die katholische Kirche wirkt ebenso wie die evangelische Kirche bei der inhaltlichen Gestaltung des ordentlichen Lehrfaches mit.

„Der freiheitliche und weltanschaulich neutrale Staat kann nicht die großen und letzten Fragen nach ‚Gott, Freiheit und Unsterblichkeit‘ und so nach dem Sinn des Lebens in eigene Regie nehmen. Das tut nur ein totalitärer Staat. (...) Der Art. 4 Grundgesetz, der die Religionsfreiheit sichert, eröffnet auch ein Menschenrecht auf religiöse Bildung. So ist der Staat auf verschiedene Religionsgemeinschaften als Partner angewiesen, mit denen er bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Religionsunterrichts kooperiert. (...) Der Kirche liegt daran, dass auch der islamische Religionsunterricht nicht zu Sonderkonditionen außerhalb, wie ihn der Art. 7 vorgibt, stattfinden.“²⁴¹

Aus dieser rechtlichen Regelung ergibt sich, dass der Religionsunterricht eine gemeinsame Angelegenheit von Staat/Bundesland und Religionsgemeinschaft ist. Die Organisatorische Verantwortung liegt beim Staat, für die Inhalte des islamischen Religionsunterrichts ist die Religionsgemeinschaft verantwortlich.²⁴²

◆ **Die Sprache:** Der Status eines ordentlichen Schulfaches hat zur Konsequenz, dass der Unterricht in deutscher Sprache erfolgt.

◆ **Inhalte:** Inhalte des Religionsunterrichts dürfen nicht im Widerspruch zur Rechts- und Verfassungsordnung stehen.

- Ein Lehrplan, der nach Feststellung der Autoritäten der jeweiligen Glaubensrichtung des Islam den Grundsätzen dieser Glaubensrichtung entspricht. Genehmigung und Inkraftsetzung des Lehrplans durch die Schulaufsichtsbehörde,

²⁴⁰Evangelischer Pressedienst epd Christen und Muslime. Eine pastorale Handreichung (Arbeitshilfen 106). Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn.

²⁴¹ Evangelischer Pressedienst epd. Dokumentation. Frankfurt am Main. Dezember 2006. Nr. 53. Christen und Muslime. Islamisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft (ICA). Ausgewählte Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin am 13.-14. November: Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. Auszüge aus der am 28. November in Berlin vorgestellten Handreichung des Rates der EKD.

²⁴² Graf, Peter (Hrsg.): Der Islam im Westen – der Westen im Islam. Positionen zur religiös-ethischen Erziehung von Muslimen. 2004. S.135. Göttingen. V & R. Unipress. Osnabrück.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Gewährleistung einer staatlichen Schulaufsicht über diesen Unterricht,

♦**Lehrkräfte:** Die Gewährleistung, dass der Unterricht regelmäßig durch fachlich und pädagogisch geeignete Lehrer erteilt wird, die von den Autoritäten des Islam anerkannt und überprüft werden.

2.5.2.2 Moscheebau

Die Muslime müssen auch in Deutschland ihren Glauben in der rechten Weise praktizieren können. Zentrum islamischer Glaubenspraxis ist, das täglich fünfmal zu verrichtende rituelle Gebet. In Deutschland gewährt das Grundgesetz in Art. 4 Abs. 1 und 2²⁴³ Religionsfreiheit in einem umfassenden Sinne. Jeder hat demzufolge das Recht, eine religiöse Überzeugung zu haben oder nicht zu haben, und darf sie praktizieren, sei es allein oder mit anderen.

„Es zählt zu den Aufgaben unserer staatlichen Ordnung, dafür Sorge zu tragen, dass Muslime ihre Religion in Deutschland ausüben können. Das Grundrecht der Religionsfreiheit kennt allerdings auch – dies gilt für Muslime nicht anders als für Christen, für Angehörige anderer Religionen und für Nichtgläubige – Schranken.“²⁴⁴

Im Gegensatz zu den täglichen Gebeten hat das Freitagsgebet einen höheren Wert als das Gebet des einzelnen. Deshalb ist für Muslime eine entsprechend ausgestattete Moschee so wichtig. Die Moschee in Deutschland stellt das markanteste Element islamischer Religionsausübung dar. Primäre Funktion der Moschee ist es, der Ort des rituellen Gebets zu sein. Für viele Muslime in Deutschland repräsentiert die Moschee auch einen Teil ihrer Heimat, wo sie ihre Muttersprache praktizieren und mit Landsleuten dieselben Fragen diskutieren können. Den Moscheeräumen ist zumeist eine Cafeteria angegliedert, wo auch Besucher empfangen werden können. Oft gehören noch ein Lebensmittelgeschäft und eine Metzgerei dazu, die nicht nur dem Bedürfnis nach heimatlicher und ritueller Ernährung entgegengekommen, sondern auch eine Einnahmequelle für den Moscheeverein darstellen. Dazu stehen nach den finanziellen Möglichkeiten des Trägervereins noch Räume für den Koranunterricht der Kinder und die Schulung der Erwachsenen zur Verfügung.

Mit dem Bau von Moscheen sind immer Probleme verbunden. So haben islamische Vereine oft Schwierigkeiten, geeignete Grundstücke und Gebäude für den Bau oder die Einrichtungen einer

²⁴³ Siehe Anhang Abbild 4. Gesetztexte ,Seite XIV

²⁴⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Arbeitshilfe 172. Abs. 218. In: Christen und Muslime in Deutschland. Sept. 2003. S. 119.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Moschee zu finden.²⁴⁵ Manche Bürgerinitiativen wenden sich aus architektonischen Gründen gegen solche Vorhaben, manche empfinden es als Provokation, wenn die Zeichen für den Verbleib der Muslime in Europa Gestalt annehmen.

Es besteht die Befürchtung, die Moscheegemeinden könnten auch politische Ziele verfolgen oder für extremistische Aktivitäten missbraucht werden. Mitunter argumentieren die Gegner des Moscheebaus auch mit der Forderung nach Gegenseitigkeit: Auch in den islamischen Ländern sollten die Christen ihrer Religionsübung so frei nachgehen können wie die Muslime in Deutschland.²⁴⁶

Die katholische Kirche stellt eine wichtige Frage und zwar, ob der in der islamischen Welt übliche Gebetsruf vom Minarett der Moschee aus als Bestandteil islamischer Glaubensausübung zu betrachten ist. Zur Lösung von Konflikten um den lautsprecherverstärkten Gebetsruf trägt die Einsicht bei, dass der Gebetsruf grundsätzlich unter den Schutz von Art 4 GG fällt, andererseits aber Beschränkungen unterliegt, die sich aus der Überschneidung mit anderen Grundrechten ergeben. Hier bedarf es der Offenheit und Sensibilität für eine ganze anders geprägte Lebenswelt.

In den Aussagen der katholischen Kirche heißt es:

„Unser Verhalten im Alltag ist für den Muslim und das Bild, das er sich von den Christen macht, entscheidend. Die menschliche Begegnung, das Verständnis für seine Lebensart, spontanes Helfen zeigen ihm, dass Christen ihn anerkennen und annehmen, dass er als Muslim in dieser Gesellschaft seinen Platz hat – mit Rechten und Pflichten, geschätzt und nicht nur geduldet.“²⁴⁷

Die deutsche Bischofskonferenz vertritt daher die Auffassung, dass Muslime grundsätzlich das Recht haben, dass von ihren Moscheen aus zum Gebet gerufen wird. Er ruft alle katholischen Gemeinden auf, ihrerseits freundschaftliche Beziehungen zu den muslimischen Gemeinden aufzubauen und zu pflegen und sich auf dieser Grundlage für einvernehmliche Lösung von Konflikten um den Muezzin einzusetzen. Sie bittet in diesem Sinne sowohl die Muslime wie auch die katholischen Christen, gemäß dem II. Vatikanischen Konzil „sich aufrichtig um

²⁴⁵Sen , Faruk/ Aydin , Hayrettin: Islam in Deutschland. C. H. Beck. 2002. S. 103.

²⁴⁶Teil II, Stichwort Moscheebau. In: Arbeitshilfen 172. Abs .232. Christen und Muslime in Deutschland. Herausgeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Sept 2003.

²⁴⁷ Arbeitshilfen. 26. Juni 1982. Muslime in Deutschland. Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. S. 35.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen“.²⁴⁸

2.5.2.3 Der Gebetsruf

Muslimische Geistliche würden gerne auch in Deutschland den Gebetsruf durchsetzen. Er hat für sie einen großen Symbolwert. Muslime haben aber keinen Staatsvertrag wie die christlichen Kirchen und deshalb keine entsprechende Erlaubnis für den Ruf des Muezzins. Diskussionen in einigen Ländern führten jedoch zur entsprechenden Erlaubnis, z. B. in Berlin hat die „Moschee des Märtyrertums“ bereits die Erlaubnis für den Gebetsruf erhalten. In Dortmund dürfen alle Moscheen zum mittäglichen Freitagsgebet rufen, auch in Oldenburg und Siegen haben jetzt Moscheen eine entsprechende Regelung durchgesetzt. Und zwar dreimal am Tag, allerdings nicht früh beim Morgengrauen und zu Beginn der Nacht darf der Muezzin von Dillenburg mit angemessener Lautstärke, aber nicht in alle vier Himmelsrichtungen den Gebetsruf erschallen lassen

2.5.2.4 Kopftuch Verbot

Die Einwanderung des Islam in die Schule verändert das Schulleben insgesamt. An der Kleidung und somit dem äußeren Erscheinungsbild treten kulturelle Unterschiede besonders deutlich hervor. Die islamische Tradition gibt Hinweise für eine angemessene Kleidung sowohl für Männer als auch für Frauen.

Die religiös geprägten muslimischen Schülerinnen und Schüler bringen durch ihre Kleidung, durch ihr Verhalten an muslimischen Feiertagen, während der Fastenzeit, bei Schulveranstaltungen und in den allgemeinen Unterrichtsfächern Lebensformen ihrer Religion ein und fordern entsprechende Rücksichtnahme. Mit Recht fragt eine muslimische Schülerin: „Es gibt ja auch christliche Frauen, die den Kopf bedecken. Ich sehe jeden Tag katholische Nonnen oder Diakonissen. Warum werden wir belästigt und sie nicht?“²⁴⁹

In der Diskussion über den Islam rückt das von den Frauen getragene Kopftuch dabei in den Mittelpunkt und trägt derzeit viel dazu bei, dass der Frage nach angemessener Kleidung nahezu

²⁴⁸ Arbeitshilfen. 26. Juni 1982. Muslime in Deutschland. Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. S. 35.

²⁴⁹ Baumann, Christoph Peter / Jäggi, Christiane : Muslime unter uns. Islam in der Schweiz. Mit einem Vorwort von Hans Küng. Rex Verlag. Luzern. 1991. S. 59.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

ausschließlich mit Blick auf die Frauen erörtert wird.²⁵⁰ Dabei ist es von großer Bedeutung zu erkennen, dass Kleidungsvorschriften für Frauen mit der Einhaltung der Trennung der Geschlechter in einem engen inneren Zusammenhang stehen. In der deutschen Gesellschaft trifft das Tragen des Kopftuches auf kontroverse Diskussionen, die sich aber von der Türkei oder Frankreich unterscheiden, wo es unter Berufung auf eine laizistische Staatsordnung in staatlichen Institutionen strikt verboten war oder ist.

Im öffentlichen Leben ist das Kopftuch in einigen Bereichen zu einem Konfliktthema geworden. In den vergangenen Jahren haben sich Streitfälle zwischen Lehrerinnen muslimischen Glaubens und den Kultusbehörden der Länder ergeben, die sich daraus entwickelt haben, dass die betreffenden Lehrerinnen das Kopftuch auch während des Unterrichts in staatlichen Schulen nicht abzulegen bereit waren. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Falle der Lehrerin Freshta Ludin zu klären, ob diese dadurch gegen das Gebot staatlicher Neutralität in religiösen Fragen und gegen die negative Religionsfreiheit der Schüler verstoßen hat.²⁵¹ Dazu betonte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 4. Juli 2002, dass der Staat sich in religiös-weltanschaulichen Fragen neutral zu verhalten habe.²⁵²

Die Frage des Kopftuchsverbot steht im Spannungsverhältnis zum Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes. Diese Frage wird kontrovers diskutiert, nicht nur von Bundesland zu Bundesland, auch innerhalb der jeweiligen Länder gibt es unterschiedliche Regelungen. Die katholische Kirche ist bereit, an einer Integration der Muslime in die Gesellschaft unter Beibehaltung ihrer religiösen und kulturellen Eigenarten mitzuarbeiten.

2.5.2.5 Muslime im Krankenhaus

Der Aufenthalt von Muslimen im Krankenhaus ist für die Betroffenen selbst wie auch für Ärzte und Pflegepersonal noch mit besonderen Problemen verbunden, und zwar nicht nur wegen der Religionszugehörigkeit dieser Patienten. Das Gefühl der Fremdheit ist bei Muslimen gesteigert. Das gilt besonders, wenn es sich um Muslime handelt, die außerhalb Deutschland

²⁵⁰Spuler-Stegemann, Ursula: Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander. Herder Verlag. Freiburg im Breisgau. 1998. S. 198.

²⁵¹ Arbeitshilfen 172. Christen und Muslime in Deutschland. Herausgeber der deutschen Bischofskonferenz. Sept. 2003. S. 225.

²⁵²Anselm, Helmut: Islam in der Schule. Kompakte Informationen. Claudin Verlag. München. 2007. S. 97.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

aufgewachsen und bisher nur wenig in die deutsche Mehrheitsgesellschaft integriert sind.²⁵³

Hier behindern zusätzlich Sprachschwierigkeiten der Patienten, sie verstehen oft gar nicht, was mit ihnen geschieht, es gibt aber auch unterschiedliche Vorstellungen von Krankheit und Behandlung, die auch durch die Verschiedenheit der sozialen und kulturellen Herkunft bedingt sind, was die Verständigung zwischen Kranken und medizinischem Personal erschwert. Ärzte und Pflegekräfte sollten gegenüber muslimischen Patienten ein besonderes Maß an Taktgefühl und Sensibilität zeigen. Die katholische Kirche wie die evangelische Kirche betonen die freie Religionsausübung der Kranken. So muss es Muslimen im Krankenhaus ermöglicht werden, ihr Recht auf freie Religionsübung wahrzunehmen und sich den Geboten ihrer Religion entsprechend zu verhalten.

◆ Es ist wünschenswert, dass für das fünfmal tägliche Ritualgebet ein gesonderter Raum zur Verfügung gestellt wird. In den großen Krankenhäusern gibt es vereinzelt bereits eigene muslimische Gebetsräume mit Gebetsrichtung nach Mekka, die den Patienten schon allein durch ihre besondere Ausstattung ein gewisses Maß an Heimatgefühl vermitteln können.

◆ Für die Muslimen sollte grundsätzlich ein eigenes Menü angeboten werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass sie kein Schweinefleisch und keine mit Alkohol angerührte Speisen erhalten. Das gilt auch für sehr kleine Mengen als Geschmackszutat.

Auch auf alkoholhaltige Medikamente sollte verzichtet werden, wenn Alternativen zur Verfügung stehen. ◆ Muslime beiderlei Geschlechts sind gewöhnlich zu einer ausgeprägten Schamhaftigkeit erzogen worden. Diese ist zu respektieren. Deshalb sollten ärztliche Untersuchungen und Behandlung wie auch pflegerische Betreuung von muslimischen Patienten und Patientinnen so weit wie möglich von Personen gleichen Geschlechts vorgenommen werden.²⁵⁴

◆ Die Geburt eines Kindes ist ein glückliches Ereignis. Aber gerade bei der Geburt treten kulturelle Unterschiede zutage. Eine orientalistische Muslimin darf in ihrem Heimatland beim Gebären aus Leibeskräften schreien, hier gilt ein solches Verhalten als ungehörig. Bei Krankenhausgeburten sind muslimische Ehemänner in Deutschland inzwischen genau wie andere Väter anwesend, hingegen ist ein frommer Muslim bei der Geburt seines Kindes nicht

²⁵³Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung christlicher Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2000. S. 96.

²⁵⁴Spuler-Stegemann, Ursula: Muslimen in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander. Herder Verlag. Breiburg im Breisgau. 1998. S. 181.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

zugesen. Erst wenn alle Spuren der Geburt beseitigt sind, darf er sein Kind sehen. Wenn der Vater nicht da ist, dann sollte die Frau möglichst frühzeitig gefragt werden, ob sie wünscht, dass dem Kind nach islamischer Sitte gleich nach der Geburt der Gebetsruf ins Ohr gesprochen wird. Das kann ein muslimisches Mitglied des Krankenhauspersonals tun.

◆ Verstirbt ein Muslim in einer Klinik, sollte den Verwandten ein geeigneter Raum zur Verfügung gestellt werden. Nach der Religion muss der Tote in Richtung Mekka gedreht werden und für ihn muss das islamische Glaubensbekenntnis gesprochen werden. Unmittelbar danach müssen die nächsten Angehörigen oder eine andere muslimische Vertrauensperson des oder der Sterbenden oder der Imam anwesend sein können und Gelegenheit erhalten, die notwendigen religiösen Riten zu vollziehen. Soweit möglich sollten schwerstkranke Muslime, die nicht durch Angehörige begleitet werden, gefragt werden, ob und durch wen sie religiös begleitet zu werden wünschen.

◆ Es muss ein geeigneter Raum für die islamische Totenwaschung zur Verfügung gestellt werden. Diesen Ritus vollzieht eine Person gleichen Geschlechts aus dem Familienkreis des oder der Verstorbenen, falls es keine gibt, kann auch ein Imam tätig werden.²⁵⁵

2.5.2.6 Islamische Friedhöfe und Gräberfelder

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es bislang keine eigenständigen islamischen Begräbnisstätten. Die einzige Ausnahme bildet ein islamischer Friedhof in Berlin, der als Schenkung des wilhelminischen Kaiserreichs an das Osmanische Reich in den Besitz der Republik Türkei überging.²⁵⁶ Der Tod und die Bestattung von Muslimen stellen jedoch in Deutschland die betroffenen Familien und die kommunalen Verwaltungen vor besondere Probleme. Die islamische Tradition kennt bestimmte Bestattungsvorschriften, etwa die rituelle Waschung, das Totengebet. Es gibt türkische Bestattungsunternehmen und islamische Verbände, die eine Sterbevorsorge anbieten und diese Überführungen organisieren. Gleichzeitig wächst jedoch das Interesse auf islamischer Seite an Verhandlungen mit kommunalen Trägern über die Einrichtung eigener Friedhöfe oder die Zuweisung islamischer

²⁵⁵ Arbeitshilfen 26. In: Muslime in Deutschland. Juni 1982. Hrsg. Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz. S. 45.

²⁵⁶ Sen, Faruk/ Aydin, Hayrettin: Islam in Deutschland. C. H. Beck. München. 2002. S. 110.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Gräberfelder, auf denen Muslime unter Wahrung islamischer Bestattungsvorschriften beigesetzt werden können.²⁵⁷

Mittlerweile gibt es in Deutschland einige islamische Friedhöfe bzw. Gräberfelder für Muslime, auf denen die Toten nach islamischem Ritus bestattet werden können. Auf einigen Friedhöfen ist auch die Bestattung auswärtiger Muslime erlaubt.

Die Wahl des Bestattungsortes ist eng mit der Frage nach der sozialen Identität und der gesellschaftlichen Integration verbunden.

„Je länger der Aufenthalt in Deutschland andauert, desto mehr gehen auch die Bindungen an die Heimat verloren, da die Familienangehörigen dort nicht mehr leben, die Kinder und Enkelkinder der muslimischen Arbeitnehmer in der Fremde geboren sind (Deutschland) und leben und sich familiären Bindungen verlagern...

Während es für die erste Generation der muslimischen Arbeitnehmer noch selbstverständlich ist, im Geburtsland begraben zu werden, wird sich jedoch die Frage für die zweite und dritte Generation anders stellen.“²⁵⁸

Der Wunsch, die Toten in der Nähe der lebenden Familien nach islamischen Vorschriften zu bestatten, ist mit der neuen Generation zunehmend gewachsen.

2.6 Stellungnahmen der islamischen Vereine zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts

2.6.1 Stellungnahme des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland (IRD)

Die Positionierung der islamischen Vereine gegenüber der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ist im Großen und Ganzen von einer Zustimmung geprägt.

Ich möchte im Folgenden kurz auf einige der größten muslimischen Vereine eingehen.

Der Islamrat Deutschland fordert seit Jahren das Recht aller Schülerinnen und Schüler auf einen islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, dass in deutscher Sprache erteilt werden muss, wozu es einer deutschsprachigen Lehrerausbildung bedarf, die innerhalb des normalen Universitätsstudiums erfolgen muss, so dass die Lehramtskandidaten in die

²⁵⁷ Handreichung für die kirchlichen Friedhofsverwaltungen im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die islamische Bestattung. Bielefeld. 22. September 1982. Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland (Hrsg.): Gutachten zum islamischen Bestattungsritual auf kommunalen Friedhöfen. Soest 22.5.1995. Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) (Hrsg.): Zum Thema „Islamische Friedhöfe“ Stellungnahme des Vorsitzenden des ZMD. Dr. Elyas, Nadeem. Köln. 1995.

²⁵⁸ Lemmen, Thomas: Arbeitsgruppe Islam / Interreligiöser Dialog der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Hrsg.): Erste Schritte wagen. Eine Handreichung für die Begegnung von Kirchengemeinden mit ihren muslimischen Nachbarn. München. 2000. S. 8.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

theoretischen Reflexionen einer islamischen Didaktik eingebunden werden können.²⁵⁹ Der islamische Religionsunterricht muss dialogfähig sein und sich an den Gegebenheiten der deutschen Gesellschaft orientieren. Der bisherige Religionsunterricht als muttersprachlicher Ergänzungsunterricht in türkischer Sprache und mit nicht-qualifizierten Lehrern ist gescheitert und wurde von der IRD kritisiert. Die IRD zweifelte die Kompetenzen der Lehrer an. Diesen Lehrern, die häufig vom türkischen Staat nach Deutschland geschickt worden waren, fehlte nicht nur eine islamwissenschaftliche und pädagogische Ausbildung, sondern sie zeigten oft auch Unkenntnis und Unverständnis für die deutschen Länderverfassungen und das Grundgesetz. Der IRD fragte weiter, ob es sich bei den Lehrern um gläubige und für den Religionsunterricht qualifizierte Muslime handeln würde.²⁶⁰ Der Islamrat für Deutschland hat Vorschläge für die Entwicklung von Lehrplänen und Inhalten formuliert. Diese betreffen Inhalte, die den Studentinnen und Studenten als Mindestwissen vermittelt werden sollten. Dazu wurden Vorschläge dazu gemacht, was künftige Erwachsene und Bürger in der Mehrheitsgesellschaft benötigen: Ulum al-Quran, Ulum al-Hadith, Ilm al-Akhlaq, Ilm al Aqida, das (kanonische) Recht.

In diesen Kontext gehört das Problem, wie viel Arabisch die Schüler lernen sollten. Das Arabische ist die Sprache des Korans und sollte von den Schülern gelernt werden.

Der Islamrat Deutschland kritisiert dagegen die starke Forderung der CDU nach der „Einfügung“ der Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft (Deutschland) und geht dabei von einer „assimilationsähnlichen Integrationsforderung“ aus. Die Frage, die der Islamrat stellt, ist die Klärung der Orientierungsmaßstäbe für Migranten. Der Islamrat geht von einer Mehrheitsgesellschaft aus, die nicht nur pluralistisch ist, sondern sich auch im ständigen Wandel befindet. „Soziologisch gesehen gliedert sich diese Gesellschaft (Deutschland) in hundert verschiedene Milieus, dazu viele Randgruppen, mit entsprechend vielen verschiedenen Lebensbedingungen, Interessen, Meinungen, Leitbildern und den widersprüchlichsten Werthaltungen. An welche sollen wir uns anpassen?“²⁶¹

²⁵⁹Islamischer Religionsunterricht. Hintergründe, Probleme, Perspektiven. Hrsg. Thomas Bauer, Lamyya Kaddour, Katya Strobel. Band 1. Lit-Verlag. Münster. 2004. S.15.

²⁶⁰Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen, Kontext, Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. Lit-Verlag. Münster. 2005. S. 101.

²⁶¹Yölek Cantay, Hasiybe-: Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. Band 15. Tectum Verlag. 2010. S. 32.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Mit dieser Beschreibung der Mehrheitsgesellschaft unterstreicht der Islamrat Deutschland, dass es den Ausländern und Muslimen nicht nur um Einfügung und Integration geht, aber es ist ein Weg für die Gestaltung der Einfügung und Integration zu finden, der den Verlust der Identität vermeidet und die Erweiterung der Identität fördert. Der IRD verlangt die Anerkennung der islamischen Dachverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts und ihre Gleichstellung mit den beiden großen christlichen Kirchen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft.²⁶²

2.6.2 Stellungnahme des Zentralrats der Muslime Deutschland (ZMD)

Andere Vereine wie VIKZ (Verband Islamischer Kulturzentren) oder ZMD (Zentralrat der Muslime in Deutschland) haben gegen die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts keine Vorbehalte geäußert. Ihnen geht es vor allem um die Frage der Lehrpläne und die Qualifikation der Lehrkräfte.

Nach der Auffassung des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) liegt die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in der Verantwortung des Staates und der organisierten Gesprächspartner. Er wird unter staatlicher Aufsicht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt (Art. 7 Abs. 3 GG). Die Übereinstimmung umfasst die Inhalte, die Didaktik und die Auswahl der Lehrer. Der islamische Religionsunterricht soll einen Beitrag zur Integration leisten.

Die legitimierten religiösen Dachverbände müssen die Funktion der Trägerschaft übernehmen. Sie sollen als Ansprechpartner für den Staat stehen und als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Die Ausbildung der Lehrer für den IRU muss an islamischen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen erfolgen. Die ZMD hat sich seit den achtziger Jahren um Mitwirkung bei der Erstellung eines islamischen Lehrplans und die Einführung eines regulären islamischen Religionsunterrichts bemüht. Dies ist ein konkreter Schritt von muslimischer Seite, der zur Lösung der Problematik islamischer Religionsunterricht beitragen kann.²⁶³

Zum Schluss: Die vorausgehenden Stellungnahmen der islamischen Vereine sowie der zwei großen Kirchen sollten zeigen, dass angesichts des deutschen Verfassungsrechts Muslime in ihrer religiösen Lebenswelt (Moscheebau, Gebetsräume, Religionsunterricht, Pflege in

²⁶²Totakhyll, Ghulam. Generalsekretär: Forum Islam in Deutschland. 15. Juni 1999. Anhörung der CDU/CSU Fraktion. Stellungnahme des Islamrates für die BRD.

²⁶³Bauer, Thomas/ Kaddour, Lamyia Islamischer Religionsunterricht: Hintergründe, Probleme, Perspektiven. Hrsg: Katja Strobel. Lit-Verlag. S. 42-43.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Krankenhäusern usw.) gleichberechtigt sein sollten. Für ihre Kinder gilt das Schulgesetz des jeweiligen Bundeslandes, in dem sie leben und zur Schule gehen. Für sie ist die Erteilung islamischen Religionsunterrichts im Art. 7 Abs. 3 garantiert. Muslime werden in keinem Fall bei ihrer Religionsausübung benachteiligt und die großen Kirchen privilegiert. Das deutsche Religionsrecht ist für alle Religionsgemeinschaften offen und ermöglicht die Religionsausübung auch im öffentlichen Leben. Die beiden großen Kirchen ihrerseits unterstützen die Bemühungen, islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu etablieren. Sie haben das Recht der Muslime auf religiöse Unterweisung nicht nur toleriert, sondern ausdrücklich unterstützt. Für sie soll die Schule ein Lernort für die versöhnte Verschiedenheit sein.

Die Präsenz von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen bietet die Chance und die Notwendigkeit zu einer lebendigen und authentischen Begegnung mit den Religionen. Die einzelnen Religionen sollen in ihrem Unterricht Fenster füreinander öffnen. So kann die Schule ein Ort interreligiöser Erfahrungen, des Dialogs der Religionen und des Respekt voreinander werden. Die beiden Kirchen erfordern weiter wechselseitigen Respekt zwischen Muslimen, Christen, Andersgläubigen und Nichtgläubigen, ein besonderes Maß an Verständnis und Vertrauen. Dieses aber kann nur dort erreicht werden, wo nachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen gepflegt werden. Insgesamt kann für die Stellungnahmen der beiden Kirchen in Deutschland folgende Haltung gelten: In ihrem Bemühen bzgl. der Fragen der religiösen Lebenswelt der Muslime in Deutschland (Kopftuchtragen, Moscheebau, Pflege in Krankenhäusern, islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen sowie Studiengänge für islamischen Religionsunterricht zu entwickeln) finden die Muslime in den beiden Kirchen einen natürlichen Bündnispartner. Die Muslime müssen sich nur organisieren. Zahlreiche muslimische Vereine setzen sich für die Integration ihrer Mitglieder in die deutsche Gesellschaft ein und leisten gute Sozial- und Bildungsarbeit.

Diese Organisationen könnten als Ansprechpartner für die muslimische Bevölkerung dienen und die Voraussetzungen für die Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erfüllen. Damit würden sie mit den beiden großen christlichen Kirchen rechtlich gleichgestellt werden. Die vorausgehenden Stellungnahmen haben gezeigt, dass es ein positives Zeichen in Richtung der Integration der Muslime gibt und ihre Anerkennung in Deutschland sich allmählich durchsetzt. Ein islamischer Religionsunterricht an öffentlichen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Schulen für muslimische Schüler wurde seitens der deutschen Politiker sowie der islamischen Organisationen mehrheitlich begrüßt. Die multireligiöse Realität wird damit deutlich, z. B. durch öffentlich sichtbare religiöse Symbole. Dies gilt insbesondere für die Symbole des Islam: Moscheeneubauten, Minarette, Muezzin-Ruf, Kopftücher, obwohl immer wieder Intellektuelle und Politiker Ausländerfeindlichkeit geschürt haben, was sich mit zahlreichen Äußerungen belegen lässt.

Deutschland braucht in Zukunft weitere Einwanderer, um die Überalterung der Gesellschaft zu bewältigen.

Muslimische Familien mit einem hohen Anteil an Geburten sind auf jeden Fall ein Gewinn einer immer älteren Gesellschaft. Einwanderer haben einerseits eine positive Auswirkung auf die sozialen Sicherungssysteme (Rentenkasse), andererseits aufgrund der steigenden Einbürgerungen werden sie für die Parteien als Wählerstimmen immer interessanter. Deshalb sollten meiner Meinung nach muslimische Familien unter all diesen erwähnten Punkten insgesamt positiver gesehen und nicht nur in erster Linie als „Problem“ betrachtet werden. Daher muss sich die deutsche Politik auf jeden Fall stärker um ein friedliches Zusammenleben und einen Dialog kümmern, denn Integration ist als wechselseitiger Prozess zu verstehen.

Trotz aller genannten positiven Handlungen werden sich noch Schwierigkeiten und Konflikte ergeben, die nicht auf einfache Weise zu lösen sind. Sie können aber mit der gegenseitigen Arbeit und Bereitschaft eine Lösung für die Probleme näher bringen und ein besseres Zusammenleben erreichen.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kapitel III



3. Islamischer Religionsunterricht im deutschen Schulsystem und seine rechtlichen

Voraussetzungen

Es wurde mehrfach gesagt, dass der Islam die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland stellt. Religionsfreiheit wurde für alle Menschen durch das Grundgesetz garantiert, dann gilt das auch für die Muslime. Wenn die Christen ihre Kirchen haben, wenn die Juden ihre Synagogen haben, dann sollten die Muslime auch das Recht haben, ihre Moscheen zu bauen und ihre Religion frei auszuüben. Es ist auch selbstverständlich, dass die muslimischen Kinder das Recht haben, in der Schule etwas über ihre Religion zu lernen. Es geht darum, den islamischen Religionsunterricht ins deutsche Schulsystem zu integrieren.²⁶⁴

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert in Art. 7 Abs. 3 allen Religionsgemeinschaften unabhängig davon, ob sie einen Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts innehaben, das subjektive Recht, für diejenigen Schüler,²⁶⁵ die einem Bekenntnis angehören, an öffentlichen Schulen Religionsunterricht abzuhalten. Angesichts der Neutralität des Staates darf er sich nicht direkt in die Schaffung eines islamischen Religionsunterrichts einmischen oder einfach einen der vielen muslimischen Verbände als Ansprechpartner im Sinne einer Religionsgemeinschaft auswählen.

Politisch erscheint der Weg für die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach weitgehend erreichbar. Und wenn der islamische Religionsunterricht politisch gewollt und akzeptiert ist, fragt man sich, warum ein solches Schulfach bislang in keinem Bundesland eingerichtet werden konnte.

Die Kulturministerien verweisen regelmäßig darauf, dass keine Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3 besteht, die in der Lage wäre, die religiösen Inhalte des Unterrichts festzulegen und die fundamentalen Verfassungsprinzipien, Grundrechte und Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsrechts zu achten.²⁶⁶

²⁶⁴ Ceylan, Rauf (Hrsg.): Islam und Diaspora. Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. Peter Lang. Frankfurt am Main. 2012. S. 83.

²⁶⁵ Hildebrand, Uta : Das Grundrecht auf Religionsunterricht. Tübingen. 2000. S. 13.

²⁶⁶ Rauf Ceylan (Hrsg.): Islam und Diaspora. Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. Peter Lang. Frankfurt am Main. 2012. S. 163.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Neben den großen christlichen Religionsgemeinschaften gibt es mittlerweile auch eine Vielzahl kleiner Religionsgemeinschaften in zahlreichen Bundesländern, die sich für alternative Formen der Ausübung im Sinne des Art. 7 Abs. 3 entschieden haben. Bereits Mitte der siebziger Jahre beantragten sie die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen.²⁶⁷ Heute findet die Vorstellung, islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen zu etablieren, große Akzeptanz. Die Kulturministerkonferenz hat im März 2003 in Weimar festgestellt, dass die schulische religiöse Bildung von Schülern muslimischen Glaubens nach Ansicht aller Bundesländer zum Auftrag der Schule gehört.²⁶⁸

In diesem Kapitel werden zunächst die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen gemäß Art. 7 Abs. 3 GG sowie die rechtlichen Organisationsformen islamischer Religionsgemeinschaften dargestellt. Weiterhin geht es um die Antwort auf folgende Fragen: In welchem Maße und auf welche Art und Weise müssen sich die Religionsgemeinschaften organisieren und in welchen Bundesländern ist dies bislang der Fall. Zuletzt werden Modellversuche eines islamischen Religionsunterrichts in einigen Bundesländern dargestellt.

3.1 Das deutsche Religionsverfassungsrecht

Das deutsche Religionsverfassungsrecht basiert auf drei Aspekte: Der erste ist die in Art. 4 GG²⁶⁹ fixierte Religionsfreiheit, auch als Freiheit des Glaubens, Gewissens und Bekenntnisses jeder natürlichen Person bezeichnet. Der zweite ist die in Art. 140 GG²⁷⁰ in Verbindung mit Art. 137 I Weimarer Reichsverfassung (WRV) geregelte Trennung von Staat und Kirche (Staatskirchenverbot) und der dritte Aspekt ist das aus Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 III Weimarer Reichsverfassung hervorgehende Selbstbestimmungsrecht der Kirchen.²⁷¹

3.1.1 Religionsfreiheit

Die Garantie der Religionsfreiheit als kollektives Grundrecht durch das Grundgesetz ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses um ein friedliches Zusammenleben

²⁶⁷ Buelent Ucar: Erfahrungen am Beispiel der Islamkunde in NRW. Geschichte, Status, Lehrpläne, Didaktik und Ausblick: In Oebbecke/Kalisch /Towfigh (Hrsg.): Die Stellung der Frau im islamischen Religionsunterricht,, Dokumentation der Tagung am 6. Juli 2006 an der Universität Münster. 2007. S. 13.

²⁶⁸ Stock: Islamunterricht, Religionskunde, Bekenntnisunterricht oder was sonst? Münster. 2003. S. 108.

²⁶⁹ Siehe Anhang. Abbild 4 Seite XIV

²⁷⁰ Siehe Anhang. Abbild 4 Seite XIV

²⁷¹ Quartsch Christoph und Dirk Rademacher: Dokumente im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages. S. 826. Deutscher Evangelischer Kirchentag. Frankfurt am Main. 2001.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

unterschiedlichen Religionen und Bekenntnisse. Sie ist nicht auf die christlichen Kirchen beschränkt, sondern steht allen – und damit auch den unterschiedlichen islamischen – Religionsgemeinschaften zu. Ihre Formulierung im Art. 4 Abs. 1 und 2 GG lautet:

„(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind Unverletzlich.

2) Die ungestörte Religionsübung wird geleistet.

3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“²⁷²

Es wird durch Art. 4 GG die Menschenwürdegarantie des Art. 1 I GG spezifiziert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dadurch erfolgt der verfassungsrechtliche Schutz der Integrität und Identität des Einzelnen, sich nach seinen Sinn- und Identitätswünschen auszubreiten.²⁷³ In erster Hinsicht wird demnach der Glaube geschützt, der sich auf der Grundlage einer Religion oder einer Weltanschauung entfalten kann. Da der Schutz der inneren Freiheit nicht ausreicht, wird ebenfalls die äußere Freiheit, die inneren Überzeugungen zu bekennen, geschützt, wozu vor allem der Schutz kultischer oder religiöser Handlungen wie Riten, Gebete, Gottesdienste, das Zelebrieren von Sakramenten, Glockenläuten, Gebetsruf, die Anerkennung und Ablehnung religiöser Symbole sowie die Freiheit, eine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung abzulehnen gehören.²⁷⁴

Weiterhin wird neben dem Schutz glaubensbezogener Handlungen das Recht des Einzelnen geschützt, sein Verhalten und seine Lebensführung grundsätzlich nach einer Religion oder Weltanschauung auszurichten und seiner inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu handeln. Beispiel hierfür ist die Beachtung religiöser Ernährungsvorschriften, bestimmter religiöser Arbeitsverbote oder der Verzicht auf medizinische Hilfe, soweit sie für das Gewissen zwingende religiöse Vorschriften darstellen. In einer mehrkonfessionellen und multireligiösen Gesellschaft muss der Staat als Heimstaat aller Bürger selbst religiös neutral sein.

²⁷²Darwisch, Kinan: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Auf dem Weg zu Art. 7 III GG islamischer Unterrichtsprojekte. Tectum Verlag, Marburg, 2013. In: Pieroth, B. / Schlink B.: Grundrechte, Staatsrecht II. Heidelberg, 2004.

²⁷³ Bundesverfassung für Gericht(BVerfGE) 99,1/7. In: Jarass/Pieroth. 2006. S. 143.

²⁷⁴Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Ein Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Güsterloher Verlagshaus. 2000. S. 46.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Der Staat darf sich nicht anmassen, die Glaubensgrundsätze der Muslime in Deutschland einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen. Religiöse Neutralität bedeutet aber keine absolute Trennung von Staat und Religion wie im französischen Laizismus. Freiheitliche Demokratie verlangt, dass der Staat sich jeder weltanschaulichen oder religiösen Indoktrination enthält. Die Religionsfreiheit als kollektives Grundrecht ist nicht auf die christlichen Kirchen beschränkt, sondern steht allen – und damit auch den unterschiedlichen islamischen – Religionsgemeinschaften zu. Auch die Aleviten und die Ahmadiyya-Jamaat-Muslime, die oft nicht zur Weltgemeinschaft der Muslime gezählt werden, genießen für ihr religiös-motiviertes Tun prinzipiell den Schutz des Art. 4 Abs. 1 und 2 des GG.²⁷⁵

3.1.2 Trennung von Staat und Kirche

Die Regelung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Art.7 Abs. 3 GG basiert auf dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche in Art. 140 GG in Vergleich mit Art. 137 I WRV²⁷⁶ lautet: „Es besteht keine Staatskirche.“ Der hierauf basierende Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche in der BRD begründet das Verbot der Existenz einer Staatskirche und verankert die staatliche Neutralitätspflicht im Grundgesetz. Dies erklärt, dass die Beziehung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften partnerschaftlich ist und erkennt die besondere Bedeutung der Religion für das öffentliche Leben an.²⁷⁷

Es gibt in Deutschland keine Staatsreligion, keine Religion darf in irgendeiner Weise staatlich bevorzugt werden. Dies bedeutet für die rechtliche Praxis konkret, dass grundsätzlich keine institutionellen oder organisatorischen Verbindungen zwischen Staat und Kirche bestehen dürfen, es sei denn, es besteht hierfür eine verfassungsrechtliche Grundlage.²⁷⁸ Diese Trennung der Kirche vom Staat wurde in der deutschen Rechtsgeschichte endgültig im Jahre 1919 mit Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung vollzogen. Das Interesse war einerseits

²⁷⁵Muckel , Stefan: Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates. Dunker & Humboldt. Berlin. 2008. S. 235.

²⁷⁶ Siehe Anhang.

²⁷⁷Heimbach , Marfa: Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961. Klaus Schwarz Verlag. Berlin. 2001. S. 130.

²⁷⁸ Vgl. BverfGE 19,206/216. S. 101 ff. Jarass. In: Kinan Darwisch. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland auf dem Weg zu Art. 7 III GG. S. 60.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

die Freiheit des Staates von der Kirche zu erzielen sowie andererseits die Eröffnung der Chancen für die Religionsgemeinschaften, ohne Bindung an den Staat agieren zu können, was zuvor durch das Staatskirchentum nur eingeschränkt möglich war.²⁷⁹ Historisch und pragmatisch bedingt kennt das Verbot der institutionellen Verflechtung auch Ausnahmen: Hierzu gehören beispielsweise der an anderer Stelle noch näher explizierte konfessionelle und bekenntnisorientierte Religionsunterricht gemäß Art. 7 Abs. 3 GG, die Erhebung von Kirchensteuern oder auch die Einrichtung theologischer Fakultäten an öffentlichen Hochschulen für die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern; denn die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland begründet keinen rechtlichen Laizismus wie in Frankreich, wo die Trennung von Kirche und Staat radikal vollzogen wurde. Die Religionsausübung wurde aus dem öffentlichen Leben verbannt und auf den rein privaten Bereich beschränkt. In einer mehrkonfessionellen und multireligiösen Gesellschaft muss der Staat als Heimstatt aller Bürger zwar selbst religiös neutral sein. Religiöse Neutralität bedeutet auch keine absolute Trennung von Staat und Religion. Das Grundgesetz hat sich daher bewusst für eine Zusammenarbeit des Staates mit den Religionsgemeinschaften entschieden und lässt den Bürgerinnen und Bürgern Raum, ihrer Religiosität im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen, so etwa in der schulischen Erziehung oder in der sozialen Betreuung.²⁸⁰ Der Staat ist zu religiöser Neutralität verpflichtet, d. h., er darf keine Religionsgemeinschaften bevorzugen oder benachteiligen. Damit haben auch die islamischen Religionsgemeinschaften dieselben Teilhaberecht am öffentlichen Leben wie die christlichen Kirchen.

3.1.3 Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen

Art. 140 GG im Vergleich mit Art. 137 III WRV lautet: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.“ Dieses Selbstbestimmungsrecht gilt für alle Religionsgemeinschaften ohne Rücksicht auf ihren rechtlichen Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts, Vereine des

²⁷⁹Religiöse Bildung im Dialog zwischen Christen und Muslimen. Hrsg. Peter Graf und Bülent Ucar. S. 193. Interreligiöser Dialog in gesellschaftlicher Verantwortung. Kohlhammer. Stuttgart. 2011.

²⁸⁰Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2000. 2. Auflage. S. 49-50.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Privatrechts oder auch ohne das Innehaben irgendeiner Rechtsform.²⁸¹ Dies hat zur Folge, dass der Staat grundsätzlich nicht befugt ist, in ihre inneren Verhältnisse einzugreifen. Jede Religionsgemeinschaft bestimmt ihre Ämter ohne Einmischung von außen und Akte kirchlicher Gewalt unterliegen keiner Rechtskontrollmöglichkeit seitens des Staates.²⁸² Zu den Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften, die den Gegenstand des Selbstbestimmungsrechts ausmachen, zählt alles durch den kirchlichen beziehungsweise religiösen Auftrag Umschriebene und für den Vollzug des Dienstes nach dem Selbstverständnis der jeweiligen Religionsgemeinschaft Unerhebliche. Hierzu zählen als anerkannte eigene Angelegenheiten insbesondere Lehre und Kultus, Kirchenverfassung und Organisation, freie Ämterverleihung, Erziehung und Ausbildung der Geistlichen, Rechte und Pflichten der Mitglieder, das kirchliche Dienst- und Arbeitsrecht, Vermögensverwaltung sowie letztlich karitative Tätigkeiten.²⁸³ Auch wenn es gewisse Berührungspunkte sowie Interessenskonflikte gibt, zählen alle Angelegenheiten, die den weltlichen Rechtsverkehr betreffen, nicht zu den eigenen Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften, sondern zu denen des Staates.

3.2 Rechtliche Organisationsformen islamischer Religionsgemeinschaften - Anerkennung als Religionsgemeinschaft

Es ist notwendig für die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, dass die Muslime einen einzigen einheitlichen „Ansprechpartner“ bilden, der mit dem Staat nach Art. 7 Abs. 3 GG in Kooperation steht. Bisher werden islamische Moscheevereine und Verbände als eingetragene Vereine nach bürgerlichem Recht gebildet. Die muslimischen Verbände versuchen, sich zu organisieren, um als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden.

3.2.1 Voraussetzungen für die Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

Der Ansprechpartner muss alle Aufgaben der Religionszugehörigen erfüllen können.

²⁸¹ BVerfGE 18/386. In: Kinan Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland.“ Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte..S. 61.

²⁸²Schriften zum Staatskirchenrecht. Claudia Maria Corlazzoli: „Religionsunterricht von kleineren Religionsgemeinschaften an öffentliche Schulen in Deutschland. Peter Lang. Band 43. 2007. S. 47.

²⁸³ Vgl Schmied, Bleibtreu, Klein. 1999. S. 187. Kommentar zum Grundgesetz. In: Stein, A. Evangelisches Kirchenrecht. Ein Lehrbuch. Neuwied. 1985.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Verfassung der Religionsgemeinschaft, die die Verleihung des Rechtsstatus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts anstrebt, muss eine klare rechtlich fassbare Organisationsstruktur aufweisen. Diese Normen erlangen damit allgemeine Verbindlichkeit, die auch von staatlichen Behörden und Gerichten zu beachten ist.²⁸⁴ Dabei müssen vertretungsberechtigte Organe bestimmt werden, die im Hinblick auf Glaubenslehre und Ordnung verbindliche Aussagen machen und Rechtshandlungen vornehmen können. Dann müssten sich die oft zahlreichen und zum Teil miteinander konkurrierenden Vereine und Verbände gleicher Konfession zusammenschließen und entsprechende rechtlich bindende Absprachen treffen.²⁸⁵ Dies ist für den islamischen Religionsgemeinschaften fremd. Betrachtet man den Islam, verfügt er über kein strukturiertes Organisationsmodell. Nach traditionellem islamischem Religionsverständnis, das heute von vielen Muslimen nicht mehr geteilt wird, bestimmt die Scharia auch das private, soziale und politische Leben. Eine formalisierte Mitgliedschaft, wie sie bei den christlichen Kirchen vorzufinden ist, gibt es im Islam nicht. Für ihre Religionsübung benötigen sie keine besondere Organisation.

Da sich unter diesen Voraussetzungen keine Trennung von Staat und Religion im Sinne der europäischen Tradition herausgebildet hat, entstand auch keine gesonderte Institution für das religiöse Leben. Dies erklärt, weshalb in den zahlreichen islamischen Vereinen und Verbänden nur eine relativ geringe Zahl von Muslimen organisiert ist. Der Islam kennt von seiner Tradition her keine mitgliedschaftsrechtliche Organisation für das religiöse Leben und hat sie bisher in Deutschland nicht realisiert.

Dennoch ist es möglich, dass islamische Religionsgemeinschaften die Voraussetzung für eine eindeutige Feststellung der Mitgliedschaft in ihren Moscheegemeinden schaffen. Sie sollen aber ihr religiöses Leben rechtlich entsprechend ordnen.²⁸⁶ Was im deutschen Recht unter dem Ausdruck „Religionsgemeinschaft“ zu verstehen ist und welche Voraussetzungen eine Gruppierung erfüllen muss, um als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden, ist in Deutschland nicht gesetzlich festgelegt. Die Antwort liegt im Streit zwischen

²⁸⁴Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2000. 2. Auflage. S. 50-51.

²⁸⁵Schriften zum Staatskirchenrecht. Claudia Maria Corlazzoli: „Religionsunterricht von kleineren Religionsgemeinschaften an öffentliche Schulen in Deutschland. Peter Lang. Band 43. 2007. S. 54.

²⁸⁶Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus. 2. Auflage. 2000. S. 55.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Verwaltungsbehörden und ist den Gerichten überlassen.²⁸⁷ Verwaltungsbehörden und Gerichte orientieren sich bislang an einer Definition des Ausdrucks „Religionsgemeinschaft“ aus einem Lehrbuch der Weimarer Zeit:

„Eine Religionsgemeinschaft ist ein Verband, der die Angehörigen ein und desselben Bekenntnisses oder mehrere verwandter Glaubensbekenntnisse zu allseitiger Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis gestellten Aufgaben zusammenfasst.“²⁸⁸

Die Definition erklärt, dass es in dieser Religionsgemeinschaft natürliche Personen als Mitglieder gibt, dass sie der Religionsübung aller Mitglieder gewidmet ist und dass sie die grundlegenden Werte der deutschen Verfassung akzeptiert und respektiert.

In einigen Fällen ist die Anerkennung als Religionsgemeinschaften in verschiedenen Bundesländern anerkannt worden. Im Jahre 1998 wurde die „Islamische Föderation Berlin“ vom Oberverwaltungsgericht als Religionsgemeinschaft anerkannt und bietet seit 2001 unter besonderen Voraussetzungen des Landes Berlin islamischen Religionsunterricht an.

Die Aleviten werden seit 2008 als Religionsgemeinschaft anerkannt und es wird an einigen Schulen in Nordrhein-Westfalen alevitischer Religionsunterricht angeboten. Letztendlich wurden auch in Hessen (siehe 4. Kapitel) DITIB und Ahmaddiya Jamaat Muslim als Religionsgemeinschaften anerkannt und ihnen das Recht gegeben, islamischen Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG zu erteilen. In anderen Fällen konnten islamische Gruppierungen hingegen eine Anerkennung als Religionsgemeinschaften bislang nicht erreichen.

3.3 Das Recht auf Religionsunterricht: Art. 7 Abs. 3 GG

Religionsunterricht ist ein Thema, das alle Eltern mit schulpflichtigen Kindern betrifft und das häufig Anlass für umfassende Diskussionen ist. In diesem Abschnitt der Arbeit erfahren wir den aktuellen Stand des Religionsunterrichts, auf welchen Grundsätzen er beruht und welche Rechte und Pflichten haben die Kinder.

3.3.1 Allgemeine Grundsätze

a) Stellung des Religionsunterrichts im Grundgesetz - Religionsunterricht für Muslime

²⁸⁷Theion: Studien zur Religionskultur / Studies in Religious Culture. Hüssein Kurt / Edmund Weber (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnen. Peter Lang. Frankfurt am Main. Band XXVI. 2011. S. 113.

²⁸⁸ Zit. aus: Ebd. Theion. S. 113.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Welche Stellung kommt dem Religionsunterricht in der deutschen Verfassung zu und welche Funktion hat er?

Gemäß Art. 7 Abs. 3 gilt: „Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“²⁸⁹

Art. 7 Abs. 3 S. 1 GG ist eine Durchbrechung der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche und besagt, dass der Staat zur Veranstaltung des Religionsunterrichts als ordentlichem Lehrfach im Rahmen seines staatlichen Schulwesens – mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen verpflichtet ist sowie sämtliche Kosten für diesen zu tragen hat.²⁹⁰

Der Religionsunterricht wird als gemeinsame Angelegenheit von Staat und Religionsgemeinschaften veranstaltet. Er ist institutionelle Hilfe bei der Verwirklichung der Religionsfreiheit, die ebenfalls im Grundgesetz und zwar in Art. 4, verbürgt ist. Als ordentliches Lehrfach ist der Religionsunterricht gleichberechtigt neben den anderen ordentlichen Lehrfächern ein Pflichtfach, das grundsätzlich versetzungserheblich sein kann und benotet werden muss.²⁹¹ Die Geburt des ordentlichen Religionsunterrichts wurde ebenfalls mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung, unter starkem Einfluss der katholischen Zentrumspartei, vollzogen. Und wird bis heute damit legitimiert, dass auch die religiöse Erziehung zum Bildungsziel der Schulen gehört und der Staat trotz seiner Neutralitätsverpflichtung ein Eigeninteresse am Religionsunterricht aufweist. Staatliche Neutralität bestätigt sich nicht durch Ignoranz gegenüber religiösen und weltanschaulichen Fragen, sondern darin, dass der Staat sich nicht mit einem materiellen Ethos im Sinne des Verbindlichmachens mit einer Religion oder Weltanschauung identifiziert.

Die Einrichtung von Religionsunterricht ist damit nicht nur institutionelle Hilfe zur Grundrechtsverwirklichung, sondern er hilft bei der Integration der Muslime, insofern sie ihre religiösen Traditionen kennenlernen und sich als Muslim in einer fremden Umgebung zu behaupten wissen. Er kann sie befähigen, den Andersgläubigen zu verstehen, mit ihm in gegenseitiger Achtung zusammenzuleben und ihm zu vertrauen.²⁹² Allerdings muss

²⁸⁹ Siehe Anhang Abb 4 Artikel 7 Abs .3 des Grundgesetzes. Seite XIV

²⁹⁰Dietrich Myrian: Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektiven. Peter Lang. Band 31. 2006. S. 13.

²⁹¹Dietrich Myrian: Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektive. Schriften zum Staatskirchenrecht. Band 31. Peter Lang. 2006. S. 23.

²⁹²Graf , Peter: Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. Osnabrück. V & R Unipress. 2006. S. 61.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gewährleistet bleiben, dass der Religionsunterricht als selbständiges Lehrfach unterrichtet wird und nicht lediglich seine Inhalte in anderen Fächern thematisiert werden. Er muss Eingang in den Unterrichtsplan finden und dort mit einer angemessenen Wochenstundenzahl vertreten sein, damit eine auch pädagogischen Anforderungen entsprechende, vernünftige Lehrplangestaltung möglich bleibt. Das Abhalten des Unterrichts gänzlich außerhalb der ordentlichen Schulzeit ist ausgeschlossen. Die Religionslehrer genießen die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Lehrer und besitzen demnach Sitz und Stimme in der Lehrerkonferenz.

3.3.2 Rechtscharakter der Garantie der Religionsunterrichts in Art. 7 Abs. 3 GG

Nach allgemeiner Meinung enthält Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG eine institutionelle Garantie für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, d. h. der Staat ist verpflichtet, bei gegebenen Voraussetzungen Religionsunterricht anzubieten. Bei der Feststellung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach an staatlichen Schulen handelt es sich um eine vielschichtige Bestimmung mit einer Anzahl rechtlicher Implikation. Dennoch ist die Gleichwertigkeit des Religionsunterrichts mit anderen Schulfächern nicht selbstverständlich, da er sich als ein Einfallstor fremder Autoritäten in das staatliche Schulsystem darstellt.²⁹³ Somit wurden im Grundgesetz ausführliche Regelungen bezüglich des Unterrichts festgelegt. Art. 7 Abs. 3 GG, der im Folgenden genauer dargestellt werden soll, darf nur im Bezug zu Art. 4 GG gesehen werden und deshalb nicht als Ausnahme des Grundgesetzes, sondern vielmehr als Ausprägung seines Freiheitsprogramms und Kulturverständnisses gelten.²⁹⁴ Da die Grundrechte prinzipiell Abwehrrechte sind und somit keinen Leistungsansprüchen dienen, kann aus Art. 4 GG alleine kein Anspruch auf die Einrichtung von Religionsunterricht hergeleitet werden. Aber mit Art. 7 Abs. 3 GG hat die Verfassung eine Norm geschaffen, die der Verwirklichung der positiven Religionsfreiheit von Eltern, Schülern wie auch Religionsgemeinschaften dient. Sie muss dementsprechend auch von ihnen durchgesetzt werden können. Auch wenn Art. 7 GG insgesamt sechs Absätze umfasst, sollen hier in diesem Abschnitt nur die für den Religionsunterricht einschlägigen vorgestellt werden. Besondere Bedeutung kommt Abs. 3 zu.

- (1) „Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates.

²⁹³ Ebenda. S. 64.

²⁹⁴ Heckel Martin: Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Einführung, Ausgestaltung, Durchführung und Befreiung von LER in den öffentlichen Schulen. In: Idea-Dokumentation. 8/2001. S. 89.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- (2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
- (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.²⁹⁵

3.4 Problematik der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen.

Islamische Organisationen fordern mehrheitlich die Einführung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts, wie er in Artikel 7 Abs. 3 GG steht. Nun gibt es beim Islam allerdings gegenüber anderen Glaubensrichtungen eine Schwierigkeit, sich in einer Religionsgemeinschaft zusammenzuschließen. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere äußert sich entsprechend:

„Was für mich als Christ so schwer zu begreifen ist, ist die mangelnde Verfasstheit des Islam. Dass es im Islam nicht mehr Organisation und Struktur gibt und trotzdem dort vieles irgendwie funktioniert, das ist für mich manchmal Wunder und Rätsel zugleich.²⁹⁶“

Die mangelnde Verfasstheit, die Bundesinnenminister Thomas de Maiziere anspricht, ist im Falle des islamischen Religionsunterrichts zu einem Problem und zum Hauptgrund dafür geworden, warum ein solcher bislang in keinem Bundesland realisiert werden konnte. Die Einrichtung von islamischem Religionsunterricht stößt auf Schwierigkeiten. Die Bundesrepublik Deutschland ist religionsneutraler Staat. Demnach darf der Staat auch nicht die Inhalte eines islamischen Religionsunterrichts bestimmen.²⁹⁷ Dafür muss sie über eine Institution verfügen, die für zuständige staatliche Stellen ansprechbar, befugt und in der Lage ist, die religiösen Grundsätze im Sinne des Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG verbindlich umzusetzen.²⁹⁸ Eine Religionsgemeinschaft wurde anerkannt, wenn ein Konsens in Bezug auf Glaubensfragen vorliegt, ein organisierter Zusammenschluss besteht und eine in Zukunft dauernde Existenz der Glaubensgemeinschaft gewährleistet ist. Im Islam gibt es keine formalisierte Mitgliedschaft,

²⁹⁵ Siehe Anhang ,Abb. 4 Art. 7 Abs. 3 GG., Seite XIV

²⁹⁶ Süddeutsche Zeitung Nr. 269.21/22: 11. S. 6. de Maiziere, Thomas. 2009. „Ich kann nicht gegen jede Gefahr ein Gesetz machen.“

²⁹⁷ Ceylan , Rauf (Hrsg.): Analysen zum muslimischen Leben aus historischer, rechtlicher sowie Migration- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. S. 181.

²⁹⁸ Anna Siegele: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen. Probleme-Unterrichtsansätze-Perspektiven. Verlag für interkulturelle Kommunikation. Frankfurt am Main. 1990. S. 23.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

wie diese bei den christliche Kirchen der Fall ist. Vielmehr besteht der Islam nach Auffassung seiner Anhänger aus der gelebten Gemeinschaft aller gläubigen Muslime, die zur Umma gehören.²⁹⁹ Der Islam in Deutschland ist nur partiell organisiert und in viele Gruppen zersplittert, die völlig verschiedenen Ansichten vertreten. Dass bislang kaum eine islamische Organisation für sich beanspruchen kann, für die Mehrheit der Muslime in Deutschland zu sprechen, geht auch aus der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge hervor. Laut der Studie sind lediglich 20 Prozent der Muslime in religiösen Vereinen oder Gemeinden organisiert.³⁰⁰ Insgesamt fühlen sich auch lediglich 37 Prozent der befragten Muslime, die überhaupt einen der Verbände kennen, von diesen vertreten. Alleine die DITIB kann für sich beanspruchen, zumindest für einen großen Teil der türkischen Muslime zu sprechen.

Der islamische Religionsunterricht birgt im Unterschied zum Religionsunterricht der anderen Religionsgemeinschaften besondere juristische Probleme:

Zum einen besteht hier für den Staat die Schwierigkeit, auf Seiten der Religionsgemeinschaft einen auf Dauer verlässlichen Ansprechpartner zu finden, der die Erlaubnis hat, im Namen der gesamten Religionsgemeinschaft rechtlich verbindlich die Überstimmung der Inhalte des Religionsunterrichts mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft festzustellen.³⁰¹

Zum anderen bestehen Bedenken, ob die Lehren des Islams den Wertungen des Grundgesetzes entsprechen und damit, ob die Inhalte eines islamischen Religionsunterricht im Widerspruch zur staatlichen Ordnung der BRD stehen können.

Aufgrund der aus diesen Problemfeldern resultierenden Komplexität des Themas ist es dringend, einen Kompromiss zur Etablierung eines islamischen Religionsunterrichts zu finden. Bundesminister des Innern, Thomas de Maiziere, hat in seiner Rede bei der Tagung der Deutschen Islamkonferenz (DIK) am 13. und 14. Februar 2011 in Nürnberg für Übergangslösungen geworben:

„Wir brauchen den islamischen Unterricht an deutschen Schulen. Und wir brauchen ihn jetzt oder möglichst bald und nicht nur als Pilotprojekt. Es setzt sich allmählich die Meinung durch, dass wir nicht warten, bis die

²⁹⁹Axel, Emenet: Verfassungsrechtliche Probleme einer islamischen Religionskunde an öffentlichen Schulen. Frankfurt am Main. 2003. S. 169.

³⁰⁰BMI Bundesministerium für Migration und Integration. 2009. S. 13.

³⁰¹BverwG. In njw 2005. S. 210 ff., OVG Münster. In: Heckel, Marin: Religionsunterricht für Muslime? In: Myriam Dietrich. S. 39.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsgemeinschaften in den Ländern anerkannt sind. Derzeit wird nach pragmatischen Übergangslösungen gesucht. Diese auch vom Deutschen Juristentag grundsätzlich unterstützten Übergänge 14 Lösungen werfen jedoch noch zahlreiche Fragen hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung auf: Wichtig ist insbesondere, dass sie als Zwischenlösungen kenntlich gemacht werden. Denn das langfristige Ziel bleibt ein Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG, wie unser bewährtes Religionsverfassungsrecht es vorsieht. Die Übergangslösungen selbst könnten zum Beispiel durch Vereinbarungen oder Verträge ‚sui generis‘ realisiert werden, die die Mitwirkung von Muslimen und ihrer Organisationen regeln.“³⁰²

Es ist in solchen Fällen sehr wichtig, Zwischenlösungen zu finden, denn der Staat hat nicht das Recht, Menschen irgendeiner Religionsgemeinschaft zuzuordnen und ihnen letztlich die religiöse Angehörigkeitserklärung auf zudiktieren. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass der Islam kein offizielles Mitgliedschaftsrecht im Sinne des deutschen Verfassungsrechtsverständnisses kennt, welches die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession festlegt.

In persönlichen Gesprächen äußert ein Teil der muslimischen Vertreter zwar gelegentlich, dass sie einer bestimmten muslimischen Konfession und/oder Rechtschule angehören. So erscheint es notwendig, dass sich die Muslime zu einem staatlichen Ansprechpartner als Religionsgemeinschaft organisieren, um dem Primärziel eines ordentlichen Religionsunterrichts im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG näher zu kommen, da der säkulare und neutrale Staat sich nicht einfach irgendeinen unter den vielen muslimischen Vereinen oder Verbänden herausuchen und zur Religionsgemeinschaft erklären darf.

Gemäß Art. 4, 140 GG in Verbindung mit Art. 137 WRV³⁰³ wird hierzu nach deutschem Staatskirchenrecht verlangt, dass die Religionsgemeinschaft schließlich durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten muss.³⁰⁴

Da die Umsetzung eines islamischen Religionsunterrichts in Deutschland neben der rein verfassungsrechtlichen Forderung muslimischer Verbände eine gesellschaftliche

³⁰² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge(Hrsg).Deutsche Islam Konferenz .Muslimisches Leben in Deutschland., im Auftrag der deutschen Islamkonferenz. Forschungsbericht 6, 2009 Seite 25

³⁰³ Siehe Anhang. Abb. 4 Seite XIV

³⁰⁴Kurt, Hossein / Edmund Weber (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiträge Hessen (AGAH). Eine Dokumentation ausgewählter akademischer und politischer Beiträge. Peter Verlag. 2011. S. 87.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Herausforderung dargestellt, sollen im Folgenden die notwendigen Rahmenbedingungen, unter denen ein solcher Unterricht eingerichtet werden kann, ausgeführt werden.

3.4.1 Frage nach dem Ansprechpartner (Religionsgemeinschaft)

Als Partner des Staates bei der Einrichtung von schulischem Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG kann es ohnehin nur eine Organisation geben, der eine Religionsunterricht anstrebt, der mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen übereinstimmt.³⁰⁵ Der Anspruch darauf gilt für alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen und ist nicht auf die christlichen Kirchen allein beschränkt.

Die staatliche Neutralität einerseits und das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften andererseits machen es allerdings notwendig, mit der jeweiligen Religionsgemeinschaft zu kooperieren. Doch besteht hierbei die Schwierigkeit, dass Muslime in Deutschland nicht institutionell verfasst sind, so dass ein Ansprechpartner für den Staat fehlt. Genau darin liegt eine wichtige Voraussetzung für die Einrichtung eines staatlichen Religionsunterrichts, damit über eine Vertretung verbindliche Absprachen zwischen der Religionsgemeinschaft und dem Staat getroffen werden können.

„Beim Islam gibt es aber keinen einheitlichen Ansprechpartner. Bedingt durch eine historische und kulturelle Entwicklung hat er keine abendländischen Religionsgemeinschaften vergleichbare Organisationsform entwickelt. Es gibt zwar verschiedene Glaubensrichtungen und Rechtsschulen, aber keine staatskirchenrechtliche Verfassung und keine organisierte Mitgliedschaft. (...) Die Muslime gehören zwar dem Islam an, sie sind jedoch keine Mitglieder einer Religionsgemeinschaft im rechtlichen Sinne.“³⁰⁶

Bis auf Weiteres fehlt also den Muslimen in Deutschland eine einheitliche juristische Struktur.³⁰⁷ Stattdessen gibt es verschiedene Verbände, die einerseits untereinander um die Alleinvertretung konkurrieren und andererseits selbst zusammengenommen bei Weitem nicht eine Mehrheit vertreten: Nur etwa 10 % der 3,5 Millionen Muslime in Deutschland sind

³⁰⁵Ceylan, Rauf (Hrsg.): Analysen zum muslimischen Leben aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. S. 182.

³⁰⁶Jeggle, Maria: Es fehlt am politischen Willen. Bildung & Wissen. Stuttgart. 2005. S. 35. Zur Problematik des Islam als Religionsgemeinschaft siehe auch Mark Chalil Bodenstern: Institutionalisierung des Islam zur Integration von Muslimen. In: Ucar 2010. S. 350.

³⁰⁷Köhler, Ayyub: Eine islamische Amtskirche-Anerkennung durch Körperschaft? Der Morgenstern: Bonndorf. 1997. S. 25.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

überhaupt in Vereinen oder Verbänden organisiert.³⁰⁸ Gegen diese Zahlen hat allerdings der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Nadeem Elyas protestiert, dass die Berechnungsgrundlage von 3,5 Millionen auch jene „Kulturmuslime“ beinhalte, die gar nicht vertreten werden möchten.

Außerdem sei die Vereinsmitgliederzahl nicht mit der tatsächlichen Gemeindezahl gleichzusetzen, da für Muslime keine Eintragungspflicht besteht.³⁰⁹ Im Jahr 2005 haben sich die muslimischen Spitzenverbände getroffen, um eine „einheitliche und föderale Organisationsstrukturen zur Vertretung der Muslime auf Landes- und Bundesebene zu schaffen“. Dies wurde von Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, vom Zentralrat der Muslime in Deutschland, vom Verband der islamischen Kulturzentren, von der SCHURA³¹⁰ in Hamburg, von der SCHURA in Niedersachsen und von der Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg unterzeichnet.³¹¹

Nach Lamya Kaddor ist es unmöglich, dass die muslimischen Gruppierungen zu einem einheitlichen, repräsentativen Verband zusammengeschlossen werden, wogegen sich die Mehrheit der Muslime ja eigentlich auch mit Recht wehrt, weil das in den Fundamenten des Islam so gar nicht angelegt ist.

Hingegen muss ein Mindestmaß an transparenten Strukturen vorhanden sein. Deshalb muss der Islam kirchenähnliche Struktur bilden, ohne selbst Kirche zu werden, d. h. die Schaffung von Transparenz und Klarheit bezüglich der Mitglieder und ihrer Anzahl. Kaddor schlägt einen „Runden Tisch für jedes Bundesland vor, an dem neben Verbände auch Privatpersonen (...) Islamwissenschaftler, Religionspädagogen“ bei der Erstellung eines Curriculums miteinbezogen werden.³¹²

³⁰⁸ Wegner, Wolfgang: Wer spricht für den Islam in Deutschland? Zeitung Köln. Dez 2004/Jan2005. S. 5. Dazu siehe auch Lemmen, Thomas Wer kann für wen sprechen? In: Monatshefte für Gesellschaft und Religion. Heft 4, April 2005. S.182-187.

³⁰⁹ Ellias, Nadeem: Muslimische Religionsgemeinschaften in Deutschland. In: Hans-Bernhard Petermann (Hrsg.): Islam-Erbe und Herausforderung. 5. Heidelberger Dienstagseminar. 2004. S. 171.

³¹⁰ „SCHURA“ ist der klassische islamische Begriff, der von Muslimen als Beispiel der Demokratie im Islam verwendet wird, wörtlich könnte er mit „Rat“, Beratung übersetzt werden.

³¹¹ Ruf, Rener: Islam kommt in die Schule. In: Jörg Imran Schröter: Die Einführung eines islamische Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden Württemberg. Verlag für islamische Bildung und Erziehung / VIBE. Freiburg. 2015. S. 34.

³¹² Blalou, Martin Müller: Ein Teil des Kanons. Die religiöse Pädagogik. In: Lamya Kaddor über islamischen Unterricht und Identitätsfragen. In: Frankfurter Rundschau, Stadtausgabe Nr. 63, 16.03.2009. S. 36.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.4.2 Adressanten eines islamischen Religionsunterrichts

Adressanten eines islamischen Religionsunterrichts können zunächst nur diejenigen sein, die sich der Religionsgemeinschaft in freier Entscheidung zurechnen, die vom Staat als Ansprechpartner im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG anerkannt wurde. Die Adressanten sind auch alle beteiligten Personen, Lehrer, Schüler, Schulen und auch die Eltern sind hier zu nennen und unbedingt mit zu berücksichtigen. Denn immerhin liegt beim Religionsunterricht die Entscheidung über eine Teilnahme oder Nicht-Teilnahme in der Hand der Eltern, solange deren Kind noch nicht religionsmündig ist. Erziehungsberechtigte bzw. Eltern akzeptieren damit durch ihre Unterschrift die Grundlagen des Unterrichts, also des Bildungsplans in seiner Form, Zielsetzung und Methode.

Eine Religionsgemeinschaft müsse jedoch genügend Mitglieder an mehreren Schulen haben. Hier liegt aber das Problem, wie schon erwähnt gibt es bei den Muslimen kein besonderes Mitgliedschaftsrecht. Um dieses Problem zu beseitigen, als eine Zwischenlösung, tritt die Religionszugehörigkeit der Eltern dahinter zurück.

Die Frage nach „Konfessionen“ (sunnitisch/schiitisch) und auch separaten Religionsgemeinschaften (etwa Aleviten oder Ahmadiyya Jamaat Muslim) ist abdingbar.

Dies würde bedeuten, dass auch muslimische Schüler, die nicht Mitglieder einer bestimmten Religionsgemeinschaft sind, am islamischen Religionsunterricht teilnehmen können.

Insoweit könnte man sich wohl damit begnügen, dass Eltern ihre Kinder zum islamischen Religionsunterricht anmelden und damit ihr Einverständnis mit den dort verkündeten Inhalten erklären, ohne Mitglied der betreffenden islamischen

Religionsgemeinschaft zu sein.³¹³ Darüber hinaus legen die Schulgesetze durchweg Mindestschülerzahlen als Voraussetzungen für die Erteilung von Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach fest.

3.4.3. Die Frage nach Lehrkräften

Die Verfassungsgarantie des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach schließt die Verantwortung des Staates für die Ausbildung der Lehrkräfte ein. Eine weitere Rahmenbedingung für einen islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen ist die Frage, wer darf unterrichten? Die offizielle Zulassung der Lehrkraft, die eine pädagogische

³¹³Jörg Imran Schröter: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Verlag für Islamische Bildung und Erziehung. Band 1. Freiburg im Breisgau. 2014. S. 230.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Ausbildung (in Deutschland bzw. in Deutschland anerkannt) absolviert haben muss, also genauso wie Lehrer/innen anderer Fächer für den Schuldienst befähigt und zugelassen sein muss. Der Staat ist grundsätzlich verpflichtet, die Religionslehrausbildung zu organisieren.³¹⁴

An vielen Universitäten gibt es Entwicklungen, einen wissenschaftlich fundierten islamischen Lehrstuhl einzurichten.

An der Universität Münster ist ein „Centrum für Religiöse Studien“, CRS eröffnet worden, das der religionswissenschaftlichen Forschung und Lehre dienen und u. a. einen Lehramtstudiengang für Islamunterricht an öffentlichen Schulen entwickeln und betreuen soll.³¹⁵ Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer dauert vier Semester für ein grundständiges Studium geeignet ist. Die Weiterbildung basiert auf schon bestehenden Curricula.³¹⁶

Ebenso wurde an der Universität Frankfurt ein Studiengang Islamwissenschaft vom türkischen Präsidium finanziert und eingerichtet, der auch die Ausbildung von Religionslehrern der Sekundarstufe I einschließen wird.³¹⁷ In Osnabrück wurde das Institut für den Fachbereich „Erziehung- und Kultur 2004 bis 2006 eingerichtet und bietet für die Studierenden in den Lehrämtern der Grund-, Haupt- und Realschule oder für Lehrerinnen und Lehrer muslimischen Glaubens ein Programm zur fachlichen Weiterbildung an, welches die Absolventen befähigen soll, muslimischen Kindern an staatlichen Schulen in deutscher Sprache islamischen Religionsunterricht zu erteilen. Darüber hinaus bedarf es aber im Falle religiösen Unterrichts auch der Lehrbefugnis seitens der Religionsgemeinschaft. Für den christlichen Religionsunterricht erteilt hierzu die katholische Kirche die sogenannte „missio“ und die evangelische Kirche entsprechend die „vocatio“. Für den islamischen Religionsunterricht stellt sich damit wiederum die Frage nach der Religionsgemeinschaft, die analog eine solche Lehrbefugnis zu erteilen (und auch wieder zu entziehen) berechtigt wäre.

³¹⁴Kinan Darwisch: Islamischer Religionsunterricht. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S. 71.

³¹⁵Graf, Peter: Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. Osnabrück. V & R Unipress. 2006. S. 78.

³¹⁶Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Kontext, Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs. Islam in der Lebenswelt. LIT-Verlag. Köln. 2005. S. 112.

³¹⁷Graf, Peter: Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. Osnabrück. V & R Unipress. 2006. S. 79.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Unter Rückbegriff auf die islamische Tradition hat sich die Bezeichnung dafür mit dem Begriff „Idjaza“ bereits gefunden.³¹⁸ Idjaza ist die Unterrichtserlaubnis, diese bildet einen Ausdruck des Vertrauens in die fachliche und persönliche Qualifikation der Lehrkraft und zugleich eine Zusage der Unterstützung durch die religiöse Institution. Neben der fachlichen Qualifikation der Lehrer soll eine authentische Übermittlung der religiösen Themen sichergestellt werden. Der Lehrer ist in dieser Position der verantwortliche Vertreter der Eltern, d. h., die Eltern erwarten, dass der Lehrer tatsächlich „ihren Islam“ übermittelt, er muss die religiöse Erziehungsaufgabe der Eltern übernehmen. Der Staat hat dabei nicht nur für die Bezahlung der Lehrkräfte einzustehen, sondern er muss auch für eine ausreichende Zahl an Religionskräften Sorge tragen. Aus dieser Verpflichtung folgt auch, dass es den staatlichen Instanzen obliegt zu gewährleisten, dass an den Hochschulen im erforderlichen Maße religionspädagogische Lehrstühle und entsprechende Ausstattung für die Ausbildung der Lehrkräfte bereitgestellt werden

3.4.4. Die Frage der Unterrichtssprache

Die Unterrichtssprache ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. In der Literatur wird überwiegend darauf hingewiesen, dass der Unterricht in deutscher Sprache stattzufinden habe.³¹⁹ Die Durchführung des Unterrichts in deutscher Sprache hat den Vorteil, dass einerseits die Imam-, die Lehrinhalte des Islam, die Unterrichtsziele und die Inhalte auf Deutsch verstehbar und transparent werden, andererseits kann die herkunftsbezogene Nationalsprache als Unterrichtssprache die Muslime in Deutschland auch verbinden. Darüber hinaus ermöglicht nur die deutsche Sprache die Entwicklung der Dialogfähigkeit, welche als wichtiges Kriterium für einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen betrachtet wird.³²⁰ Barbara Lichten Halter, Ministerialrätin für Religionsangelegenheiten im Kulturministerium Baden-Württemberg, führt dazu aus:

„Ein Religionsunterricht, der einen Platz in der Schule beansprucht, hat das Recht, die eigene religiöse Weltdeutung in das Schulcurriculum einzubringen. Er hat aber auch die Pflicht, andere Weltdeutungen zu respektieren und sich dem Dialog mit ihnen zu öffnen. Damit verbunden ist die Förderung der religiösen Sprach-

³¹⁸ Segin Hillal : Zur Kritik an der Idjaza-Ordnung in Niedersachsen: Kommentar. Das OKY der Sittenwächter. 2012. Seite 10

³²⁰ Bock, Wolfgang: Islamischer Religionsunterricht oder Religionskunde? In: Wolfgang Böck (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Tübingen. 2006. S. 3, 32.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

und Ausdrucksfähigkeit. Für Muslime mit Migrationshintergrund bedeutet dies eine zweifache Herausforderung: Die Bezugssprache des Islam ist Arabisch und hinzu kommen verschiedene Herkunftssprachen. Gleichwohl kann ein Religionsunterricht, der die Sprach- und Dialogfähigkeit in religiösen Fragen fördern will, nicht auf Deutsch als Unterrichtssprache verzichten.³²¹

Interessanterweise wird von dem Befürworter einer anderen Unterrichtssprache vor allem Türkisch erwähnt und nicht Arabisch, was aus religiöser Sicht eigentlich naheliegender wäre. Der Grund dafür dürfte sein, dass die türkischen Muslime die größte Gruppe innerhalb der muslimischen Bevölkerung in Deutschland stellen. Befürworter des Türkischen als Unterrichtssprache heben vor allem hervor, dass die Religion eng mit der Kultur und damit auch der Sprache der Kinder verbunden ist, weshalb beides nicht voneinander getrennt werden sollte. Von manchen Eltern wird angeführt, dass der Unterricht auf Deutsch zu einer Entfremdung von der Heimat beitragen würde. Gerade hier wird besonders deutlich, dass der islamische Religionsunterricht lange Zeit im Kontext der Erhaltung der kulturellen Identität gesehen wurde.³²² In diesem Zusammenhang muss ebenfalls auf die Ziele des islamischen Religionsunterrichts verwiesen werden, die Schüler sprachfähig in ihrer Religion zu machen und sich in ihrem Glauben gegenüber der (deutsch sprechenden) Mehrheitsgesellschaft ausdrücken zu können.

Im deutschsprachigen islamischen Religionsunterricht lernen die Schüler Begriffe, die sie im regulären Deutschunterricht nicht lernen würden. Durch einen Unterricht auf Türkisch oder in einer anderen Sprache würde dies konterkariert werden. Dies soll nicht ausschließen, dass die Schüler einzelne Begriffe aus dem Religionsunterricht auch in ihrer Muttersprache bzw. in Arabisch kennenlernen, ein durchgängiger Unterricht in einer anderen Sprache als Deutsch sollte hingegen vermieden werden.

Ein weiterer Grund, der gegen Türkisch als Unterrichtssprache spricht, ist, dass eine beachtliche Zahl der Muslime nicht aus der Türkei kommt und diese demnach einem Unterricht auf Türkisch nicht folgen können. Immerhin kommen neben 63 % der Muslime aus der Türkei rund

³²¹ Müller, Peter und Lichtenhälter, Barbara: Das Modellprojekt „islamischer Religionsunterricht“ in Baden – Württemberg. In: Kuld / Schmid (Hrsg.). 2009. S. 27.

³²² Dietrich Myrian: Islamischer Religionsunterricht – Rechtliche Perspektive (Schriften zum Staatskirchenrecht). Peter Lang. Band 31. 2006. S. 83.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

14 % aus den südosteuropäischen Ländern Bosnien, Bulgarien und Albanien, 8 % aus dem Nahen Osten und 7 % aus Nordafrika.³²³

Viele Gründe sprechen also für Deutsch als Unterrichtssprache des islamischen Religionsunterrichts. Zum einen ist dies die Sprache, die jeder Schüler beherrscht bzw. beherrschen sollte. Zum anderen hätten sich die Verhältnisse der hier lebenden Muslime verändert: Ein Großteil fasse eine Rückkehr nicht mehr ins Auge und immer mehr nähmen sogar die deutsche Staatsangehörigkeit an, womit sie ihre Zugehörigkeit zu Deutschland dokumentierten. Zudem beherrschten manche Kinder der neuen Generation die türkische Sprache nicht mehr oder nur unzureichend.

Bei den bisherigen Überlegungen wurde eine wichtige Komponente noch nicht beachtet, und zwar wie mit Arabisch im islamischen Religionsunterricht umzugehen ist.

Wenn man dennoch einer anderen Unterrichtssprache den Vorzug geben möchte, so käme aus religiöser Sicht vor allem Arabisch als Sprache des Korans in Frage. Ohne Zweifel nimmt Arabisch eine wichtige Rolle im islamischen Religionsunterricht ein, weil die Übersetzung von Gebeten oder wichtigen Koranteilen nach islamischer Auffassung nicht als dem arabischen Original gleichwertig anerkannt ist³²⁴ und somit grundlegende Glaubensinhalte verkannt würden und damit eine Lehrkraft ohne arabisch Kenntnisse diskreditiert wäre.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts als Bekenntnis ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen gemäß Art. 7 Abs. 3 GG einen Ansprechpartner benötigt, der in einer Religionsgemeinschaft organisiert werden muss. Die Religionsgemeinschaft muss die fundamentalen Verfassungsprinzipien, Grundrechte und Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsrechts achten. Muslime genießen das Grundrecht der Religionsfreiheit. Das deutsche Religionsverfassungsrecht hat in keinen Fall Muslime bei ihrer Religionsübung benachteiligt oder die großen christlichen Kirchen privilegiert.

Das deutsche Religionsrecht ist für alle Religionsgemeinschaften offen und ermöglicht die Religionsausübung auch im öffentlichen Leben. Muslimische Eltern und Schüler haben ein

³²³. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Muslimisches Leben in Deutschland, im Auftrag der deutschen Islamkonferenz. Forschungsbericht 6, 2009 Seite 25

³²⁴Kaddorr, Lamya .In: Bauer / Schneiders. S.175. Dazu auch Dietrich Myrian.:Islamischer Religionsunterricht, rechtliche Perspektive. Schriften zum Staatskirchenrecht. Band 31. S. 87. 2006.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Recht auf religiöse Erziehung. Nach dem religiösen Verständnis und der geschichtlichen Entwicklung des Islam ist ihm eine körperschaftliche Organisation fremd. Das ist aber machbar. Offenheit und Bereitschaft zu konstruktiver Mitwirkung von Seiten des Staates sind vorhanden. Die in Deutschland lebenden Muslime sind aufgerufen auch mitzuwirken, eigenständige Wege zu suchen zu einem modernen, aufgeklärten Islam, der Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich als Muslime in einem pluralistischen und säkularen Staat zurecht zu finden und ihren Glauben in lebendiger Weise zu entfalten. In diesem Sinne kann Religionsunterricht maßgeblich zur Integration und Chancengleichheit der Muslime in Deutschland beitragen.

3.5. Modellversuche eines islamischen Religionsunterrichts in einzelnen Bundesländern

In dem Bewusstsein und der Erkenntnis, dass die Muslime in Deutschland keine Gäste mehr sind, wurden seit den letzten Jahren wissenschaftliche Untersuchungen im Bereich des islamischen Religionsunterrichts initiiert. Aber, wie erwähnt, findet in keinem Bundesland ein islamischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach nach GG Art. 7 Abs. 3 (außer im Bundesland Hessen, 4. Kapitel) statt, sondern nur in Modellprojekten. Die Projekte sind jedoch unterschiedlich gestaltet und nicht in allen Punkten vergleichbar. Dies liegt an der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland, die die Schulgesetzgebung und –Aufsicht als Hoheitsaufgabe den Bundesländern unterstellt. Das führt zu unterschiedlichen Vorstellungen und Zugangsweisen in den einzelnen Ländern.³²⁵ Beispielsweise in den neuen Bundesländern war bislang wegen der geringeren Zahl junger Muslime ein islamischer Religionsunterricht nicht aktuell.

Die verschiedenen islamischen Verbände verhalten sich uneinheitlich zu diesen Projekten. Zum Teil unterstützen sie die Bemühungen um den islamischen Religionsunterricht, zum Teil äußern sie Vorbehalte auf verschiedenen Ebenen.

Die Vielfalt der Projekte erschwere die Einrichtung des IRU als ordentliches Unterrichtsfach, die Bundesländer bedienten sich ungeeigneter und nicht legitimer Kooperationspartner, der

³²⁵ Bildung und Religionsunterricht Jahrbuch für kirchliche Bildungsarbeit. Band 5. Hrsg. Harmut Rupp und Christoph Th. Scheilke: Pädagogisch-Theologisches Zentrum Stuttgart. Religionspädagogisches Institut Karlsruhe. S. 78.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Unterricht in den Projekten sei nicht muslimisch genug oder die Lehrkräfte seien nicht muslimisch genug, die Ausbildung der Lehrkräfte sei unzureichend und sie seien religionsgemeinschaftlich nicht beauftragt, und es wird immer noch kritisiert, dass der Unterricht auf Deutsch gegeben wird. Die meisten Bundesländer haben zu Beginn der 80er Jahre die Möglichkeit der religiösen Unterweisung im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts eröffnet. In dem einzelnes Bundesland ist der Bevölkerungsanteil an Muslimen unterschiedlich hoch. Die Länder im Osten haben einen vergleichsweise geringeren Anteil, wie die folgende Statistik zeigt. Rund 900.000 bis ungefähr eine Million muslimischer Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen³²⁶ sind unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer verteilt. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern etwa machen sie mit ein paar Hundert die dort ansässige Bevölkerung aus. Dem entsprechend liegen in diesen Ländern keine Anfragen nach islamischem Religionsunterricht vor und es besteht auch kein Handlungsbedarf. Anders ist es in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der bei weitem größten muslimischen Minderheit in Höhe von 1,3 bis 1,5 Millionen Muslime. Von 2,8 Millionen Schülern sind 320.000 erfassten Schülerinnen und Schüler aus muslimischen Elternhäusern.³²⁷ Auch Baden-Württemberg mit 70-80.000³²⁸, Bayern mit 110.000³²⁹, Hessen mit 60.000,³³⁰ Niedersachsen mit 45.000 und Rheinland-Pfalz mit 27.000 haben eine beträchtliche Anzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen. Daher entwickelten die Bildungs-verantwortlichen nur vorübergehenden Lösungsmodelle. So wurde die Bekenntnisfreie islamische Unterweisung oder die Islamkunde auf unterschiedliche Art und Weise in vielen Bundesländern eingeführt.³³¹

³²⁶Horstkotte , Hermann: Am Arm der Glaubenshüter, in der Frankfurter Rundschau, 12.10.2012. Joerg Imran Schroeter: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Azimut Verlag für islamische Bildung und Erziehung. 2015. S. 37-38.

³²⁷Ceylan , Rauf (Hrsg): Analysen zum muslimischen Leben aus historischer, rechtlicher sowie migration- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. S. 191.

³²⁸ Hermann: Am Arm der Glaubenshüter, in der Frankfurter Rundschau, 12.10.2012. Joerg Imran Schroeter: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Azimut Verlag für islamische Bildung und Erziehung. 2015. S. 37-38.

³²⁹Müller , Peter und Lichtenhälter, Barbara: Das Modellprojekt „islamischer Religionsunterricht“ in Baden – Württemberg. In: Kuld / Schmid (Hrsg.). 2009. S. 27.

³³⁰ Ebd. Mueller, Peter 2009S.29

³³¹ Kurt , Hussein // Weber , Edmond (Hrsg.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretungen. Eine Dokumentation ausgewählter Beiträge. 2011. S. 45-46.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

A) Beim ersten Modell handelt es sich um Islamkunde in türkischer Sprache als Ergänzungsunterricht. Es wird der sogenannten Konsulatsunterricht angeboten, wobei der Islam als Teil der Kultur betrachtet wird.

Dabei handelt es sich um ein nicht obligatorisches Unterrichtsfach. Die Kinder werden im Auftrag des türkischen Konsulats unterrichtet. Die Lehrinhalte sind laizistisch orientiert und stehen mit den Lehrplänen der Türkei in Zusammenhang. Die Unterrichtssprache ist türkisch und der Unterricht wird durch in der Türkei ausgebildete und von dort entsandte Lehrkräfte erteilt.

Diese sind mit der Situation in der Bundesrepublik, in der ihre Schüler leben, nicht vertraut. Auf Dauer können sie jedoch die sich wandelnden Bedürfnisse der zweiten und dritten Generation nicht erfüllen. Dieses Modell ist in Baden-Württemberg, im Saarland und Schleswig-Holstein etabliert.

B) Zum zweiten Modell gehört die „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“. Die religiöse Unterweisung im Organisationsmodell des muttersprachlichen Ergänzungsunterricht unterscheidet sich vom Konsulatsunterricht in der Hinsicht, dass sie in der Verantwortung der Kulturministerien konzipiert ist und in deutscher Sprache erteilt wird. Dieses Modell wird in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz entwickelt. Der Unterricht wird von Lehrkräften unabhängig von ihrem Glaubensbekenntnis durchgeführt

C) Beim Außerschulischen Unterricht und bei den Bekenntnisschulen handelt es sich um eine alternative Unterrichtsplattform zum ordentlichen Religionsunterricht an öffentliche Schulen. Allerdings sollten sich die Lehr- und Lernorte der Religion nicht völlig ausschließen, sondern einander ergänzen und unterstützen. Der Unterricht in den sog. Koranschulen untersteht der Verantwortung muslimischer Organisationen, die ihn für ihre Mitglieder anbieten können.

3.5.1. Modellversuche Islamunterricht in Nordrhein-Westfalen

In diesem Abschnitt möchte ich fünf Modelle des islamischen Religionsunterricht, IRU, vorstellen, die derzeit in verschiedenen Bundesländern angeboten werden. Zunächst zu Nordrhein-Westfalen - Dieses Bundesland verfügt nicht nur über die bei weitem größte muslimische Minderheit in Deutschland, sondern hat von staatlicher Seite auch meistens in die Integration investiert. Circa 320.000 muslimische Schüler und Schülerinnen besuchen nordrhein-westfälische Schulen. Sie machen einen Anteil von circa 10,3 % der



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Gesamtschülerzahl aus. Einzelne Schulen haben einen höheren Migrantenanteil.³³² Nordrhein-Westfalen bietet seit 1986 im Rahmen des staatlichen muttersprachlichen Unterrichts islamische Unterweisung für Schüler muslimischen Glaubens an.³³³ Am Anfang fand der Unterricht nur in türkischer Sprache statt. Diese Unterweisung wird von der staatlichen Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) erteilt.³³⁴ Diese Organisation ist bundesweit organisiert, der Bundesvorsitzende ist laut ihrer Satzung der Direktor der Anstalt für religiöse Angelegenheiten in Ankara. Trotz der Bezuschussung durch den Senat mangelt es an demokratischer Kontrolle dieser Aktivitäten.³³⁵

Später wurde auch die muttersprachliche Unterrichtsweisung in albanischer, arabischer und bosnischer Sprache angeboten. So wird auch innerhalb des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts durchaus religionskundliche Unterweisung ohne jegliche inhaltliche Kontrolle gegeben.

Solange die Muslime sich nicht als Ansprechpartner organisieren können, übernimmt der Staat die Funktion des Trägers - und da der Staat neutral bleiben muss, kann es nur ein religionskundliches Modell und nicht ein ordentliches Lehrfach nach Art. 7 Abs. 3 GG sein. Deshalb gibt es seit Langem nur staatliche Lehrpläne.³³⁶

Seit 1999/2000 wird eine Islamkunde in deutscher Sprache angeboten. Die Islamkunde ist ordentliches Lehrfach, vermittelt religiöses Wissen ohne zum Glauben zu erziehen. Die Teilnahme am Unterricht ist freiwillig.

Die Leistungen der Schüler werden nicht bewertet.³³⁷ Jedoch gab es einen Versuch seitens der islamischen Gemeinde, Curricula zu erarbeiten. Eine Kommission aus türkischen Lehrerinnen und Lehrern, Islamwissenschaftlern und zwei evangelischen Religionspädagogen hat entsprechende Curricula ausgearbeitet. Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ist eine alte Forderung vor allem von Minderheiten aus der Türkei. Sie wird sowohl von

³³²Landesinstitut für Schule, NRW, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

³³³Ceylan, Rauf (Hrsg.): Analysen zum muslimischen Leben aus historischer, rechtlicher sowie Migration- und religionssoziologischer Perspektive. Reihe für Osnabrücker Islamstudien. Band 8. S. 191.

³³⁴Darwisch Kinan: Islamischer Religionsunterricht. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Hrsg. Bertram Schmitz. Tectum Verlag, Marburg. 2013. S. 103.

³³⁵ Landesinstitut für Schule, NRW. S. 12. Dazu vgl. Kiefer. 2005. S. 91. Islamkunde in NRW.

³³⁶Bauer, Thomas, Kaddor Lamyya, Strobel, Katyal: Islamischer Religionsunterricht: Hintergründe, Probleme, Perspektiven. Veröffentlichung des Zentrums für Religiöse Studien. Münster. 2006 S. 26.

³³⁷Christin Mohr, Irka/Kiefer, Michael (Hrsg.): Islamunterricht, islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel – ein Fach. 2009. Transkript Verlag. Bielefeld. S. 46.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

religiösen Verbänden, vor allem von sunnitischen Glaubensgemeinschaften, aber auch von säkularen Gruppen erhoben.

Die fachliche und organisatorische Betreuung hierfür obliegt ausschließlich dem Land NRW, allerdings wurden das türkische Erziehungsministerium sowie die theologischen Fakultäten der Marmara-Universität Ankara sowie die theologische Abteilung der bei sunnitischen Muslimen weltweit anerkannten Al-Azhar Universität in Kairo, hier vor allem Herr Mahmud Zakzuk, dahingehend konsultiert, dass ihnen die Grundschulcurriculums-Entwürfe zur Begutachtung vorgelegt wurden.³³⁸ Diese bescheinigten allesamt, dass die Inhalte des Curriculums mit den Grundsätzen der islamischen Erziehung übereinstimmen würden.

Das Curriculum orientiert sich an der sunnitischen Glaubensrichtung und wurde anfangs für die Klassen 1 bis 4 in den Grundschulen entwickelt. Im Schuljahr 1999/2000 regelte ein neuer Erlass alle Angelegenheiten der „Islamischen Unterweisung im muttersprachlichen Unterricht“. Zugleich wurde mit der Einführung als eigenständiges Unterrichtsfach ein neuer Name eingeführt: „Islamische Unterweisung“.³³⁹ Der Schulversuch erprobte einen Unterricht mit islamischen Inhalten in deutscher Sprache. Der Unterricht soll muslimischen Schülerinnen und Schülern jeder nationalen oder ethnischen Herkunft offen stehen, benotet werden und versetzungs- und abschlusswirksam sein. An diesem Unterricht nehmen ca. 800 muslimische Schüler teil.³⁴⁰ Er muss von muslimischen Lehrerinnen und Lehrern erteilt werden. Er orientiert sich ebenfalls wie bisher an der sunnitischen

Glaubensrichtung. Es nehmen an diesem Schulversuch insgesamt 26 Schulen mit insgesamt 22 Lehrerinnen und Lehrern teil. Siebzehn Lehrerinnen und Lehrer sind türkischer, sechs marokkanischer Herkunft. Es wird bis zur zehnten Klasse (Grundschule, Sekundarschule) unterrichtet, betroffen sind alle fünf Regierungsbezirke des Landes. Die Teilnahme am Versuch ist an zahlreiche verbindliche Bedingungen geknüpft. So muss der Antrag von der Schulleitung ausgehen und von der Schulkonferenz mitgetragen werden:

- a) Es müssen mindestens 12 Schülerinnen und Schüler je Jahrgang diesen Unterricht nachfragen.

³³⁸ Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Münster. 2005. S. 91. In: Kinan Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Band 1. S. 103. Tectum Verlag. Marburg. 2013.

³³⁹ Pfaff, Ulrich: Zur Situation des Islamunterrichts in Nordrhein-Westfalen. In: Bock, W. (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. 2. Aufl. Tübingen. 2007. S. 139.

³⁴⁰ Graf, Peter Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. V & R Unipress. Göttingen. 2006. S. 205.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- b) Die Eltern müssen ihre Kinder anmelden
- c) Der Unterricht ist freiwillig
- d) Alle Lehrerinnen und müssen an einer Fortbildungsmaßnahme teilnehmen, die jeden Monat zwei Tage in Anspruch nimmt.

Die Schulaufsicht liegt bei den Grund-, Haupt- und Sonderschulen bei den Schulämtern in den Kommunen, bei den anderen Schulformen bei der Bezirksregierung. Als Lehrpläne fungieren die bislang für die islamische Unterweisung im MEU geltenden Curricula des Landesinstituts. Schulbücher gibt es noch nicht. Alle im Unterricht eingesetzten Unterrichtsmaterialien werden unter fachlicher Betreuung des Landesinstituts von Lehrerinnen und Lehrern des Versuchs selbst erstellt. Sie lagen in Form von Bildern, Mal- und Bastelmaterialien vor.³⁴¹

Die Annahme des Versuchs kann nicht anders als erfreulich bezeichnet werden. Im Verhältnis zur jeweiligen Angebotsgruppe der verschiedenen Schulen wurden bei Beginn des Versuchs circa 85 % der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen angemeldet. Das waren insgesamt etwa 700 Schülerinnen und Schüler. Im zweiten Jahr war die Anmeldequote ähnlich hoch.

Zu Didaktik und Inhalt des Unterrichts gibt es mehrere Veröffentlichungen. Der Unterricht hat nicht die Glaubensvermittlung zum Ziel. Dies heißt auch nicht, dass der Glaube nicht Gegenstand des Unterrichts sein darf. Die Schülerinnen und Schüler sollen Gelegenheit haben, ihre Lebenswirklichkeit von ihrem Glauben her zu untersuchen und zu deuten.³⁴²

Dabei lernen sie notwendig zugleich auch neue Inhalte der islamischen Tradition kennen. Diese neuen Inhalte stehen ihnen jedoch nicht als Lehre gegenüber, sondern als diskursives Angebot, das eigene Wissen zu erweitern. Es geht dabei um Fragen wie den Umgang mit behinderten Menschen, um die Sorge für Kranke oder um die Armut in der Welt, aber auch um Kenntnisse der Geschichte des Islam, um den spirituellen Sinn des Betens oder um die Interpretationsprinzipien der verschiedenen Rechtsschulen. Die thematisierten Gegenstände der Glaubenstradition des Islam werden auf die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und der Schüler bezogen. Der Unterricht darf also weder zur Sozialkunde noch zur religiösen Wissenskunde geraten. Der Unterricht muss in einem spezifisch islamischen Gehalt dem interreligiösen Dialog dienen. Der Unterricht muss in deutscher Sprache erfolgen, in der die

³⁴¹ Christin Mohr ,Irka/ Kiefer, Michael (Hrsg.): Islamunterricht, islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel - ein Fach? 2009. Transkript Verlag, Bielefeld. S. 105.

³⁴²Graf , Peter: Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. V & R Unipress. Göttingen. 2006. S. 205.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Leistungen der angemeldeten Schülerinnen und Schüler benotet werden. Diese Vorschrift ist ebenso möglich, aber schwierig in der Befolgung. Denn die Lehrerinnen und Lehrer verfügen über keine pädagogische Ausbildung. Zwar verfügen sie über gute deutsche Sprachkenntnisse im Sinn von Alltags- und Verkehrssprache, sie haben jedoch große Probleme beim Umgang mit fachlichen Begriffen, da sie wie erwähnt keine Ausbildung im Bereich der Religionspädagogik absolviert haben.³⁴³ Die islamische Unterweisung entwickelt aus diesem Grund eine spezifische Form der religionspädagogischen und religionswissenschaftlichen Philologie. Dabei werden Begriffe der islamischen Tradition und Sprache wie „Hadsch“ (Pilgerfahrt), „Ramadan“ (Fastenmonat) oder „Zakat“ (Armensteuer) nicht mehr übersetzt, sondern im arabischen Wortlaut ins Deutsche eingeführt und grammatisch verfügbar gemacht. Zur fachlichen Qualifizierung derjenigen Lehrer, die kein islamwissenschaftliches Studium absolviert hatten, wurde eine Qualifizierungsmaßnahme organisiert, die circa 150 Unterrichtsstunden umfasste und von einem multidisziplinären Moderatoren-Team begleitet wurde. Die islamwissenschaftlichen Lehrkräfte nehmen an pädagogischen Qualifizierungskursen teil

Im Sommer 2004 wurde an der Universität Münster der bundesweit erste „Lehrstuhl für islamische Theologie“ eingerichtet, der gemeinsam mit anderen Lehrstühlen die universitäre Ausbildung für künftige islamische Religionslehrer aufbauen sollte.³⁴⁴ Dieser Lehrstuhl wurde mit dem Juristen und Islamwissenschaftler Sven Kalisch besetzt. Dieser stellte jedoch später grundlegende muslimische Werte infrage, wie die realhistorische Existenz des letzten islamischen Propheten Mohammed, und gab schließlich seinen islamischen Glauben auf, weshalb er die besagte Stelle aufgeben musste.³⁴⁵ Daraufhin wurde eine neue Professur für „Islamische Religionspädagogik“ mit dem Islamwissenschaftler und Soziologen Mohand Khorchide besetzt und die Ausbildung künftiger islamischer Religionslehrer in Münster letztlich weiterhin sichergestellt.

³⁴³Darwisch, Kinan: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland, Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Hrsg. von Bertram Schmitz. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S.105.

³⁴⁴Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie in Nordrhein-Westfalen. 2008. Landesinstitut für Schule, NRW. S. 6.

³⁴⁵Evangelische Kirche und dazu Kinan Darwisch: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S. 105.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.5.1.1 Ausbildung islamischer Religionslehrer

An der Universität Münster werden islamische Religionslehrer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und den entsprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschulen, das Lehramt an Gymnasien sowie für Berufskollegien ausbilden. Das Studium soll den künftigen Lehrerinnen und Lehrern vor allem Kenntnisse und relevante Fähigkeiten zur Beherrschung und Anwendung von Fachwissen sowie zur Förderung der Lernkompetenzen der muslimischen Schülerinnen und Schüler im Kontext islamischer Unterrichtung vermitteln. Konkret soll den Studierenden daher eine wissenschaftliche Ausbildung in islamischer Theologie, islamischen Recht und islamischer Religionspädagogik angeboten werden

Das Studium umfasst die folgenden Studienbereiche:

1. Klassische arabische Sprache,
2. Wissenschaftlicher Umgang mit dem Koran und der frühislamischen Überlieferung,
3. Islamische Theologie, Philosophie und Mystik,
4. Islamisches Recht,
5. Religionspädagogik.

Trotz dieser Entwicklungen ist bis heute der Islamunterricht in NRW jedoch nicht einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht im Sinne des Grundgesetzes gleichgestellt, solange es keinen einheitlichen Repräsentanten der Muslime gibt. Ende des Jahres 2012 wurde nun ein ordentlicher islamischer Religionsunterricht eingeführt, nachdem vom Düsseldorfer Landtag als Übergangsmodell bis zur Erlangung einer anerkannten Religionsgemeinschaft ein Beirat einrichtet wurde, der die religiösen Fragen mit dem Schulministerium klären soll. In dem Beirat sind Muslime, Islamwissenschaftler und Theologen vertreten.³⁴⁶

3.5.1.2 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts

Der Lehrplan für Nordrhein-Westfalen stellt die persönliche Entwicklung und die Identitätsentwicklung der muslimischen Schülerinnen und Schüler als oberstes Ziel heraus. Die islamischen Traditionen sollen ihnen bewusst gemacht werden. Die Mädchen und Jungen sollen an die Werte und Ordnungsprinzipien der Landesverfassung und des Grundgesetzes herangeführt und befähigt werden. Zugleich sollen sie als gläubige Musliminnen und Muslime

³⁴⁶ Das Bildungsportal des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. August 2015



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

und als aktiv Bürgerinnen und Bürger eines zivilgesellschaftlichen Staatswesens für sich und andere

handeln können.³⁴⁷ Dabei kommt den Lehrkräften eine besondere Aufgabe zu, v. a. ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Ausbildung. Sie sollen die muslimischen Schülerinnen und Schüler sowohl zur innerislamischen als auch zur weltanschaulichen Toleranz erziehen und die Pluralität der Gesellschaft thematisieren

3.5.2. Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht in Bayern“

3.5.2.1 Religiöse Unterweisungen türkischer Schüler muslimischen Glaubens in türkischer Sprache

Als zweites Modell möchte ich auf die bayerischen Überlegungen hinweisen. In Bayern leben schätzungsweise über 300.000 Muslime, dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 2,5 Prozent.³⁴⁸ Der Großteil dieser Gruppe sind türkische Migranten und Migranten vom Balkan sowie aus Nordafrika oder Asien. Damit stellt sich der Umgang mit der Weltreligion Islam für Politik und Gesellschaft vor allem als Integrationsaufgabe dar. Die Verfasser des deutschen Grundgesetzes wollten, dass sich die jungen muslimischen Generationen mit den Werten ihrer Religion auch in der Schule befassen. Aus diesem Grund wurde für die wachsende muslimische Bevölkerung in Bayern dringend eine Lösung für ihre Integration gesucht. Die Schule ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte für Integration der jungen Muslime, schon weil dort unterschiedliche Traditionen und religiöse Lebensentwürfe unvermittelt aufeinander treffen. Die bayerischen Schulen wollen die 97.500³⁴⁹ jungen Muslime zu verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger erziehen.

In Bayern wurde schon in den 80er Jahren wie in NRW eine Form der religiösen Unterweisung türkischer Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens in türkischer Sprache angeboten. Die Unterrichtsinhalte basieren auf den „Richtlinien für religiöse Unterweisung türkischer Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens“ in den Jahrgangsstufen 1 bis 5. Diese wurden auf der Basis des vom Ministerium für nationale Erziehung der Republik Türkei erlassenen Lehrplans für „Religions- und Ethikunterricht“

³⁴⁷ Lehrplan „Islamischer Religionsunterricht von Nordrhein-Westfalen. 12.2013, S. 10.

³⁴⁸ Bock, Wolfgang (Hrsg): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. 2. Auflage. 2007. S. 85. Verlag Uni-press Münster

³⁴⁹ Bock, Wolfgang (Hrsg): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. 2. Auflage 2007. S. 85.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

adaptiert. Sie wurden durch Lerninhalte aus der Lebenssituation und der religiösen Umwelt türkischer Schüler in Westeuropa ergänzt, welche die Integration in das kulturelle und religiöse Umfeld in Deutschland erleichtern sollen.³⁵⁰

Die türkischen Lehrkräfte unterrichten in Bayern für einen auf 4 Jahre befristeten Zeitraum, nachdem sie unter Beteiligung bayerischer Beamter in Ankara ausgebildet worden sind. Sofern Verfehlungen in Richtung Fundamentalismus, Indoktrination oder bezüglich des Toleranzgebotes festgestellt werden, erfolgt die Rückführung in die Türkei.

3.5. 2. 2 Islamische Unterweisung in deutscher Sprache

Der islamische Unterweisungsunterricht in deutscher Sprache wurde im Schuljahr 2001/2002 eingeführt. Der bayerische Landtag entschied sich für einen Leitantrag zur Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts als reguläres Fach. Danach sollte staatlicherseits der aktive Einbezug der muslimischen Verbände angestrebt werden. So kam die rasche Gründung einer islamischen Gemeinschaft in Bayern zustande.³⁵¹

Die Notwendigkeit eines Islamunterrichtes in deutscher Sprache als selbstständiges Unterrichtsfach ohne Einbindung in den muttersprachlichen Unterricht vor allem für türkische Schüler/Innen wird heute jedoch von fast allen Seiten begrüßt. Im Unterricht wurden insbesondere Einblicke in die islamische Geschichte, prophetischen Erzählungen und Überlieferungen des Propheten Mohammed vermittelt. Dieses Pilotprojekt „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“ hat im Schuljahr 2001/2002 mit der Jahrgangsstufe 1 begonnen. Mit dem Schuljahr 2004/2005 wurde das Unterrichtsangebot auf die gesamte Grundschule ausgedehnt, im Schuljahr 2005/2006 auch auf die Hauptschule. Es wird noch zu entscheiden sein, ob das Projekt in den Regelbetrieb überführt werden kann.³⁵² Der Unterricht steht allen Schülerinnen und Schülern aller Herkunftsnationen offen. Das Ministerium positioniert den Unterricht wie folgt:

„Der Islamunterricht bewegt sich inhaltlich im Feld zwischen einem – von einer Religionsgemeinschaft verantworteten – Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 und der Islamischen Unterweisung. Er geht über die religiös neutrale Islamische Unterweisung dadurch hinaus, dass er religiöse Bezüge aufweist, die schon in

³⁵⁰ Ebd. S. 88.

³⁵¹ Kurt , Hüsesein / Weber , Edmond (Hrs.): Die Zukunft der Muslime in Deutschland. Tagungen der kommunalen Ausländerinnen-Vertretungen der Stadt Frankfurt am Main und der Ausländerbeiräte Hessen. Eine Dokumentation ausgewählter akademischer und politischer Beiträge. Peter Lang. 2011. S. 50.

³⁵²Böck , Wolfgang (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? 2. Auflage. 2007. S. 88.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Richtung einer Erziehung zum Glauben gehen. Reine exakte Grenzziehung ist schwierig. Bei gruppenbedingten Streitfragen (z. B. Schiiten/Sunniten) versteht sich der Unterricht aber in jedem Fall als neutrale Wissensvermittlung.³⁵³

Nach sorgfältiger Evaluation sollte der Unterricht auf weiterführende Schulen ausgedehnt werden. Im Schuljahr 2009/ 2010 wurde der Islamunterricht in Bayern bereits an 70 bis 80 Grund- und Hauptschulen, 5 Realschulen und einem Gymnasium unter Einsatz von 44 Islamlehrern angeboten.³⁵⁴ Die Aufgabe des deutschsprachigen Islamunterrichts an Grundschulen besteht darin, den muslimischen Schülerinnen und Schülern die Grundlagen ihrer Religion für ihre identifikatorisch-religiöse Selbstverantwortung zu vermitteln, aber auch die erforderlichen sprachlichen Fähigkeiten für den interreligiösen Dialog mit Muslimen einerseits und Nicht-Muslimen andererseits zu fördern beziehungsweise zu vermitteln.³⁵⁵

3.5.2.3 Unterrichtsinhalte des Islamunterrichts

Die Unterrichtsinhalte an Grundschulen basieren auf dem schon existierenden Inhalt der muttersprachlichen (türkisch) religiösen Unterweisung mit Überarbeitung. Die Unterrichtsinhalte sind in acht Themenbereiche gegliedert, die sich durch alle Jahrgangsstufen hindurchziehen.

1. Zusammenleben,
2. Glaubenslehre,
3. Gebet,
4. Religiöses Leben,
5. Mohammed,
6. Koran,
7. Propheten,
8. Andere Religionen.

Das Konzept sieht vor, dass der „Islamische Unterricht“ zwar im Ergebnis kein konfessioneller Unterricht, aber auch kein bekenntnisneutraler Islamkundeunterricht ist.

³⁵³ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Ulrich Seise, im Landtag Baden-Württemberg am 2.12.2004.

³⁵⁴ Jeggel, Maria : Bildung und Wissenschaft.: Es fehlt am politischen Willen. Stuttgart. Januar 2005. S. 34. auch Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. 2009. S. 8.

³⁵⁵ Ebd. Jeggel, Maria : Bildung und Wissenschaft.: Es fehlt am politischen Willen. Stuttgart. Januar 2005. S. 34. auch Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. 2009. S. 9.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.5.2.4. Lehrkräfte des islamischen Unterrichts

Die Lehrkräfte des islamischen Religionsunterrichts entstammen in der Mehrheit aus den vorangegangenen Modellversuchen, hauptsächlich der islamischen Unterweisung.³⁵⁶ In der Regel verfügen die Lehrerinnen und Lehrer des muttersprachlichen Unterrichts über keinen Hochschulabschluss, den sie an den Hochschulen erworben haben. Sie erwarben für die Islamkunde nur ein Fortbildungszertifikat.³⁵⁷

Für neue Lehrerinnen und Lehrer wurden ein studienbegleitendes Weiterbildungszusatzangebot im Rahmen des ordentlichen Lehramtsstudiums an der Universität Erlangen-Nürnberg sowie eine Professor für islamische Religionslehre eingerichtet, die mit Harry Harun Behr besetzt wurde.

Der Erweiterungsstudiengang „islamische Religionslehre“ ist in drei Themenbereiche gegliedert: Schriftgrundlagen des Islam, Religionslehre des Islam und Berufsfeldbezug. Im Themenbereich „Schriftgrundlagen des Islam“ geht es um den Kompetenzbereich „Den Islam kennen“: Es sollen den Studierenden hierbei u. a. die islamischen Grundlagen, der Koran und die Prophetenüberlieferung, die religiöse Sprache des Islam sowie die prophetische Biographie Mohammeds vermittelt werden.³⁵⁸

Im Themenbereich „Religionslehre des Islam“ geht es um den Kompetenzbereich „Den Islam reflektieren“, wobei die islamische Theologie, Ethik und religiöse Praxis wie auch nicht-islamische Religionen und Religionswissenschaften studiert werden.³⁵⁹

Im Themenbereich „Berufsfeldbezug“ steht der Kompetenzbereich „Den Islam unterrichten“ im Blickfeld, wobei hier die Schule als Berufsfeld sowie die Themenbereiche Sozialisation und Religionspädagogik behandelt wird und letztlich ein Praktikum mit Begleitseminar zu besuchen ist.

3.5.2.5 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts

Die Aufgabe besteht darin, die Kinder in das Umfeld der Schule zu integrieren, insbesondere aber in die Gesellschaft, und zwar auf der Basis der Verfassung des Freistaates Bayern und des

³⁵⁶ Interdisziplinäres Zentrum für islamische Religionslehre. Erlangen- Nürnberg Beitrag von Rochdi Amin in Zeitschrift fuer die Religionslehre des Islam .2010, S.2-5

³⁵⁷Christin- Mohr, Irka/ Kiefer Michael (Hrsg.): Islamunterricht, islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel - Ein Fach? 2009. Transkript Verlag. Bielefeld. S. 100.

³⁵⁸Interdisziplinäres Zentrum für Islamische Religionslehre. (B) Studien Struktur. 31.03.2011. S.7

³⁵⁹Ebd. Interdisziplinäres Zentrum. Erlangen- Nürnberg Beitrag von Rochdi Amin in Zeitschrift für die Religionslehre des Islam .2010, S.2-5



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Achtung der Menschenrechte und ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in einer demokratischen Gesellschaft sind das oberste Ziel. Der Islamunterricht soll Schülerinnen und Schüler in Bayern erste Grundlagen der eigenen Religion vermitteln, und zwar über nationale und konfessionelle Grenzen hinweg. Ihre Sprache ist so zu fördern, dass sie mit Muslimen und Nicht-Muslimen auf Deutsch über ihre Religion sprechen können.³⁶⁰

3.5.3. Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Baden-Württemberg

Es ist notwendig, islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach einzuführen, was schon seit langer Zeit gefordert wird. In Baden-Württemberg haben der „Zentralrat der Muslime“, die „Islamische Gemeinde in der Europäischen Union in Baden-Württemberg“, das „Institut für Islamische Erziehung“ und die „Religionsgemeinschaft des Islam“

Einen Religionsunterricht beantragt und sich dafür zu „Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“ zusammengeschlossen.

In Zusammenarbeit mit diesen vier muslimischen Verbänden hat eine Steuerungsgruppe vier Jahre lang an der Einführung islamischen Religionsunterrichts gearbeitet.

Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 wurde an zehn Grundschulen des Landes Baden-Württemberg der deutschsprachige bekenntnisorientierte Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ sunnitischer Prägung für einen Teil der circa 80.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler im Bundesland gestartet.³⁶¹ Nachdem „grüne Licht“ für die Modellprojekte gegeben worden ist, konnten die langjährigen Vorarbeiten der Steuerungsgruppe umgesetzt werden. Der erarbeitete Lehrplan für islamischen Religionsunterricht in den Klassen eins bis vier wurde Anfang März 2005 im Kulturministerium vorgestellt und ist Grundlage für die Einleitung der Einführung des islamischen Religionsunterrichts.³⁶²

Ministerpräsident Ervin Teufel und Kulturministerin Annette Schavan erklärten:

³⁶⁰ Islamischer Religionsunterricht. V & R. Unipress. 2010. S. 127.

³⁶¹ Justizministerium Baden-Württemberg. Schmid /Almila Akca, A./ Barwig, K.: Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Baden. 2008. S. 44.

³⁶² Bildungsplan für islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Stuttgart. 2005. URL: <http://www.islamindialog.de/GS-IslamR-bs.pdf>.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

„Nach einer sorgfältigen Vorbereitung und unter Berücksichtigung aller rechtlichen, religions- und gesellschaftspolitischen Aspekte haben wir in Baden-Württemberg nun die solide Grundlage für einen islamischen Religionsunterricht geschaffen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Integration und gegen das drohende Anwachsen von Parallelgesellschaften geleistet. Mit dem islamischen Religionsunterricht wird ein wichtiges Signal für die muslimischen Bürgerinnen und Bürger gesetzt: Sie können gewiss sein, dass ihre Kinder in den Schulen nicht ihrer Religion und Tradition entfremdet werden, sondern Hilfe bekommen, ihren Glauben nach eigenem Selbstverständnis zu erfahren und sich anzueignen. Mit der Vermittlung von religiöser Orientierung und Identität auch in der Schule werden frühzeitig Weichen gestellt, anderen Glaubensüberzeugungen und Traditionen mit Respekt und Toleranz zu begegnen.“³⁶³

Die wichtige Funktion des Ansprechpartners auf muslimischer Seite wurde nicht den islamischen Dachverbänden der Steuerungsgruppe, sondern den Eltern der Schülerinnen und Schüler im islamischen Religionsunterricht gegeben. Anfänglich wurden insgesamt zwölf Grundschulen im Land gesucht, die für ein Modellprojekt geeignet waren. Entscheidend war dabei, dass die Schule einen entsprechend hohen Anteil an muslimischen Schülerinnen und Schülern hatte, dass die zuständige Schulleitung und auch lokale islamische Gemeinschaften kooperationsbereit waren und dass von Universitäten und pädagogischen Hochschulen muslimische Lehrerinnen und Lehrer dafür fortgebildet und eingesetzt werden konnten. Nachdem sich die erste Modellprojektphase, die über vier Jahre als kompletter Grundschuldurchlauf erfolgte, bewährt hatte, wurden in einer zweiten Phase sukzessiv weitere Schulstandorte mit aufgenommen.

3.5.3.1 Die Lehrkräfte: Anders als in Nordrhein-Westfalen werden in Baden-Württemberg keine muslimischen Lehrkräfte im muttersprachlichen Unterricht eingesetzt. Daher wirft die Frage nach Lehrern für den islamischen Religionsunterricht die Frage nach ihrer Qualifizierung und infolgedessen auch die Frage nach den Ausbildungsmöglichkeiten für diese Lehrer auf. Der Islamunterricht wird schließlich von Lehrern muslimischen Glaubens, die bereits im Staatsdienst tätig sind, erteilt. Diese Lehrer benötigen eine entsprechende Weiterbildung.³⁶⁴ Sie haben eine spezielle sechsmonatige theologische und religionspädagogische Qualifizierung an den

³⁶³ Pressemitteilung des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport von Baden-Württemberg vom 15. März 2005. In: Hsiybe Yölke-Cantay: Islamische Bildung im säkularen Staat. Religionskenntnisse als Basis erfolgreicher Integration. S. 103-104. Tectum Verlag. Band 15. 2010. Marburg.

³⁶⁴Christin Mohr, Irka/Kiefer, Michael (Hrsg): Islamunterricht, islamischer Religionsunterricht, Islamkunde Viele Titel - ein Fach? 2009. Transkript Verlag. Bielefeld. S. 40.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

pädagogischen Hochschulen Karlsruhe, Ludwigsburg und Weingarten durchlaufen.³⁶⁵ Der Studiengang gliedert sich in zwei Module: Modul 1: Koran und Koranauslegung, arabische islamische Fachbegriffe, islamische Rechtslehre.

Modul 2: Sira³⁶⁶, Sunna,³⁶⁷ und Hadidh³⁶⁸, islamische Ethik, Grundlagen islamischer Religionspädagogik. Die Ausbildung umfasst zwei Semester. Die Parteien des Gemeinderates (CDU, GRÜNE und SPD) bewerten das Modellprojekt positiv

3.5.3.2 Bildungspläne: Die Inhalte und Themenfelder des Bildungsplans zum islamischen Religionsunterricht gliedern sich in sieben Themenfelder. Sie können aber auch im Unterricht auch Aspekte anderer Dimensionen beinhalten:

- 1: Gott-Mensch-Schöpfung,
2. Koran und die islamischen Quellen,
3. Mohammed der Gesandte,
4. Die Gottesgesandten und ihre Botschaft,
5. Glaube, Verantwortung und Ethik,
6. Ausdrucksformen individuellen und gemeinsamen Glaubens,
7. Religionen und Lebensweisen.

Der Bildungsplan gilt als Fundament für das religionspädagogische Handeln der Lehrer, die zudem partiell die Möglichkeit haben, in eigener pädagogischer Verantwortung Schwerpunkte zu setzen. Die Behandlung der Themenfelder und der Inhalte soll in dieser Reihenfolge erfolgen

3.5.3.3 Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts

Der Islamunterricht richtet sich an alle Kinder muslimischen Glaubens, die über keinerlei islamisches Vorwissen verfügen. Als Aufgaben und Ziele des Islamunterrichts nennen die Bildungsstandards, die Kinder „altersgemäß in die elementaren Glaubensgrundlagen des Islam“ einzuführen und sie zu befähigen, bewusst und sinnerfüllt zu leben. Gleichzeitig verfolgt der

³⁶⁵ Lichtenhälter, Barbara: Islamische Religion im schulischen Unterricht: Baden-Württemberg. In: Bock, Wolfgang . (Hrsg.). Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. 2. Auflage. Tübingen. 2007. S.79-84.

³⁶⁶ Unter „Sira“ wird die Biographie des Propheten Mohammed verstanden.

³⁶⁷ Unter „Sunna“ versteht man die für Muslime vorbildhafte Lebensweise des Propheten Mohammed, die zweite Wissensquelle neben dem Koran ist.

³⁶⁸ Unter „Hadith“ versteht man einen Bericht, in dem die „Sunna“ des Propheten Mohammed überliefert ist.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Islamunterricht das Ziel, die Kinder in eine plurale Gesellschaft zu integrieren. Der Islamunterricht soll von den Alltagserfahrungen der Kinder ausgehen.

3.5.4. Modellschulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen

Ein islamischer Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG gibt es bisher in keinem Land, auch nicht in Niedersachsen. Der Schulversuch im Land Niedersachsen soll in zwei Modellversuchen die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG³⁶⁹ an staatlichen Schulen erproben.

Die Regierungserklärung der Landesregierung vor dem Niedersächsischen Landtag lässt sich so verstehen, dass der Schulversuch ein Schritt in Richtung eines konfessionellen Religionsunterrichts für Muslime ist. Wörtlich heißt es:

„Wir werden dabei auch die Möglichkeit zur Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, aber unter staatlicher Verantwortung ermöglichen. Im Zentrum muss dabei ein integrativer Unterricht stehen, der die Beziehungen herstellt zwischen der eigenen Religion und Kultur und unserem freiheitlichen und sozialen Menschen- und Gesellschaft.“³⁷⁰

Die Landesregierung engagiert sich, um Entwicklungen zu Parallelgesellschaften zu vermeiden. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts wurde anhand des Zuwachses an Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens in Niedersachsen deutlich. Der Schulversuch islamischer Religionsunterricht ist zunächst bis zum Jahr 2007 befristet und soll in der Versuchsphase nicht auf die Schulformen der Sekundarstufe I ausgedehnt werden. Während die Anzahl der Schüler evangelischen Bekenntnisses in den letzten zwanzig Jahren um knapp 10 Prozent gefallen ist, von 69 Prozent auf 58 Prozent, und die Zahl der Schüler des katholischen Bekenntnisses um drei Prozent, von 21 Prozent auf 18 Prozent, hat sich die Anzahl der Schüler islamischen Glaubens von 2,3 Prozent auf 5 Prozent fast verdoppelt. Diese Anzahl kann nur als Indizien dafür gewertet werden, auf welche hohe Akzeptanz der Schulversuch bei den Muslimen im Lande stößt.³⁷¹ Seit Beginn des Schuljahres 2003/2004 wird der Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ an

³⁶⁹ Siehe Anhang, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Abb.4 Seite XIV

³⁶⁹ Graf, Peter (Hrsg.): „Islamischer Religionspädagogik“ - Etablierung eines neuen Faches: Bildungs- und kulturpolitische Initiativen des Landes Niedersachsen. V & R Unipress, Göttingen, 2007. S. 121.

³⁷¹ Ballalsch, Heidemarie : Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen. Auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach. In: Koch und Darwisch K. (Hrsg.): Dimensionen religiöser Erziehung muslimischer Kinder in Niedersachsen. Göttingen, 2010. S. 52-61.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

zunächst acht Schulstandorten eingeführt. Der Unterricht wird in deutscher Sprache von muttersprachlichen Lehrkräften erteilt, die bereits im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts Themen der religiösen Landeskunde unterrichtet haben. Seit seiner Einführung wurde der Schulversuch jedes Jahr verlängert. Bis 2009/2010 wurde er bereits auf 37 Grundschulen ausgeweitet.³⁷²

Alle Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ab dem 1. Schuljahrgang sind zur Teilnahme am Unterricht verpflichtet. Wenn die erforderliche Mindestschülerzahl von zwölf Schülerinnen und Schüler nicht erreicht wird, können der erste und zweite Schuljahrgang auch zusammengefasst werden. Durch die Anmeldung zum Unterricht wird der Nachweis der Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft erbracht. Der Unterricht ist auf zwei Wochenstunden angesetzt und wird in deutscher Sprache von Lehrern unterrichtet, die früher vor allem im „Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht“ eingesetzt wurden und die vom Land eingestellt worden sind.

Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden nicht benotet.³⁷³ Das Fach leistet aber einen Beitrag zur Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens.

Anders als in einigen anderen Bundesländern hat sich das Land Niedersachsen gegen die Einführung eines Faches „Islamkunde in deutscher Sprache“ und für den Schulversuch mit dem Ziel der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG entschieden. Dieser Unterricht soll das Bekenntnis zum Mittelpunkt machen, auch weil ein kritischer Religionsunterricht dazu befähigt, eigene Standpunkte herauszuarbeiten und die Schüler dazu bringen soll, persönliche Entscheidungen begründet zu treffen, gleichzeitig aber die der anderen ebenfalls nachzuvollziehen und tolerieren zu können

Das langfristige Ziel in Niedersachsen ist es, einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht den Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens zu bieten. Das Bundesland sieht in dem Angebot einen Beitrag zur Integration der Schüler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach im Sinne des Grundgesetzes nach Art. 7 Abs. 3 ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer nicht möglich,

³⁷² Graf, Peter: Der Islam im Westen. Der Westen im Islam. Positionen zur religiös-ethnischen Erziehung von Muslimen. V & R Unipress. 2004. Osnabrück. 1. Auflage. S. 238.

³⁷³ Bade, Rolf: Islamischer Religionsunterricht - ein niedersächsischer Versuch. In: Bock W (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte Hintergründe. 2. Auflage. 2007. S.129-134.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

weil sich die Muslime im Land bisher nicht zu einer Religionsgemeinschaft haben zusammenschließen können, zum anderen, weil es im Islam keinen formalen Nachweis über die Bekenntniszugehörigkeit der Kinder gibt, weshalb der islamische Religionsunterricht nur als Schulversuch angeboten werden kann.³⁷⁴ Um dennoch einen bekenntnisorientierten Unterricht für Muslime in Niedersachsen anbieten zu können, wurde das Konzept des Runden Tisches umgesetzt. An diesem Runden Tisch war und sind die islamischen Verbände, Gemeinschaften oder Zentren Niedersachsens vertreten, die sich für die Dauer des Schulversuchs zusammengefunden haben, um als Ansprechpartner des Landes in den zentralen Glaubensfragen des Islam zur Verfügung zu stehen.³⁷⁵

Bereits im Jahr 2001 hatte sich eine Mehrzahl islamischer Organisationen Niedersachsens zusammengeschlossen, um den, Arbeitskreis Islamischer Religionsunterricht zu gründen. 2002 wurde dann auf einer breiten verbandlichen Basis die SCHURA-Niedersachsen (S-N) als Landesverband der Muslime in Niedersachsen gegründet. Dieser umfasst nur in Niedersachsen eingetragene Vereine (e. V.) und soll die religiöse Basis, also die Orts- und Moscheegemeinden, repräsentieren. Dabei sind sowohl sunnitische als auch schiitische Vereine vertreten. Zu beachten ist jedoch, dass der Runde Tisch kein Beschlussorgan ist. Er tagt je nach Bedarf mindestens vierteljährig. Die SCHURA-Niedersachsen und DITIB sollten sich auf einen gemeinsamen Lehrplan für die Primarschule einigen, die dann vom Kulturministerium überprüft und weiterentwickelt wurden. Der Unterricht wurde als gesamtislamisches Unterrichtsangebot etabliert und richtet sich an Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen des Islam..³⁷⁶

Der Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ leistet einen notwendigen Beitrag zur Erziehung und Bildung der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule. Das Vorhaben besteht darin, dass Leitfragen das Fach inhaltlich strukturieren sollen und somit nicht nur beschrieben wird, was die Schüler können sollen, sondern auch, wie mit dem Inhalt

³⁷⁴Bade Rolf: Anmerkungen zur aktuellen Situation des Religionsunterrichts. In: Langenfeld, C. / Lipp, V. / Schneider, I.: Islamische Religionsgemeinschaften und islamischer Religionsunterricht: Probleme und Perspektiven. Göttingen. 2005. S. 37-43.

³⁷⁵Bade: Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. In: Bock W. (Hrsg.). 2. Auflage. 2007. S. 130-131.

³⁷⁶Ballasch :Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen. Auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach. In: Koch und Darwisch K. (Hrsg.): Dimensionen religiöser Erziehung muslimischer Kinder in Niedersachsen. Göttingen. 2010. S. 52-61.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

umgegangen werden kann. Es geht damit nicht nur um das Wissen selbst, sondern auch um die Anwendung des Wissens. Vom Kulturministerium wurde die rituelle Praxis im Unterricht ausgeschlossen, also das Beten, Fasten oder Feiern von Festen.

Die niedersächsischen Rahmenrichtlinien legen den erzieherischen Schwerpunkt auf die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung der Kinder. Der Islamunterricht soll sie befähigen, mündige Glaubensentscheidungen zu treffen und in der Gesellschaft eigenverantwortlich zu handeln. Es ist seine Aufgabe, den Glauben der Kinder mit ihrer Lebenswirklichkeit zu verbinden. Das soll die blinde Übernahme von Glaubenslehren verhindern.³⁷⁷

Die Verwurzelung im eigenen Glauben wird als Voraussetzung für Verständnis und Respekt gegenüber Angehörigen anderer Religionen gesehen. Außerdem müssten Erziehung und Unterricht in der Schule sowohl dem Grundgesetz der Bundesrepublik als auch der niedersächsischen Verfassung entsprechen. Die Kinder sollen Toleranz gegenüber den verschiedenen islamischen Gruppen sowie Angehörigen anderer Religionen erlernen und besser in die deutsche Gesellschaft integriert werden. Dazu ist es auch wichtig, dass die Muslime lernen, auf Deutsch über ihren Glauben zu sprechen und sich mit ihren anders oder nicht gläubigen Klassenkameraden auszutauschen. Dazu hoffen die Lehrer auf eine Verbesserung der Deutschkenntnisse bei den Schülerinnen und Schülern.³⁷⁸

Im islamischen Religionsunterricht befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit den existenziellen Fragen des Menschen: Woher kommen und wohin gehen sie? Was ist Ziel menschlichen Leben. Außerdem hofft die Landesregierung, durch einen staatlich verantworteten und kontrollierten Religionsunterricht den Koranschulen etwas entgegen setzen zu können. Hierzu sagte der niedersächsische Kulturminister Bernd Busemann in einem Radiointerview: „Wir dürfen uns als Staat nicht aus der Verantwortung ziehen und vor allem Religionsunterricht nicht irgendwelchen Fundamentalisten, nicht irgendwelchen Kalifen oder wie sie sich nennen, überlassen, die vielleicht in irgendwelchen Koranschule in Ecken und Kammern, die wir nicht einsehen können, Unterricht und Indoktrination betreiben. Dann läuft es völlig in die falsche Richtung. Deshalb sehe ich es hoheitlichen und vernünftigen Auftrag an, es als staatliche Schule in Niedersachsen selbst in den Griff nehmen.“³⁷⁹

³⁷⁷ Irka-Christin Mohr, Michael Kiefer (Hrsg.): Islamunterricht, islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel - ein Fach? 2009. Transkript Verlag. Bielefeld. S. 43.

³⁷⁸ Stefan Reichmuth, Mark Bodenstein, Michael Kiefer, Birgit Väth (Hrsg.): Staatlicher Islamunterricht in Deutschland. Islam in der Lebenswelt Europa. Lit-Verlag. Band 1. Berlin. 2006.

³⁷⁹ Niedersächsisches Kulturministeriums: Rahmenrichtlinien für den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht. 27. Mai 2003.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Daraus folgt, dass der staatliche Religionsunterricht keine Konkurrenz zur Koranschule ist, aber als Ergänzung im Rahmen des schulischen Bildungsauftrags gesehen wird, vergleichbar mit dem Verhältnis zum christlichen Religionsunterricht. Dieser Religionsunterricht dient erstens der Wissensvermittlung und Reflexion, zweitens der Vermittlung von Glaubenspraxis und -lehre. Dieser Prozess wird auch von muslimischer Seite begrüßt.

Der Vorsitzende des pädagogischen Fachausschusses des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) betont:

„Wir Muslime müssen auf jeden Fall die Koranschule etwas verbessern, da gucken wir auch als Lehrkräfte, was läuft. Ich glaube, da ist einiges im Argen. Ich merke das auch bei meinen Schülern. Gerade die begabtesten nehmen die Hodschas und lassen die viel zu viele Texte auswendig lernen, weil sie Angst haben, unsere Religion geht hier verloren und so weiter. Ohne Koranschule geht es nicht, aber man muss ein bisschen gucken, wie die Koranschule arbeiten sollen. Koran lesen ist eine Notwendigkeit, es bildet auch. Koran wird auch gesungen. Eine ästhetische Erziehung sollte sein. Wir müssen Gremien bilden zwischen Schulen und Koranschulen, um bessere Brücke zu bauen.“³⁸⁰

Durch die Attentate vom 11. September 2001 erhielt der schon lange von Muslimen geforderte Islamunterricht einen neuen Impuls und wurde auf die Agenda der Politik gesetzt. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) forderte in seiner Regierungserklärung „Liberalität bewahren - Wehrhaftigkeit stärken“ vom 24. Oktober 2001, die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger besser zu integrieren und kündigte an:

„Wir werden deshalb für eine Gleichbehandlung aller muslimischen Schülerinnen und Schüler mit ihren christlichen, jüdischen und konfessionslosen Altersgenossen sorgen, entweder durch Teilnahme am Fach Werte und Normen oder durch die Teilnahme am Religionsunterricht. Wir werden dabei auch die Möglichkeit zur Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, aber unter staatlicher Verantwortung ermöglichen. Darüber wurde das Kulturministerium beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten zur Umsetzung eines solchen Unterrichts zu prüfen. Am 23. Juli 2002 beschloss die Landesregierung, den Schulversuch zu realisieren.“

3.5.4.1 Die rechtlichen Voraussetzungen

Da sich die niedersächsischen Muslime noch nicht zu einer Religionsgemeinschaft im juristischen Sinne zusammengeschlossen haben, lud das Kulturministerium Vertreter der muslimischen Gruppierungen zu einem Runden Tisch ein, der während des Schulversuchs

³⁸⁰ Bittermann, Marion: Den eigenen Glauben erklären können - Islamunterricht an niedersächsischen Grundschulen. Feature auf NDR Info am 09.03.2004.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Ansprechpartner des Landes in zentralen Glaubensfragen des Islam ist. Dieser Runde Tisch erarbeitete mit der Richtlinienkommission des Kulturministeriums die Rahmenrichtlinien für den Schulversuch.³⁸¹

Als Ausgangspunkt diente der Rahmenplan des Zentralrats der Muslime in Deutschland, dessen Themenbereiche übernommen wurden. Die konkreten Unterrichtsinhalte wurden jedoch an die Anforderungen des Schulversuchs angepasst. Am 25. Juni 2003 wurden die Rahmenrichtlinien verabschiedet. Acht Grundschulen wurden ausgewählt, die über eine ausreichend hohe Zahl muslimischer Schülerinnen und Schüler verfügen³⁸² und an denen eine geeignete Lehrkraft unterrichtet.

Die Rahmenrichtlinien des Schulversuchs umfassen 6 Themenbereiche, die für alle Jahrgangsstufen gelten.

3.5.4.2 Themenbereiche

Aus den sechs Glaubensgrundsätzen und den fünf Säulen des Islam ergeben sich die sechs Themenbereiche, auf die sich der Runde Tisch verständigt hat:

- 1.) Ich und meine Gemeinschaft,
- 2.) Islamische Ethik,
- 3.) Propheten Geschichten,
- 4.) Prophet Mohammed,
- 5.) Der Koran,
- 6.) Grundlagen des Islam.

Aus diesen Themenbereichen sind zehn Themen des Lehrplans verbindlich und müssen innerhalb der vier Schuljahre bearbeitet werden.

Die Themen lauten:

- 1.) Gott (Allah),
- 2.) Gottes Schöpfung,
- 3.) Der Koran,
- 4.) Der Prophet Mohammed,

³⁸¹Vladi, Firouz. Kommentare aus islamischer Sicht, in: Anhelm, Fritz Erich und Bernhard Dressler (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen. Perspektiven seiner Einführung. Loccum Protokoll. 91/2 Loccum. 2003. S. 69-75.

³⁸² Kulturministerium Niedersachsen: Eine Mindestzahl von 12 Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens in einer Gruppe wurde festgelegt.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- 5.) Die Propheten,
- 6.) Beten,
- 7.) Fasten,
- 8.) Miteinander leben,
- 9.) Gemeinschaft der Muslime,
- 10.) Begegnung mit anderen Religionen.

Während der Durchführung des Schulversuchs erfolgt eine regelmäßige Evaluation der Rahmenrichtlinien.³⁸³

3.5.4.3 Lehrkräfte

Auch in Niedersachsen stieß man bei der Auswahl der Lehrkräfte auf das Problem, keine eigens ausgebildeten Lehrkräfte für das Fach Islamischer Religionsunterricht zur Verfügung zu haben. Um die vorhandenen Lehrkräfte auf die neue Aufgabe vorzubereiten, erhalten sie eine zusätzliche Qualifikation in interreligiöspädagogischen und didaktischen-methodischen Fragen durch Fortbildungsmaßnahmen des Niedersächsischen Landesamtes für Bildung und Schulentwicklung (NiLS).³⁸⁴

Außerdem wird zum Wintersemester 2007/2008 an der Universität Osnabrück ein viersemestriger Studiengang „Islamische Religionspädagogik“ im Rahmen des Lehramtsstudiums (Master) für Grund- und Hauptschullehrkräfte des Lehramtsstudiums (Master) für Grund- und Hauptschullehrkräfte eingerichtet.³⁸⁵ Inhaltlich setzt sich der Studiengang aus drei Bereichen zusammen, die in Module unterteilt sind.

A) Islamische Theologie / Fachdidaktik mit den Modulen Glaubensgrundlagen und Theologie, Hauptquellen des Islam-Koran und Sunna, Biographie des Propheten Mohammed und islamische Geschichte, muslimische Glaubenspraxis und deren Herleitung, islamische Philosophie, Mystik und Ethik, islamische Religionspädagogik und Fachdidaktik.

B) Arabisch für Islamlehrkräfte mit dem Modul Arabisch.

³⁸³ Bade Rolf: „Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. In: Wolfgang Böck. 2. Auflage. 2007. S. 132.

³⁸⁴ Ballasch, H.: Schulversuch „islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen. Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. In: Koch, K. und Darwisch, Kinan (Hrsg.): Dimensionen religiöser Erziehung muslimischer Kinder in Niedersachsen. Göttingen. 2010. S. 52-61.

³⁸⁵ Niedersächsischer Landtag. 2009. Universität Osnabrück. 2009. S. 3.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

C) „Interreligiöse und interkulturelle Studien“ mit den Modulen Christliche Theologien, Religionswissenschaft sowie als Wahlpflichtmodule interkulturelle Pädagogik, Migration, Integration, sozialer Wandel und Konflikt, Europa und Islamgeschichte und Kultur einer wechselseitigen Beziehung.³⁸⁶

3.5.5 Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Rheinland-Pfalz

Das Modellprojekt des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz ist das kleinste vorgestellte Projekt in Deutschland. Ähnlich wie in Bayern und Baden-Württemberg wird im Projekt mit lokalen Ansprechpartnern zusammengearbeitet.³⁸⁷ Laut des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sind circa 6 % der Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens und zwar nicht nur aus der Türkei, sondern insbesondere aus Algerien, aus Tunesien und aus Afghanistan.³⁸⁸ Im Schuljahr 2004/2005 wurde in Ludwigshafener Grundschule mit einem hohen Anteil muslimischer Schüler ein Pilotprojekt für islamischen Religionsunterricht gestartet, welches in den Schuljahren 2008/2009 und 2009/2010 aufgrund der guten Erfahrungen auf zwei weitere Grundschulen in Mainz und Worms ausgeweitet wurde.³⁸⁹ Die Initiative für das Projekt wurde vom Christlich-Islamischen Gesprächskreis und der türkischen Frauenbildungsstätte unterstützt. Dieser Unterricht fand in deutscher Unterrichtssprache als ordentliches Lehrfach statt und ist sunnitisch geprägt. Er kann auch von schiitischen Schülern besucht werden, was hinsichtlich einer möglichst großen Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler positiv erscheint. Da keine islamische Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG existiert, wurde der Modellversuch der Ausarbeitung des Lehrplans mit lokalen Ansprechpartnern in den Unterrichtsorten koordiniert.³⁹⁰ Darüber hinaus wurde der Islamunterricht auf die Sekundarstufe 1 ausgeweitet, womit Rheinland-Pfalz neben Baden-Württemberg und Bayern das einzige Bundesland ist, in dem der bekenntnisorientierte Unterricht in weiterführenden Schulen eingeführt wurde.

3.5.5.1 Lehrkräfte:

³⁸⁶ Mokrosch, R.: Kontextuelle Ausbildung islamischer Religionskräfte an der Universität Osnabrück In: Luccumer Pelikan. 2/2006. S. 87.

³⁸⁷ Kinan Darwisch: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Hrsg. von Bertram Schmitz. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S. 125.

³⁸⁸ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Juni 2009.

³⁸⁹ Landtag Rheinland-Pfalz. 2010.

³⁹⁰ Kinan Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. Religionen Aktuell. Hrsg. Bertram Schmitz. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S. 110.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Um potenzielle Lehrer für die erweiterten Schulversuche zu finden, bot sich eine Kooperation mit dem Nachbarbundesland Baden-Württemberg bei der Ausbildung von Lehrkräften für den islamischen Religionsunterricht an. Daher wurde eine Kooperation mit Baden-Württemberg über die Teilnahme der Lehrkräfte am Erweiterungsstudiengang „Islamische Theologie/Religionspädagogik“ an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe geschlossen. Die Schulleiterin der Ludwigshafener Grundschule, an der das Pilotprojekt stattfand, hat durchweg positive Erfahrungen mit dem Schulversuch gemacht. Die Akzeptanz bei den Eltern sei sehr hoch, es meldeten sich über 90 Prozent der muslimischen Schüler für den Unterricht. Die Schwierigkeiten lagen wie auch bei den Schulversuchen anderer Bundesländer zum einen bei fehlenden Unterrichtsmaterialien, zum anderen bei der Akkreditierung des Lehrpersonals.

3.5.5. 2 Lehrpläne des Religionsunterrichts in der Grundschule

Für die Grundschule wurde ein Teilrahmenplan erstellt. Die Unterrichtsinhalte basieren auf den Grundlagen des islamischen Glaubens nach Koran und Sunna sowie „auf den sittlichen Grundsätzen, auf denen die Verfassung von Rheinland-Pfalz, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen beruhen, z. B. Menschenwürde, Freiheit, Toleranz, Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit“.³⁹¹ Im Teilrahmenplan sind folgende Wissens- und Kompetenzentwicklungspunkte für Schülerinnen und Schüler niedergeschrieben:³⁹²

- Kenntnis der wichtigsten Grundlagen des Islam aus Koran und Sunna.
- Kenntnis einiger Unterschiede von islamischen Glaubensrichtungen.
- Kenntnis religiöser Rituale und ihrer Bedeutung.
- Kenntnis einer Moschee und ihrer Gestaltungselemente.

³⁹¹ Kinan Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. In: Religionen Aktuell. Hrsg. Bertram Schmitz. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S. 112.

³⁹² Ministerium für Bildung Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz. 2004. S. 5.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.5.5.3 Ziele des islamischen Religionsunterrichts

Am Ende der Grundschule sollen die Kinder die religiösen Grundlagen des Islam erlernt haben und zu anderen Religionen – insbesondere im hiesigen deutschen Umfeld – in Bezug setzen können. Weiterhin sollen sie auch konkrete Orientierungen für ihr Leben in der pluralistischen Gesellschaft Deutschlands gewinnen.

- Fähigkeit, einige Suren und Gebete in arabischer Sprache wiederzugeben.
- Kenntnis einiger Grundlagen anderer Religionen.
- Kenntnis einiger Gestaltungselemente christlicher Kirchen sowie einer jüdischen Synagoge.

3.5.5.4 soziale Kompetenzen und Werteorientierung³⁹³

Die Kinder haben erfahren, dass sie als Geschöpfe Allah für sich selbst und die Gemeinschaft verantwortlich sind. Die Kinder streben nach der Beachtung der Gebote und Verbote des Islam in Übereinstimmung mit den demokratischen Grundwerten. Die Kinder respektieren einander und die Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen. Die Kinder bemühen sich im Alltag um Frieden und Verantwortungsbewusstsein.

Der Islamunterricht hilft den Muslimen, ihren Glauben in der pluralistischen Gesellschaft zu leben, dies wird integrationspolitisch durch besondere Rahmenbedingungen des Unterrichts verstärkt.

Zum Schluss: Nach der Darstellung der unterschiedlichen Modellversuche eines islamischen Religionsunterrichts in verschiedenen Ländern stellen wir angesichts der vielfältigen und unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen der Aufnahmegesellschaft (Deutschland) fest, dass diese Modellprojekte unter dem Zeichen der Fortentwicklung hin zu einem regulären islamischen Religionsunterricht im Sinne der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 7 Abs. 3 GG zu sehen sind und erhebliche Akzeptanz seitens der Schüler und Eltern sowie der islamischen Dachverbände gefunden haben. Außerdem ist anzumerken, dass die oben vorgestellten Modellversuche in zwei Varianten erkennbar sind: In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird die organisatorische Entwicklung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts sowie möglichst seine Ausweitung auf höhere Klassenstufen zukünftig auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit muslimischen

³⁹³ Kinan, Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte. In: Religionen Aktuell. Hrsg. Bertram Schmitz. Tectum Verlag. Marburg. 2013. S.113



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Elternvereinen erfolgen. Hingegen wird beim islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit dem Staat zusammengearbeitet ohne muslimische Akteuren zu involvieren. Der islamische Religionsunterricht an Schulen sowie Lehre und Forschung an Hochschulen, die mit dem christlichen Religionsunterricht und der Hochschulausbildung adäquat sind, sind heute ein Zeichen für die Akzeptanz der Muslime als Bestandteil der hiesigen Gesellschaft. Unverzichtbar ist es nun, einen einheitlichen und stabilen Islamunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, unter Aufsicht des Staates, wie er vom Grundgesetz vorgesehen ist. Dies ist ein Vorteil für Verständnis und Respekt Andersdenken gegenüber.

Der Weg zur Einführung eines solchen Unterrichts setzt die Lösung der oben dargelegten Probleme voraus. Dafür muss die islamische Religionsgemeinschaft aber anders organisiert werden. Zuerst muss sie zur Vertretung gegenüber den ihr Angehörigen berechtigt sein, muss eine entsprechende theologische Kompetenz voraussetzen, um die Verantwortung der wissenschaftlichen Ausbildung der zukünftigen Religionslehrer sowie die Ausarbeitung der Lehrpläne in den Schulbüchern übernehmen zu können.

Die oben genannten Modellversuche lassen jedoch erkennen, dass die ersten Schritte auf dem Weg zur Etablierung eines konfessionellen islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache nach Art. 7 Abs. 3 gemacht sind. Die Modellversuche stehen in staatlicher Verantwortung und haben den Kindern muslimischen Glaubens in allen Bundesländern die Möglichkeit gegeben, sich mit ihrer Religion vertraut zu machen, damit sie Verständnis für andere religiöse Anschauungen entwickeln können. Es bleiben noch einige hohe Hürden zu überwinden. Muslime müssen sich zuerst in einer Religionsgemeinschaft im rechtlichen Sinne zusammenschließen, um die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu bekommen. Andererseits benötigen Lehrkräfte eine wissenschaftliche und pädagogische Ausbildung in einer deutschen Hochschule, die dem christlichen Religionsunterrichts entspricht. Da sich die Muslime noch nicht zu einer Religionsgemeinschaft im juristischen Sinne (Bverf. Art. 137 Abs. 3, 4, 5)³⁹⁴ zusammenschlossen haben, bleibt als praktische Umsetzung des islamischen Religionsunterrichts nur der Schulversuch.

³⁹⁴ Siehe Anhang Bundesverfassung. Abb.4 Seite XIV



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kapitel IV



4. Islamischer Religionsunterricht als ordentliches-bekennnisorientiertes Fach in Hessen nach Art. 7 Abs. 3 GG

Unsere Arbeit in diesem Kapitel fokussiert auf die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Fach im Bundesland Hessen. Wie schon erwähnt, ein ordentlicher islamischer Religionsunterricht im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG konnte bisher in keinem Bundesland eingerichtet werden. Bundesweit unterscheidet sich Hessen von anderen Ländern. Während in allen anderen Bundesländern der islamische Religionsunterricht als Pilotprojekt oder Modellversuch erprobt wird, hat sich das Bundesland Hessen für ein anderes Modell entschieden. In einem Referat im hessischen Landtag am 10. November 2010 hat Albrecht Fuess³⁹⁵ für Hessen die Einführung von bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht ohne den Zwischenschritt der Islamkunde gefordert. **Es werden in diesem Teil die rechtlichen Voraussetzungen untersucht, ob dieser Unterricht auf der Basis des Artikels 7 Abs. 3 geregelt ist. Welche Religionsgemeinschaften wurden als Ansprechpartner anerkannt? Welche Lehrkräfte dürfen den Unterricht erteilen? An welcher Institution werden sie ausgebildet? Um Antworten auf diesen Fragen zu bekommen, haben wir Interviews mit Experten des Landes geführt.**

Dieser Teil beginnt mit einem geschichtlichen Überblick über die Organisation der muslimischen Verbände in Hessen bis zur Einrichtung der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH). In einem zweiten Schritt werden die rechtlichen Voraussetzungen einer Religionsgemeinschaft nach Maßgabe des Hessischen Kulturministeriums und zugleich die verfassungsrechtlichen Bedingungen eines islamischen Religionsunterrichts dargestellt.

³⁹⁵ Albrecht Fuess. Geschäftsführender Direktor des Centrum für Nah- und Mittelost Studien CNMS. Er studierte Geschichte und Islamwissenschaft an der Universität zu Köln und an der Universität Kairo. Er erwarb 1996 einen Magisterabschluss in Köln mit einer Arbeit zur deutschen Gemeinde in Ägypten zwischen den Weltkriegen. Als Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes promovierte er 2000 in Köln mit einer Arbeit zur syro-palästinensischen Küste in mamlukischer Zeit (1250-1517). Während der Arbeit an seiner Promotion verbrachte er jeweils einen einjährigen Forschungsaufenthalt als Gastwissenschaftler am Orient Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Beirut und an der School of Oriental and African Studies in London. Nach einer Tätigkeit als freier Mitarbeiter in der Auslandsredaktion des ZDF in Mainz wurde er 2002 *Wissenschaftlicher Assistent* am Lehrstuhl Islamwissenschaft der Universität Erfurt. In den Jahren 2007 bis 2009 arbeitete er als „*Le Studium*“ – *Fellow*, dem Wissenschaftskolleg der „*RégionCentre*“, an der Equipe Monde Arabe et Méditerranée (Université de Tours) an einem Forschungsprojekt zum Systemvergleich der Osmanen, Safaviden und Mamluken im 16. Jahrhundert. Seit 1.7.2010. ist er Professor für Islamwissenschaft am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien an der Philipps-Universität Marburg.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts benötigt theologische Hochschuleinrichtungen, Fakultäten und Lehrstühle. In Hessen sind zwei Universitäten zu nennen. Die Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), die Islamische Religionspädagogik für Grundschullehramt, geleitet vom Yasar Sarıkaya.³⁹⁶ Er wurde auf die Professur für islamische Theologie und ihre Didaktik 2011 berufen. Schließlich ist noch die Johann Wolfgang Goethe Universität (JGU) für die Weiterbildung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I geleitet vom Harry Harun Behr zu nennen.³⁹⁷

Im dritten Schritt werden zuerst die beiden anerkannten Ansprechpartner des Landes dargestellt. Für das Hessische Kulturministerium wurden zwei Ansprechpartner, der DITIB-Landesverband Hessen und die Ahmadiyya Muslim Jamaat - Gemeinde, gefunden. Beide Religionsgemeinschaften erfüllen laut der Landesregierung und des Hessischen Kulturministeriums die Voraussetzungen und sind „geeignete Kooperationspartner“ für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts im Bundesland.

Es folgt ein empirischer Abschnitt mit der Erhebung durch Fragebögen. Fragebögen richten sich an die Eltern hinsichtlich der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts in Hessen. Weiterhin haben wir mit den Vertretern der beiden Ansprechpartner islamischer Organisationen, DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat in Hessen, Interviews hinsichtlich ihrer Anerkennung als Ansprechpartner für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG geführt. Am 21.07. haben wir mit Herrn Abdullah Uwe Wagishauser³⁹⁸ Amir und dem Bundesvorsitzenden der Ahmadiyya

³⁹⁶ **Yaşar Sarıkaya** studierte Islamische Theologie an der Universität Ankara sowie Orientalistik, Islamwissenschaft und Pädagogik an der Ruhr Universität Bochum. Im Jahr 2004 promovierte er zum Thema AbūSa'īdMuhammad al-Hādīmī (1701–1762): Netzwerke, Karriere und Einfluss eines osmanischen Provinzgelehrten. Als einer der ersten Lehrkräfte unterrichtete Sarıkaya das im Schuljahr 1999/2000 in Nordrhein Westfalen eingeführte Fach „Islamkunde in deutscher Sprache“ in Duisburg und Paderborn. Daneben hatte er an der Goethe-Universität Frankfurt mehrere Lehraufträge inne. Von 2008 bis 2009 leitete er als Direktor den privaten Studiengang für das Lehramt für Islamische Religion an Pflichtschulen in Wien (IRPA). Nach ständigen Kontroversen über seine Versuche, die Ausbildung der islamischen Religionslehrer nach modernen religionspädagogischen und -didaktischen Kriterien zu reformieren, legte er im Sommer 2009 sein Amt nieder. 2010 habilitierte Sarıkaya im Fach Islamische Religionspädagogik in Istanbul. Im Wintersemester 2011/2012 übernahm er die Vertretungsprofessur für Islamische Theologie und ihre Didaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. In dieser Funktion baute er den grundständigen Lehramtsstudiengang „Islamische Religion L1“ auf und konzipierte das Weiterbildungsstudium für das Schulfach „Islamische Religion.“ Im Wintersemester 2013/ 2014 folgte die Berufung zum ordentlichen Professor für Islamische Theologie und ihre Didaktik.

³⁹⁷ **Harry Harun Behr** war Professor für islamische Religionslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er war katholisch und konvertierte 1980 zum Islam. Zurzeit ist er Universitätsprofessor an der Goethe-Universität, Fachbereich Erziehungswissenschaften am Institut für Pädagogik der Sekundarstufe.

³⁹⁸ Abdullah Wagishauser.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Muslim Jamaat am Hauptsitz in Frankfurt am Main Interviews geführt. Die DITIB hat sich leider für ein Interview entschuldigt und auf die Fragen schriftlich geantwortet hat.

4.1 In Hessen vom Ethikunterricht zum ordentlichen Lehrfach

4.1.1 Ethikunterricht in Hessen

Hessen hat für sich seit dem Schuljahr 2002/2003 ein komplett anderes Unterrichtsmodell erprobt. Das Modell ist für den Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam entwickelt worden, damit in diesem Rahmen den muslimischen Schülern eine Auseinandersetzung mit ihrem Glauben ermöglicht wird, zugleich sollten die Menschenrechte und die deutsche Verfassung vermittelt werden.³⁹⁹ Das Projekt trägt den Namen Ethik des Islam im Ethikunterricht und soll die Unterrichtsinhalte über die Weltreligionen und die grundlegenden Themen der Ethik aus jüdisch-christlicher und abendländisch-aufklärerischer Tradition um islamische Inhalte erweitern.⁴⁰⁰ Die Unterrichtskonzeption, umfasst alle Jahrgangstufen der Sekundarstufe I 5 bis 9/10 (ohne Grundschule) mit Themenbereichen wie z. B. „Das Gute und das Böse“, das „Gewissen“, „Freundschaft, Liebe, Ehe, Familie“. Die Lehrer waren sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime. Sofern die Möglichkeit besteht, sollen auch Vertreter verschiedener islamischer Gemeinden in den Unterricht eingeladen werden. Begleitet und beraten wird der Ethikunterricht von einem Beirat, dem Vertreter verschiedener islamischer Moscheen, der Orientalistik, der christlichen Theologie, der Religionswissenschaft, der jüdischen Ethik und der Erziehungswissenschaft sowie Eltern- und Lehrervertreter angehören.

4.1.2. Geschichte der muslimischen Verbände in Hessen

Vor dem Einstieg zum Thema beleuchte ich in einem kurzen historischen Rückblick die Entwicklungen hinsichtlich der Organisation der Muslime im Allgemeinen und insbesondere in Hessen. Die Muslime der ersten Generation kamen nach Deutschland mit der Absicht, nur

Abdullah Uwe Wagishauser ist seit 1984 amtierender Vorsitzender der Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Bundesrepublik Deutschland, KdöR, und lebt in Groß-Gerau. Der 66-jährige Abdullah Uwe Wagishauser wurde in eine christliche Beamtenfamilie hineingeboren. Mit 16 Jahren reiste er nach Indien und gelangte zufällig nach Qadian, das spirituelle Zentrum der Ahmadiyya-Bewegung. Wagishauser konvertierte und ist nun seit 32 Jahren Vorsitzender der Ahmadiyya-Gemeinde in Deutschland. Die Gemeinde hat ihr Zentrum in Pakistan und weltweit mehr als zehn Millionen Mitglieder. Wagishauser ist mit einer Pakistanerin verheiratet und hat drei Söhne.

³⁹⁹. Wolfgang Bock: Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe. Hrsg. von Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Mohr Siebeck Tübingen. 2009 S. 116.

⁴⁰⁰ Myrian Detriech: Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektiven. Peter Lang. 2006. S. 112.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

wenige Jahre zu bleiben, um dann endgültig zurückzukehren. Aus diesem Grund sahen sie keine Notwendigkeit darin, sich in irgendeiner Weise in Deutschland einzubringen

oder sich zu integrieren, obwohl die Rückkehroption noch im Vordergrund stand. Auch die Anwerbe-Gesellschaft hatte kein Interesse an einer Integration. Die Gastarbeiter lebten in Arbeiterghettos, lernten ein paar Wörter und sparten Geld für die Heimkehr zur Familie. Die Situation änderte sich als der Familiennachzug begann.

Nun mussten andere Bedürfnisse befriedigt werden. Bei den Muslimen lag die Priorität bei ihren religiösen Bedürfnissen.⁴⁰¹ Die provisorischen Gebetsräume in den Wohnheimen konnten diese Aufgaben nicht mehr erfüllen. Es begann die Zeit der Gründung der islamischen Vereine und Organisationen. Diese entstanden in Deutschland nach dem Vorbild der religiösen Landschaft der Herkunftsländer.

Die Orientierung am Herkunftsland führte natürlich dazu, dass die islamischen Vereine in Deutschland national völlig homogen waren. Jede Ethnie und Sprachgruppe bildete ihre eigenen Vereine und arbeitete isoliert von den anderen.

Die Politik des Herkunftslands hatte auch einen Einfluss, deshalb entstanden unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlicher politischer Orientierung.⁴⁰²

Mit der zweiten und dritten Generation wuchs das Bewusstsein für die Notwendigkeit, sich in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren und sich nicht mehr am Herkunftsland zu orientieren.

Es war Zeit umzudenken, die Probleme auf die politische Agenda zu setzen.

Dieses Neudenken führte auch zu der Erkenntnis, dass viele Probleme nicht nur die eigene Gruppe betreffen, sondern die Gesamtheit der Muslime aller Nationalitäten. Die Muslime erkannten, dass die Probleme mit anderen gelöst werden können. Auf diese Weise entwickelte sich bei den islamischen Vereinen eine neue Auffassung der Zusammenarbeit und des inner-islamischen Austauschs

4.1.3 Entstehung einer islamischen Koalition in Hessen

Vertreter verschiedener islamischer Organisationen und Vereine überwandern ihre Isolierung und Sprachlosigkeit und begannen gezielt mit dem inner-islamischen Dialog. Nach einer intensiven Phase des Kennenlernens schlossen sich die Muslime in Hessen zu einem Bündnis

⁴⁰¹Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Nr 8. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an Staatlichen Schulen in Deutschland. Praxis-Konzepte-Perspektiven. Sept. 2000. S. 54.

⁴⁰² Ebd. Myrian Detriech: Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektiven. Peter Lang. 2006. S.113..



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

von 24 muslimischen Vereinigungen und Moscheegemeinden zusammen und gründeten 1994 den islamischen Arbeitskreis Hessen (IAH), der nach eigenen Angaben 90 Prozent der muslimischen Organisationen in Hessen, umfasste. Ziel dieser Kooperation waren die Zusammenarbeit und die Durchsetzung der gemeinsam beschlossenen Arbeitsprojekte⁴⁰³ auf der Landesebene.

Als eines seiner Ziele nannte der Arbeitskreis die Einführung islamischen Religionsunterrichts. Mitglieder waren islamische Organisationen der verschiedenen Ethnien und Interessenverbände in Hessen, wie z. B. alle türkischen Dachorganisationen: DITIB als offizieller Vertreter türkischer Muslime in Deutschland, IFH, IGMG, VIKZ, Medrese-i-Nuriye⁴⁰⁴ sowie arabische, albanische, afghanische, bengalische, bosnische, deutsche, marokkanische und pakistanische Organisationen, weiterhin Studenten, Frauen und andere. Diese Breite und Homogenität des Arbeitskreises war für die spätere Entwicklung nicht unproblematisch⁴⁰⁵

Das erste Projekt dieser „Islamischen Koalition“ war der interreligiöse Dialog auf der Landesebene. Der IAK war Gründungsmitglied der Islamisch-Christlichen Arbeitsgemeinschaften in Hessen (ICA gegr. 1994) und hat fünfjährige sehr erfolgreiche und auch sehr vertrauensvoll interreligiöse Zusammenarbeit geführt.

Das zweite Projekt des Islamischen Arbeitskreises war der Antrag auf Einrichtung eines islamischen Friedhofs in Hessen sowie weitere Projekte für eine verbesserte Integration und den Aufbau einer sozialen Infrastruktur für Muslime.

Die Initiativen des IAH wurden durch Gespräche 1997 erweitert. Auf der Mitgliederversammlung des islamischen Arbeitskreises wurden das neue Projekt: „Einführung eines islamischen Religionsunterrichts sowie die Darstellung der Grundlagen des Islam als bindende religiöse Grundsätze im Sinne des Art. 7 Abs. 3 festgelegt und von den Beteiligten durch Unterschrift bestätigt. Die Frage lautet aber, ob es einen islamischen Religionsunterricht

⁴⁰³ Islamischer Arbeitskreis Hessen, Selbstdarstellung. Frankfurt am Main. 1995.

⁴⁰⁴ ATIB. Türkisch–islamische Union in Europa (Avrup Türk-Islam Birliğ).

DITIB: Türkisch–islamische Union der Anstalt für Religion e.V. Diyanet Isleri Türk Islam Birliği.

IFH: Islamische Föderation Hessen. IGMG: Islamische Gemeinschaft Milli Görüs. VIKZ: Verband der Islamischen Kulturzentren e. V.

⁴⁰⁵ Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland: Praxis-Konzepte-Perspektiven – Dokumentationen eines Fachgesprächs. S. 55. Hrsg. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. Nummer 8. Bonn. September 2000.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

in Hessen geben könnte und welche Hürden die islamischen Organisationen noch überwinden müssen.

4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen der Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen

Der organisierte Arbeitskreis in Hessen fand beim ersten Gespräch 1995 mit dem hessischen Kulturministerium für einen Antrag auf die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts kein Echo. Das Ergebnis dieses informellen Gespräches war Folgendes:

- ◆ Der Islamische Arbeitskreis Hessen wurde vom Hessischen Kulturministerium nicht als Ansprechpartner für die Erteilung von islamischem Religionsunterricht akzeptiert.
- ◆ Für die Einführung von islamischem Religionsunterricht benötigt das Hessische Kulturministerium als Ansprechpartner immer eine anerkannte „Religionsgemeinschaft“.⁴⁰⁶

Der islamische Arbeitskreis sollte die Gewährleistung der Dauer seiner Struktur gewährleisten sowie eine eigenverantwortliche schriftliche Definition der religiösen Inhalte in der Satzung festschreiben. Nach der Ablehnung des IAK-Antrags vom Kulturministerium arbeitete der IAK intensiv an den vom Kulturministerium verlangten Unterlagen.

4.2.1 Definition Religionsgemeinschaft nach dem Hessischen Kulturministeriums HKM

Der Arbeitskreis Hessen wurde 1994 als Interessenvertretung der islamischen Gemeinden und islamischen Organisationen gegenüber hessischen Behörden gegründet und übernahm politische Verantwortung bei der Durchsetzung der gemeinsam geschlossenen Arbeitsprojekte, wie unter anderem der Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen bzw. in Hessen.⁴⁰⁷ Aber wie schon erwähnt, die Breite und die Heterogenität des Arbeitskreises war für das Hessische Kulturministerium juristisch keine erfassbare Struktur.

Eine „Religionsgemeinschaft“ muss nach den Ausführungen des Hessischen Kulturministeriums vom 11.06.1997 in Hessen folgende Kriterien erfüllen:

- ◆ Die Einzelmitgliedschaft – kein Zusammenschluss von Organisationen wie dem Islamischen Arbeitskreis.

⁴⁰⁶Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. Nr. 8. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland. Praxis-Konzepte-Perspektiven. Sept. 2000. S. 54.

⁴⁰⁷Myrian Dietrich. Islamischer Religionsunterricht. Rechtliche Perspektiven. Peter Lang. Hrsg. von Axel von Campenhausen, Christopf Link und Joerg Winter. Band 31. 2006. S. 173.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- ◆ Das Bestehen einer Körperschaft mit einer verfassten Struktur und einer religiösen Instanz.
- ◆ Die Gewähr der Dauer.
- ◆ Die eigenverantwortliche, schriftliche Definition der religiösen Inhalte/Abgrenzung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften.⁴⁰⁸

In den folgenden Jahren 1996-1997 arbeitete der Islamische Arbeitskreis Hessen intensiv an den vom Kulturministerium verlangten Unterlagen. In Zusammenarbeit mit allen islamischen Organisationen auf Landes- und auf der Bundesebene und mit vielen Experten wurde ein religiöses Grundsatzpapier erstellt, in dem die Grundlagen des Islam verfasst wurden und von allen islamischen Organisationen in Hessen mit Stempel bestätigt wurde.

Im Mai 1997 legte der IAK dem Kulturministerium das Ergebnis seiner Arbeit zur Einsichtnahme vor:⁴⁰⁹

- ◆ Die schriftliche Definition der religiösen Inhalte „Darstellung der Grundlagen des Islam“.
- ◆ Den Entwurf einer Satzung für die Religionsgemeinschaft.
- ◆ Die Trägerschaftserklärung zum Projekt „Islamischer Religionsunterricht“ mit Stempel und Unterschrift aller beteiligten islamischen Organisationen in Hessen.
- ◆ Die Unterschriftenlisten von ca. 6.000 volljährigen Muslimen für islamischen Religionsunterricht.
- ◆ Das Konzept zur Erteilung islamischen Religionsunterrichts.

Im November 1997 wurde in Zusammenarbeit mit den beteiligten islamischen Organisationen in Hessen und nach den Vorgaben des Kulturministeriums die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) gegründet, um die volle Anerkennung für ihre Vertretung zu erhalten, und ordentlichen Religionsunterricht nach gesetzlichen Bestimmungen unter ihrer verantwortlichen Mitwirkung beantragt. Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen hat alle vier vorher genannten Vorgaben des Kulturministeriums erfüllt. Sie ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, die der gleichen Religion, dem Islam angehören. Sie ist eine rechtsfähige Körperschaft des Privatrechts mit verfasster Struktur und mit einer religiösen Instanz. Die IRH hat ihre religiösen Inhalte eigenverantwortlich schriftlich festgelegt und sich dadurch

⁴⁰⁸ Islamische Religionsgemeinschaften und islamischer Religionsunterricht: Probleme und Perspektiven. Christine Langenfeld, Volker Lipp und Irene Schneider (Hrsg.). Göttingen. 2.6.2005. Informationen aus: Vortrag Albrecht Fuess: islamischer Religionsunterricht aus Islamwissenschaftliche Perspektive. S. 48/49.
⁴¹² Langenfeld , Christine, Volker Lipp und Schneider Irene (Hrsg.). Islamische Religionsgemeinschaften und islamischer Religionsunterricht: Probleme und Perspektive Göttingen. 2.6.2005.S.75



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

gegenüber anderen Religionsgemeinschaften abgegrenzt. Sie ist eine auf Dauer angelegte Religionsgemeinschaft, da der überwiegende Teil der Organisationsmitglieder dauerhaft in Hessen ansässig ist und arbeitet. Viele Mitglieder der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen sind in Hessen geboren und aufgewachsen, sie besitzen teilweise bereits die deutsche Staatsangehörigkeit oder haben die Einbürgerung beantragt

4.2.2 Das Konzept der Erteilung islamischen Religionsunterrichts in Hessen.

Die islamische Religionsgemeinschaft Hessen nähert sich der modernistischen Konzeption eines islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen an und leistet einen notwendigen Beirat zur Erziehung und Bildung der Schülerinnen und Schüler an den Schulen. Sie fordert die Durchführung des islamischen Religionsunterrichts gemäß den Verfassungsvorgaben auf Deutsch, unter behördlicher Aufsicht, durch in Deutschland qualifizierte Lehrer, auf der Grundlage der religiösen Inhalte der Religionsgemeinschaft sowie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gemeinschaft Hessen.

Die Religionsgemeinschaft Hessen sieht in der Einführung islamischen Religionsunterrichts eine der wichtigsten Maßnahmen zur Integration der Muslime in Deutschland. Dies erleichtert den Muslimen das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Gleichstellung der Kinder in den Schulen. Der Unterricht soll die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Religionen hervorheben und einen Dialog zwischen Christen und Muslimen fördern.⁴¹⁰

Die islamische Religionsgemeinschaft Hessen will islamischen Religionsunterrichts in der Schule für alle muslimischen Kinder anbieten, um allen Kindern die Chance zu geben, ihre religiösen Wurzeln und Werte kennenzulernen

Der islamische Religionsunterricht nach dem Konzept der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen orientiert sich an den Erfahrungen und der Lebenswelt der Kinder. Er ist als offener Religionsunterricht konzipiert und wird innerhalb des Verfassungsrechtlich garantiert.⁴¹¹

Das Projekt wird seit dem Schuljahr 2002/2003 in Hessen erprobt und trägt den Namen Ethik des Islam im Ethikunterricht. Um die islamischen Inhalte zu erweitern, wird auf verschiedene

⁴¹⁰Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. Nr. 8. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland. Praxis-Konzepte-Perspektiven. Sept. 2000. S. 54.

⁴¹⁰ Ebd. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen S. 60.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Weltreligionen und grundlegende Themen der Ethik aus jüdisch-christlicher Tradition verwiesen

4.2.3 Ziele des islamischen Religionsunterrichts in Hessen

Ziel des Religionsunterrichts ist die Entwicklung einer neuen islamischen Identität unter den neuen Lebensbedingungen, die im säkularen Staat vorherrschen. Man geht davon aus, dass die islamische Kultur in der Migrationssituation langfristig nicht konserviert werden kann. Die kulturelle religiöse Identität verändert sich. Daher soll der islamische Religionsunterricht in der fremden Umwelt das Grundwissen des Islam vermitteln, die Einübung islamischen Handelns, die kritische Auseinandersetzung mit ethischen Werten fördern.

Weitere wichtige Ziele sind die Erziehung der Kinder zum mündigen Menschen, die Betonung der Zugehörigkeit zu Deutschland und die Stärkung des Selbstbewusstseins. Der Unterricht soll den Kinder helfen bei der Bildung einer individuellen religiösen Identität.

Da der Unterricht auf Deutsch erteilt wird, werden die Kinder vor allem in der Erweiterung ihres Sprachvermögens gefördert sowie bei der Entwicklung religiöser Sprachfähigkeiten.⁴¹²

Ausreichende Sprachkompetenz auch im religiösen Bereich erleichtert es, die eigene Lebenssituation zu deuten. Ziel der pädagogischen Bemühungen ist es, den Schülerinnen und Schülern Wege aufzuzeigen, die eigene Lebenswirklichkeit aus der religiösen Perspektive zu deuten, wahrzunehmen und verantwortungsvoll zu handeln.

Die Durchführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache bietet für die Mehrheitsgesellschaft auch Vorteile. Die Lehrinhalte des Unterrichts und die Unterrichtsziele werden verstehbar und bieten dazu Transparenz. Damit ergibt sich für die politisch Verantwortlichen, die Verwaltung und eine breite Öffentlichkeit die notwendige Transparenz. die Kinder werden zur Dialogfähigkeit erzogen.⁴¹³

Dies alles kann dazu beitragen, eine neue Generation von Muslimen heranzubilden, der sich als Teil der deutschen Gesellschaft versteht und seine Verantwortung drin sieht, sich in die gesellschaftliche Debatte einzubringen und seine Positionen in einer zeitgemäßen Sprache zu vertreten

⁴¹²Sieger , Anne: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen. Probleme. Unterrichtsansätze. Perspektiven. Verlag für Interkulturelle Kommunikation. 1990. Frankfurt am Main. S. 29.

⁴¹³Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. In der Diskussion Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland. Praxis-Konzepte-Perspektiven. Dokumentation eines Fachgespräches. September 2000. S. 58.



4.3. Struktur und Organisation der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen IRH

Struktur und Organisation der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen entsprechen den Anforderungen an eine „Religionsgemeinschaft“ und sind in der Satzung festgelegt. Mitglieder der IRH sind 10.000 natürliche Personen, volljährige Muslime jeglicher Herkunft mit Wohnsitz in mehr als 100 Städten und Gemeinden in Hessen. Sie bilden 131 Ortsgruppen, die jeweils ihren Vertreter wählen.⁴¹⁴ Alle Vertreter zusammen bilden die Mitgliederversammlung, das höchste Organ der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen. Viele IRH-Mitglieder sind in Hessen geboren und aufgewachsen. Teilweise besitzen sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

Von der Mitgliederversammlung werden u. a. die Projekte beschlossen und der Vorstand gewählt. Als beratendes internes Gremium wurde der Fiqh-Rat berufen, der als oberste religiöse Autorität für die Mitglieder des IRH fungiert. Er setzt sich zusammen aus acht Islamologen verschiedener Fiqh-Schulen und weiteren beratenden Mitgliedern.⁴¹⁵

Durchführungsgremien der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen sind Kommissionen, z. B. die Kommission für Islamischen Religionsunterricht / KIRU. Aufgabe der Kommission Unterstützung des Vorstandes bei der Vorbereitung und der Durchführung des islamischen Religionsunterrichts, sowie Bearbeitung von Curricula, Richtlinien und Lehrbücher für den Unterricht und die Bearbeitung von Richtlinien für die Ausbildung der Lehrkräfte.⁴¹⁶

Ziel der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen sind die Vertretung der religiösen Interessen der Muslime in der Öffentlichkeit, die Förderung der Integration, die Schaffung von Transparenz sowie die interkulturelle Kommunikation und die Kooperation durch Projekte in den Bereichen Integration, Sozialarbeit, interreligiöser Dialog. Bildung und Erziehung, Medien und Öffentlichkeitsarbeit.

Nach der Erfüllung aller Vorgaben des Gesetzgebers für die Einführung islamischen Religionsunterrichts stellte die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen im Mai 1998 beim Hessischen Kulturministerium den Antrag als „Religionsgemeinschaft“ auf Einführung islamischen Religionsunterrichts in hessischen Schulen als Regelunterricht auf Deutsch im

⁴¹⁴Islamische Religionsgemeinschaft Hessen .Dokumentation eines Fachgespräches .21.04.2006.S.23

⁴¹⁵Myrian Dietrich: Islamischer Religionsunterricht: Rechtliche Perspektiven. Schriften zum Staatskirchenrecht. Hrsg. von Axel von Camphausen, Christopf Link, Joerg Winter. Peter Lang. 2006. S. 177.

⁴¹⁶ Ebd. S. 178.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Rahmen des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule unter staatlicher Schulaufsicht mit ausgebildeten Lehrern und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft (Hess. Schulgesetz 2. Teil § Abs. 1).⁴¹⁷ Im Januar 1999 teilte das Hessische Kultusministerium der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen mit, dass zur internen Entscheidungsfindung hinsichtlich des Antrags der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen externe Studien nötig seien: Eine Studie über die islamische Religionsgemeinschaft Hessen vom Deutschen Orient-Institut, eine Studie über das religiöse Konsenspapier der Muslime in Hessen „Darstellung der Grundlagen des Islam“, eine verfassungsrechtliche Studie zum islamischen Religionsunterricht.⁴¹⁸

4.3.1 Aktivitäten der IRH als „Religionsgemeinschaft „

Nach dem religiösen Selbstverständnis der Mitglieder der IRH beschränkt sich das religiöse Leben der Muslime nicht nur auf bestimmte rituelle Handlungen an bestimmten Tagen, sondern die Religion begleitet die Muslime ihr gesamtes Leben

Antrag: Einführung des Islamischen Religionsunterrichts in Hessen.

Antrag: Ritueller Schächten eines Opfertieres zum Islamischen Opferfest.

Anträge: Einrichtung eines islamischen Friedhofs bzw. Einrichtung islamischer Gräberfelder.

Gefangenenseelsorge für Muslime.

Krankenhausseelsorge für Muslime.

Moscheen / Gebetsräume:

Gebetsraum. Freitagsgebet mit deutschsprachiger Predigt.

*Antrag auf Einrichtung eines Gebetsraums für die muslimischen Studentinnen und Studenten, Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Frankfurt am Main.

7. Halaal-Essen im Klinikum.

8. Gemeinsame Festgebete und ID-Feiern an muslimischen Festtagen (Opferfest- und Ramadanfest).

9. Weitere Angebote in verschiedenen Ortsgruppen:

*Religiöse Eheschließungen.

⁴¹⁷ Siehe Anhang. Hessisches Schulgesetz. Abb.4 S.XIX

⁴¹⁸ Kiefer, Michael: Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein-Westfalen. Kontext, Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuches. Lit-Verlag. Münster. 2005. S. 87.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

*Veranstaltungen zu religiösen Themen.

*Interreligiöser Dialog (Islamisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft in Gießen (CIG)).

*Publikationen zum Thema Islam. Religion. Integration.⁴¹⁹

Festzustellen ist zunächst, dass die IRH eine Religionsgemeinschaft ist, die keineswegs nur regional, sondern auf hessischer Landesebene organisiert und sehr aktiv ist. Sie vertritt eigene religiöser Inhalte.

4.3.2 Das Konzept der Lehrerausbildung für islamischen Religionsunterricht

Die Kommission für Islamischen Religionsunterricht (KIRU) hat für die Lehrerausbildung einige Richtlinien festgelegt: Der islamische Religionsunterricht wird grundsätzlich in deutscher Sprache erteilt und zwar entweder durch:

- Muslimische Lehrkräfte mit Lehrbefähigung und Lehrbevollmächtigung oder durch
- IslamologInnen mit entsprechender Lehrbefähigung und Lehrbevollmächtigung.

Der Erwerb der Lehrbefähigung für muslimische Lehrerinnen und Lehrer erfolgt durch ein Lehramtsstudium für das Fach Islamische Theologie. Der Erwerb der Lehrbefähigung für deutschsprachige Islamische Theologie erfolgt durch eine universitäre Zusatzbildung in den Fächern Religionspädagogik und Didaktik.⁴²⁰

Die Professoren und Lehrbeauftragten müssen Theologen sein und werden auf Vorschlag der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen und nach Bestätigung des zuständigen Ministeriums eingestellt.⁴²¹ Die grundlegende Aufgabe einer universitären Theologie im Bereich der Lehre sollte es sein, den Studierenden die Fähigkeit zu vermitteln, die Quellen der islamischen Religion selbständig zu lesen, zu verstehen und das Verstandene auf die Gegenwart zu übertragen.

Der Wissenschaftsrat hat im Jahr 2010 empfohlen, an fünf deutschen Universitäten Institute für islamische Theologie zu etablieren, um Religionslehrer/innen ausbilden zu können, um zu vermeiden, dass Imame aus dem Ausland entsandt werden und um eine islamische Theologie

⁴¹⁹ Khan , Karola/ Kuruyüz , Ramazan: Islamischer Religionsunterricht., Verfassungsrechtliche und integrative Aspekte. Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V. 2001. S. 20-21.

⁴²⁰Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Praxis, Konzepte, Perspektiven. Dokumentation eines Fachgespräches. September. Berlin. 2000. S. 60.

⁴²¹Janke ; Katrin: Institutionalisierte Islam an staatlichen Hochschulen. Verfassungsfragen islamischer Lehrstühle und Fakultäten. Peter Lang. Band 3. Frankfurt am Main. 2005. S. 24.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

im europäischen Kontext aufzubauen. Die Bundesregierung wird für Zentren für islamische Theologie an fünf Standorten, Osnabrück/Münster, Tübingen, Nürnberg-Erlangen, Frankfurt /Gießen die Finanzierung übernehmen.

Es wird gefordert, dass die Professoren der Lehrstühle auf Vorschlag der Religionsgemeinschaft und durch Bestätigung des zuständigen Ministeriums bestellt werden sollen, ebenso wie die Studien-Prüfungsordnungen und die Lehrinhalte in Übereinstimmung mit der Kommission erstellt werden sollen.⁴²²

4.3.3 Grundschullehramt Studiengang „Islamische Religionspädagogik“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Justus-Liebig-Universität Gießen hat zum Sommersemester 2011 einen Lehramtsstudiengang „Islamische Religionspädagogik“ eingerichtet. Er ist das Ergebnis einer mehrjährigen Initiative der „Islamischen Religionsgemeinde Hessen“ (IRH), um im Bundesland Hessen eine Ausbildung für islamische Religionslehrer zu etablieren. Professor Yasar Sarikaya⁴²³ wurde im Sommersemester auf die Professur für Theologie und ihre Didaktik an die Justus-Liebig-Universität berufen. Professor Sarikaya hat die islamische Religionspädagogik für das Grundschullehramt (L1) aufgebaut. Die Studierenden werden später an einer Grundschule Klasse 1 bis 4 unterrichten. Es folgt eine Zusammenfassung des Studiumsablaufs. Das ausführliche Programm findet sich im Anhang.

Studiengang: Grundschullehramt (L1)

Fachsemester: 3. Semester

Fächer: Deutsch, Mathematik (Pflicht) und Islamische Religion (Drittfach und Pflichtfach) werden an der Abteilung „Islamische Theologie“ gelernt. Diese Abteilung ist nur für den Islam zuständig. Es werden drei Module angeboten:

Hauptquelle des Islam, Glaubenspraxis und Fachdidaktik-Religionspädagogik

Koran, Hadith und Sunna – Gebet.

Diese drei Module werden in Form von Vorlesung, Seminar und Übung vermittelt. Das Fach islamische Religion war erst ab dem 2. Semester zu belegen und umfasst pro Semester eine

⁴²²Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Praxis, Konzepte, Perspektiven. Dokumentation eines Fachgespräches. September Berlin. 2000. S. 6.

⁴²³ Prof. Dr. Yaser Sarikaya. Justus Liebig Universität Gießen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Vorlesung, eine Übung und ein Seminar (im 1. Fachsemester zusätzlich ein Tutorium im Arabischen, in dem elementare Sprachformen des Arabischen gelernt wird). Zusätzliche Fächer (Grundwissenschaften): Politik, Soziologie, Psychologie, Erziehungswissenschaften, Didaktik der Grundschule. Diese Fächer werden durch andere Abteilungen der JLU gelehrt.

Im ersten Fachsemester waren als Leistungsnachweise sowohl eine Hausarbeit im Seminar als auch eine kollegiale Prüfung in der Übung und eine Klausur in der Vorlesung zu erbringen.

Am Ende sollen die Studierenden ein Praktikum durchführen und eine wissenschaftliche Hausarbeit in 1 der 3 Schwerpunkte verfassen. Sie können zwischen den Bereichen wählen, dazu kommt eine mündliche Arbeit. Wenn sie diese Prüfungen bestanden haben (schriftliche und mündliche Prüfungen), dann werden sie als Referendare an einer Schule eingestellt. Dort arbeiten sie nicht allein. Sie werden im Unterricht von einem Lehrer begleitet. Der Lehrer betreut das Referendariat ungefähr 2 Jahre. Der Student wird benotet und bekommt ein Zeugnis. Nach dem Zeugnis kann der Lehrer sich bewerben. Aber neben das Zeugnis braucht er noch eine so genannte Idjaza (Lehrbefugnis) von der anerkannten Religionsgemeinschaft oder dem Ansprechpartner des Landes. Hier in Hessen sind die beiden islamischen Organisationen, DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat. Während dieser Zeit bekommt der Referendar ein Gehalt. Wenn der Student die Kinder von Ahmadiyya unterrichten soll, dann braucht er eine Lehrbefugnis (Idjaza) von Ahmadiyya.

Darüber hinaus wird in Kooperation mit dem hessischen Kulturministerium die Weiterbildung „Islamische Religion“ für Lehrerinnen und Lehrer muslimischen Glaubens angeboten (Weiterbildungsprogramm für islamische Religion), siehe Anhang. Die ersten Absolventen erhielten ihr Staatsexamen Diplom nach einer Regelstudienzeit von sieben Semestern. Den beiden Verbände DITIB Landesverband Hessen und Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Bundesrepublik Deutschland e. V. obliegt es, den Absolventen des grundständigen Studiengangs die Lehrerlaubnis zu erteilen.⁴²⁴ Positive Erfahrungen und eine bundesweite Resonanz auf das Weiterbildungsstudium haben die Universität bewogen, später den neuen Master-Studiengang einzurichten.

⁴²⁴Lehramt an Grundschulen mit dem Unterrichtsfach Islamische Religion L1, Justus-Liebig-Universität.



4.4 Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Einführung islamischen Religionsunterrichts

Bei der Frage der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen in Deutschland müssen die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Die Inhalte des Unterrichts dürfen nicht vom Staat vorgegeben werden, sondern sollen von der entsprechenden Religionsgemeinschaft erarbeitet werden. Für die Prüfung, ob eine Organisation die Voraussetzung einer Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG erfüllt, sind die Länder zuständig.⁴²⁵ Vor dem Hintergrund der Vielfalt der religiösen Prägungen und Herkunft der Schülerinnen

und der Schüler ist es das Ziel des konfessionellen Religionsunterrichts, als ordentliches Lehrfach für öffentliche Schulen insgesamt einen wichtigen Beitrag zur religiösen Bildung und zur Herausbildung eines ethischen Bewusstseins der Schülerinnen und Schülern zu leisten. Der Religionsunterricht findet – als einziges aller Unterrichtsfächer eine bundesverfassungsrechtliche Verankerung im Artikel 7 Abs. 3 GG, dort heißt es:

„Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.⁴²⁶ Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“

Dem Grundgesetz entspricht die Bestimmung im Art. 57 der Verfassung des Landes Hessen dort heißt es auch:

„Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Der Lehrer ist im Religionsunterricht unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes an die Lehren und Ordnungen seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft gebunden.“

Mit den beiden entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts wird in Hessen ein entscheidendes Zeichen für eine erfolgreiche religiöse Ausbildung eingesetzt.

4.4.1 Die Ansprechpartner eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Hessen

Um den Wunsch der Muslime nach einem Religionsunterricht nachzukommen, haben sich in den Ländern unterschiedliche Modelle entwickelt, wie sie schon in den vorigen Abschnitten in

⁴²⁵Janbernd, Muhammed Kalisch :“ Muslime im Rechtsstaat: Mit Beiträgen von, Wilfried Hofmann , Murad, Renner. Günter Hrsg. Gerald Scheiders ; Thorsten/ Kaddor Lamy. Lit-Verlag. 2009 S. 138.

⁴²⁶Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. In der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Praxis, Konzepte, Perspektiven. Dokumentation eines Fachgespräches. September Berlin. 2000. S10



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

einzelnen Bundesländern detailliert worden sind (Kapitel 3). Diese Modelle sind als Projektversuche erprobt worden. Hessen hat sich am Anfang klar gegen ein islamkundliches Modell und für eine verfassungsgemäße Einführung bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts ausgesprochen. Die IRH hat intensiv gearbeitet, um die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Hessens zu erfüllen und einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu erteilen. Die Erfüllung der Voraussetzungen des Grundgesetzes war sehr überraschend für die hessische Landesregierung, das Kulturministerium war dafür zuständig, am 17. Dezember 2012 verkündete es, dass die Ahmaddiya Muslim Jamaat zusammen mit der DITIB Landesverband Hessen e. V. die Genehmigung erhalten haben, islamischen Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG an hessischen Schulen zu erteilen. Die beiden Religionsgemeinschaften haben die Voraussetzungen des GG erfüllt.

Die beiden Religionsgemeinschaften haben den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erworben und daher die Zulassung erhalten, schrittweise zuerst in 25 hessischen Schulen nach Bedarf einen islamischen Religionsunterricht zu erteilen, d. h. überall dort in Städten und Kommunen, wo Bedarf für einen islamischen Religionsunterricht besteht und wo genügend muslimische Kinder vorhanden sind. Es sollen mindestens 8 Schüler in der Klasse sein. Der Unterricht darf nicht den Erziehungszielen des Staates und der Verfassung des Landes widersprechen.

Die Funktion der beiden Ansprechpartner besteht darin, die Übereinstimmung des Unterrichts, der Unterrichtsinhalte und des Lehrpersonals mit ihren wissenschaftlichen Grundsätzen des Islam zu prüfen. Dabei werde die AMJ mit der DITIB sowie dem Lehrstuhl für islamische Theologie an der Justus-Liebig Universität in Gießen das Curriculum für die erste bis vierte Schulklasse (Grundschule) erstellen. Der islamische Religionsunterricht bleibt jedoch unter staatlicher Schulaufsicht. Wer sind diese Ansprechpartner?

4.4. 2 Die Ahmaddiya Muslim Jamaat

Die Ahmadiyya-Bewegung wurde im März 1889 in Indien von Hadhrat Mirza Ghulam Ahmad als Reformbewegung gegründet und ist heute vorwiegend in Pakistan verbreitet. Bisher hat sich die Bewegung in beinahe alle Teile der Welt verbreitet und zählt eine halbe Million Mitglieder, wovon die Mehrheit in Indien (und Pakistan) und den angrenzenden Ländern lebt. Die Ahmadis haben in Pakistan ein Wahlrecht, dürfen ihre Gotteshäuser nicht mehr Moscheen nennen, nicht



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

zum Gebet rufen oder den islamischen Gruß aussprechen, sie wurden zunehmend in Pakistan politisch verfolgt.⁴²⁷ Ihre Anhänger sind nach Deutschland getrieben worden.⁴²⁸ Theologisch unterscheidet sich die Ahmadiyya von anderen islamischen Richtungen insbesondere in zwei Punkten: Zum einen hat Jesus ihrer Auffassung nach die Kreuzigung überlebt. Den Rest seines Lebens habe er in Indien verbracht, wo er im Alter von 120 Jahren gestorben sei. Zum anderen ist innerhalb der Ahmadiyya umstritten, ob Mohammed als der letzte Prophet gelten kann. Er wird von allen zwar als größter Prophet anerkannt. Ihr Stifter Mirza Gulam Ahmad (1839-1909) beanspruchte für sich, der Masih und Mahdi zu sein. Die Ahmadiyya stößt aufgrund der genannten Eigenheiten auf breite Ablehnung bei anderen islamischen Richtungen.⁴²⁹ 1974 wurden sie von der Islamischen Weltliga ausgeschlossen.

4.4. 2.1 Die Organisationstruktur der Ahmadiyya

Die Ahmadis haben einen extrem hohen Organisationsgrad. Sie unterhalten in Deutschland gute Beziehungen zu staatlichen Organen, Kirchen und Nachbarschaften. Der Khalifa führt und bestimmt die Richtung, in welche die Organisation geht. Nach dem Kalifa kommt der Amir. An der Spitze der nationalen Organisation sitzt der Amir. Wenn in einem Land die Gemeinde zu klein ist, zu wenige Mitglieder vorhanden sind, dann kann es vorkommen, dass mehrere Länder unter einen Amir gestellt werden.⁴³⁰ Der Amir Abdullah Uwe Wagishauser (mit ihm haben wir ein Interview geführt) ist nicht nur der Amir von Deutschland, sondern auch von weiteren fünf Ländern, darunter Bosnien, Albanien, Österreich usw.

Die Ortsgemeinden: Diese sind nach Stadtteilen gegliedert, denen jeweils ein eigener Präsident bzw. eine Präsidentin vorsteht. Wiesbaden besitzt fünf Stadtteilgruppen. Alle Teile der Organisation sind in einen Männer- und einen Frauenflügel unterteilt. Die Geschlechtertrennung, mit Ausnahme der zentralen Führungspositionen, ist strikt. Neben Ortsgruppen existieren fachgebundene Abteilungen.

⁴²⁷Schröter, Susanne. „Gott näher der eigenen Halsschlagader“ Fromme Muslime in Deutschland. Campus Verlag. Frankfurt/New York. 2016. S. 128.

⁴²⁸ Feindt-Riggers, Nils/ Steinbach, Udo. Islamische Organisationen in Deutschland. Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse. Deutsches Orientinstitut Hamburg. Pilotuntersuchung. 1997. S. 30.

⁴²⁹ Hamdan, Hussein / Hansjörg Schmid: Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit. Beltz Juventa. Weinheim. 2014. S. 87-88.

⁴³⁰ Olgun, Ufuk: Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland: Eine Analyse zur politischen Strategiefähigkeit. Springer Verlag. 2014. S. 293.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

4.4. 2. 2 Fachgebundene Abteilungen: Jede Gemeinde hat eine Abteilung, die für die Jugend zuständig ist und aus einem Jugendleiter, einem Jugendpräsidenten und einem Jugendvorstand mit Vorsitzenden besteht. Dieser wird für zwei bis drei Jahre gewählt. Wie die Kinderabteilung, die Sportabteilung oder die Abteilung für Arbeitsangelegenheiten, die Mitglieder bei der Suche nach Arbeitsplätzen unterstützt und mit städtischen Ämtern zusammenarbeitet. Diese Abteilungen sind nach Geschlechtern getrennt. Ahmadis können nach ihrem Alter und ihrem Geschlecht Mitglieder einer Organisation sein:

- ◆ Die Nasirat-ul-Ahmadiyya (Helfer der Ahmadiyya) ist die Mädchenorganisation, der alle Mädchen im Alter von 15 Jahren angehören.
- ◆ Die Jungen von sieben bis 15 Jahren sind in der Atfal-ul-Ahmadiyya (Kinder der Ahmadiyya) organisiert.
- ◆ Im Alter von 15 bis 40 Jahren können sie Mitglied bei den Huddam-ul-Ahmadiyya (Diener der Ahmadiyya) werden⁴³¹

Finanzsystem der Ahmadiyya

4.4.2.3 Finanzsysteme der Ahmadiyya

Die AMJ hat ein geregeltes Finanzsystem. Schülerinnen und Schüler leisten einen monatlichen Beitrag von drei Euro plus eine Zahlung von zehn Euro pro Jahr für die Wettbewerbsveranstaltungen. Sie verpflichten ihre Mitglieder dazu, einen großen Teil ihres Vermögens an die Organisation bzw. an deren Hilfswerke monatlich abzutreten. Wer Monatsbeiträge ohne Genehmigung der Gemeindeführung nicht entrichtet hat, wird aus der Gemeinschaft der Ahmadiyya ausgeschlossen. Die Mitgliedsbeiträge werden gesammelt und von Frankfurt aus zentral verwaltet. Im Allgemeinen gebe es innerhalb der Bewegung einen weltweiten Austausch der Finanzen. Die Mittel würden dort eingesetzt, wo sie benötigt werden.⁴³²

4.4.2.4 staatliche Anerkennung der Ahmadiyya

Ahmadiyya gehört zur ersten organisierten muslimischen Gemeinde in Deutschland mit 93 Moscheebauten und Koranübersetzungen in den 50er Jahren (siehe Kapitel 1).

⁴³¹ Zirvi ,Kay. Willkommen zu Ahmadiyya:“ der wahre Islam“. 2010. S. 362-370.

⁴³² Hussein Hamdan / Hanjörk Schmid: Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit. Beltz Juventa. Weinheim. 2014. S. 92.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Ahmadiyya ist eine von zwei Gemeinden in Hessen, die einen Antrag am 10. Januar 2010 als Ansprechpartner des Landes zur Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an Grundschulen nach Art. 7 Abs. 3 GG gestellt haben. Dieser wurde ihr am 17. Dezember 2012 genehmigt. Damit hat die AMJ eine numerisch kleine Organisation sich vor den zahlenmäßig größeren Organisationen in eine Vorreiterposition bezüglich der Integration der Muslime in Deutschland begeben.⁴³³

Seit 2013 ist die AMJ in Hessen als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Das Land Hessen stellte sie mit den großen christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinde, der Russisch-Orthodoxen Kirche gleich. Seit 2012 bildet die AMJ in Deutschland Imame aus. Sie hat im hessischen Riedstadt-Goddellau ein Institut für islamische Theologie und Sprachen gegründet. Die künftigen Imame sprechen alle Deutsch, sind in Deutschland aufgewachsen und können mit der modernen Welt umgehen⁴³⁴

4.4.3 Die Türkisch –Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)

Die DITIB e.V. ist eine der mitgliederstärksten Migrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. „Die Türkisch–Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyaret İslami Türk İslam Birliği) abgekürzt DITIB ist auch dem bundesweiten Dachverband der Muslime in Deutschland. Der Dachverband der DITIB e. V. wurde im Jahr 1984 in Köln zur Organisation der religionsdienstlichen Arbeit gegründet. Wie bereits der türkische Vereinsname erkennen lässt, steht der Verband in enger Beziehung zum Diyanet İslami Başkanlığı, dem Präsidium für Religionsangelegenheiten, das in direkter Linie dem türkischen Ministerpräsidenten unterstellt ist.⁴³⁵ Daher unterscheidet sich die DITIB von anderen islamischen Verbänden in Deutschland in dadurch, dass ihre Imame Beamte des türkischen Staates sind.

Das Präsidium für Religionsangelegenheiten ist für den Bau und den Erhalt von Moscheen und die Bestellung des notwendigen Personals (Imame, Lehrer), die Einrichtung von Korankursen, die Klärung theologischer Fragen sowie die religiöse Betreuung der Türken im Ausland,

⁴³³ Hamdan , Hussein. Hamdan , Hussein / Hansjörg Schmid: Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit. Beltz Juventa. Weinheim. 2014. S.93

⁴³⁴ www.ahmaddiya.de/news/medien-ueber-uns-/art/zentrale-imam-ausbildung-in-riedstadt-eroeffnet.07.12.2012

⁴³⁵ Lemmen, Thomas: „Islamische Vereine und Verbände in Deutschland“, hrsg. von Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, 2. Aufl, Bonn. 2002. S. 34.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

zuständig.⁴³⁶ Aufgrund der enge Bindung der DITIB zu ihrer Mutterorganisation, dem Diyanet in der Türkei kann sie nicht als eigenständiger bzw. unabhängiger Dachverband angesehen werden. Vielmehr ist sie als eine unmittelbar vom türkischen Staat abhängige Organisation zu betrachten. Die politische Struktur der DITIB hat sich laut ihrer Kölner Satzung seit 1984 mit der Zeit verändert. Bei ihrer Gründung beschränkte sie sich auf die in Köln lebende türkische Gemeinschaft.

Sie wurde 1987 zur Zentrale des Dachverbands der DITIB und weitete ihre Zielgruppe auf alle in Deutschland lebenden Türken aus. Seit 2009 will der DITIB –Dachverband nunmehr alle Muslime in Deutschland ansprechen

4.4.3.1 Die Organisationsstruktur der DITIB

Die DITIB ist in drei Ebenen organisiert: Auf der Bundesebene der Kölner Dachverband, auf Länderebene die Landesverbände und auf Kommunalebene die Gemeinden.⁴³⁷

Der DITIB-Dachverband in Köln bildet die oberste Spitze in der Organisationstruktur. Ihm sind die 15 Landesverbände und die 896 DITIB-Gemeinden in Deutschland angeschlossen. 2007 hatte sie dem Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst zufolge 150.000 Mitglieder.

4.4.3.2 Die DITIB – Landesverbände. Der DITIB–Dachverband hat in elf Bundesländern 15 Landesverbände gegründet: In Deutschland gibt es 13 Generalkonsulate der Republik Türkei, an jedem Konsulatsstandort wurde ein Landesverband errichtet. Die Konsulatsbezirke decken sich also mit den Verwaltungsbezirken der Landesverbände. Der Grund dafür ist, dass Diyanet in jedes Generalkonsulat einen Religionsattaché entsendet, der den Imamen der DITIB-Gemeinden in seinem Bezirk vorsteht. Entsprechend ist der Religionsattaché des Generalkonsulats in Frankfurt am Main der Vorgesetzte aller Imame in den DITIB–Gemeinden im Bundesland Hessen. Der Landesverband wird zwischen den Gemeinden und dem Dachverband der DITIB verortet und als Religionsgemeinschaft bezeichnet. Der Landesverband soll die Zusammenarbeit mit dem Dachverband und den Gemeinden der DITIB sowie die Neugründung weiterer DITIB-Gemeinden fördern.⁴³⁸

⁴³⁶Aysun Yasar: Die DITIB zwischen Türkei und Deutschland. Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. Band 32. Ergon Verlag. 2012. S. 23.

⁴³⁷Aysun Yasar: Die DITIB zwischen Türkei und Deutschland. Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. Band 32. Ergon Verlag. 2012. S. 25-27

⁴³⁸ Lemmen,Thomas: Engere Kooperation. Die islamische Organisationen und der Staat. In: Ruth. 2009. S. 6-11.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

4.4.3.3 Die DITIB-Gemeinden. Die bundesweit 896 DITIB-Gemeinden sind auf die Konsulatsbezirke der 13 Generalkonsulate der Republik Türkei in Deutschland verteilt. Die Konsulate haben ihren Sitz in Berlin, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, Mainz, München, Nürnberg und Stuttgart. In jedem von ihnen gibt es einen Religionsattaché, der den vom Diyanet entsandten Imamen in seinem Bezirk vorsteht.⁴³⁹ Die DITIB-Gemeinde hat den Zweck, „Religion, Erziehung und Bildung“ zu fördern und der Jugendfürsorge, der Mildtätigkeit, der Völkerverständigkeit sowie der „Kultur“ zu dienen. Darüber hinaus heißt es, dass die Gemeinde dem Dachverband Mittel zuwenden kann.⁴⁴⁰

Laut der Satzung des Landesverbands in Berlin erklärt sich der DITIB⁴⁴¹ zu einer islamischen Religionsgemeinschaft nach Artikel 7 Abs. 3 Satz 2 des deutschen Grundgesetzes.⁴⁴² Zudem heißt es, dass der DITIB-Landverband gegründet wurde, um seine „Mitglieder umfassend bei der Erfüllung der religiösen Aufgaben und Pflichten zu unterstützen, sie zu betreuen, ihre Interessen zu koordinieren und nach außen zu vertreten“. Zugleich sieht sich der Verband als Ansprechpartner insbesondere staatlicher Stellen und vertritt die Rechte seiner Mitglieder.

4.4.3.4 staatliche Anerkennung

Seit 2013 ist der DITIB-Landesverband e. V. in Hessen als Ansprechpartner zur Erteilung islamischen Religionsunterrichts nach Artikel 7 Abs. 3 GG anerkannt. Zusammen mit dem DITIB-Dachverband soll der DITIB-Landesverband e. V. Hessen hierzu Curricula und Unterrichtsmaterialien erarbeiten. Zudem soll er die „richtige“ Darstellung des Islams gewährleisten.

⁴³⁹ Die DITIB-Gemeinde in Recklinghausen auf ihrer Homepage.10.01.2012.

⁴⁴⁰Lemmen ,Thomas / Müller-Hofstede, Christoph.:“ Mustersatzung für DITIB-Gemeinden“. 2007. Paragraph 2

⁴⁴¹ Satzung Landverband DITIB in Berlin 2009. Vereinsregister 6858 B § 1.

⁴⁴²Siehe Anhang Abb.4 Seite XIV



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Empirischer

Teil

Kapitel V



5. Empirische Untersuchung

5.1 Beschreibungen der Untersuchung

Nachdem in den vorhergegangenen Kapiteln der Arbeit die verschiedenen Modellversuche in einzelnen Bundesländern sukzessive zum Verständnis der Thematik und Problematik der Erteilung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts nach Artikel 7 Abs. 3 eingeführt wurden, sowie im 4. Kapitel die verschiedenen Phasen der Einrichtung im Bundesland Hessen eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts mit zwei anerkannten Religionspartnern DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat vorgestellt wurden, habe ich zuletzt im Bundesland Hessen in den Städten (Marburg, Gießen, Stadtallendorf und Darmstadt) anonyme Fragebögen für die Eltern hinsichtlich einer Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in hessischen Schulen entwickelt sowie Interviews mit Experten, die über diese Thematik bzw. Problematik informiert sind, durchgeführt. Die folgenden Experten wurden befragt: Vertreter der DITIB, der AMJ, der Leiter der Abteilung der Lehramt an Grundschulen mit dem Unterrichtsfach Islamische Religion an der JLU Gießen und Frau Nurgül Altuntas vom Hessischen Kulturministerium. Ich habe mich auf Hessen konzentriert, denn Hessen ist das erste Bundesland, das einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 seit 2011 erteilt hat.

In den letzten Jahren wurde von den Eltern der Wunsch nach einem islamischen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach immer lauter artikuliert. So versuchten islamische Vereine und Dachorganisationen, sich zu Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes zusammenzuschließen und in dieser Eigenschaft bei den Kultusministerien die Einrichtung eines ordentlichen Schulfachs islamischer Religionsunterricht zu beantragen. Die beiden Religionsgemeinschaften DITIB Landesverband Hessen e. V. und die Ahmadiyya Muslim Jamaat erfüllen laut hessischem Kulturministerium die Voraussetzungen nach Artikel 7 Abs. 3 Grundgesetz und stehen somit als Ansprechpartner für die Einrichtung von bekenntnisorientiertem Religionsunterricht zur Verfügung.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

5.1.1 Ziele der Befragung

Die Absicht der Befragung von muslimischen Eltern ist es, zu zeigen, wie viel Wert legen die Eltern auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder, inwiefern gelingt die Befriedigung ihrer Erwartungen durch die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in ihrem Bundesland (Hessen). Bei der Durchführung der Befragung ergaben sich Schwierigkeiten. Ich wollte eigentlich ein Treffen mit den muslimischen Eltern in den Schulen veranstalten, brauchte dafür aber eine Erlaubnis vom hessischen Kulturministerium. Deshalb fanden die Befragungen gelegentlich des Fastenmonats in Moscheen über ein Netzwerk von Freunden und ihren Bekannten in vier Städten des Bundeslandes Hessen statt (Darmstadt, Gießen Stadtallendorf und Marburg). Die Beteiligten an der Befragung sind wie folgt:

In Marburg:

***Die Moschee Omar Ibn Al-khattab, auch die Orientbrücke Marburg e. V.**

Die Moschee wurde 1986 von muslimischen Studenten mit deutschlandweiter Unterstützung gegründet. Sie wurde nicht als Moschee gebaut, sondern ist ein altes Marburger Fachwerkhaus. Die Gemeindemitglieder stammen aus über 40 Nationen. Das Freitagsgebet besteht aus einer Predigt in arabischer Sprache mit deutscher Übersetzung.

***Die Moschee Dar AL-Salem e. V.** ist eine islamische Gemeinschaft in Marburg, sie ist ein arabisch-deutschsprachiger e.V., der am 1.07.2015 vorwiegend von Algeriern und anderen Nationalitäten gegründet wurde. Die Predigt des Freitagsgebets wird von Sheikh Djamel Al-Djazairi in arabischer Sprache mit deutscher Übersetzung gehalten.

***Die Gesamtgrundschule am Richtberg**

In Gießen:

***Die Moschee Islamische Gemeinde Gießen (IGG) e. V.** wurde 1962 von Studenten gegründet, in ihr sind ca. 250 Mitglieder verschiedener Nationalitäten tätig.

Die Zentral-Moschee DIITB

Die Türkisch-Islamische Gemeinde e. V. Gießen (TIGG) wurde im Jahr 1977 durch in Gießen und in der Umgebung lebende türkische Gastarbeiter gegründet. Die Predigt des Freitagsgebets wird in türkischer Sprache abgehalten, da sie vorwiegend von Türken besucht wird.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

In Darmstadt wurden Fragebögen durch algerische Freunde an Privatpersonen verschiedener Nationalitäten (Migranten aus Marokko, aus Algerien, Syrien) verteilt

In Stadtallendorf

Die DITIB Fatih Moschee wurde im Juni 2002 zum Gebet eröffnet. Die Moschee wurde im türkischen Architekturstil mit einer großen Kuppel und Minarett gebaut. Die Predigt des Freitagsgebets wird in türkischer Sprache gehalten, da sie vorwiegend von Türken besucht wird.

Während meiner Suche nach Kooperationspartnern und –partnerinnen (Väter und Mütter) sollte ich die Befragten über Sinn, Zweck und Gegenstand der Befragung aufklären und ihnen absolute Anonymität versichern.

104 von 150 ausgegebenen Fragebögen wurden wieder zurückgegeben, was ich schon für befriedigend halte. Ich habe in den bereits erwähnten Moscheen muslimische Familien angesprochen, ob sie bereit wären, auf die Fragen zu antworten. Einige Familien erklärten sich bereit und hatten den Fragebogen innerhalb von Minuten beantwortet. Es muss aber betont werden, dass die Bereitschaft von der Seite der deutschen konvertierten Eltern am größten war. Andere waren zurückhaltend angesichts der terroristischen Anschläge, die Deutschland erschüttert haben. Sie hatten Angst und wollten wissen, wozu dient die Forschung. Ich sollte erklären, dass es um eine wissenschaftliche Erarbeitung einer Thematik ging, die ihre Integration fördern kann. Allerdings war es dringend notwendig, die Forschung mit muslimischen Eltern unterschiedlicher Herkunft zu betreiben, um die konkreten Erwartungen der Eltern in Bezug auf die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts auf Deutsch an den Schulen zu erfassen. Der Fragebogen umfasste insgesamt 14 Fragen.

Bei der Durchführung der Befragung ergaben sich Schwierigkeiten. Einige muslimische Eltern haben die Fragebögen einfach in der Moschee zurückgelassen. Bei anderen dauerten die Befragungen länger, bis sie die Fragebögen ausgefüllt hatten. Mangelnde Deutschkenntnisse führten bei einem Teil der Eltern dazu, dass die Bögen nicht vollständig ausgefüllt wurden (insbesondere bei offenen Fragen). Zahlreiche Eltern verfügen nicht über ausreichende sprachliche Fähigkeiten zum Ausfüllen eines Fragebogens, andere verfügen über keine Erfahrungen mit schriftlichen Befragungen. Schriftliche Befragungen erwecken angeblich bei vielen Muslimen Misstrauen. Die Gefahr eines Datenmisstraus gegen „die Muslime“ wird grundsätzlich als sehr hoch eingeschätzt. Die ausgewerteten Daten wurden nachträglich über



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

ein Datenverarbeitungsprogramm als Kuchendiagramme und in Tabellen dargestellt und in die Arbeit integriert.

5.1 .2 Erhebungsinstrument: Fragebogen

Informationen zur Person :

- * Männlich weiblich Beruf Alter
- * Herkunftsland
- * Sprache
- * Glaubensrichtung

Fragen

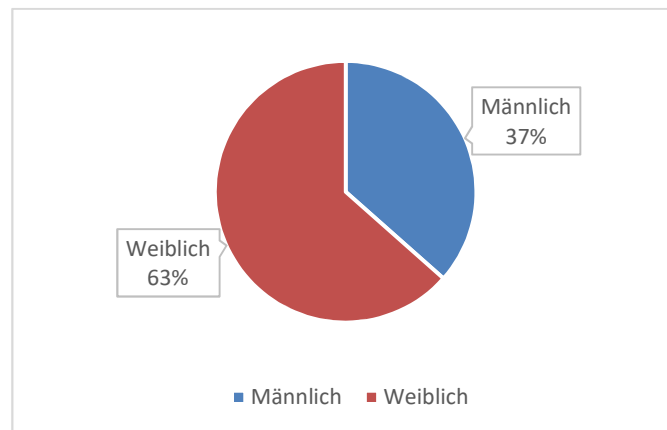
1. Wie viel Wert legen Sie auf die schulische Ausbildung Ihres Kindes?
2. Wie viel Wert legen Sie auf die religiöse Erziehung und Bildung Ihres Kindes zu Hause?
3. Befürworten Sie einen islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen?
4. Was lernt Ihr Kind bei Ihnen zu Hause? Was ist Ihnen am wichtigsten?
5. Was soll Ihr Kind im islamischen Religionsunterricht lernen? Was ist Ihnen am wichtigsten?
6. Was soll Ihr Kind in der islamischen Gemeinde-Koranschule lernen? Was ist Ihnen am wichtigsten?
7. Achtet Ihr Kind auf Zutaten in seinen Lebensmitteln ?(Halal)
8. Ist der islamische Religionsunterricht in der Schule a) eine Ergänzung oder b) ein Ersatz der Koranschule?
9. Wie wichtig ist Ihnen die theologische Ausbildung der Lehrkraft?
10. Wie wichtig ist Ihnen die pädagogische Ausbildung der islamischen Religionslehrer?
11. Wie wichtig ist Ihnen, dass im Unterricht der Inhalt des Korans gelehrt wird?
12. Was ist ihnen wichtiger für Ihr Kind a) Auswendiglernen der Suren oder b) Suren-Inhalte verstehen und lernen?
13. Wie wichtig ist Ihnen, dass im Unterricht über das Leben des Propheten Mohammed gelehrt wird?
14. Wie wichtig ist Ihnen, dass Ihrem Kind im Unterricht nicht nur Faktenwissen, sondern auch Glaubenswahrheiten vermittelt werden.

Offener Kommentar.....

Beispiele der Originalfragebögen mit Antworten befinden sich im Anhang

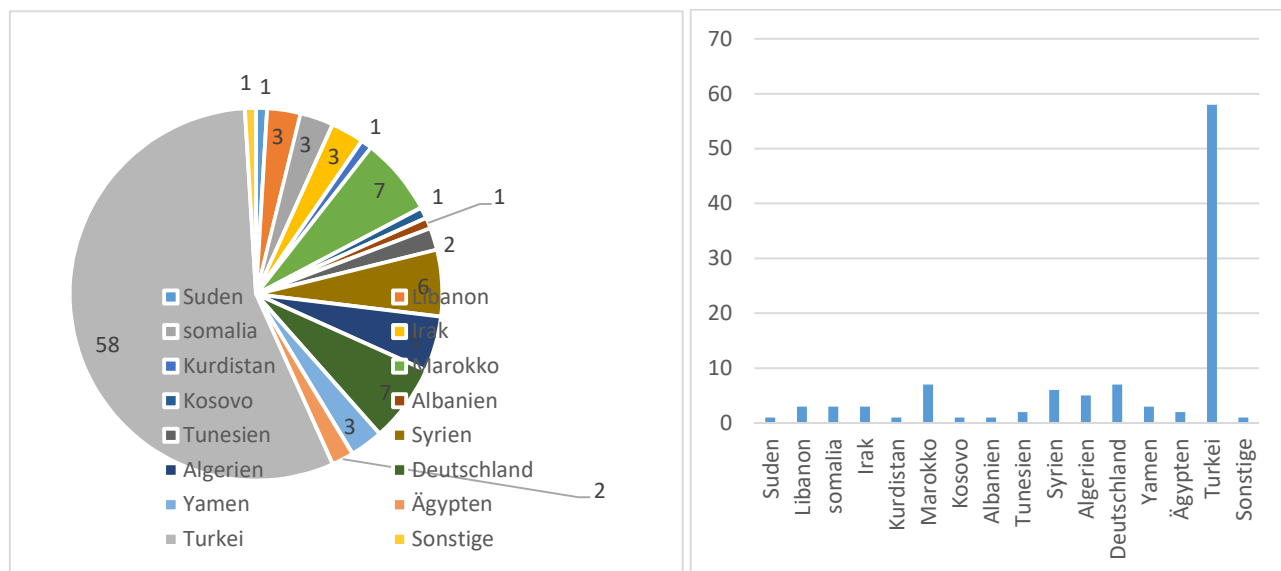
5.1.3 Ergebnisse zu den qualitativen Daten:

Abb1: Geschlecht :



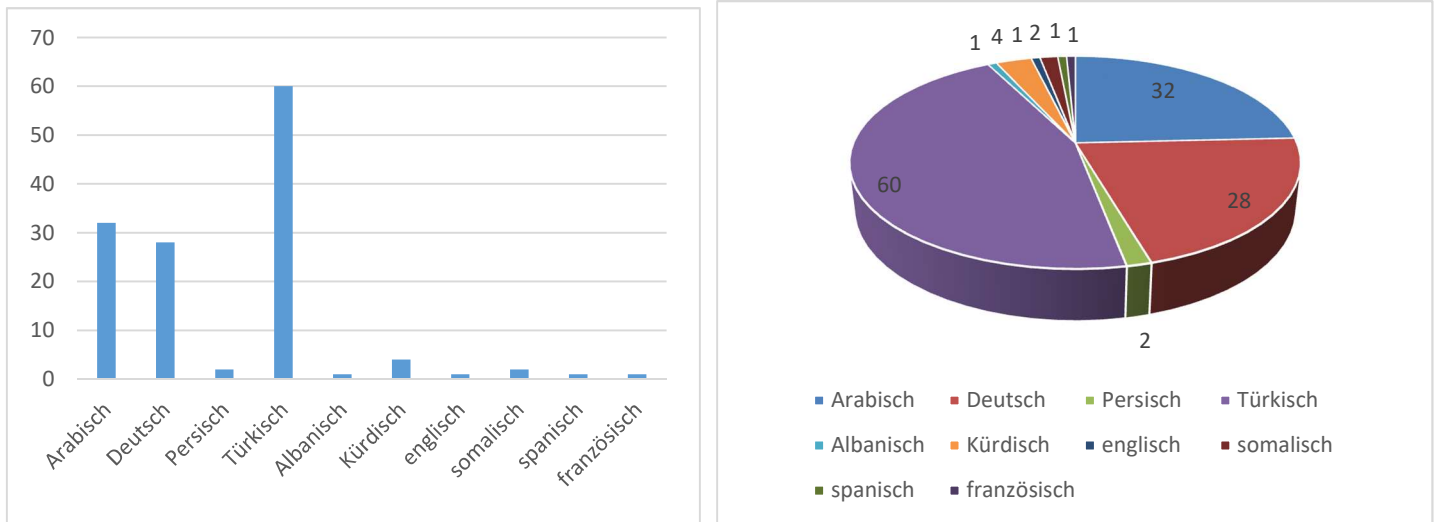
Über die Hälfte aller befragten Eltern waren Frauen mit 63 % und 37 % Männern.

Abb2: Herkunftsland



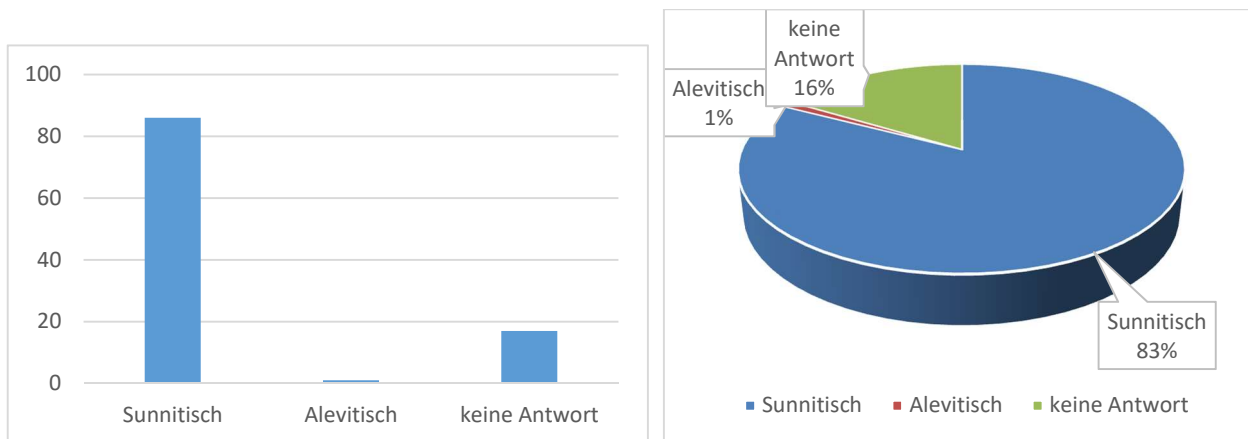
Wie nicht anders zu erwarten, überwiegt als Herkunftsland der Eltern deutlich die Türkei mit 58 von 104 gefragten Personen, gefolgt von Marokko mit 7 Personen, Deutschland auch mit 7 Personen, mit großem Abstand folgen Syrien 6 Personen, Irak,....., Jemen....., Ägypten....., Tunesien Albanien und Algerien

Abb3: Sprache



Die gesprochenen Sprachen entsprechen überwiegend dem gleichen Anteil wie das Herkunftsland. Von 104 Personen sprechen 60 befragte Eltern Türkisch, 60 %, gefolgt sukzessiv mit großem Abstand von Arabisch 32 Personen mit 32 % und 28 Personen mit 27 % sprechen Deutsch.

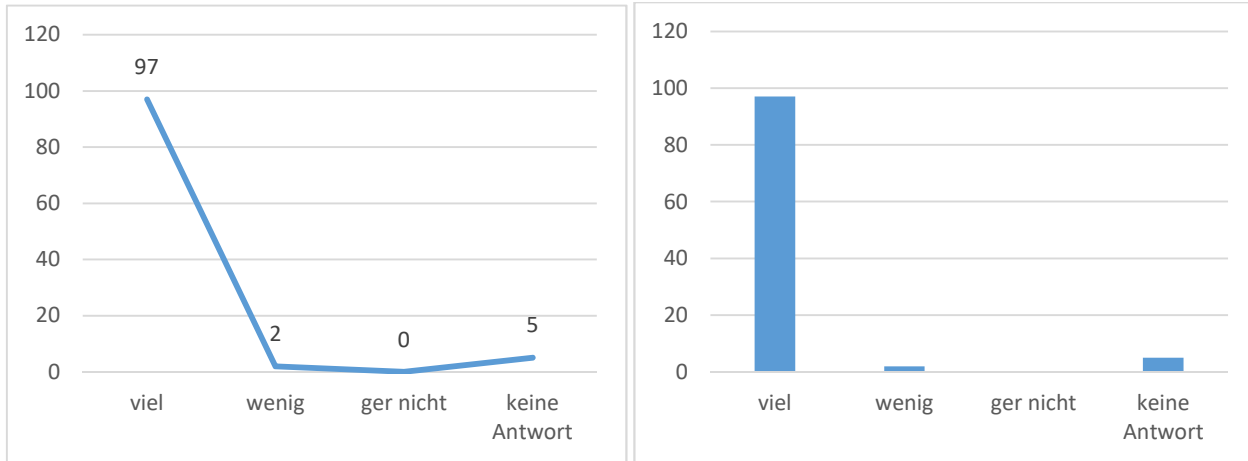
Abb 4: Glaubensrichtung



Ausgehend von der Hypothese, dass ca. 80 Prozent der in Deutschland lebenden türkischen Muslime sich sunnitisch bekennen, erscheint unsere Befragung von einem ähnlichen Ergebnis zu sein. Von 104 Befragten sind 86 Personen mit 83 % sunnitisch. Sie stellen die größte „Konfession“, gefolgt von 17 Personen mit 16 %, die sich nicht geäußert haben. 1 % der Befragten gehört zur alevitischen Glaubenslehre.

1. Frage: Wie viel Wert legen Sie auf die schulische Ausbildung Ihres Kindes?

Abb5: Schulische Ausbildung



Wie das Diagramm zeigt, legen von 104 befragten Eltern 97 großen Wert auf die schulische Ausbildung ihrer Kinder. Der Anteil der Eltern, die mit wenig geantwortet haben, lag bei unter 2 % und 5 Personen haben sich enthalten.

2.Frage: Wie viel Wert legen Sie auf die religiöse Erziehung und Bildung Ihres Kindes zu Hause?

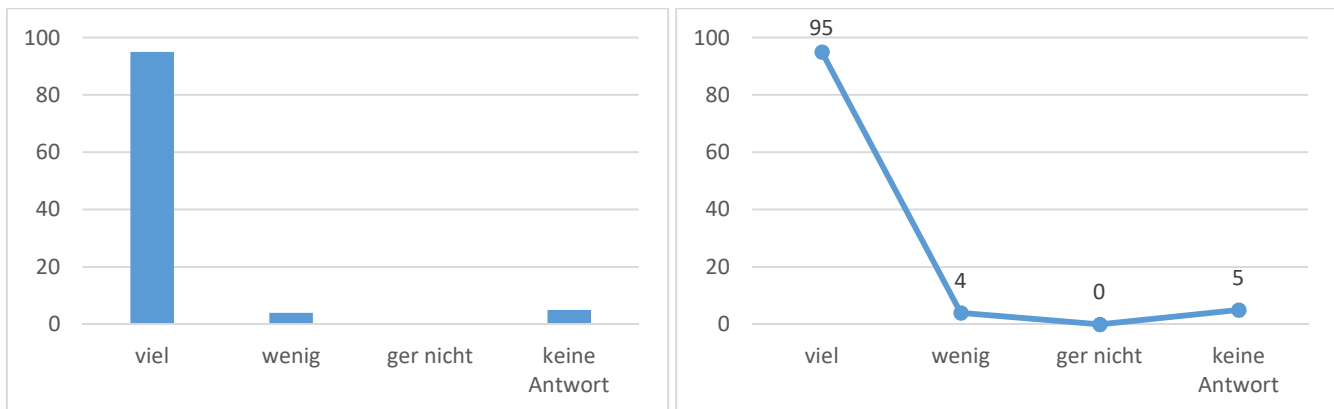


Abb6: Religiöse Erziehung

Die religiöse Erziehung der Kinder ist für die Eltern unabdingbar. Von 104 befragten Eltern legen 95 Personen großen Wert auf die religiöse Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu Hause. Nur vier Personen haben mit wenig geäußert und fünf haben keine Antwort gegeben. Kinder sollen mit ihren religiösen Pflichten zu Hause vertraut werden.

3. Frage: Befürworten Sie einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen?

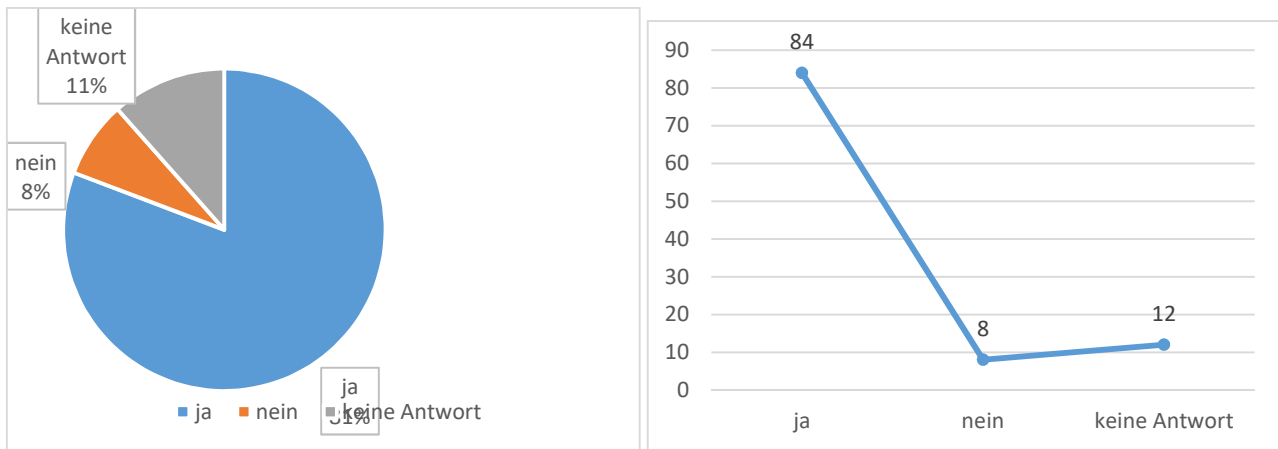


Abb7: Teilnahme am islamischen Religionsunterricht

Da die Teilnahme am Fach (Islamischer Religionsunterricht) von den Eltern angemeldet wurde, könnten die Teilnahmequoten ein wichtiges Indiz für oder gegen die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen liefern. Die Ergebnisse zeigen eine hohe Akzeptanz mit 84 befragten Personen, 8 Personen hatten sich nicht geäußert und 12 Personen sind dagegen. Die Eltern halten die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen für sehr wichtig, damit ihr Kind über seine Religion von den ausgebildeten Lehrern viel lernen kann. Die positive Antwort ist ein wichtiger Beweis dafür, dass die Eltern nicht alles und alleine zu Hause die religiöse Erziehung leisten können. Der erste religiöse Baustein der Erziehung beginnt zwar im Elternhaus, vollzieht sich dann aber in der Schule und in der Gesellschaft.

4. Frage: Wie wichtig ist Ihnen die Empfehlung Ihrer Glaubensgemeinde hinsichtlich des Islamunterrichts an Schulen?

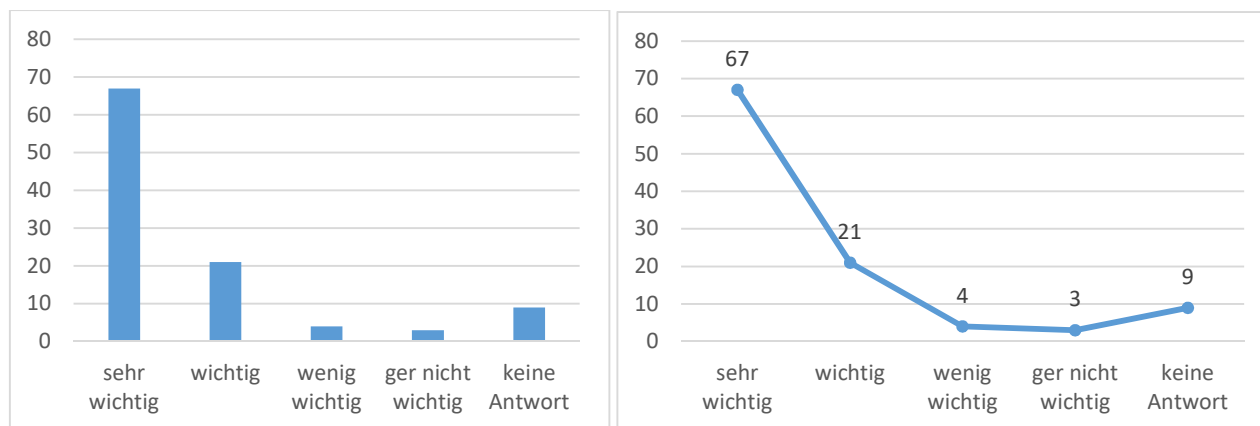


Abb8: Empfehlung des Islamunterrichts

Während 67 befragte Eltern von 104 finden, dass die Empfehlung ihrer Glaubensgemeinde hinsichtlich des Islamunterrichts an Schulen sehr wichtig ist, finden 21 Eltern es wichtig, dies weiter zu empfehlen. 4 Eltern finden das weniger wichtig. 3 Eltern finden das gar nicht wichtig und 9 Personen gaben keine Antwort.

5. Frage: Was soll ihr Kind bei Ihnen zu Hause, in der Schule und in der islamischen Gemeinde- oder Koranschule lernen? Was ist bei Ihnen am wichtigsten? Setzen Sie Prioritäten von 1 bis 5

	Zu Hause	In der Schule	In der Islamischen Gemeinde
Prinzipien des Islam			
Interreligiöses Lernen (Judentum-Christentum)			
Koran lesen			
Die Sunna			
Dua			
Menschliches Zusammenleben			



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Suren auswendig lernen			
Vermittlung der Kultur			
Islamische Ethik und Werte			

Abb 9: Einstufung der Prinzipien des Islam

Bei dieser Frage konnten wir kein Diagramm erstellen, da wir von 104 befragten Eltern nur 25 Antworten erhalten haben. Die Frage war scheinbar von den Eltern nicht verstanden worden. Die Eltern sollten 5 Prioritäten (zu Hause, in der Schule und der Koranschule) von zehn gegebenen Antworten auswählen und sie dann nach Priorität einstufen.

Die erste Priorität für die 25 Eltern, die sich geäußert haben, ist der Wunsch, dass ihre Kinder die Prinzipien des Islam, die fünf Säulen nicht nur zu Hause bei den eigenen Eltern lernen sollen, sondern auch in der Schule und in den islamischen Gemeinden. Das Lernen dieser Prinzipien in den beiden Institutionen (Elternhaus und Moschee oder islamische Gemeinde) sollte eine wichtige Brücke sein. Als zweite Priorität wurde besonders betont, dass ihre Kinder ein interkulturelles und interreligiöses Wissen in der Schule erwerben müssen, weil die Mehrheit von ihnen in Deutschland geboren wurde und sie in einer christlich geprägten Gesellschaft leben und damit nicht in einem islamischen Umfeld. Dieser Umstand erfordert den Umgang mit Andersgläubigen sowie eine Öffnung gegenüber allen Religionen. Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht muss von muslimischen Lehrern, die hier im Lande eine theologische und pädagogische Ausbildung haben, vermittelt werden. Für das Koranlesen und das Auswendiglernen sorgen die islamische Gemeinde und die Schule. Denn der Koran bestimmt das Verhalten des Muslims und bewahrt ihn vor Fehlern, die dem Glauben und der Moral schaden. Für die Vermittlung der Sunna, islamischer Ethik und Werte sind die Eltern verantwortlich. Zuhause beginnt die Einübung des Kindes in sittliche Verhaltensweise beim Essen und Trinken, die Basmala zu sprechen und Gott für alles zu danken, das gute und richtige Verhalten nach den Richtlinien des Propheten zu erwerben.

6.Frage: Achtet Ihr Kind auf Zutaten in seinen Lebensmitteln? (Hallal)

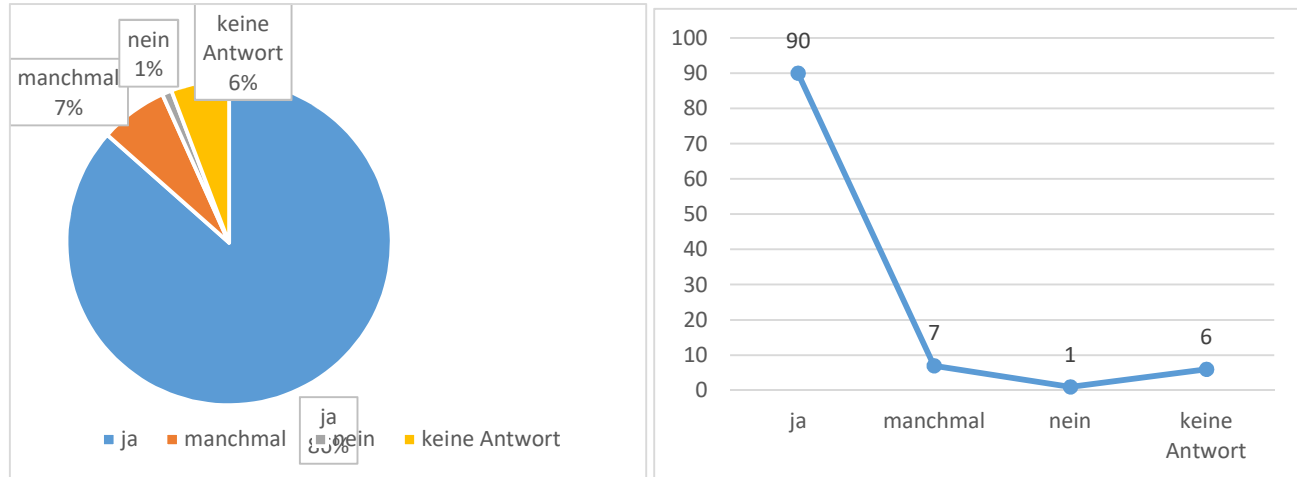


Abb10: Zutaten in den Lebensmitteln

90 befragte Eltern haben geantwortet, dass ihre Kinder auf Zutaten ihrer Lebensmittel (Hallal) achten, wobei nur 7 Personen mit manchmal antworten. Nur eine Person gibt an, dass ihr Kind nicht auf die Zutaten seiner Lebensmittel achtet. 6 Personen gaben keine Antwort.

Angesichts dieser Antworten versteht man, dass die Eltern auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder achten und ihre Rolle zu Hause erfüllen. Denn zwischen Erziehung und Ernährung besteht eine unmittelbare Verbindung. Hallal im Islam bezeichnet alle Sachen und Taten, die nach islamischem Recht erlaubt sind. Was Hallal bei Speisen betrifft, so gilt grundsätzlich, dass alle Speisen außer solchen erlaubt sind, die verboten wurden. Dazu gehört z. B. der Genuss von Alkohol und Blut sowie Schweinefleisch.

7. Frage: Ist der islamische Religionsunterricht in der Schule: a) eine Ergänzung oder b) ein Ersatz der Koranschule?

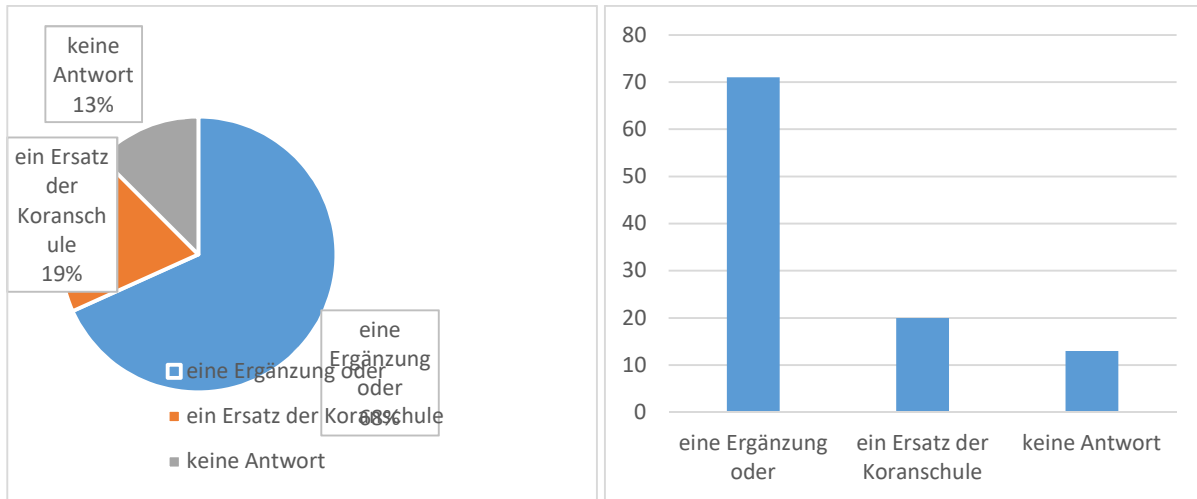


Abb11. Koranschule und Religionsunterricht

Über die Hälfte der befragten Eltern mit 71 Personen findet den islamischen Religionsunterricht nicht als direkte Konkurrenz zu den Koranschulen, sondern als Ergänzung im Rahmen des schulischen Bildungsauftrags ihrer Kinder. 20 Eltern sehen darin einen Ersatz und 12 Eltern gaben keine Antwort. Das Vertrauen in den islamischen Religionsunterrichts in der Schule ist bei den Eltern sehr bedeutend. Die Koranschule kann nicht alle Erwartungen der Eltern erfüllen, besonders die pädagogische Seite des Auswendiglernens. Wegen der unterschiedlichen Funktionen sind beide Institutionen (Schule und Koranschule bzw. Moschee) für die Kinder und Jugendlichen bedeutsam. Beide Seiten sollen sich daher um eine kooperative Grundhaltung bemühen.

8. Frage: Wie wichtig ist Ihnen die theologische Ausbildung der Lehrkraft?

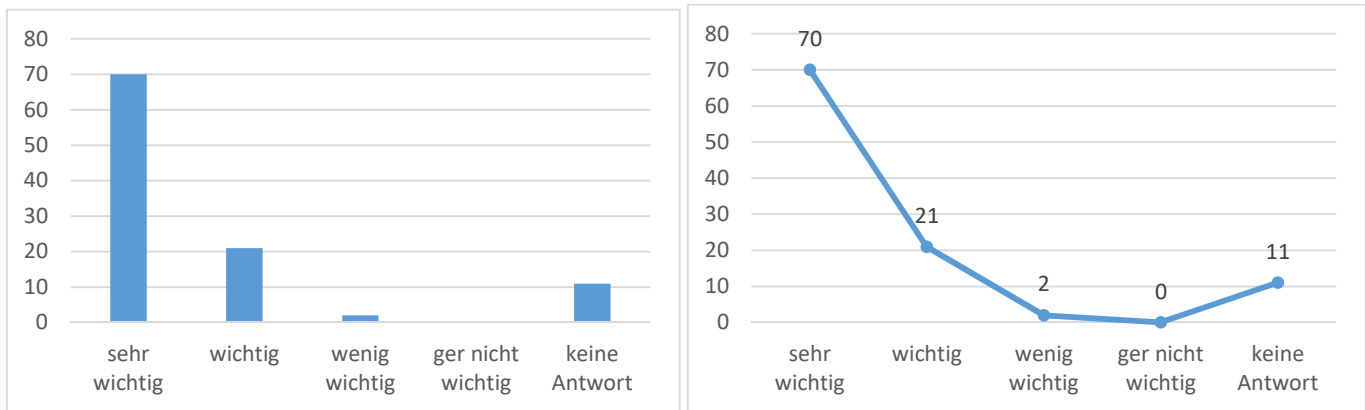


Abb12: Ausbildung der Lehrkräfte:

Die theologische Ausbildung der islamischen Religionslehrer stellt für die befragten Eltern das Fundament dar. 70 Personen ist das sehr wichtig, dass die Lehrer über theologisches Wissen verfügen. 21 Personen finden eine theologische Ausbildung für die Lehrer wichtig, nur 2 Personen antworteten mit wenig wichtig und 11 Personen haben sich nicht geäußert.

9.Frage: Wie wichtig ist Ihnen die pädagogische Ausbildung der islamischen Religionslehrer?

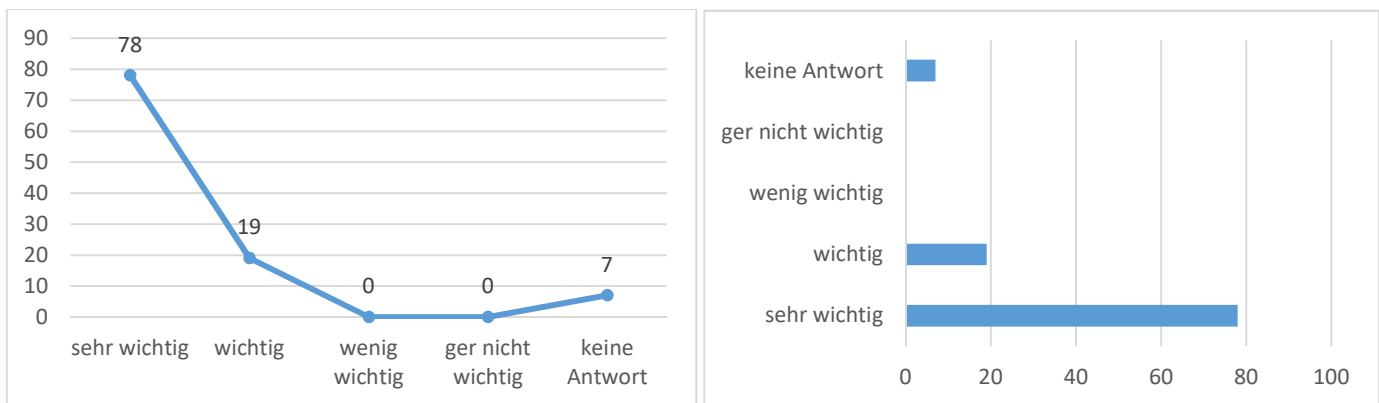


Abb13: Paedagogische Ausbildung der Lehrkräfte

Ebenfalls ist die pädagogische Ausbildung der islamischen Religionslehrer für 78 befragte Eltern sehr wichtig, 19 Personen finden das wichtig und 7 Personen haben sich enthalten.

80 % der befragten Eltern sehen in den Fragen 8 und 9 einen Zusammenhang. Die Vermittlung der Grundlagen des Islam im Unterricht ist unzweifelhaft von zentraler Bedeutung, deshalb muss der Islam nach Ansicht der Befragten von Lehrern unterrichtet werden, die über eine theologische und pädagogische Ausbildung verfügen und überwiegend hier in Deutschland ausgebildet sind, damit die

Schülerinnen und Schüler solides Basiswissen erwerben können und extremistische Tendenzen vermieden werden.

10. Frage: Wie wichtig ist Ihnen, dass im Unterricht der Inhalt des Korans gelehrt wird?

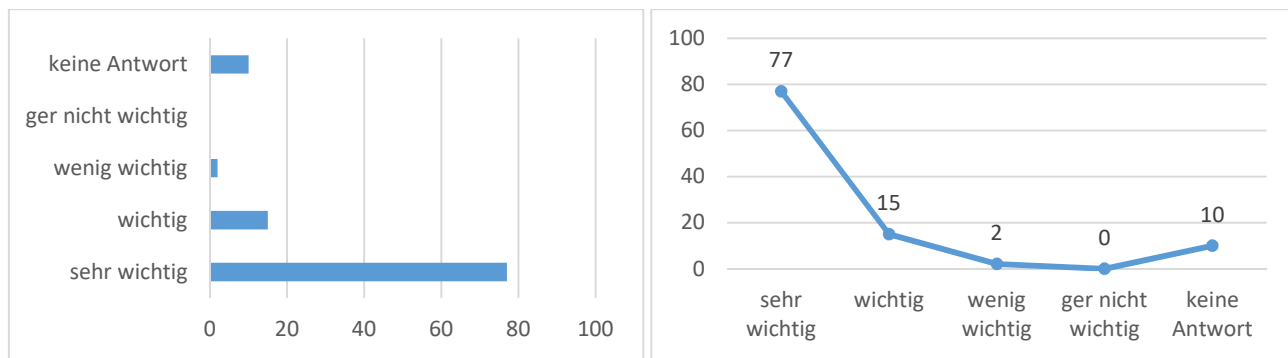


Abb14 :Das Erlernen des Korans

Das Erlernen des Inhalts des Korans erachten 77 der befragten Eltern für sehr wichtig. 15 Eltern finden das wichtig. 2 Eltern finden das weniger wichtig und 10 Eltern haben keine Antwort gegeben. Der Koran ist das heilige Buch und die Hauptquelle des Islam. Die Inhalte des Korans müssen aber altersgemäß unterrichtet werden.

12.Frage: Was ist Ihnen wichtiger für Ihr Kind? a) Auswendiglernen der Suren ? oder b) Sureninhalte verstehen und lernen?

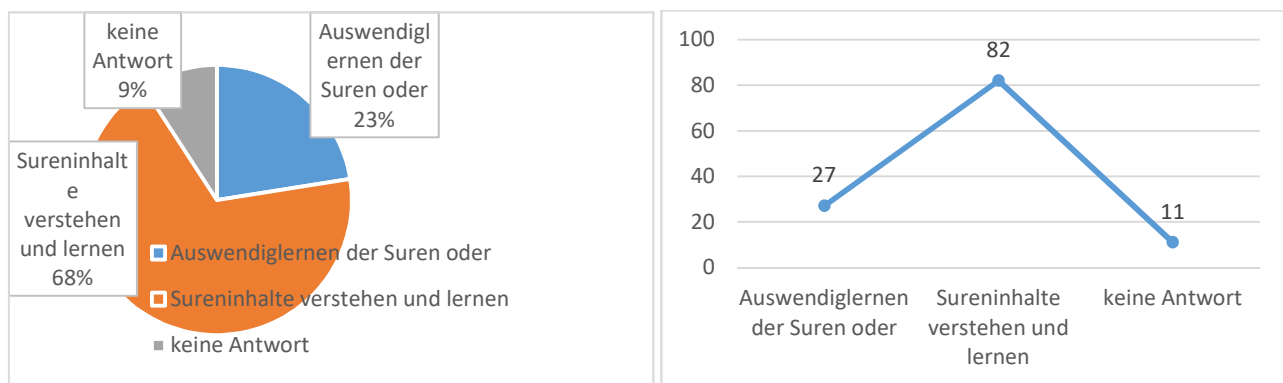


Abb15:Das Verstehen und das Auswendiglernen

Für 27 der befragten Eltern ist das Auswendiglernen der Suren für ihre Kinder wichtig, hingegen ist für 82 aller Befragten das Verstehen und Lernen des Korans für ihre Kinder wichtiger und 11 Personen gaben keine Antwort. Das Verstehen und Lernen des Korans im Unterricht durch Hören und Rezitieren ist eine zentrale und wichtige islamische Tradition. Die Resonanz bei der Rezitation des Originaltextes durch die arabische Sprache erweckt bei den Kindern eine große Wirkung auf das Gefühl. Dies schafft für manche Kinder eine wichtige identitätsbildende Brücke zwischen Elternhaus

und Schule. Verschiedene Suren können übersetzt werden und im Unterricht reflektiert und in deutscher Sprache behandelt werden. Einige Wörter oder Begriffe können in beiden Sprachen vorgegeben werden. Wie z. B. Dua, Azan, Qibla, Zakat, Sadaqa, Hidschra, Hadj, Schahada usw.

13. Frage: Wie wichtig ist Ihnen, dass im Unterricht über das Leben des Propheten Mohammed gelehrt wird?

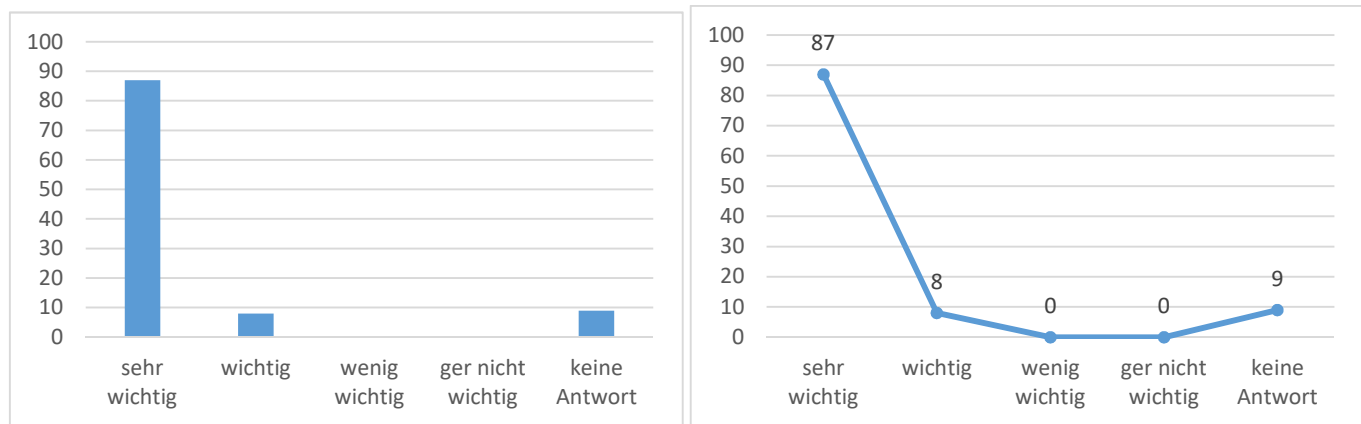


Abb16: Das Prophet Mohamed im Unterricht

Für 87 der befragten Eltern steht das Erzählen über das Leben des Propheten Mohammed im Unterricht an erster Stelle. Sie antworten mit sehr wichtig. 8 Eltern finden das wichtig und 9 Eltern äußern sich nicht. Gerade an der Grundschule ist es wichtig, über die allgemeinen Prophetengeschichten in deutscher Sprache zu erzählen. Denn Kinder hören in diesem Alter sehr gerne Geschichten. Zum Propheten Mohammed muss sich ein intensiver fachdidaktischer Diskurs entwickeln. Der Prophet hat im Islam eine große Vorbildfunktion, da seine Eigenschaften als vollkommen betrachtet werden. Die Schüler sollen die (Sira) Einzelheiten des Lebens des Propheten kennen lernen. Hier können sie viele Bezüge zu ihrem eigenen Leben reflektieren und umsetzen. Der Prophet muss ein Vorbild und ein Lehrer für die Schüler sein. Seine Taten sollen im Unterricht didaktisiert und authentifiziert werden.

14. Wie wichtig ist Ihnen, dass Ihrem Kind im Unterricht nicht nur Faktenwissen, sondern auch Glaubensinhalte vermittelt werden?

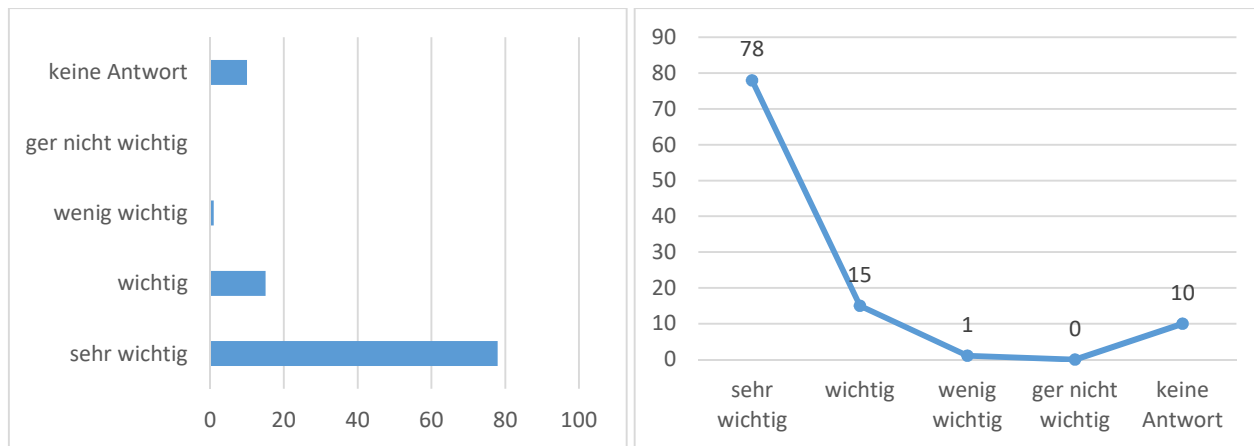


Abb18: Vermittlung von Glaubensgrundsätze

Für 78 Eltern ist das sehr wichtig, dass ihren Kindern im Unterricht nicht nur Faktenwissen, sondern auch Glaubensgrundsätze des Islam vermittelt werden. 15 Eltern antworten mit wichtig und nur eine Person antwortet mit weniger wichtig und 10 Eltern haben sich enthalten. Wenn man den Wunsch der Eltern interpretiert, dann versteht man, dass die Eltern zu einem bekenntnisorientierten Islamunterricht neigen. Ein bekenntnisorientierter Unterricht darf durchaus zu einem Glauben hinführen und auch erziehen. Dadurch kann der islamische Religionsunterricht zur Integration der Schülerinnen und Schüler beitragen und mehr leisten. Er muss den Kindern und Jugendlichen Weisheit vermitteln, er muss sie zu wertebewussten Menschen erziehen und ihnen Orientierungswissen im Leben bieten. Der Islamkundeunterricht will nur informieren und Kenntnisse vermitteln, dadurch fühlen sich die Kinder nicht gleichberechtigt wie ihre Mitschüler, die einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht besuchen (evangelisch, katholisch).



15. Offene Kommentare mit einigen kurzen Äußerungen der Eltern:

5.1.4 Auswertung und Zusammenfassung der Fragebögen

Seit mehr als 30 Jahren wird über die Möglichkeit der Einführung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Schulfach an deutschen Schulen diskutiert. Tatsächlich wurde der Wunsch nach der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Hessen von den befragten Eltern betont. Der Grund dafür ist die Notwendigkeit der Persönlichkeitsentfaltung ihrer Kinder im Rahmen einer religiösen Bildung und Erziehung. Sie unterstreichen, dass die Kinder noch mehr über ihre Religion in einer säkularen Gesellschaft lernen sollen. Die Notwendigkeit und die Bedeutung des interkulturellen und interreligiösen Wissens in der deutschen Gesellschaft haben auch Eltern in der Frage fünf zu den Prioritäten eingestuft. Kinder sollen Kultur und Religion der anderen vielschichtig erleben dürfen, so entdecken sie Verschiedenheiten und Gemeinsamkeiten. Somit wird es den Kindern ermöglicht, sich als Gemeinschaft zu erfahren, auch wenn sie verschieden sind.

Die Mehrheit der Kinder wurde in Deutschland geboren, leben in einer christlichen geprägten Gesellschaft und nicht in einem islamischen Umfeld. Dieser Umstand erfordert den Erwerb von interkulturellem und interreligiösem Wissen, so erlernt das Kind Toleranz ohne die eigene religiöse Identität zu verlieren durch verschiedene Kulturen und Religionen. Manche Eltern betonen dabei auch den Vorteil, dass das Kind in der Schule auf Deutsch die religiösen Begriffe beherrscht, was ihm bei der Diskussion über seine Religion im Land und mit seinen Mitschülern hilft. Denn die bisherigen Studien zeigen, dass die Mehrheit der muslimischen Kinder kaum über religiöse Sprachkompetenz verfügt, da sie die islamischen Inhalte nur in der Muttersprache ihrer Eltern kennen. Wegen Sprachlosigkeit in der deutschen Sprache werden oft Schüler mit kritischen Situationen konfrontiert, in denen sie nur einfachste Fachbegriffe auf Deutsch wiedergeben.

Die arabische Sprache in den Schulen wird auch von den Eltern bevorzugt, denn sie ist für das Auswendiglernen des Korans ein wichtiger Anreiz. Ein anderer Punkt wurde von den Eltern ausdrücklich genannt und zwar, dass in der Schule nicht nur Faktenwissen, sondern auch über die Grundlagen des Islams unterrichtet wird, denn viele zeigen ein falsches Bild vom Islam. Es sind häufig verfälschte Information über den Islam vermittelt worden.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Als entscheidender Aspekt taucht in den Kommentaren die Frage nach der pädagogischen und theologischen Ausbildung der Lehrer häufig auf. Eine qualifizierte Ausbildung der Lehrkräfte an deutschen Universitäten impliziert nicht nur den Abbau von Vorurteilen und Klischees über den Islam, sondern korrigiert auch das Bild des Islam im alltäglichen Leben der Muslime.

Der Religionsunterricht stellt nach Ansicht der befragten Eltern keine Konkurrenz zur Koranschule dar, sondern eine Ergänzung.

Anschließend ist anzumerken, dass die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen bzw. in Hessen in deutscher Sprache durch ausgebildete Lehrkräften umgesetzt werden muss, wenn die Integration der Muslime in Deutschland gelingen soll.

5.2 Interviews

5.2.1 Angaben zur Kontaktaufnahme, Interviewdurchführung

Um Daten für meine Forschungsfragen zu erhalten, interviewte ich vier Experten aus dem islamischen Kulturkreis, die sich an der Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen beteiligt haben. Meine erste Aufgabe bestand darin, potentielle Interviewpartnerinnen und Interviewpartner zu finden, die bereits Erfahrungen mit der Integrationspolitik und islamischen Religion sammeln konnten. Für die Untersuchung der Thematik der vorliegenden Arbeit wurde die Methode des Leitfadeninterviews gewählt. Der Interviewleitfaden ist ein Blatt Papier, auf dem die Fragen stehen, die man dem Interviewpartner im Verlauf des Interviews stellen will. Die Methode des Leitfadeninterviews zielt auf ein problemzentriertes Befragen und Interviewen ab, das den Untersuchungsgegenstand gezielt und schwerpunktmäßig anvisiert.⁴⁴³ Der Interviewleitfaden sollte nicht direkt mit der ersten Frage beginnen. Der Interviewpartner soll vor dem Interview über das Ziel der Untersuchung informiert werden.

Mein Leitfadeninterview wurde den Experten per E-Mail geschickt, um einen Termin zu bekommen. Von vier ausgewählten Experten habe ich drei Termine erhalten (Ahmadiyya Jamaat Muslim in Deutschland, Prof. Dr. Yaser Sarikaya und Frau Altunta). Die DITIB hat sich

⁴⁴³ Siehe Jochen Gläser, Grit Laudel: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchung. 4. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften..Springer Fachmedien. Wiesbaden. 2010. S. 142-144.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

aus Mangel an Zeit abgesagt und auf meine Befragung schriftlich geantwortet. Für die Durchführung der Interviews hatte ich sehr ausführliche Leitfäden zu verschiedenen Themen vorbereitet (die rechtlichen Voraussetzungen der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts, Lehramtsstudium, Ansprechpartner, Lehrinhalte, Ausbildung der Lehrkräfte, Akzeptanz der Erteilung des Unterrichts durch die islamische Gemeinde ...).

Die Interviews fanden in den Lokalen der Interviewten statt. Das erste Interview erfolgte mit dem Amir der Ahmadiyya Jamaat Muslin, Herrn Abdullah Uwe Wagishauser, Amir und Bundesvorsitzender, und fand am zentralen Sitz „Bait-us-Sabuh“ am 23.7.2016 in Frankfurt statt.

Leider konnte ich mit den DITIB-Vertretern keine Interviews führen. Herr Salih Özkan, Vorsitzender DITIB-Landesvorstand Hessen, hat sich für ein Interview entschuldigt und wollte auf meine Fragen nur schriftlich antworten. Der zweite Experte war Herr Yaser Sarikaya, Leiter des Instituts für Lehramtsstudien „Islamischer Religionsunterricht an Grundschulen“ an der Justus-Liebig Universität. Bei ihm wurde der Termin einmal verschoben. Das zweite Mal sollte ich auf ihn zwei Stunden warten. Endlich konnte ich mich mit ihm kurz unterhalten. Das Treffen im Büro war kein Interview. Er entschuldigte sich noch einmal und sagte, dass er andere Termine mit anderen Personen vereinbart habe, aber er hat sich trotzdem mit mir Zeit genommen, aber leider nur um mehr über mein Land und meine Person zu erfahren. Ich sollte ihn befragen, stattdessen verlief das Gespräch umgekehrt.

In Hessen gab es damals eine große Diskussion über DITIB als anerkannte Religionsgemeinschaft. In anderen Bundesländern konnte DITIB diese Anerkennung nicht erreichen. DITIB wurde von verschiedenen Seiten angegriffen. Abdel-Hakim Ourghi, ein Deutsch-Algerier, ist Leiter des Fachbereiches islamische Theologie und Religionspädagogik an der pädagogischen Hochschule Freiburg und gilt als Kritiker der konservativen-muslimischen Verbände, insbesondere der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion DITIB. Ourghi macht sich zurzeit einen Namen in der politischen Szene Deutschlands. Ourghi meint, dass der islamische Religionsunterricht heute nicht mehr unkritisch gelehrt werden darf und äußert in einem Gutachten harte Kritik am Curriculum, das von DITIB für hessischen Grundschüler erstellt wurde. Ourghi sagt, dass das Curriculum weder konstruktiv noch kritisch sei. Für ihn sollten Verse aus dem Koran und Taten aus der Sunna in Frage gestellt



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

werden: die Ungleichheit der beiden Geschlechter, die Polygamie usw. Ourghi warnt vor einem konservativen Islam in Deutschland.

Am 29.08.2016 konnte ich endlich das Interview mit Herrn Yaser Sarikaya an der Justus-Liebig Universität Gießen durchführen. Das letzte Interview fand am 29.12.2016 mit Frau Nurgül Altuntas, Rektorin und Ausbildungsleiterin, zurzeit Abgeordnet im Hessische Kulturministerium, statt.

5.2.2 Interviewleitfäden

Interviewleitfaden für die Interviews mit den Experten der DITIB, der AMJ, mit Professor Yasar Sarikaya, Professor für islamische Theologie und ihre Didaktik an der Justus-Liebig Universität Gießen (JLU) sowie mit Frau Nurgül Altuntas, Hessisches Kulturministerium

Sehr geehrte Herren und Damen,

mein Name ist Frau Dahbia Yahiaoui. Ich bin Doktorandin der Universität Oran. In meinem Dissertationsprojekt forsche ich zum Thema: „Islamunterricht an deutschen Schulen als Mittel zur Integration am Beispiel Hessen“.

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 GG sowie der Integration der muslimischen Kinder sollen inhaltliche Schwerpunkte im empirischen Teil meiner Arbeit sein.

Ich bitte Sie um einen Interviewtermin, in dem Sie auf folgende Fragen antworten.

- Die Einrichtung von islamischen Lehrstühlen wurde bislang nicht im hessischen Parlament thematisiert. Wie ist es dazu gekommen, dass ein Studiengang zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Justus-Liebig Universität in Gießen eingerichtet worden ist?
- Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten Islamunterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 erteilt. Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung des Lehramtsstudiengangs aus?
- Welche Rolle kann nach Ihrer Meinung die Unterrichtung des Islam als ordentliches Lehrfach bei der Integration der Muslime spielen?
- Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Teilnahmezahl der Studenten aus?



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- Welche theologische Ausrichtung, Lehrinhalte und didaktischen Konzepte werden im Studiengang verfolgt?
- Inwieweit ist die Akzeptanz der muslimische Gemeinde in ganz Hessen für die Erteilung des islamischen Religionsunterricht durch DITIB und Ahhmadiya Muslim Jamaat vorhanden?
- Könnte nicht der Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya später zum Scheitern des erfolgreichen Projekts in Hessen führen?
- Die Schulkinder der DITIB erhalten einen anderen Religionsunterricht als Kinder, deren Eltern der Ahmaddiya angehören. Könnten Sie uns den Unterricht erklären?
- Könnten Sie zwei Jahren nach der Einrichtung des theologischen Lehrstuhls an der Universität Gießen eine Bilanz (positiv und/oder negativ) ziehen?
- Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch überwunden werden? Welche Lösungswege haben sich ergeben?

Eine große Freude wäre es für mich, wenn Sie mir die Möglichkeit geben könnten, dieses Interview mit Ihnen durchführen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Frau Dahbia Yahiaoui

Doktorandin bei Prof. Dr. Aoussine Sedikki, Universität Oran, Algerien

Albrecht Fuess Philipps Universität Marburg

Die Originalaufnahme der Interviews wird auf einem DVD als Beilage beigefügt.



5.2.3 Transkription der Interviews

Die vier Interviews wurden mit einem Diktiergerät aufgenommen und anschließend transkribiert. Allerdings existieren keine einheitlichen Transkriptionsregeln. Für die vorliegende Arbeit habe ich bewusst einfache und schnell erlernbare Transkriptionsregeln verwendet.⁴⁴⁴ Es wurde vorliegend darauf geachtet, die Interviews möglichst vollständig zu transkribieren.

1. Es wird wörtlich transkribiert, also nicht zusammenfassend.
2. Deutsch wird nicht geändert, auch dann, wenn der Satzbau einfach schlecht ist
3. Deutlich längere Pausen werden durch Auslassungspunkte (...) markiert.
4. Zustimmende bzw. Lautäußerungen der Interviewer (hhm, Aha etc) werden in Klammern notiert.
5. Lautäußerungen der befragten Person, die die Aussage unterstützen oder verdeutlichen (etwa Lachen oder Seufzen) werden in Klammern notiert.
6. Die interviewende Person wird durch ein „I“, die befragte Person durch ein „B“ gekennzeichnet.

Transkriptionsdauer der Interviews:

Interview	Länge (Minuten)	Transkription (Minuten)
I1	28:02	120
I2	17:53	75
I3	45.03	

5.3 Interview mit Herrn Salih Özkan Vorsitzender DITIB8 (schriftliche Antwort)

Kurzbiographie: Wer ist Herr Salih Özkan

I: Die Einrichtung von islamischen Lehrstühlen wurde bislang nicht im Hessischen Parlament thematisiert. Wie ist es dazu gekommen, dass dennoch ein Studiengang zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Justus-Liebig Universität in Gießen, eingerichtet worden ist ?

B: Ich denke, dass hierzu das Hessische Parlament befragt werden sollte.

⁴⁴⁴ Siehe Transkription nach: Udo Kuchartz, Thorsten Dresing, Stefan Rädiker und Claus Stefer: Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis. 2. aktualisierte Auflage. 2008. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

I: Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten Islamunterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 erteilt. Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung dieses Lehramtstudiengangs aus ?

B: Wir sind sehr zufrieden mit der Einrichtung.

I: Welches sind die Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten Islamunterricht an den Schulen im Vergleich mit katholischer und evangelischer Religion?

B: Die Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht sind für alle Bekenntnisgruppen-Religionsgemeinschaften dieselben. Konkret sind folgende drei Voraussetzungen zu erfüllen, damit eine Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner des Staates in Bezug auf den Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG in Frage kommt: Die erste Voraussetzung ist die Mindestanzahl der Mitgliedschaften in der Gemeinschaft. Die Mitgliedszahl muss 1:1000 der Grundgesamtheit repräsentieren. Die zweite Voraussetzung ist die Beständigkeit der Gemeinde. Damit ist die „Gewähr der Dauer“ nach Artikel 137 WRV gemeint. Die Gemeinde, die den Antrag auf Anerkennung stellt, muss mindestens seit 30 Jahren in Deutschland bestehen (vgl. Yanik 2012, S. 11). Die dritte Voraussetzung für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft ist die Rechtstreue. In der Satzung der jeweiligen Gemeinschaften müssen Bestimmungen aufgenommen werden, die die Rechtstreue gegenüber dem deutschen Staat garantieren.

I : Welche Rolle kann nach Ihrer Meinung das Unterrichten des Islam als ordentliches Lehrfach bei der Integration der Muslime spielen?

B: Im Lichte der Identifikationsfindung und des Integrationsprozesses ist der IRU aufgrund des demokratischen Wandels und der Zunahme der muslimischen Schüler an den Schulen als eine Notwendigkeit zu verstehen. Durch die Erteilung des IRU in dem Einwanderungsland fühlen sich die Eltern besser "aufgehoben". Nach dem Gleichberechtigungsgesetz genießen alle dieselben Rechte und Schüler haben gemäß Artikel 7 Abs.3 GG das Recht auf einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht. Kinder muslimischen Glaubens werden sich mit der Einführung und der Teilnahme an dem islamischen Religionsunterricht nicht mehr benachteiligt fühlen gegenüber christlichen und jüdischen Kindern. Ein solcher Nachteil würde sich nämlich negativ auf die Kinder auswirken und die Integration nicht fördern.

I: Inwieweit akzeptiert die muslimische Gemeinde in Gesamt- Hessen die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts durch DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat ?

B: Obwohl das Kerncurriculum von den kooperierenden Religionsgemeinschaften erarbeitet werden sollte, hat die DITIB-Gemeinde in Hessen einen Runden Tisch gebildet, der aus Vertretern verschiedenen Ministerien, Experten und islamischen Organisationen entstand. Ebenso wurden nicht nur Sunniten, sondern auch Schiiten und Mitglieder der Ahmadiyya-Jamaat eingeladen. So konnte die Vielfalt des muslimischen Lebens objektiv und rechtmäßig abgebildet werden. Ein weiterer Aspekt ist, dass die DITIB die Mitgliedstärkste Gemeinde in Hessen ist und 1:1000 aller Muslime repräsentiert. Die Akzeptanz der muslimischen Gemeinden gegenüber des Kooperationspartners DITIB ist vorhanden.

I: Könnte nicht der Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya später zum Scheitern des erfolgreichen Projekts in Hessen führen?



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

B: Die DITIB und die Ahmadiyyas kooperieren zwar beide mit dem HKM, allerdings werden hier zwei verschiedene Religionsunterrichte angeboten, weil hier zwei verschiedene Bekenntnisse vorliegen. Ein Konflikt zwischen den beiden Religionsgemeinschaften ist auszuschließen und würde auch in der Zukunft die Erteilung des IRU nicht beeinträchtigen. Ferner ist der IRU in Hessen kein Projekt, sondern ein ordentliches Lehrfach.

I: Die Schüler der DITIB erhalten einen anderen Religionsunterricht als, die deren Eltern der Ahmaddiya gehören. Können Sie uns den Unterschied erklären?

B: Der Unterschied zwischen den beiden Religionsunterrichten besteht nicht auf der didaktischen, sondern auf der inhaltlichen Ebene. Beide Kerncurricula sind fast identisch. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Curricula besteht darin, dass DITIB den Propheten Muhammad (sav) als den letzten Propheten ansieht, die Ahmadiyyas aber den Propheten Muhammad (sav) als den letzten gesetzgebenden Propheten bezeichnen.

B: Wie bereits per Mail angekündigt, sollen bitte die nachstehenden Fragen mit Herrn Prof. Dr. Yasar Sarikaya besprochen werden.

◆ Die Lehrkräfte werden in Gießen unter der Leitung von Herrn Sarikaya ausgebildet.

◆ **Welche theologische Ausrichtung, Lerninhalte und didaktische Konzepte werden im Studiengang verfolgt?**

◆ **Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Teilnahmezahl der Studenten an der Ausbildung aus ?**

◆ **Welche Bilanz positiv und/ oder negativ können Sie zwei Jahren nach Einrichtung des theologischen Lehrstuhls an der Uni Giessen ziehen ?**

◆ **Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch beseitigt werden? Welche Lösungswege haben sich ergeben?**

5.4 Interview mit Herrn Abdullah Uwe Wagishauser Amir der Ahmadiyya Muslim Jamaat

Kurzbiographie .: Wer ist Abdullah Uwe Wagishauser?

Abdullah Uwe Wagishauser ist seit 1984 amtierender Vorsitzender der Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Bundesrepublik Deutschland KdöR und lebt in Groß-Gerau. er 66-jährige Abdullah Uwe Wagishauser wurde in eine christliche Beamtenfamilie hineingeboren. Mit 16 Jahren reiste er nach Indien und gelangte zufällig nach Qadian, das spirituelle Zentrum der Ahmadiyya-Bewegung. Wagishauser konvertierte und ist nun seit 32 Jahren Vorsitzender der Ahmadiyya-Gemeinde in Deutschland. Die Gemeinde hat ihr Zentrum in Pakistan und weltweit mehr als zehn Millionen Mitglieder. Wagishauser ist mit einer Pakistanerin verheiratet



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

und hat drei Söhne. Eigentlich bei diesem Interview fallen die zwei ersten Fragen, denn diese Fragen richteten sich direkt an das hessischen Kulturministerium

I: Hessen ist das erste Bundesland ,das den bekenntnisorientierten Islamunterricht auf der Grundlage von Artikel. 7Abs.3 GG erteilt . Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung diesem Lehramt aus ?

B: Bismillah Arrahman Arrahim. Sie fragen nach der Zufriedenheit,ehhmm...mit dieser Einrichtung des Lehramtstudiengangs. Hhmm.. muss ich sagen das ist so,dass alle Parteien, die daran beteiligt sind , ob es das Ministerium ist, ob(es) die Verbände sind oder die Schulbehörden ,die ehmm...die Lehrkräfte, die Eltern und die Kinder, also alle sind mit diesem Programm zufrieden und hhmm...und geniessen es . Sie sind so froh ,dass es angefangen hat, und dass es jetzt langsam sukzessive ausgebaut wird.

I:Welche Rolle kann nach Ihrer Meinung die Unterrichtung des Islam als ordentliches Lehrfach bei der Integration der Muslime ?

B: Ehmm.... Ein ganz wesentliche Rolle. Also wir glauben,dass für Mosleme unwahrscheinlich wichtig ist,dass sie ihre Religion kennenlernen, dass sie kennenlernen vor allen Dingen,der in gewisser Weise auch kontrolliert ist. Sie kennen ja auch die Radikalisierungsprobleme,die in vielen Ländern auftreten, da haben wir ja auch ein bisschen ein Problem mit den Salafisten. Also es ist wichtig ,dass über Islam aufgeklärt wird, informiert wird ,dass Menschen ihre Religion kennen lernen in einem Rahmen, der also von der Regierung einsehbar ist und da ist die Schulbehörde die beste Institution ,die das also auch handhaben kann.

I: Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Teilnahmezahl der Studenten aus?

B:Ja, da wird Sie Herr Prof Sarikaya besser informieren können. Aber das was wir mitbekommen als Verbände ehmm...ist die Teilnehmerzahl gut. Ehmm...wir haben also im Lehrgang mindestens 20 , 25 Studenten und das ist im Moment die Kapazität ,die die Universität zur Verfügung stellen kann. Ehmm....wir können uns natürlich vorstellen ,dass die größer sein dürfte, dann müsste man, wie gesagt ,dann auch mehr Studenten motivieren. Ich glaube, dass sich das im Laufe der Zeit langsam vergrößern wird,weil durch Mund zu Mund Propaganda also mehr und mehr Eltern auch von diesem Projekt mitbekommen. Ehmm.....da könnte

vielleicht auch ehmm.... die Landesregierung ehmm...eine Werbecampagne mal starten , um das noch besser zu fördern .Zum Moment sind wir zufrieden.

I: Welche theologische Ausrichtung, Lehrinhalte und Didaktischen Konzepte werden im Studiengang verfolgt?

B:Also Wir als Ahmadiyya Muslim Djamaat haben vereinbart (ein) gültiges Konzept(zu) vertreten.Wir haben gesagt, dass es eben wichtig an den Schulen keine Spezialisierung zu machen. Unsere Kinder werden in unserer Gemeinde ausgebildet, unterrichtet ,im Elternhaus aber auch in Moscheen. Wir haben also viele religiöse Institutionen, die sich damit beschäftigen, die von der Gemeinde unterhalten werden. Für uns ist es wichtig, dass es an den Schulen alle Muslime auch die nicht in Verbänden vertreten sind,dass die eine Grundausbildung bekommen,also ein Grundkonzept bekommen, die ihnen einfach erklärt, dass der Islam eine friedfertige Religion ist, eine Religion, die Wissen fördert,nach Wissen verlangt und die für Völkerverständigung ist,die den Humanismus im Religionsbild vertritt. Also das ist uns wichtig ,dass eher allgemein gültig vertreten wird. Wir haben das Glück jetzt auch, dass die beiden Teilnehmenden Verbände beides sunnitische und hanafitische Verbände sind. Allerdings gibt auch theologische Unterschiede ,sie sind aber so gering,dass sie man nicht in die



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Schule diskutieren müsste, aber in diesem Fall hat also die DITIB darauf eigenständig gehandelt wird. Der einzige Unterschied des Curriculums ist ehmm... wenn es um den Begriff Khatim Annabiyyin geht, den kein Kind erklären kann was es bedeutet, aber wir haben ihn halt drin, wo es eben bei uns heisst, der Prophet Muhammed ist der letzte gesetzgebende Prophet und bei der DITIB heisst es halt, er ist der letzte Prophet. Aber ansonsten ist in der Grundstufe das Curriculum das Gleiche. Wir arbeiten im Moment an dem zweiten Curriculum für die Sekundarstufe I und II, dabei (wird) es hier und da weitere Unterschiede geben, weil eben auch die Vielfalt des Islams dort thematisiert wird.

I: In wie weit ist die Akzeptanz der muslimischen Gemeinde in gesamt Hessen für die Erteilung des islamischen Religionsunterricht durch DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat vorhanden ?

B: Also alle offiziellen Einrichtungen stehen hinter diesem Konzept des islamischen Religionsunterrichts. Ehhh... Hessen hat ja, ist ja das Land wo ein bekenntnisorientierter Religionsunterricht nicht nur für Muslime erteilt wird, sondern auch für Christen und für viele christischen Gruppen, für die Bahai, für die jüdischen Gruppierungen, für die Aleviten, für die Zeugen Jehovas, weiß ich jetzt nicht, aber es gibt etwa 16, 17 verschiedene Gruppierungen, die einen Islamunterricht ehmm... an Hessens Schulen erteilen. Grundvoraussetzung ist immer, dass man 8 Schüler hat, die an dem Religionsunterricht teilnehmen, und dann kann der installiert werden.

I: Könnte nicht der Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya später zum Scheitern des erfolgreichen Projekts in Hessen führen ?

B: Nee, wenn dann hätte er gleich am Anfang des Projekts zum Scheitern führen müssen. Diese erste schwierige Klippe also die haben wir umschiffen. Also es gibt natürlich Konflikte, das ist in der Natur der Dinge angelegt, da arbeitet man dran, da sprechen wir auch immer wieder drüber, es gibt auch Auseinandersetzungen. Wir sitzen halt mit dem Ministerium oft zusammen. Es gibt da schon Schwierigkeiten. Also wir hätten zum Beispiel kein Problem, wenn unsere Lehrkraft eben eine Klasse der DITIB unterrichten würde, aber dann gibt es immer wieder Schwierigkeiten wenn jetzt zum Beispiel... oder eine Lehrkraft der DITIB unterrichtet eine Klasse von uns, wenn wir keine Lehrkraft haben, sehen wir überhaupt kein Problem, weil das Curriculum das gleiche ist. Bei der DITIB ist das immer noch ein bisschen schwierig, aber das hängt vielleicht auch ein bisschen mit dem Konzept von DITIB zusammen, das ja schon ein bisschen angedockt ist an die türkische Regierung. Ehhh... also da gibt es Konflikte, aber die Konflikte sind nicht so gross, dass das Projekt dadurch scheitern würde.

I: Zwei Jahren nach Einrichtung des Theologischen Lehrstuhls an Uni Gießen Welche Bilanz (positive und /oder negative) könnten Sie ziehen?

B: Auch hier muss ich Ihnen sagen eine äusserst positive Bilanz. Was an der Uni Gießen also da bis jetzt geleistet worden ist, finde ich schon fantastisch. Herrn Prof. Sarikaya hat sehr viel Rückendeckung von der Universität bekommen, also es ist mittlerweile eine Institution auch in Gießen, der islamische Lehrstuhl, und die Studenten haben eine große Akzeptanz auch in der Schule. Das sind ja nicht neue Studenten, das sind ja Lehrkräfte, die schon verbeamtet oft sind, ja, die dann eine Zusatzausbildung machen, ja, also da hat es sehr viel Akzeptanz gegeben, mittlerweile werden sehr viel Seminare auch ausgerichtet von diesem Lehrstuhl. Aufbruch zu neuen Ufern hiess vor kurzem eines dieser Seminare, also wo eine richtig euphorische Stimmung unter den Professoren zu sehen ist, also die sich wirklich sehr wohlfühlen dort. Jetzt hat ja auch an der Uni Frankfurt ehmm... die zweite Stufe gezündet, kann man sagen, also da gibt es ja jetzt einen zweiten Lehrstuhl für die Sek I und Sek II, wo also für die weiterführenden Schulen jetzt ehmm... die Lehrkräfte vorbereitet werden, daher wird man viel viel tiefer in den Stoff eindringen ehmm... aber auch dort gibt es eine riesige Resonanz und es hat da schon sehr viele Veranstaltungen gegeben. Also wir werden auf allen Ebenen da wunderbar unterstützt.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

I: Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch beseitigt werden? Welche Lösungen haben sich ergeben ?

B: Also, an Hürden, würde ich sagen, sind zu erkennen, dass die Lehrkräfte doch in der Regel wenig Vorbildung haben, also die gehen mit rudimentären Islamkenntnissen da eh... in diesen Unterricht und eh... lernen quasi auch den Islam erst richtig im Studium kennen, ja. Also, ich dachte immer, es gäbe nur ein Problem bei den Christen mit den Kreationisten, aber wir im Islam haben auch sehr sehr viele Kreationisten, die halt nicht gelernt haben, wissenschaftlich mit ihrer Religion umzugehen. Das ist aufgefallen an einem Beispiel, als ich einmal über Adam gesprochen habe, Adam als der, der von Gott als erster eh... also nicht der erste Mensch war sondern der erste Prophet quasi, der von Gott ein Konzept bekommen hat, und dass es ein Hadith ja gibt, wo eh... darüber gesprochen wird, dass von Adam bis zur Zeit des Propheten Muhammad es 124.000 Propheten gegeben hat. Also jedes Volk hat seine Propheten gehabt, also auch die Aborigines und die nordamerikanischen Indianer oder die Eskimo, überall hat Gott die Leitung der Menschheit also auch gefördert, nicht nur in den im Koran genannten Gegenden. Da habe ich schon gemerkt, dass also da eh... viele Muslime da eine sehr traditionelle Vorstellung haben und sich nie Gedanken gemacht haben über ihre Religion, nie hinterfragt haben.

Das ist etwas, was jetzt auch beginnt durch diesen Religionsunterricht, da mögen manche Leute gar nicht so mit zufrieden sein, gerade Imame, die fühlen sich da vielleicht beunruhigt wenn viele Menschen mehr Wissen bekommen, ja, aber ich finde, das ist ganz ganz wichtig. (I) Ja, die Lösungen wären, dass man einfach auf dem Weg weitermacht und genauso wie andere Religionen auch sich intensiv, also mit der richtigen Leitung, mit viel Respekt natürlich, sich mit anderen Religionen auseinandersetzt.

5.5 Interview mit Dr. Prof. Yaser Sarikaya

Kurzbiographie : Wer ist Dr. Prof. Yaser Sarikaya ?

Prof. Dr. Yaşar Sarıkaya studierte Islamische Theologie an der Universität Ankara sowie Orientalistik, Islamwissenschaft und Pädagogik an der Ruhr Universität Bochum. Im Jahr 2004 promovierte er zum Thema [AbūSaʿīdMuhammad al-Ḥādīmī\(1701–1762\): Netzwerke, Karriere und Einfluss eines osmanischen Provinzgelehrten](#). Als einer der ersten Lehrkräfte unterrichtete Sarikaya das im Schuljahr 1999/2000 in Nordrhein Westfalen eingeführte Fach „Islamkunde in deutscher Sprache“ in Duisburg und Paderborn. Daneben hatte er an der Goethe-Universität Frankfurt mehrere Lehraufträge inne. Von 2008 bis 2009 leitete er als Direktor den privaten Studiengang für das Lehramt für Islamische Religion an Pflichtschulen in Wien (IRPA). Nach ständigen Kontroversen über seine Versuche, die Ausbildung der islamischen Religionslehrer nach modernen religionspädagogischen und -didaktischen Kriterien zu reformieren, legte er im Sommer 2009 sein Amt nieder. 2010 habilitierte Sarikaya im Fach Islamische Religionspädagogik in Istanbul. Im Wintersemester 2011/2012 übernahm er die Vertretungsprofessur für Islamische Theologie und ihre Didaktik an der Justus-Liebig-



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Universität Gießen. In dieser Funktion baute er den grundständigen Lehramtsstudiengang „Islamische Theologie und ihre Didaktik.“

I: Die Einrichtung von islamischen Lehrstühlen wurden bislang im hessischen Parlament nicht thematisiert .Wie ist es dazu gekommen ein Studiengang zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Universität Justus-Liebig in Gießen , eingerichtet worden?

B: Ja, da bin ich ein wenig überfragt denn die Entscheidung, dass es an der deutschen Universitäten Lehrstühle für islamische Theologie eingerichtet werden soll, geht auf die Empfehlung des Wissenschaftsrats im Jahr 2010 und die Universitäten in den Bundesländern haben auf diese Empfehlung positiv reagiert und Haben dann Anträge gestellt. Uni Gießen hatte damals in Kooperation mit der Uni Frankfurt den Antrag gestellt beim Ministerium.

I: Hessen ist das erste Bundesland ,dass den bekenntnissorientierten Islamunterricht auf der Grundlage von Artikel .7 Abs.3 erteilt. Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung diesm Lehramtsstudien aus?

B:Also ich habe bis hier sehr positive Erfahrungen gemacht im Studiengang. Wo sich Studierende kommen sehr motiviert zu uns kommen und es sind natürlich unterschiedliche Hm...Studierende. Wir haben so zu sagen eine heterogene Studentenschaft. Allerdings die Motivation Hm....,dass sie hmm....später das Fach Islam unterrichten wollen ist hoch und natürlich auch die Motivation,dass sie den Islam an einer Uni wissenschaftlich studieren diese Motivation ist auch hoch:Also ich bin sehr zufrieden

Unterbrechung durch die Sekräterin

I: Welches sind die Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an den Schulen zu Vergleich mit katholischer und evangelischer Religion?

B: Ehmm ..es sind die gleichen Voraussetzungen.Die Voraussetzungen sind festgelegt und geregelt worden in GG Artikel.7.3 .Ehmm.. was ehmmm... also vielleicht ganz formell .Ehmm...Während die katholische Religionsunterricht eine lange Geschichte Ehmm...Vorgeschichte hat,hat der islamische Religionsunterricht eine ganz kurze Gesch....Vorgeschichte und insofern auch Institutionel nicht ganz vergleichbar mit der katholischen Kirche oder evangelischen Kirche.

I: Welche theologische Ausrichtung,Lehrinhalte und didaktischen Konzepte werden im Studiengang verfolgt?

B: Wir haben ein interdisziplinär ehmm... Dialog Ausgerichtetes Fach ,Interdisziplinarität ,Dialog Offenheit Pluralität ,Heterogenität sind unsere Kriterien und unsere Profilbildende Merkmalen und natürlich auch ,was wir immer wieder betonen ist die Erziehung zur religiösen Möglichkeiten macht die Gießener Studiengang. Ehmm:..Ja, so macht ja etwas besonders Ja die Erziehung zur religiösen Möglichkeiten.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

I: Welche Rolle kann nach Ihrer Meinung die Unterrichtung des Islam als ordentliches Lehrfach bei der Integration der Muslime spielen?

B: Ich betrachte ehmm...den Unterricht als ein groß angelegtes und großachtiges Integrationsprojekt. In diesem Fach werden Kinder und Jugendliche erreicht, die man sonst nicht erreichen kann. Die werden natürlich, die Chancen haben über ihre Ängste, fragen und Wünsche im Unterricht ganz offen zu sprechen und zu diskutieren.

I: Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Teilnahmezahl der Studenten aus?

B: Sehr, ich bin sehr zufrieden .Ehmm...wir haben ehmm....immer große Anfragen und Nachfragen an der Ausbildung (I: Könnten Sie uns ungefähr die Zahl der Studenten geben?). Ja, wir haben hier ungefähr an der Uni 100 über 110 studierende eingeschrieben .Daneben gibt es ja, diese Weiterbildung da haben wir bis ehmm über 50 Lehrkräfte weitergebildet.(I: Diese Lehrer waren schon....am Dienst) die Lehrer die sich bereits im Dienst befinden.

I:In wie weit ist die Akzeptanz der muslimischen Gemeinde in Gesamt Hessen für die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts durch DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat?

B: Ehmm.. es gibt eine Kooperation und die bisherige ehmm...also wie sie und wie hoch sie den Unterricht akzeptieren das müsste man vielleicht direkt sie fragen oder das Ministerium. Allerdings hier, was die Ausbildung an der Uni betrifft, (Unterbrechung) ehmm...das ehmm...müssen sie ehmm.... Ich gehe davon aus, dass sie sehr zufrieden ,also dass sie akzeptieren zumindestens, dass die Autonomie der Universität, die Freiheit von Lehren und forschen respektieren.

I: Könnte der Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya später zum Scheitern des erfolgreichen Projekts in Hessen führen?

B: Mir ist ehmm...kein bemerkenswerte Konflikt ehmm...bekannt

I: Die Schulkinder der DITIB erhalten einen anderen Religionsunterricht als,deren Eltern der Ahmadiyya gehören.Könnten Sie uns den Unterschied erklären?

B: In den Grundschulen ehmm...im Bereich der Grundschulen gibt es kaum einen Unterschied ehmm...der einzige Punkt ,wo man sein kann da ist ein Unterschied ehmm... ist im Verständnis des Prophetie ehmm und das spielt gerade in der Grundschule keine Rolle(I: Ehmm...das wird später)

I: Zwei Jahren nach Einrichtung des theologischen Lehrstuhl an der UniGiessen Welche Bilanz (positive oder/negative)können Sie Ziehen? (I: Zwei Jahre oder drei vielleicht habe ich mich geirrt)

B: Nein,jetzt sind wir im vierten Jahr sogar (I: Also nach drei Jahren).Wir sinddas jüngste Fach ehmm... oder der jüngste Standort für islamische Theologie in Deutschland. Ehmm...Dennoch haben wir in ehmm... in dieser kurze Zeit zu einem wichtigen Standortdes islamischen Religionspädagogik haben wir uns entwickelt und wir ehmm...haben bis ehmm...sehr positive Rückmeldung bekommen, sowohl Seitensder Presse,Medien als auc h von den Gemeinden sowie auch von der Politik und Wissenschaft der Universität: Ehmm ich ehmm.. deswegen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

kann ich sagen, ich bin sehr zufrieden mit der bisherigen Entwicklung. Wir sind mit zwei Personen angefangen jetzt sind wir ehmm...jetzt haben wir ein Team mit 5 bis 6 Personen und die Studentenzahl wächst ehmm...und steigt ständig und wir sind auch ehmm... wir machen uns auch jetzt in der Forschung stark. Also ich bin zufrieden.

I: Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch beseitigt werden? Welche Lösungswege haben sich ergeben?

B: Ehmm das so müssen wir natürlich ehmm.. nicht nächst einmal die ersten empirischen Daten haben. Ehmm...also wir haben bis her Ehmm... wie gesagt wir können nicht von Hürden sprechen ehmm... wir haben bei Bedarf immer wieder ehmm ...unsere Lehrangebote weiter durch interkulturelle, interreligiöse Veranstaltungen sowie durch Exkursionen und freiwillige Kurse ehmm wahlpflichtkurse, Kurse z.B. Ästhetisch im Musik ehmm...ästhetischen Bereich.

5.6 Interview mit Frau Nurgül Altuntas (Hessisches Kulturministerium)

Kurzbiografie : Wer ist Frau Nurgül Altuntas ?

Nurgül Altuntas wurde Am 22. Mai 1975 in Elazig (Türkei) geboren und kam mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern im Alter von vier Jahren nach Deutschland. Sie studierte in der Zeit von 1995 bis 2000 an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main Französisch und Geschichte für das Lehramt an Haupt- und Realschulen. Durch ein Online - Studium im Jahre 2004/05 qualifizierte sie sich zur Ethik-Lehrerin. Im Jahr 2013 erwarb sie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, durch einen

Weiterbildungskurs für das Fach „Islamische Religion“, die Lehrbefähigung für den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an Grundschulen.

Neben ihren Fächern hat sie sich dem interkulturellen und interreligiösen Lernen (Migration und Minderheiten, Geschlechtererziehung, Umgang mit Differenz im Schulalltag) als pädagogischen Schwerpunkt zugewandt und war von 2003 - 2005 in diesem Zusammenhang als Referentin beim World University Service, der Körber Stiftung, und anderen Institution tätig. Als Referentin wurde sie zur politischen Akademie in Tutzingen und zur Evangelischen Akademie in Hofgeismar zu den Themen „Migration und Integration“ eingeladen. Seit dem Schuljahr 2006/07 war sie mit diesen Themen als Ausbildungsbeauftragte und Genderbeauftragte am Studienseminar Wiesbaden GHRF mit der Lehrerbildung betraut. Seit 2011 als Rektorin als Ausbildungsleiterin mit dem Lehramt an Haupt- und Realschulen im Fach Ethik am Studienseminar für Grundschulen, Haupt- und Realschulen, Förderschulen (GHRF) in Wiesbaden tätig.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Durch ihre Tätigkeit im interkulturellen und interreligiösen Aufgabenbereich ist sie seit 2006 Mitglied im interkulturellen Arbeitskreis der Bundesländer INKA und Ansprechpartner für das Land Hessen.

Als Beraterin für die Hertie Stiftung arbeitete sie 2007/2008 an der Konzeptentwicklung für das Projekt „Horizonte – Lehramtsanwärter mit Migrationshintergrund an die Schulen“. Mit der Herbert Quandt-Stiftung und der Sabanci Universität veranstaltete sie im Sommer 2008 in Istanbul das Projekt „Interkultureller Dialog zwischen türkischen und deutschen Lehrern“. Im Sommer 2009 wurde sie von der Herbert Quandt-Stiftung als Referentin zum Thema „Identität“ und als Teilnehmerin zur „Zweiten Deutsch – Türkischen Lehrerakademie“ nach Berlin eingeladen.

Seit 2010 ist sie im hessischen Kulturministerium als Referentin für schulfachliche Religions- und Kirchenangelegenheiten und Ethikunterricht tätig. In diesem Rahmen koordiniert sie die Einrichtung und den Ausbau des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts und ist schulfachlich und schulorganisatorisch für die anderen 13 Religionsunterrichte sowie für den Ethikunterricht in Hessen verantwortlich.

Erste Frage mit Frau Altuntas

I -Die Einrichtung von islamischen Lehrstühlen wurde bislang nicht im Hessischen Parlament thematisiert. Wie ist es dazu gekommen ein Studiengang zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Universität Justus-Liebig in Gießen, eingerichtet worden?

B-Also ehm.. die Einrichtung von islamischen Lehrstühlen, das haben wir hier gemeinsam mit unseren Universitätspräsidenten besprochen und es wurde auch im Hessischen Parlament besprochen. Das wurde schon auch so zu sagen im Hessischen Landtag angekündigt das wird ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht einführen werden nach Artikel 7 Abs.3 GG und es war auch in diesem Kabinettsbeschluss und auch nochmal in den parlamentarischen Anfragen; haben wir immer wieder gesagt, wenn wir das einführen, dann nur mit qualifizierten Lehrkräften, diese Lehrkräften haben wir schon und sollen Weiterbildungskurse erhalten. Aber neben diesen Weiterbildungskursen sollen auch Studiengänge eingerichtet werden und die beiden und Lehrerinnen, die an einer Grundschule den islamischen Religionsunterricht erteilen möchten, müssen an der Justus-Liebig Universität in Gießen ausgebildet werden. Und die Lehrkräfte ,die ab der 5. Klasse (...) an einer – Haupt – und Realschule, Gymnasien(...), die werden in Frankfurt ausgebildet, die haben dort ihren Studiengang. Und wir einen Lehrstuhl für einen Professor Sarikaya eingerichtet. Er ist für die islamische Religionspädagogik



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

und für islamische Theologie zuständig und einen Lehrstuhl in Frankfurt und dort ist Herr Professor Doktor Harry Harun Beha tätig. Da wir so zu sagen zwei Lehrstühle einrichten können, und wir sind auch froh, dass diese Zeit diese beiden Studiengänge haben, weil es wirklich von Grund auf auch die Lehrerinnen und Lehrer eh... ausgebildet werden und auch für die Lehrkräfte so eine Sicherheit ist. Wie Sie genau wissen, ich bin eine islamische Religionslehrerin. Ich habe das Fach studiert und kann auch die Grundlagen des Islams wiedergeben und auch die Grundlagen des Islams an der Grundschule oder in der Sekundar Stufe I auch vermitteln.

Eigentlich hatte ich am 29.12.2016 einen Termin mit Frau Altuntas im hessischen Kulturministerium. Das Interview wurde mit einem Diktiergerät aufgenommen. Am Ende des Interviews und nach einem Test haben wir bemerkt, dass ein Problem im Verlauf der Aufnahme aufgetaucht ist und nur die erste Frage aufgenommen wurde. Wegen ihrer begrenzten Zeit konnte Frau Altuntas das Interview leider nicht nochmals durchführen, hat mir aber ein Dokument geschickt, in dem sie ein Interview über das Thema unter dem Titel: „Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht: der hessische Weg“. In: schVm HE/RP6/2014 schon einmal durchgeführt hat. Infolgedessen habe ich über die erste Frage hinaus ein Gedächtnisprotokoll zu den weiteren Fragen sowie zur Stellungnahme des hessischen Kulturministeriums, vertreten durch Frau Nurgül Altuntas, aufgeschrieben, das in der Auswertung und Zusammenfassung der Interviews erscheinen wird.

5.7 Auswertung und Zusammenfassung der Interviews

1: Die Einrichtung eines islamischen Lehrstuhls an der Gießener Universität

Der Gesprächspartner der DITIB hatte sich zu dieser Frage nicht geäußert und sagte hierzu, dass das hessische Parlament oder Kulturministerium gefragt werden sollte. Für das hessische Kulturministerium ist die Einrichtung eines islamischen Lehrstuhls an der Gießener Universität eine Herausforderung und liegt in der Verantwortung der hessischen Landesregierung, qualifizierte Lehrkräfte muslimischen Glaubens zur Verfügung zu stellen, die später einen qualitativ hochwertigen Unterricht erteilen können. Seitens des Ansprechpartners der Ahmadiyya Muslim Jamaat und des Leiters des Lehramtsstudiengangs, wie in den Interviews gezeigt wurde, sind die Befragten überwiegend mit der Einrichtung des islamischen Lehrstuhls an der Justus-Liebig Universität Giessen zufrieden. Allerdings begrüßen sie die Initiative, dass in Hessen seit 2010/2011 eine theologische und pädagogische Ausbildung für islamische Religionslehrerinnen und Lehrer eingerichtet wurde. Die Beteiligten an diesem Programm, das hessische Kulturministerium, Vertreter der Ansprechpartner, Schulbehörden, Lehrkräfte, Eltern



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

fordern einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht, der den muslimischen Kindern fundamentale islamische Grundkenntnisse vermittelt und ihre islamische Identität festigt.

Frau Altunas vom hessischen Kulturministerium betrachtet dieses Studiumsangebot als eine bedeutsame Erweiterung des Faches und sieht in ihm einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des Schulfaches „Islamische Religion“ in den hessischen Grundschulen und damit zu den Bemühungen um die gesellschaftliche Integration der Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens.

2. Einrichtung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Hessen nach Art. 7 Abs. 3

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Hessen gemäß Art. 7 Abs. 3 GG ist eine unerlässliche Voraussetzung und Grundlage für die Integration der hier lebenden Muslime und ein Zeichen der Anerkennung und Akzeptanz der islamischen Religion der Gemeinschaft in der deutschen Gesellschaft. Dies führte zu einem interkulturellen und interreligiösen Zusammenleben zwischen den Muslimen und Nichtmuslimen. Seitens des hessischen Kulturministerium ist die Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts an hessischen Schulen eine erfolgreiche Bildungspolitik. Hessen ist das erste Bundesland, das einen Religionsunterricht auf der Grundlage des Grundgesetzes Artikel 7 Absatz 3 und des Artikels 57 der Hessischen Verfassung eingeführt hat. Der Unterricht wird in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete staatliche Lehrkräfte und nach staatlichen Curricula erteilt. Es wird generell angemerkt, dass bei den Beteiligten ein konstruktives Kooperationsklima entstanden sei und dass eine sukzessive Ausweitung des Projektes geplant sei. Bisher seien nach den Interviewten positive Erfahrungen gemacht worden.

3. Lehrinhalte, theologische Ausrichtung im Studiengang

Generell ist seitens des Ansprechpartners der DITIB Zurückhaltung einigen Fragen gegenüber zu beobachten gewesen. Es wurde entweder kurz geantwortet oder gar keine Antwort gegeben. Beide Interviewpartner der Ahmadiyya Jamaat Muslim und der Leiter des Lehramtsstudiengangs an der Gießener Universität äußerten während des Interviews, dass die



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Zusammenarbeit mit dem hessischen Kulturministerium im Laufe der Zeit sehr positiv verlaufen sei und sich ausgeweitet habe.

Das hessische Kulturministerium hat bei der Erarbeitung des Curriculums alle Repräsentanten zahlreicher muslimischer Organisationen, Vereine und Verbände Hessens zu einem „Runden Tisch“ eingeladen. Aufgabe dieser Treffen war es, die Rahmenbedingungen für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht abzuklären. Der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht soll nicht nur allgemein islamisch religiöses Wissen und Können vermitteln, sondern dem Schüler die Gelegenheit geben, sich in altersgemäßer Weise mit den Antworten ihrer Religion auf die zentralen individuellen Existenzfragen auseinanderzusetzen. Auch sollen Gefühle, Liebe und Charakter gebildet werden, die zur religiösen Erziehung und Festigung der Identität beitragen. Zu den Lehrinhalten des Studiengangs an der Universität Gießen hat der Leiter berichtet: Interdisziplinarität, Dialog, Offenheit, Pluralität und Erziehung zu religiösen Möglichkeiten seien die wichtigsten Merkmale des Studiengangs.

Der Ahmadiyya Interviewpartner negierte eine Spezialisierung an den Schulen. Er wünscht sich bei der Ausrichtung der Inhalte und der Didaktik eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichts, dass den muslimischen Kindern die Notwendigkeit von Grundkenntnissen zu ihrer Religion vermittelt werden müsse. Schüler müssen die Grundfragen der islamischen Religion und Tradition kennen lernen. Die Unterschiede zwischen den beiden Ansprechpartnern sollen nicht weiter thematisiert werden. Die Stärkung ihrer Identität müsse in der Grundschule im Vordergrund stehen.

Obwohl die Ansprechpartner DITIB und Ahmadiyya Jamaat Muslim beides sunnitische und hanafistische Verbände sind, gibt es allerdings hinsichtlich der aktueller Zusammenarbeit der Curricula theologische Unterschiede, die nach der Ahmadiyya Jamaat Muslim nicht in der Grundschule diskutiert werden müssen. Der einzige Unterschied besteht im Begriff Khatim Annabyyin, den man aber nach Ahmadiyya keinem Kind erklären kann. Bei der Ahmadiyya heißt es, der Prophet Muhammed ist der letzte gesetzgebende Prophet und bei DITIB heißt es, der Prophet Mohammed ist der letzte Prophet. Dies sei der einzige Unterschied im Curriculum.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Der Ahmadiyya-Ansprechpartner äußerte weiter, es würde am zweiten Curriculum für die Sekundarstufe I und II an der Frankfurter Universität gearbeitet. Aus seiner Sicht würden weitere Unterschiede in höheren Jahrgangsstufen bestehen und könnten dann durchaus kritische Ansätze behandeln. Die bisherige Zusammenarbeit zusammenfassend sei man daher seitens der Interviewpartner generell optimistisch in der Erwartung der Erarbeitung der Curricula für die Sekundarstufen I und II, in denen sich alle Beteiligten wiederfinden könnten.

2. Die Akzeptanz der muslimische Gemeinde in Gesamthessen für die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts durch DITIB und Ahmadiyya Jamaat Muslim

Das hessische Kulturministerium hat die Möglichkeit der Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts an hessischen Schulen positiv beurteilt und bat die muslimischen Organisationen, ihre Anträge zu stellen. Aus den zahlreichen Organisationen in Hessen brachten nur zwei Organisationen (DITIB Landesverband Hessen und Ahmadiyya Muslim Jamaat) ihre Anträge zur Prüfung ein. Diese Anträge wurden durch HKM, islamwissenschaftliche Experten sowie die Staatskirche geprüft, welche von den beiden Antragstellern die Anforderungen erfüllen, die nach Art. 7 Abs. 3 GG als Ansprechpartner oder Kooperationspartner anerkannt werden. Die Entscheidung kam für beide Verbände.

Der Gesprächspartner der DITIB begrüßt die Initiative der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen. Er geht aufgrund seiner Mitgliederstärke in Hessen davon aus, dass die Akzeptanz der muslimischen Gemeinde gegenüber dem Kooperationspartner sehr hoch sei. Auch stellt die DITIB heraus, dass sie in Hessen einen Runden Tisch gebildet hat, der aus Vertretern verschiedener Ministerien, Experten und islamischen Organisationen sowie Schiiten und Mitgliedern der Ahmadiyya besteht. Daher soll diese breite Kooperation die Vielfalt des muslimischen Lebens objektiv abbilden.

. Seitens der Ahmadiyya-Ansprechpartner wurde bestätigt, dass alle offiziellen Einrichtungen hinter dem Projekt stünden. Das Bundesland Hessen sei das einzige Land, das einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht nicht nur für Muslime erteilen würde, sondern auch für christliche, jüdische Gläubige, die Bahai-Gruppierungen sowie für die Aleviten.

Vom Leiter des Lehramtsstudiengangs an der Universität Gießen würde Zurückhaltung in Bezug auf die Akzeptanz der Gemeinde in Hessen für die Einführung eines islamischen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsunterrichts durch DITIB und die Ahmadiyya verlangt. Der Interviewte möchte nicht antworten. Für ihn müssten wir direkt die Gemeinden oder das hessische Kulturministerium fragen. Aber was die Ausbildung der Religionslehrer betrifft, sei er zufrieden.

3. Zufriedenheit mit der Teilnehmezahl der Studenten

Die Antwort auf diese Frage war positiv. Alle Interviewten haben eine optimistische Ansicht und sind mit der Teilnehmezahl zufrieden. Der Leiter des Lehrstuhls für Grundschullehramt, Prof. Dr. Yasar Sarikaya, ist mit der Teilnehmezahl am Lehramtsstudiengang sehr zufrieden. Seit dem Bestehen des Lehrstuhls an der Justus-Liebig Universität 2011/2012 nahm die Zahl der Studenten zu. Es gibt immer eine große Nachfragen nach der Ausbildung. Über 110 Studierende sind derzeit eingeschrieben. Im Wintersemester 2011/2012 begann das Studium für das Lehramt an Grundschulen. In Kooperation mit dem hessischen Kulturministerium wird ein 1-jähriger Weiterbildungskurs „Islamische Religion“ für bereits im hessischen Schuldienst stehende 20 Lehrkräfte muslimischen Glaubens angeboten. Derzeit ist die Zahl von an der JLU ausgebildeten Lehrern auf 50 LehrerInnen gestiegen.

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat findet die Teilnehmezahl der Studenten am Lehramtsstudiengang „Islamische Religion“ gut, hält das aber für weniger im Vergleich mit der Zahl muslimischer Kinder an den Grundschulen. Man müsse die Studenten motivieren, Werbekampagnen dafür starten und die Eltern müssen hinter dem Projekt stehen und mehr Engagement zeigen.

Mit dem Grundsatz „Qualität vor Quantität“ begrüßt die Vertreterin des hessischen Kulturministeriums Frau Altuntas die positiven Erfahrungen an der JLU mit zwei Studiengängen und zwar Lehrerausbildung und Weiterbildung. Die Teilnehmerzahl der Ausgebildeten ist derzeit für die 25 hessischen Grundschulen gewährleistet. Sie ergänzte weiter, die Beteiligten an diesem Projekt (Hessisches Kulturministerium HKM, Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Kunst, HMWK sowie die beiden Kooperationspartner die DITIB und die Ahmadiyya Muslim Jamaat) seien in einem sehr erfolgreichen und konstruktiven Dialog.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

6. Die Rolle des islamischen Religionsunterrichts als Mittel zur Integration

. Die Muslime würden nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die Einführung eines islamischen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts kam in politischer Einsicht erst spät. Der Islam gewann in letzter Zeit zunehmend an Aufmerksamkeit. Daher haben große wissenschaftliche Debatten begonnen, um die Eingliederung der Muslime in die Gesellschaft zu fördern.

Es wird von den Interviewten betont, dass der islamische Religionsunterricht ein wichtiger Faktor zur Integration der Muslime sei. Seitens der Ahmadiyya haben muslimische Kinder das Recht, alles über ihre Religion kennen zu lernen und wichtig ist es auch, dieses Wissen solle unter Kontrolle sein, um eine Radikalisierung zu vermeiden und die Schulbehörde sei die beste Institution dafür. Der aktuelle islamische Religionsunterricht in Hessen sei dennoch nach dem Leiter des Lehramtsstudiengangs an der Universität Gießen ein großartiges Integrationsprojekt, in dem Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens eine Chance bekommen, über ihre Ängste, Fragen und Wünsche im Unterricht offen zu sprechen und zu diskutieren.

Das Kulturministerium hat unterstrichen, dass durch die Einführung des islamischen Religionsunterrichts alle in Deutschland lebenden Muslimen unzweifelhaft ernst genommen würden und sich akzeptiert und anerkannt fühlen.

Ferner sei seitens des Ansprechpartners der DITIB aufgrund der Zunahme der muslimischen Schüler an den öffentlichen Schulen in Deutschland die Einführung eines islamischen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts als Notwendigkeit zu verstehen und es sei ein Recht der muslimischen Kinder, das im Art. 7 Abs. 3 GG verankert sei. Dies führte dazu, dass muslimische Kinder sich mit der Teilnahme am islamischen Unterricht nicht gegenüber jüdischen und christlichen Mitschülern benachteiligt fühlen.

Seitens des Kulturministeriums erklärt Frau Altuntas, dass die Anerkennung und die Eingliederung der islamischen Religion in der deutschen Gesellschaft sowie die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte ein wichtiger Aspekt zur Integrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in der Mehrheitsgesellschaft sei. Ein qualifizierter IRU, erklärt weiter die Vertreterin des HKM, hat das Ziel, mündige, selbstbewusste und kritische



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

muslimische SchülerInnen zur Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit zu erziehen. Dadurch eröffnen sich neue Chancen und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen.

7. Die Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht

Frau Altuntas unterstrich, dass die hessische Landesregierung die Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht an den Schulen des Landes geschaffen hat und sie sind für alle Bekenntnisgruppen und Religionsgemeinschaften dieselben. Das deutsche Grundgesetz garantiert die Gleichbehandlung aller Religionen. Die Religionsfreiheit und Religionsausübung ist in Art. 7 Abs. 3 GG verankert. Ausgehend davon kann in der Folge die islamische Religion mit ihrer erheblichen und bedeutenden Präsenz in allen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr benachteiligt werden. Die Durchführung eines islamischen Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft erteilt. Es müsse eine bestimmte Anzahl von Schülern vorhanden sein, der Unterricht kann nur von Personen der Religionsgemeinschaft erteilt werden, d. h. Muslime, die für diese Aufgabe in Deutschland ausgebildet worden sind. Die Länder haben die sachlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und zu finanzieren, wie bei den beiden Kirchen (etwa die Ausbildung der Lehrkräfte, die Einrichtung von Lehrstühlen).

Der Vertreter des DITIB-Verbandes geht in seinem Interview von drei Voraussetzungen aus, damit eine Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner des Staates in Bezug auf die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG dienen kann. Erste Voraussetzung sei die Mitgliederzahl der Mitgliedschaften in der Gemeinde. Die Mitgliederzahl müsse 1.1000 der Grundgesamtheit repräsentieren. Die zweite Voraussetzung sei die Beständigkeit der Gemeinde. Damit sei die „Gewähr der Dauer“ nach Art. 137 WRV gemeint. Die Gemeinde müsse mindestens 30 Jahre in Deutschland bestehen. Dritte Voraussetzung ist die Rechtstreue. In der Satzung der jeweiligen Gemeinschaften muss die Rechtstreue gegenüber dem deutschen Staat garantiert werden. Es muss weiterhin eine bestimmte Anzahl von Schülern vorhanden sein.

Seitens des Leiters des Lehramtsstudiengangs an der Universität Gießen sind die Voraussetzungen auch in Art. 7 Abs. 3 festgelegt und verankert. Der islamische



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsunterricht sei nicht ganz vergleichbar mit dem katholischen oder evangelischen Religionsunterricht. Der katholische und evangelische Religionsunterricht habe eine Vorgeschichte und die islamische Religionsunterricht sei ganz neu. Allerdings kooperieren die Ansprechpartner DITIB und Ahmadiyya mit dem hessischen Kulturministerium, um die Inhalte für den islamischen Religionsunterricht zu bestimmen.

8. Könnte nicht der Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya zum Scheitern des erfolgreichen Projektes in Hessen führen?

Die Interviewpartner des DITIB-Verbandes und Ahmadiyya Jamaat Muslim fördern die aktuelle Zusammenarbeit und die Kooperation mit dem hessischen Kulturministerium. Ein Konflikt zwischen den beiden Ansprechpartnern sei nach ihrer Sicht auszuschließen und würde auch in der Zukunft die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts nicht beeinträchtigen. Die Konflikte seien schon zu Beginn geklärt worden. Die regelmäßige Zusammenarbeit der Ansprechpartner mit dem hessischen Kulturministerium führte zum Erfolg dieses Projektes. Der Vertreter der DITIB spricht nicht mehr von einem Projekt, sondern von einem regulären ordentlichen Lehrfach.

Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen den Ansprechpartnern existieren schon. Der Ahmadiyya Jamaat räumt noch ein Problem ein. Die DITIB-Schüler dürfen nicht von Ahmadiyya-Lehrern unterrichtet werden, obwohl sie das gleiche Curriculum haben. Hintergrund sei, dass die Ahmadiyya eine andere Konfession habe. Ahmadiyya erklärt, es sei kein Problem, wenn eine DITIB-Lehrkraft die Ahmadiyya-Schüler unterrichten würde. Das hessische Ministerium müsse aushelfen, dieses Problem dürfe nicht zum Scheitern des Projektes führen. Daher wurden zwei gleiche Curricula erarbeitet.

9. Drei Jahren nach Einrichtung des theologischen Lehrstuhls an der Gießener Universität. Welche positive oder negative Bilanz könnten Sie ziehen?

Es sei wichtig, dass die Lehrstühle für die Ausbildung künftiger islamischer Religionslehrerinnen und -lehrer in Hessen mit Personen besetzt werden, die ein islamisches Theologiestudium absolviert haben. Gefordert würde neben einer pädagogischen auch eine theologische Ausbildung. Weiterhin ist gefordert worden, dass die Ausbildung einer Bekenntnisorientierung folgen solle. Die Einrichtung des theologischen Lehrstuhls an der Gießener Universität hat schon vor drei Jahren begonnen. Die Beteiligten haben seit der



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Einrichtung des Lehrstuhls positive Rückmeldungen bekommen. Der Beginn in Hessen war schwer. Es gab keine islamische Pädagogik und Didaktik, die hier in hessischen Schulen einsetzbar gewesen wäre. Es gab keine ausgebildeten islamischen Lehrkräfte, keine Lehrbücher.

Für den Leiter des Lehramtsstudiengangs Yassir Sarikaya habe die Einrichtung des theologischen Lehrstuhls an der Gießener Universität einen guten Ruf in der Presse, aber auch in den Gemeinden sowie bei Politikern und Wissenschaftlern der Universität. Er begrüßt weiter die rasche Entwicklung des Projekts. Die Justus-Liebig Universität habe sich zu einem wichtigen Standort der islamischen Religionspädagogik entwickelt. Die Studentenzahl nehme ständig zu. Die Motivation bei den Studierenden sei sehr hoch. Der Hintergrund sei, dass sie den Islam an einer Universität theologisch und pädagogisch studieren könnten.

Ferner ist laut Ahmadiyya-Ansprechpartner der Lehramtsstudiengang an der Universität Gießen zu belohnen und zu fördern. Studenten haben eine große Akzeptanz auch in der Schule. Sie würden schon als Lehrkräfte für islamische Ethik eingestellt und erhalten jetzt in Gießen eine Zusatzausbildung für islamische Theologie und Religionspädagogik.

Die 2011 geplante akademische Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte für den IRU an der JLU ermöglicht es, den Islam gemäß dem Selbstverständnis der Muslime auf akademisch wissenschaftlichem Gebiet zu entdecken und kennenzulernen, erklärt die Vertreterin des HKM. Ferner sei seitens der Interviewten die sukzessive Ausweitung des Projektes geplant. Daher würde ein zweiter Lehramtsstudiengang für die Sekundarstufe I und II an der Universität Frankfurt eingerichtet.

10. Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch beseitigt werden? Welche Lösungen haben sich ergeben.

Die bisherigen Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte benannte der Ansprechpartner der Ahmadiyya. Die Studenten kämen mit rudimentären Islamkenntnissen an die Universität. Manche seien Kreationisten, die gar nichts von ihrer Religion gelernt hätten oder nur traditionelle Vorstellungen hätten. Sie gingen nur von der Offenbarung des Korans aus. Mit indirektem Verweis auf die konservativen Imame argumentierte der Ahmadiyya-Ansprechpartner, dass diese Leute mit dem islamischen Religionsunterricht an öffentlichen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Schulen nicht zufrieden seien, wenn viele Kinder und Jugendliche mehr über ihre Religion wissen würden. Daher wird gewünscht, dass der Religionsunterricht von den traditionellen Vorstellungen befreit werden soll.

Professor Sarikaya ist sehr optimistisch und sieht bei der Ausbildung der Lehrkräfte bisher keine Hürden. Die Ausbildung wird vom HKM gefördert. Die JLU bietet das umfangreichste Lehramtsangebot in Hessen. Neben fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Inhalten der Theologie und Religionspädagogik umfasst die Ausbildung auch islamische Musik und Ästhetik. Nach Sarikaya wolle man die künstlerische Erziehung in Gießen fördern, um die Lehrer für den Einsatz von Kunst und Musik in der Klasse zu sensibilisieren.

Seitens des hessischen Kulturministeriums erkennt Frau Altuntas, dass es am Anfang bei der Suche nach geeigneten Lehrkräfte muslimischen Glaubens schwierig gewesen war. Dringend wurde eine 1-jährige Weiterbildung für bereits angestellte Lehrer muslimischen Glaubens angeboten. An diesem Weiterbildungskurs können Lehrkräfte teilnehmen, die beide Staatsexamina in Hessen erlangt haben oder gleichgestellte Abschlüsse vorweisen und die bereits an einer Schule unterrichten. 20 Lehrer erklärten sich bereit, das Weiterbildungsstudium aufzunehmen. Das HKM entscheidet sich für den Grundsatz Qualität vor Quantität, unter dieser Maßgabe wurde auch die Zahl der Grundschulen für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts auf zunächst 25 Grundschulen beschränkt. Nach Frau Altuntas nehmen nach vier Jahren der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts mehr als 3000 SchülerInnen an hessischen Grundschulen am islamischen Religionsunterricht teil. Der Bedarf sei nach Rückmeldung von Eltern und Schülern enorm, sodass das Kulturministerium auf einen Ausbau des islamischen Religionsunterrichts an den derzeitigen Grundschulen in Hessen hofft.

5.8 Zusammenfassung der Arbeit

In die Zusammenfassung sind vor allem solche Ergebnisse aufgenommen worden, für die ich auch Hypothesen formuliert habe. Deshalb folge ich der Gliederung, die ich schon im Aufbau der Arbeit erwähnt habe.

Der islamische Religionsunterricht, wie ich vermutet habe, leistet nach den bisherigen Vorstellungen einen bedeutsamen Beitrag zur Integration der Muslime in der



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Mehrheitsgesellschaft (Deutschland). Zu verschiedenen Schulversuche lassen sich Ergebnisse aus der Forschung (Interviews, Fragebögen) zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem islamischen Religionsunterricht bei den Eltern, den Experten und Behörden sehr groß ist. Der hessische Weg der Einführung eines islamischen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts findet auch bei allen Beteiligten große Anerkennung. Natürlich kann der islamische Religionsunterricht nicht als Allheilmittel für Integrationsprobleme gesehen werden, aber die bisherigen ermutigenden Ergebnisse sollen belohnt werden. Die Integration kann in doppelter Weise verstanden werden: als Herausforderung für die Muslime durch den deutschen Staat und als Herausforderung des deutschen Staates und der anderen religiösen Gemeinschaften durch die Muslime. Die beiden Herausforderungen sollen real genutzt werden, um den Weg zur Integration voranzubringen.

Die Befunde aus unseren Untersuchungen zeigen ohnehin deutlich, dass die Aufnahmegesellschaft (Deutschland) eine verspätete Integrationspolitik gegenüber den muslimischen Migranten entwickelt hat. Diese Versäumnisse der Vergangenheit sind das Erbe, mit dem Deutschland heute belastet ist. Die unbefriedigende Situation hat die Politiker sowie die muslimischen Organisationen auf Landes- und Bundesebene erschüttert, um rasche Lösungsansätze zu finden. Die politische Diskussion um die Integration der Ausländer begann erst in den Achtziger Jahren. Die Schule wurde der Ausgangspunkt zur Durchsetzung der Integrationspolitik, die die Eingliederung der muslimischen Kinder und Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft in sozialer und kultureller Hinsicht anstrebte. Man begann dann damit, sich intensiv um die Entwicklung neuer Bildungskonzepte zu bemühen und suchte Verbesserungen der Bildungssituationen, um die zweite Generation der Migranten zu integrieren. Die religiösen Belange hatten keine Priorität.

Die Integration kann ich in diesem Punkt beispielsweise mit dem Bau eines Hauses vergleichen. Je stabiler das Fundament, die Pfeiler sind, desto länger währt die Zeit ihrer Nutzung, ihrer dauerhaften Stabilität. Wie schon in der vorliegenden Arbeit erwähnt wurde, scheint die Integrationspolitik in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland keine Politik der Assimilation zu sein, wie in den politischen Debatten und Diskussionen betont wurde. Sie erfordert vielmehr die Klärung gemeinsamer Ziele, die Einigung auf Regeln des Zusammenlebens. obwohl diese Diskussion von anderen Stimmen angestoßen wurde. Die



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Deutschen empfinden, dass die Präsenz der Muslime sowie ihre Religion eine Bedrohung für die Werte des Grundgesetzes sind.

Der Blick in die Grundsatzprogramme und Positionspapiere der in der vorliegenden Arbeit ausgeführten deutschen Parteien, islamischen Dachverbände und die beiden großen Religionsgemeinschaften, evangelische und katholische Kirche, gehen alle von einer Integrationspolitik aus, die sich von der Assimilation abgrenzt. Sie bekunden, dass die Zuwanderer ihre Lebensformen beibehalten können. Anders gesagt: Muslime dürfen ihren Glauben bewahren, bekennen und praktizieren. Alle politischen Kräften sind sich hinsichtlich Religionsfreiheit, Bildung, Erziehung und Erwerb der deutschen Sprache einig.

Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass die Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlich-pluralistischer Verfassungsstaat ist und sich sowohl zur weltanschaulichen Neutralität als auch zum Respekt gegenüber religiösen Überzeugungen verpflichtet.

Mit der Erteilung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts für muslimische Kinder sind auch besondere Herausforderungen und Schwierigkeiten verbunden. Die rechtlichen Voraussetzungen eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts finden sich im Grundgesetz in Art. 7 Abs. 3 und im föderalen System Deutschlands. Das Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates, die Erziehungsberechtigten (Eltern) haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen, d. h., die Eltern akzeptieren damit durch ihre Unterschrift die Grundlagen des Unterrichts, also des Bildungsplans in Zielsetzung und Methode und der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft erteilt.

Die Gesellschaftspolitik muss mit Bezug auf die islamische Minderheit alles tun, um Ausgrenzung und gesellschaftliche wie wirtschaftliche Marginalisierung zu vermeiden. Die Muslime müssen das Gefühl haben, in der deutschen Gesellschaft aufgenommen zu werden. Es ist dringlich seitens der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der islamischen Minderheit eine richtig verstandene Integration zu erleichtern, ihre kulturellen, religiösen Lebensweisen zu akzeptieren. Seitens der Zuwanderer (Muslime) sollen die freiheitliche, demokratische Rechtsordnung und die gemeinsamen Grundwerte der in der Bundesrepublik lebenden Personen anerkannt werden.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die Integration der Muslime ist mit dem Themenfeld islamischer Religionsunterricht eng verbunden. Die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts für die große Zahl schulpflichtiger Kinder islamischen Glaubens wäre daher von großer Bedeutung für ihre Integration und um ihre Religion reflektieren zu können. Die Mehrheit der Muslime spricht sich deshalb für die Einführung von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache aus. Neben der Reflexion ist es für die Kinder und Jugendlichen wichtig, ihre Religion in deutscher Terminologie beschreiben zu können. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert jedem Bürger und jeder Bürgerin in Art. 4 „die Freiheit des Glaubens“, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses zu.

Für viele Kinder und Jugendliche herrscht eine große Sprachlosigkeit vor. Sie können bestimmte religiöse Phänomene in ihrer Muttersprache ausdrücken, aber eben nicht auf Deutsch. Ein islamischer Religionsunterricht, der selbstverständlich auf Deutsch gehalten wird, kann dieses Problem lösen. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache kann auch eine Art schulischer struktureller Integration sein. Für muslimische Kinder und Jugendliche werden Lücken geschlossen, indem sie ihren eigenen Religionsunterricht haben und nicht mehr ein Ersatzfach besuchen müssen. Zudem sind Schulen an sich schon ein Ort der Integration, an dem der interkulturelle und interreligiöse Dialog hergestellt und gefördert werden soll. Ein islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache kann auch in der Öffentlichkeit für mehr Transparenz sorgen bezüglich der religiösen Inhalte und der Unterrichtsziele.

Politisch erscheint der Weg für die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach weitgehend erreichbar. Und wenn der islamische Religionsunterricht nach allem politisch gewollt und akzeptiert ist, fragt man sich, warum ein solches Schulfach bislang in keinem Bundesland eingerichtet werden konnte. Die Kulturministerien verweisen regelmäßig darauf, dass keine Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3 besteht, die in der Lage wäre, die religiösen Inhalte des Unterrichts festzulegen und die fundamentalen Verfassungsprinzipien, Grundrechte und Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsrechts zu achten.

Die erste durchgeführte islamische Unterweisung in den 80er und 90er Jahren im Rahmen des türkischen muttersprachlichen Unterrichts wurde für türkische Schüler erteilt. Das Fach hieß



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

„islamische **Unterweisung**“ (siehe Begriffserklärung S. 20). Schulbücher standen in dieser Phase kaum zur Verfügung und nur in türkischer Sprache. Lehrpläne beinhalten die Grundlagen des Islam, religiöse Lebensregeln, das Memorieren der Koranverse und das Rezitieren. Methodisch wird ein autoritärer Frontalunterricht gegeben. Lehrer und Lehrerinnen haben keine religionspädagogische oder theologische Ausbildung. Die islamische Unterweisung hat den Schülern und Schülerinnen muslimischen Glauben nicht viel bei der Integration geholfen. Dies war kein Religionsunterricht, denn sie vermittelte religiöses Wissen ohne zum Glauben zu erziehen. Die Teilnahme am Unterricht war freiwillig. Die Leistungen der Schüler wurden nicht bewertet. Ein deutschsprachiger islamischer Unterricht stößt in dieser Zeit auf Vorbehalte und teilweise auf Ablehnung seitens der muslimischen Verbände und der Eltern. Befürworter des Türkischen als Unterrichtssprache heben vor allem hervor, dass Religion eng mit der Kultur und damit auch der Sprache der Kinder verbunden ist, weshalb beides nicht voneinander getrennt werden sollte.

Die Modellversuche Islamunterricht in den Ländern wurde in zwei Modellen aufgeteilt.

- A) Islamkundliche Modelle - Die islamische Unterweisung in deutscher Sprache wird seit dem Schulljahr 2001/2002 bundesweit unter verschiedenen Titeln angeboten. „Islamkunde in deutscher Sprache“ in NRW, „Islamische Unterweisung“ in Bayern, „Islamkunde“ in Bremen.
- B) Bekenntnisorientierte Modelle – In Erlangen als „Islamunterricht“, in Baden-Württemberg „Islamische Religionslehre“, in Niedersachsen „Islamischer Religionsunterricht“, in Schleswig Holstein „Islamunterricht“ angeboten

In allen hier vorgestellten Modellversuchen der Bundesländer (siehe Kapitel 3, außerhalb des Bundeslandes Hessen) gilt der Versuch nur inhaltlich laut Art. 7. Hier leistet der islamische Religionsunterricht unstrittig einen wichtigen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe aller muslimischen Verbände im lokalen Kontext am schulischen Alltagsleben der Schüler. Der Unterricht wird im Vormittagsplan angeboten und nicht außerschulisch. Die verwendete Sprache ist Deutsch. Daher ergeben sich neue Formen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs zwischen allen beteiligten Kindern, Eltern, und Lehrern.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Die curricularen Konzeptionen und die Unterrichtspraxis der Modelleversuche in den Ländern sind unterschiedlich konzipiert. Grundsätzlich unterscheiden die Kulturministerien zwischen einer Islamkunde in Hinsicht auf das religiöse Wissen ohne Erziehung zum Glauben und einem bekenntnisorientierten oder konfessionellen islamischen Religionsunterricht, dessen Aufgabe nicht in neutralen Informationen über Religion besteht, sondern in der Lehre, was aus Sicht dieser Religion für wahr und richtig gehalten wird.

Die Modellversuche in NRW, in Bayern werden als islamkundlicher Unterricht erteilt. Die Unterrichtsinhalte, wie schon vorgestellt, wurden nicht mit muslimischen Verbänden, Moscheegemeinden oder mit Eltern abgestimmt, sondern vom Staat verantwortet. Bei einer Islamkunde darf der Unterricht von nicht-muslimischen Lehrkräften unterrichtet werden. Aber hier wird der Unterricht nur von muslimischen Lehrkräften unterrichtet und weiter heißt es noch, dass die Leistungen der Schüler und Schülerinnen im gleichen Maß wie die anderen Leistungen bewertet werden. Also wenn man dieses Schema genauer betrachtet, ist der Unterricht kein rein religionskundliches Fach. Ganz anders sind hingegen die Modellversuche in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rhein-Pfalz nach Auffassung der Kulturministerien bekenntnisorientierter Unterricht. Dieser vermittelt nach Lehrplänen Glaubensinhalte, die mit muslimischen Vereinigungen und Eltern abgestimmt wurden. Die Bildungsinhalte werden in jedem Bundesland unterschiedlich erarbeitet, aber unter Aufsicht der Kulturministerien. Sie richten sich an alle muslimischen Schüler und Schülerinnen und werden auf altersgemäße Weise in die Glaubensgrundlagen des Islam eingeführt.

Alle der oben vorgestellten Modellversuche, die derzeit in einigen Bundesländern an einigen öffentlichen Schulen erprobt werden, beschränken sich, wie in Kapitel 3 (3.5) erörtert wurde, hauptsächlich in ihren Lehrpläne auf die Vermittlung sunnitischer Inhalte. Die Unterrichtsthemen umfassen die Hauptquellen des Islam – Koran und Sunna. Es kommen wiederum Themen des Alltagslebens zur Sprache: „Lügen“, was ist „Haram und Hallal“, was darf man essen und was nicht essen, die Bedeutung des Fastenmonats, des Opferfestes und die Geschichte von Ibrahim, schließlich werden auch christliche Feste berücksichtigt. Die Ziele des eingeführten islamischen Religionsunterrichts umfassen: Kritikfähigkeit, soziale Kompetenz und kommunikative Kompetenz. Er soll die Kinder sowohl zur innerislamischen als auch zur weltanschaulichen Toleranz erziehen und die Pluralität der Gesellschaft thematisieren. Der



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsunterricht soll sich nicht als „Moschee“ in der Schule verstehen und der Lehrer nicht als „Imam“: Er soll eine Ergänzung sein, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln und das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen verbessern.

Insgesamt betrachtet bleibt festzustellen, dass die o. g. Modellversuche nur **inhaltlich** als konfessioneller Unterricht orientiert sind, aber es ist bislang nicht gelungen, die rechtlichen **gesetzlichen** Voraussetzungen für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 in den o. g. Bundesländern sicherzustellen. Als Haupthindernis besteht das Fehlen einer **Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner** des Staates in religiösen Fragen. Einerseits darf der Staat weder die Inhalte eines islamischen Religionsunterrichts bestimmen noch die Lehrer legitimieren. Auf der anderen Seite ist der Staat aber aufgrund von Artikel 4 GG, der die Freiheit der Religionsausübung garantiert und das Recht der Eltern auf eine religiöse Erziehung ihrer Kinder einschließt, zu der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts verpflichtet. Umstritten bleibt in diesem Zusammenhang, was man genau unter der im Grundgesetz genannten Religionsgemeinschaft zu verstehen hat, denn der Religionsunterricht wird nach Art. 7 Abs. 3 GG in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft erteilt. Dies gestaltet sich im Bereich des Islam in Deutschland schwierig, denn die Muslime in Deutschland können weder eine kirchenähnliche Struktur vorweisen, noch haben sie vor, eine solche aufzubauen. Daher konnten deutsche Behörden keine Analogien zu vertrauten Organisationen herstellen. Zudem hieß es über die entstandenen islamischen Verbände der Muslime in Deutschland, es sei nicht klar, wer für die Mehrheit der Muslime spreche, welche Legitimation die einzelnen Gruppen hätten und wie sie zur deutschen Verfassung stünden. In der Tat verfügt die Mehrheit der Muslime in Deutschland über keinerlei Mitgliedsausweise in islamischen Verbänden oder einem Zugehörigkeitsnachweis zum Islam, denn man wird als Muslim geboren und nicht wie etwa im Christentum durch einen Taufritus in die Gemeinde aufgenommen.

Die unterschiedlichen bisher vorgestellten Modellversuche im Rahmen des konfessionellen Religionsunterrichts in der vorliegenden Arbeit haben gezeigt, dass Modellversuche als erste Schritte auf dem Weg zur Etablierung eines konfessionellen islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache nach Art. 7 Abs. 3 in staatlicher Verantwortung liegen. Die Kinder muslimischen Glaubens haben in allen Bundesländern die Möglichkeit bekommen, sich mit



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

ihrer Religion vertraut zu machen, damit sie sich ein Verständnis für andere religiöse Anschauungen erschließen können.

Es bleiben noch einige hohe Hürden zu überwinden. Einerseits müssen sich Muslime in einer Religionsgemeinschaft im rechtlichen Sinne zusammenschließen, was noch schwieriger ist, ist die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu bekommen. Andererseits benötigen Lehrkräfte eine wissenschaftliche und pädagogische Ausbildung an einer deutschen Hochschule, die dem christlichen Religionsunterricht entspricht. Da sich die Muslime noch nicht bis heute zu einer Religionsgemeinschaft im juristischen Sinne (BVerf Art. 137 Abs. 3, 4, 5) zusammengeschlossen haben, bleibt als praktische Umsetzung des islamischen Religionsunterrichts der Schulversuch.

Es gibt sichtbare Bemühungen und Anstrengungen seitens der islamischen Organisationen, sich anzunähern und zu verständigen, um den Status einer Religionsgemeinschaft zu erlangen, damit sie einen islamischen konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen organisieren können. DITIB und Ahmadiyya Jamaat Muslime haben den Status von Religionsgemeinschaften und die Anerkennung vom Staat als Ansprechpartner für die Erteilung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts erhalten. Demzufolge hat Hessen als erstes Bundesland den bekenntnisorientierten Islamunterricht gemäß Art. 7 Abs. 3 GG an öffentlichen Schulen erteilt. Die Funktion der beiden Ansprechpartner besteht darin, Übereinstimmungen des Unterrichts, der Unterrichtsinhalte und des Lehrpersonals mit ihren wissenschaftlichen Grundsätzen des Islam zu prüfen. Dabei werde die AMJ mit der DITIB sowie dem Lehrstuhl für islamische Theologie an der Justus-Liebig Universität in Gießen die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern für die erste bis vierte Schulklasse (Grundschule) sowie in Kooperation mit dem hessischen Kulturministerium Curricula erstellen. Der islamische Religionsunterricht bleibt jedoch unter staatlicher Schulaufsicht. Die Durchführung des islamischen Religionsunterrichts sollte sich gemäß den Werten und Normen der deutschen Gesellschaft sowie der Grundprinzipien des Islam orientieren. Dies lässt folglich die Einrichtung eines theologischen und pädagogischen Lehrstuhls an der Universität unabdingbar erscheinen.

Seit 2010/2011 wurde an der Justus-Liebig Universität Gießen ein Lehramtsstudiengang für Grundschule eingerichtet. Alle Beteiligten an unserer Befragung und den Interviews in Hessen



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

haben das Projekt begrüßt und unterstützt. Die Präsenz von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Hessen, bietet die Chance und die Notwendigkeit zu einer lebendigen und authentischen Begegnung mit verschiedenen Religionen, er trägt zum Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und Klischees bei und führt zur Entdeckung von Gemeinsamkeiten.

Die einzelnen Religionen sollen in ihrem Unterricht Fenster füreinander öffnen. So kann die Schule ein Ort interreligiöser Erfahrungen, des Dialogs der Religionen und des Respekts füreinander werden. Ein aufgeklärtes Islamverständnis der Muslime, wie in den Zeiten der verschiedenen Dynastien und Fürstentümer (Dynastie der Abbasiden, die islamischen Dynastien in Andalusien), die als Vorbilder für ein harmonisches Nebeneinander von mehreren Ethnien und religiösen Gruppen gelten, könnte ein Zeichen nicht nur für die Integration, sondern auch für den offenen Dialog untereinander sein.

Die vorliegende Arbeit kann anhand der Befragungen und Interviews Antworten auf die Frage geben, ob der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gemäß Art. 7 Abs. 3 GG (Hessen) ein Weg zur Integration der Muslime in den freiheitlichen Rechtsstaat sein kann. Dabei haben die Ansichten der verschiedenen Akteure (Eltern, Politiker, Experten, Religionsgemeinschaften) gezeigt, dass sie einerseits eine wesentliche Rolle bei der Einführung des bekenntnisorientierten Islamunterrichts gespielt haben, andererseits sind sie für die Ausweitung des Projektes mit neuen Perspektiven (Bearbeitung der Curricula der Sekundarstufe I (Klasse 5 bis 10) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt) engagiert.

Mit den Befunden der Arbeit sind wir gewissermaßen zufrieden. Die Muslime sind ein Teil Deutschlands geworden. Die Bemühungen der beiden Seiten (Staat und muslimische Gemeinden) sind zu belohnen. Es soll dabei nicht ignoriert werden, dass die Probleme der muslimischen SchülerInnen in vielen Fällen nicht vergleichbar sind mit den Problemen deutschstämmiger christlicher bzw. nicht-religiöser oder anti-religiöser Kinder in den Schulen, denn der islamische Religionsunterricht ergänzt, erweitert und bestärkt meiner Meinung nach für muslimische SchülerInnen die in der Familie grundlegenden Werthaltungen, andererseits erfüllt er einen ganz anderen Bildungs- und Erziehungsauftrag und besitzt einen höheren Stellenwert als der christliche Religionsunterricht für deutschstämmige christlich und nicht-religiöse oder anti-religiös erzogene Kinder.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Von Interesse für künftige Arbeiten wäre es, das Projekt in Hessen in seiner Entwicklung auf weiteren Entwicklungsstufen der Sek I zu verfolgen, denn die vorliegende Arbeit hat das Projekt in seinen Anfängen dargestellt.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Literaturverzeichnis



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Achim, Battke / Thilo, Fizner / Rainer ,Isak / Ulrich , Lochmann (Hg) : Schulen Entwicklung-Religion-Religionsunterricht .Profil und Chance von Religion in der Schule der Zukunft. .Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2002

Adam, Aslan: Islamischer Religionsunterricht in Baden –Württemberg als wissenschaftliches Projekt :In: Baumann, Urs (Hrsg.) 2002 :Islamischer Religionsunterricht .Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentation. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main 2001,.

Alacacioglü, Hasan: „Außerschulischer Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche türkischer Nationalität in NRW. Eine empirische Studie zu Koranschulen in türkischer-islamischen Gemeinden“ .Münster 1999

Alexander, Klos / Merx, Andreas: Positive Maßnahmen zur Verhinderung oder zum Ausgleich bestehender Nachteile im Sinne des §5agg .Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ,Berlin 2010

Anhelm, Fritz / Dressler, Bernhard : (Hg);Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen .loccumer Protokoll 91/02 Loccum2003

Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.August 1919 10. Auflage .Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis .Bad Homburg 1933

Aslan, Adnan : Religiöse Erziehung der muslimischen Kinder in Deutschland und Österreich. Schriftreihe zur islamischen Erziehung 3 (Hrsg.) VOM Institut für islamische Erziehung . Islamisches Sozialdienst-und Informationszentrum e.V. 1998

Aslan, Adnan : Geschlechtererziehung in den öffentlichen Schulen und die islamische Haltung Schriftreihe für islamischen Erziehung Bd 1 (Hrsg) vom Institut für islamische Erziehung Stuttgart : Islamisches Sozialdienst- und Informationszentrum 1996

Adem , Aygün: Religiöse Sozialisation und Entwicklung bei islamischen Jugendlichen in Deutschland und in der Türkei : Empirische Analysen und religionspädagogische Herausforderungen.

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen(Hg) Nummer 8 in der Diskussion: Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland .Praxis- Konzepte – Perspektiven .Dokumentation eines Fachgespräches September2000.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Beauftragte der Bundesregierung für ‚Flüchtlinge und Integration‘ (Hrsg): Erfahrungen in der Kooperation am Beispiel des islamischen Religionsunterrichts aus Sicht der Ausländerbeauftragten und der Landesregierung Niedersachsen. Islam einbürgern- Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland. April 2005 Berlin.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (hrsg.): Islam einbürgern-Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland. Dokumentation der Fachtagung der BAMF April 2005

Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge (Hrg).Religionswissenschaftlicher Medien-und Informationsdienst e.V. Dokumentation Religion-Migration-Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft..April 2004

Behr- Harry, Harun/ Bochinger Christoph/ Rohe, Mathias/ Schmid Hansjörg (Hg.): Was soll ich hier? Lebensweltorientierung muslimischer Schülerinnen und Schüler als Herausforderung für den islamischen Religionsunterricht .Islam Bildung .Lit Verlag Dr. W. Berlin 2010

Bendel, Petra, /Mathias Hildebrandt, (hrsg.):Im Schatten des Terrorismus., Hintergründe ,Strukturen ,Konsequenzen des 11. September , Wiesbaden 2002

Blahusch, Friedrich: Zuwanderer in Deutschland .Eine Einführung für soziale Berufe .Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 1992

Beysa , Bilgin,: Islam und islamische Religionspädagogik in einer modernen Gesellschaft. Mit Einführung von Johannes Lähne Mann .Christentum und Islam im Dialog . (hRSG9 vonProf, Dr. Feldtkeller Andreas/Prof. Dr. Hock, Klaus /Prof. Dr. Mitri,Tarek/ Prof. Dr. Nielson, S Band 10 LIT Verlag Berlin 2007

Bundesamt für Migration und Fünflinge : Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Konferenz . Forschungsberichte 6 . 2009

Boris, Maria, ”Ausländische Arbeiter in einer Großstadt .Eine empirische Untersuchung 2.Auflage Frankfurt am Main.2010

CIBEDO Christlich- Islamische Begegnung –Dokumentationsleitstelle. Christliche Stimme zum Dialog H:Vöcking (Hrsg) Nr. 18/19 April /August 1983

Corlazolli, Claudia Maria: „Religionsunterricht von kleineren Religionsgemeinschaften an öffentlichen Schulen in Deutschland.“ Axel Föhr. Von Campenhausen, Christoph Link und



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Jörg Winter,: Schriften zum Staatskirchenrecht: Band 43. Peter Lang internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am. Main 2009

Deutsche Islam Konferenz: Drei Jahre Deutsche Islam Konferenz (DIK) 2006-2009 Muslime in Deutschland-deutsche Muslime

Dietrich, Myrian: Islamischer Religionsunterricht – Rechtliche Perspektive (Schriften zum Staatskirchenrecht). Peter Lang.. 2006.

Duran, Akbulut: Türkische Moslems in Deutschland .Ein religionssoziologischer Beitrag zur Integrationsdebatte .Verlag Ulmer Manuskripte, Albert Bei Ulms Verlag 2003

Ebner, Klaus: „Islamischer Fundamentalismus in der EU Eine Bedrohung für Europa? Verlag :Grin Verlag; Auflage 1 August 2007

Edelbrock, Anke / Biesinger, Albert/ Schweizer, Friedrich (Hrsg.) : „Religiöse Vielfalt in der Kita“. So gelingt interreligiöse und interkulturelle Bildung in der Praxis. Gefördert durch Stiftung Ravensburger Verlag .Cornelson2. Auflage 2012

El-Missiri, Dunya : Erfahrungen beim Start des Modellprojekts „Islamischer Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Zur Differenzierung des Lernfelds Religion. Berlin 2009.

Ellias, Nadeem: Muslimische Religionsgemeinschaften in Deutschland. In: Hans-Bernhard Petermann (Hrsg.): Islam-Erbe und Herausforderung. 5. Heidelberger Diensttagsseminar. 2004.

Elisa-Wilde, Christina: Eltern . Kind. Herausnahme .Zur Erlebensperspektive von Eltern in den Hilfen zur Erziehung. Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste (Hrsg.) Forschungsgruppe Pflegekinder .Universitätsverlag Siegen 2014

Emenet, Axel: Verfassungsrechtliche Probleme einer islamischen Religionskunde an öffentlichen Schulen. Frankfurt am Main 2003.

Erylmaz, Aytac: « Das Leben im Wohnheim», in:Fremde Heimat /YabanSilanOlur . Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei. Essen 1998

Evangelische Kirche Deutschland EKD : Klarheit und gute Nachbarschaft . Christen und Muslime in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der EKD: (Hrsg.) vom Kirchenamt der evangelischen Kirche in Deutschland 2007

Evangelische Kirche in Deutschland : Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen . Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. 2. Auflage Gütersloher Verlagshaus,2000



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Evangelischer Pressedienst: „Islam und Reformation“ Epd zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im EKD-Themenjahr der Toleranz. Dokumentation NR 31 Frankfurt am Main Juli 2013

Evangelischer Pressedienst: „Christen und Muslime .DreiBig ISLAMISCH-Christliche Arbeitsgemeinschaft (ICA)“ .Ausgewählte Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie zu Berlin am 13.-14. November. : Klarheit und gute Nachbarschaft . Christen und Muslime in Deutschland Auszüge aus der am 28. November in Berlin vorgestellten Handreichung des Rates der EKD; Dokumentation Frankfurt am Main Dezember 2006.

Friedrich Ebert Stiftung: Gespräch kreis .Migration und Integration .Islamische Vereine und Verbände in Deutschland. Thomas Lemmen Berlin Dezember 2002

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) : Integration –und Antidiskriminierungspolitik in Einwanderungsgesellschaften: Zwischen Ideal und Wirklichkeit der Demokratie. Gesprächskreis :Migration und Integration . Dr. Axel Schulte Universität Hannover September 2002

Fuess, Albrecht: Islam Compatibility with Secularim state in :Graf.(Hrsg.): Der Islam im Westen –der Westen im Islam. Positionen zur religiöse-ethnischen Erziehung von Muslimen .Göttingen 2004

Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.):Islamischer Religionsunterricht in Deutschland Perspektiven und Herausforderung .Dokumentation .Tagung der Deutschen Konferenz 13.bis 14. Februar 2011, Nürnberg 2011.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen(GEW) Materialien 3/93 : Verordnungen zum Hessischen Schulgesetz . Alle Verordnungen, die zusammen mit dem neuen Schulgesetz im August 1993 in Kraft getreten sind sowie weitere wichtige Vorschriften .Eine Veröffentlichung der GEW-Landhessen .Frankfurt am Main 1993

Gläser, Jochen/ Grit, Laude: Experteninterviews und Qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchung.4.Auflage VS Verlag für Sozialwissenschaften .Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Graf, Peter: Religionen in Migration: Grenzüberschreitung als Aufforderung zum Dialog. Osnabrück. V & R Unipress. 2006.

Gottwald, Eckart: Ordentlicher Islamischer Religionsunterricht statt staatlicher Islamischer Unterweisung in,ders./Siedler ,Dirk Ch.(Hrsg.)Islamische Unterweisung „ in deutscher Sprache



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

–Eine erste Zwischenbilanz des Schulversuchs in NRW; Islamische Unterweisung in deutscher Sprache. Neukirchen 2001

Halva, Boris: „Differenzierte Ansichten eines alten Feindliches Bild? Das politische Bild des Islam in Deutschland Überregionalen Tageszeitungen nach dem 11. September 2001

Grin Verlag September 2008

Hamdan, Hussein / Schmid, Hansjörg : „Junge Muslime als Partner . Ein Empirie basierter Kompass für die praktische Arbeit. Beltz Juventa .Weinheim und Basel 2014

Hanifzadeh, Massoud: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland –Möglichkeiten und Grenzen. Tectum Verlag Marburg 2010

Harz, Frieder: „Interreligiöse Erziehung und Bildung in Kitas“ : Frühe Bildung und Erziehung .Vandenhoeck& Ruprecht GmbH & Co . KG; Göttingen 2014

Häußermann, Ingrid/ Oswald, Hart (Hrsg.) :Zuwanderung und Stadtentwicklung.Mit Beiträge von :StefanBeetz,Margaret Byron, KylzaEstrella, Heinz Fassmann, John Friedmann,Andreas Goldberg, Gerhard Hatz, Harmut Häußmann, FellicitaHilmann, Ute Angelika, Ingrid Ostwald Faruk Sen ,Walter Siebel ..Leviathan Zeitschrift für Sozialwissenschaft Sonderheft 17 Westdeutscher Verlag 1997

Helmut, Anselm: Islam in der Schule .Kompakte Informationen .Claudin Verlag München 2007

Hekel, Martin: Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Einführung eines Islamischen Religionsunterricht, Ausgestaltung, Durchführung und Befreiung von LER in den öffentlichen Schulen. IN: idea –Dokumentation 8/2001 LER oder Religion? Die Auseinandersetzung um das Schulfach ,Lebenskunde/ Ethik/Religion in Brandenburg .Die Stellungnahme der Kirchen und des Staatskirchenrechtlers Prof. Heckel, Martin in der Anhörung des Bundesverfassungsgerichtes am 26.Juni 2011

Heckel ,Martin :Religionsunterricht für Muslime ? Kulturelle Integration unter Wahrung der religiösen Identität . Ein Beispiel für die Komplementäre Natur der Religionsfreiheit in :Juristen Zeitung ,54 /1999

Heidemarie,Ballasch: Islamischer Religionsunterricht“-Praxisbericht zum Schulversuch Niedersachsen in :Christin Langenfeld/Volker Lipp/IreneSchneider (Hg) islamische



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsgemeinschaften und islamischer Religionsunterricht : Probleme und Perspektiven .Ergebnisse des Workshops an der Georg-August Universität Göttingen ,Juni 2005

Heidemarie,Ballasch: »Schulversuch « islamischer Religionsunterricht »in Niedersachsen .Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in: Koch, K.und Darwisch ; k (hrsg.) Dimensionen religiöser Erziehung muslimischer Kinder in Niedersachsen. Göttingen 2010

Heimbach, Marfa: „Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland Seit 1961 .(Hrsg) Klaus Schwarz „Islamkundliche Untersuchungen“ Band 242 Verlag Berlin 2001

Heimbach, Marfa/ Bernd Bauknecht: ”Muslime in Deutschland von 1920 bis 1945” Köln 2001

Heimann ,Hans Markus: Verfassungsrechtliche Bewertungen der Einführung islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. In. Anhelm, Fritz Erich und Bernhard Dressler (Hg) Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen ,Perspektiven seiner Einführung . Loccum Protokolle 91/02 Loccum 2003

Heiner, Bielefeld: „Menschenrechte und Islam . Konflikte und Perspektiven. In Heitmeyer ,Wilhelm /Dollase ,Rainer (hrsg.) :Die Bedrängte Toleranz

Hellemann, Christiane: Religiöse Bildung ,Interreligiöses Lernen und Interkulturelle Pädagogik . Eine religionsgeschichtliche Untersuchung zur religiösen und interkulturellen Erziehung in der Moderne . Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2001

Hessischer Landtag :Abschlussbericht der Enquetekommission :Migration und Integration des hessischen Landtags BWV .Berliner Wirtschafts-Verlag Juni 2013

Hessisches Landeszentrale für politische Bildung: Verfassungstexte, Verfassung des Landes Hessen. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. vom 1. Dezember 1946

Hildebrandt, Ute: Das Grundrecht auf Religionsunterricht . Eine Untersuchung zum subjektiven Rechtsgehalt des Art. 7 Abs.3 Grundgesetz Tübingen 2000.

Höllman, Andre: .Migration und Integration .Wie muslimisch ist Deutschland? :Mit einem Vorwort von Massoud Hanifzadeh und einem Interview mit Margot Käßmann . Tectum Verlag Marburg 2011

Hunner–Kreisel, Christine: Kindheit und Jugend in muslimischen Lebewelten. Aufwachsen und Bildung in deutscher und internationaler Perspektive .Wiesbaden 2010



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Inan, Alev: „Islam Goes Internet Websites islamischer Organisationen im World Wide Web Tectum Verlag Marburg 2007

Janke, Katrin: Institutionalisierte Islam an staatlichen Hochschulen. Verfassungsfragen Islamischer Lehrstühle und Fakultäten. Islam und Recht Band 3 Herausgegeben von Janbernd Oebbecke: Peter Lang .Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 2005.

Joachim, Harms: Ethik des Islam im Ethikunterricht . Erstellt im Auftrag des Hessischen Landesinstituts für Pädagogik (HeLP) in Frankfurt. Sachstandsbericht vom 9. September 2004,

Jörg-Schröter, Imran: „Die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Verlag für islamische Bildung und Erziehung (VIBE) Jörg Imran Schröter & Amina Boumaïz ,Freiburg in Br.1.Auflage 2015

Jürgen Bade, Klaus:“Migration, Integration und kulturelle Vielfalt ;historische Erfahrung und Aktuelle Herausforderungen “ in KippenbergerGesprächBand 34 .Stuttgart 2006

Jürgen Bade, Klaus.(Hrsg.): Integration und Illegalität in Deutschland. Rat für Migration. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien1.Auflage 2001

Kai-Uve, Berger:) : Migration und Integration. Eine Einführung in das Wanderungsgeschehen und die Integration der Zuwanderten in Deutschland Verlag Opladen 2000

Kappert , Andrea: Europa und der Orient, in Hippler, Jochen, Lueg, Andrea „Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen“, Hamburg Konkret Literatur Verlag 2003

Keskin, Hakki :“Deutschland als neue Heimat“: Eine Bilanz der Integrationspolitik,, VS Verlag Juni 2005

Kiefer, Michael : Islamkunde in deutscher Sprache in Nordrhein- Westfalen: Kontext , Geschichte, Verlauf und Akzeptanz eines Schulversuchs: Islam in der Lebenswelt Europa. Herausgegeben von Prof. Dr. Gritt Klinkhammer (Universität Bremen) Prof. Dr. Jamal Malik (Universität Erfurt) Prof. Dr. Stefan Reichmuth (Universität Bochum). LIT Verlag Münster 2005

Kiesel, Doron / Seif Klaus Philipp/ Sievering Ulrich. (Hrsg) : Islamunterricht an deutschen Schulen HaagundHerchen Verlag Frankfurt am Main 1986



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Klinkhammer, Gritt: Moderne Formen islamischer Lebensführung .Eine qualitative-empirische Untersuchung zur Religiosität sunnitisch geprägter Türkinnen in Deutschland. Diagonal-Verlag Marburg 2000 (Religionswissenschaftliche Reihe)Bd 14

Kinan, Darwisch: „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland“ :Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte . Religionen Aktuell (Hrsg.) von Bertram Schmitz Band 11 .Tectum Verlag Marburg 2013

Köller, Franz: Rechtliche Probleme im Zusammenhang mit der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen .IN: Wolfgang Böck (Hrsg.) . Islamischer Religionsunterricht ?Religionskunde und Aufklärung Bd 13 Tübingen2006

Köhler, Asye : Motive und Perspektiven für einen islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen in NRW: IN Marie Luise Beck (Hrg)Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland .Praxis- Konzepte- Perspektive –Dokumentationen eines Fachgesprächs ,Nummer 8 Lit Verlag Berlin 2000

Kurt, Edler : Islamismus als pädagogische Herausforderung Brennpunkt(Hrsg) von Norbert Grewe. Herbert Scheithauer, Wilfried Schubarth Verlag W.Kohlhammer1. Auflage 2015

Kucharz, Diemut: Integration muslimischer Kinder und Jugendlicher durch die Schule und den islamischen Religionsunterricht (Hrsg.) Prof Dr. Astrid Dinter ;Prof Dr. Hilary Mooney Band 1 Lit Verlag Berlin 2009

Kucharz, Dorothea: Muslimische Kultstätten im öffentlichen Baurecht. Der Bau von Moscheen im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und einfachem Recht. Schriften zum öffentlichen Recht .Band 1191 :Duncker & Humblot GmbH . Berlin 2011.

Kunzel, Mathias: “ Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik:“ Heimliches Einverständnis?“ Lit Verlag ,Auflage 1 November 2007

Kuschel, Karl-Josef: „Juden; Christen, Muslime: Herkunft und Zukunft“ Patmos Verlag September 2007

Kurt, Hüseyin /Webe, Edmund (Hrsg.): „Die Zukunft der Muslime in Deutschland :Tagungen der Kommunalen Ausländerinnenvertretung Der Stadt Frankfurt am Main (KAV) und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) Eine Dokumentation Ausgewählter Akademischer und Politischer Beiträge. Peter Lang 2011



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Kraft, Sabine: Islamische Sakralarchitektur in Deutschland .Eine Untersuchung ausgewählter Moscheebauten,. Münster. LIT-Verlag 2002

Krumm, Hans-Juergen und Portmann-Tselikas, Paul(Hrsg.): Theorie und Praxis zu österreichische Beiträge zu Deutsch als Fremdsprache. Schwerpunkt: Sprache und Integration. Studien Verlag 2008

Kruse, Marcel: Verschlingt der Islam Deutschland? oder erdrücken Vorurteile den Islam?“ Verlag Books on Demand; Auflage 1 Januar 2009

Lachmann ,Gunther: „Tödliche Toleranz; die Muslime und offene Gesellschaft ,, Verlag-Pipper; Auflage 2 März 2006

Lang, Andreas: „Begegnung zwischen Islam und Christentum -Ein historischer Überblick“ Verlag: Grin Verlag Oktober 2007

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.(Hrg). Der Bürger im Staat. Zuwanderung und Integration. 56.jahrgang Heft 4 2006.

Leggewie, Clau/ Joost, Angela/ Rech, Stefan „Der Weg zur Moschee. Eine Handreichung für die Praxis. Bad Homburg: Herbert-Quandt-Stiftung 2002.

Lewis, Bernard und Pfeiffer,Thomas: „Die Wut der arabischen Welt: Warum der Jahrhunderte Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert.“Vom Campus Verlag Gebundene Auslage August 2003

Ludwig, Hagemann, / Khoury, Adel Thomas(Hg) :Dürfen Muslime auf Dauer in einem nicht –islamischen Land leben? Zu einer Dimension der Integration muslimischer Mitbürger in eine nicht-islamische Gesellschaftsordnung, Religionswissenschaftliche Studie Nr. 42 Würzburg / Altenberge 1997

Mahler, Gerhart: Möglichkeiten religiöser Unterweisung muslimischer Kinder an öffentlichen Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Beschluss der Kulturministerkonferenz In: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Rahmenbedingungen und Materialien zur religiösen Unterweisung für Schüler islamischen Glaubens. Berlin 1987

Marion, Bittermann: Den eigenen Glauben erklärt können- Islamunterricht an niedersächsischen Grundschulen. Feature auf NDR Info.03.

Meier-Braun, Karl-Heinz: Deutschland Einwanderungsland .Begriffe-Fakten-Kontroversen- 2. Auflage Verlag Kohlhammer 2016



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Michsch, Jürgen: Islamforen in Deutschland .Dialoge mit Muslimen ..Interkulturelle Beiträge 22 .Otto Lembeck Verlag .Frankfurt am Main 2005

Mirbach, Ferdinand: Die deutschen Parteien und der Islam , politische Konzepte zur Integration von Muslime. Tectum Verlag Marburg 2008

Mohammad Salim, Abdullah :”Geschichte des Islam in Deutschland” Verlag Styria Gras, Wien, Köln 1981

Muhammed Salim, Abdullah: Was will der Islam in Deutschland? Gütersloh 1993

Adem, Gottfried und Rainer Lachman (Hrsg.):Religionspädagogisches Kompendium .6. neu bearbeitete Auflage Göttingen 2003

Muhammed Salim, Abdullah: Die Präsenz des Islam in Deutschland ,CIBEDO Dokumentation Nr. 1 Frankfurt am Main 1978

Muhammed Salim, Abdullah: Wandel in der islamischen Minderheit ,Zahlen zum komplex Integration und Schule,in :Khory, A, Irkens ,R, Nayma ,W., Muslimischer Kinder in den deutschen Schulen .Altenberg Verlag 1981

Nils, Feindt- Riegers: Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen und Ihr Antrag zur Erteilung und Betreuung vom islamischen Religionsunterricht im Lande Hessen. Gutachten im Auftrag des Hessischen Ministeriums, Wiesbaden, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Hamburg.1999

Obst, Gabriele: Kompetenzorientiertes Lehren und Lernen im Religionsunterricht mit 27 Abbildungen . Vandenhoeck & Ruprecht GmbH &Co.KG; Göttingen 2008

Olf, Bade: Anerkennungen zur aktuellen Situation des Religionsunterrichts in :Langenfeld, C;/Lipp,V7Schneider; I (Hrsg.): Islamische Religionsgemeinschaften und islamischer Religionsunterricht : Probleme und Perspektiven .Göttingen 2005

Oltmer, Jochen (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. IMIS- Schriften 12(Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien) Universität Osnabrück V&R uni press 1. Auflage 2003

Ott, Michael: Ausbildung islamischer Religionslehrer und staatliches Recht. Band 189 :.Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der westfälischen –Universität Münster Duncker & Humblot GmbH :Berlin 2009



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Öztürk, Halit: „Wege zur Integration : Lebenswelten muslimischer jugendlicher in Deutschland“ Transkript März 2007

Peter, Müller:(Religions-)Pädagogische Überlegungen. In : Urs Baumann (Hrsg.) 2002 :Islamischer Religionsunterricht. Grundlagen, Begründungen, Berichte, Projekte, Dokumentation. 2. Auflage. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main 2001.

Pollak, Marie Christin: „Der Islam in der Auseinandersetzung mit der westlichen Welt . Islamismus; Pluralismus; Globalisierung und Islam im Dialog“ Grin Verlag Februar 2008

Polat, Mizrap / Tosun,Cemal (Hrsg.) : Islamische Theologie und Religionspädagogik : Islamische Bildung als Erziehung zur Entfaltung des Selbst . Internationaler Verlag der Wissenschaften. Peter Lang Verlag GmbH Frankfurt am Main .2010

.Rainer Reuter, Lutz- und Dodenhoeft, Martin mit einem Vorwort von **Bayer, Martin** (Hrsg.) von Lutz Raphael :Arbeitsmigranten und gesellschaftliche Entwicklung .Eine Literaturanalyse-und Bildungssituation von Migranten und zu den gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Franz Steiner Verlag Wiesbaden, Stuttgart 1998

Rauf, Cylan: Ethnische Kolonien. Entstehung ,Funktion und Wandel am Beispiel türkischen Moscheen und Cafés .Wiesbaden 2006

Rebecca,Ahrens: Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen als multifaktorielle Problematik und Chance .(Impulse zur Evangelischen Religionspädagogik,5) Münster 2012

Reinhard, Hocker: Türkische Jugendliche im ideologischen Zugriff. Zur Einflussnahme extremistischer Gruppierungen auf Jugendliche Migranten türkischer Herkunft In. Heitmeyer ,Wilhelm/Dollase, Rainer (HG): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren politisierter Gewalt. Frankfurt am1998.

Reiner, Bielefeld: Das Islambild in Deutschland . Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam ,Hrg .Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2008-Bobzin ,Hartmut, Martin Luthers Beitrag zur Kenntnis und Kritik des Islam, In :Neue Zeitschrift für systematische Theologie und Religionsphilosophie 1985

Reinold, Franziska: „In der Kampf der Kulturen vermeidbar und ein kultureller Dialog zwischen dem Westen und den Islamischen Länder möglich?“Grin Verlag April 2008 Guenter Winands “Religiöse Bildung und Integration von Muslimen in : “Islamischer



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Religionsunterricht in Deutschland“ Veröffentlichung des Universität Verlag Osnabrück erschienen im Verlag V und R Uni Press GmbH 2010

Rie, Abu Bakr:“Islam in Deutschland“:Politische Notizen ein Tagebuch. Verlag : Spohr Publishers Limited; Auflage 1 März 2007

Rohe, Mathias: Handbuch Christentum und Islam in Deutschland : Grundlagen, Erfahrungen und Perspektiven des Zusammenlebens . Im Auftrag der Eugen-Biser-Stiftung Band 2. Verlag Herder GmbH; Freiburg im Breisgau 2014

Rohe, Mathias:“ Der Islam – Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven.“ Verlag : Herder, Freiburg Februar 2001

Rohe, Mathias:“Das islamische Recht ,Geschichte und Gegenwart“ München C.K. Beck Max Leibowitz 2009

Rolf, Bade: Islamischer Religionsunterricht „-ein niedersächsischen Versuch in: Bock, W.(Hrsg.) :Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte ,Hintergründe. 2. Durchgesehene Auflage. Tübingen 2007

Rolf, Bade:„Islamischer Religionsunterricht „-ein niedersächsischen Schulversuch In : Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen 2003

Rommel spacher, Birgit: „Anerkennung und Ausgrenzung Deutschland als multikulturelle Gesellschaft:Verlag: Campus Fachbuch, Auflage 1 Oktober 2001

Rühle, Hanna: „Muslime in Deutschland : Ein Leben zwischen Islam und westlicher Kultur Verlag :Gin Verlag Januar 2009

Rupp, Christoph,Hartmu,(Hrsg.): Bildung und Religionsunterricht Jahrbuch für kirchliche Bildungsarbeit Band 5 Pädagogisch-theologisch Zentrum Stuttgart Religionspädagogisches Institut Karlsruhe. 2011

Scheilke Repnik, Hans-Peter(Hg) : Zeitthemen CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag : Islam in Deutschland . Dokumentation einer Anhörung der CDU/CSU Bundestagsfraktion Dezember 1999

Schumann, Christoph:“Integration aus Sicht von Muslimen in Deutschland “in: Petra Bendel /Mathias Hildebrandt (Hg) Integration von Muslimen ,München 2006



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Schymura, Horst, Botecene, Korkut, Inan, Aykam: „Integration- Problem und Chance! Gedanken zur Integration der Muslime in Deutschland. Verlag: Books on Demand; Auflage 1 22. Oktober 2007

Sen, Faruk / Halam, Dirk: Der Islam in der Migration .In Zehntmer, Hans Hrsg. “Der Islam im Spannung “Muslim sein in Europa “ von Ramadan,Tareq Vortrag Marburg 2001

Sen, Faruk und Hayrettin, Ayden: „Islam in Deutschland“ Verlag :C K. Beck München ;Auflage 1 20. Februar 2002

Siegle, Anna: Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen. Probleme, Unterrichtsansätze, Perspektive. Frankfurt am Main .Verlag für Interkulturelle Kommunikation 1990

Spoh, Cornelia: „Zweiheimisch: Bikulturell Leben in Deutschland“ Verlag: Edition Körber Stiftung; Auflage 1 29.September 2006

Stauch, Katja Karimah :Die Entwicklung einer islamischen Kultur in Deutschland .Eine empirische Untersuchung anhand von Frauenfragen“ Weissensee Verlag Dezember 2004

Steffen, Angenddt, /Imke Kruse : (2004) Migration- und Integrationspolitik in Deutschland 2002-2003 ;der Streit um das Zuwanderungsgesetz .In Bade ,Michael/Munz Rainer (Hrsg) Migrationsreport .Fakten, Analysen –Perspektiven Frankfurt am. Main 2004

Steinbiss, Daniela/ Huntington, P Samuel: These vom Kampf der Kulturen und seine Darstellung des Islams Grin Verlag Juli 2008

Tepick, Ebru: Bildungsarbeit im Auftrag des Islamismus . 1. Auflag Deutscher Universitätsverlag GmbH ;Wiesbaden Februar 2003

Thorsten, Anger,: Islam in der Schule .Rechtliche Wirkungen der Religionsfreiheit und der Gewissensfreiheit sowie des Staatskirchenrechts im öffentlichen Schulwesen .Berlin 2003

Tibi, Bassam:“Der Islam und Deutschland. Muslime in Deutschland „Gebundene AusgabeDeutsche Verlags-Anstalt DVA 4.Oktober 2001

Toprak, Ahmet: Integrationsunwillige Muslime. Ein Milieubericht:Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau 2010

Treichler, Andreas : Arbeitsmigration und Gewerkschaften: Das Problem der sozialen Ungleichheit im internationalen Maßstab und die Rolle der Gewerkschaften bei der Regulation Transnationaler Migrationen, untersucht am Beispiel Deutschlands und



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Arbeitsmigration aus der Türkei und Polen (Hrsg) von Dietrich Thränhardt .Band 8 LIT Verlag 1998

Treichler, Andreas: Arbeitsmigration und Gewerkschaften. Studien zu Migration und Minderheiten (Hrsg) von Tränhardt Band 8. LIT Verlag Münster 1998

Twardella, Johannes: Moderner Islam.Fallstudien zur islamischen Religiosität in Deutschland. Religionswissenschaftliche Texte und Studien Georg Olms Verlag Hildesheim 2004

Ucar, Bülent /Bergmann, Danja (Hg): Islamischer Religionsunterricht in Deutschland .Fachdidaktische Konzeptionen. Ausgangslage, Erwartungen und Ziele. Veröffentlichung des Zentrums für Interkulturelle Islamstudien der Universität Osnabrück. V&R –Uni press 2010

Vellmar, Anya :Religiöse Kindererziehung und religiös begründete Konflikte in der Familie : Studien zum deutschen und internationalen Familien-und Erbrecht. Herausgegeben von Martin Lipp, Christoph Benicke und Maria Wellenhofer Band 3 Frankfurt am Main 2010

Viesel, Adel / Spreng,Angelika / Haase,Rainer (Hrsg.): Hessisches Schulgesetz .Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen. Praxishilfen Schule .Bei Hermann Luchterland Verlag GmbH &Co. KG: Neuwied ,Kritel, Berlin 1993 .

Wendt, Harmut(Hrsg): Zuwanderung nach Deutschland –Prozesse und Herausforderungen.Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises „Migration- Integration-Minderheiten „der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Oktober 1998.

Werner, Hauß-Mann: Interkulturelle Erziehung: Konturen eines neuen Bildungsprinzips in Erziehungswissenschaft und Religionspädagogik, in R:Kirste, P:Schwarzenau ,U Twoeruschka (hg) Religionen im Gespräch Balve 1992

Wolf Dieter, Ahmed Aries:“Warum islamischer Religionsunterricht in Deutschland? In: Jürgen, Heumann (Hrsg.).Religion;Ethik,Philosophie in der multireligiösen Schule .Auf dem Weg zu Dialog und Integration“. Zentrum für pädagogische Beruf Praxis .Universität Oldenburg. 1999

Wolf Dieter, Ahmed Aries: „Das Interesse des Islam an Art.7 Abs.3 des GG in Deutschland Statement /Kurzvortrag auf der Jahrestagung des Arbeitskreises für Religionspädagogik 1997:In Jürgen, Heumann (Hrsg.);Ethik,Philosophie in der multireligiösen Schule .Auf dem



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Weg zu Dialog und Integration“. Zentrum für pädagogische Beruf Praxis .Universität Oldenburg.1999

Wolf-Dieter, Mayer: "Integration im Stadtteil .Möglichkeiten sozialer Intervention .Deutsche und Ausländer im Stadtteil –Integration durch Kindergarten-Projekt Berlin Wedding. Verlag Schelzky&Jeep, Berlin 2007

Wunn, Ina:“Moslemische Gruppierungen in Deutschland „in Zusammenarbeit mit Hamed Mohaghegh ,Bertram Schmitz ,Wolf D.AhmedQries ,Hilal Al –Fahedu.a Verlag W .Kohlhammer GmbH Stuttgart 2007

Wunn, Inna: „Muslimische Gruppierung in Deutschland: Ein Handbuch Verlag: Kohlhammer April 2007

Yaser, Aysun: .Die DITIB zwischen der Türkei und Deutschland Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion. (HRSG) VON Rahul Peter Das, Angelika Hartmann. JensPeter Laut, Ulrich Rebstock, Tilman Seidensticker Band 32 :Egon Verlag 2012

Zehetmair, Hans: „Der Islam : Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog „,VS Verlag August 2005

Zwengel, Almut (hg): Die Gastarbeiter in der DDR: Politischer Kontext und Lebenswelt Band XIII: Studien zur DDR-Gesellschaft LIT Verlag Berlin 2001



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Anhang



Abbildung 1 Brief an Eltern

Liebe Eltern,

zunächst wünsche ich Ihnen einen gesegneten Ramadan Monat


Ich bin Doktorandin an der Universität Oran und mache im Rahmen meiner Doktorarbeit mit dem Thema „Islamischer Religionsunterricht an Öffentlichen Schulen(Bundesland Hessen) als Mittel zur Integration „eine anonyme Frageuntersuchung, die sich an Eltern richtet hinsichtlich einer Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen an öffentlichen Schulen. Hierzu bitte ich Sie um Hilfe und Kooperation. Der Fragebogen enthält 14 Fragen und benötigt nur wenig Zeit. Für Ihre Mitwirkung danke ich Ihnen herzlich.

Frau Dahbia Khendek



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Abbildung 2 Weiter- und Ausbildungsprogramm der Lehrkräfte für Grundschule an der JLU

JUSTUS-LIEBIG-
 UNIVERSITÄT
GIESSEN

Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik
Dr. Yasar Sarikaya

Kompetenzen

Die Teilnehmenden und Lernenden

Weiterbildungsprogramm für Islamische Religion

Beginn des Kurses: Di., den 19. März 2013
Ende des Kurses: Mo., den 03. März 2014
Wochentag: Montag, 14.00-18.00 Uhr, jeweils 4 Stunden
Umfang: 40 Wochen x 4 Stunden = 160 Stunden (die fehlenden 80 Stunden in Form der Blockveranstaltungen)

Moderation und wissenschaftliche Betreuung:
Professur für islamische Theologie und ihre Didaktik JLU Gießen

Inhalte der Weiterbildung:

Modul 1: Theologische Grundlagen und Hauptquellen des Islam (ca. 14 Wochen)

1.1. Hauptquellen
Koran
Hadith und Sunna

1.2. Glaubenslehre

Veranstaltungsformen: Vorlesung, Seminar, Übung

Inhalte:

- Elementare islamische Glaubensinhalte (*aqaid*), theologische Hauptfragen (*kalam*) und ihre Argumentationszusammenhänge
- Lehrmeinungen der verschiedenen Konfessionen und ihre Bedeutung für Muslime in Europa
- Hauptquellen des Islam, Koran und Sunna
- Methoden und Ansätze der Koranexegese
- Aufbau, Entstehung und Bewertung der Überlieferungen des Propheten Muhammad (hadith-Wissenschaft)
- Didaktische Grundkenntnisse zur Einordnung theologischen Fragens und der Hauptquellen des Islam im islamischen Religionsunterricht der Grundschule
- Elementare Sprachformen des Arabischen

1



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

**JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN**

Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik
Dr. Yasar Sarikaya

Kompetenzen:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- kennen elementare islamische Glaubensinhalte (das Wissen von dem einen Gott und seinem Propheten Muhammad), theologische Hauptfragen und ihre Argumentationszusammenhänge
- können sie darstellen und eigenständig reflektieren
- kennen elementare Lehrmeinungen der verschiedenen Konfessionen und
- können ihre Relevanz für Muslime in Europa erfassen und verstehen
- verfügen über Grundkenntnisse der Auslegung des Koran, der Wissenschaft des Aufbaus, der Entstehung und Bewertung der Überlieferungen des Propheten Muhammad (hadith)
- können sie reflektieren und sich mit ihnen auseinandersetzen
- können ihr Wissen über theologische Grundlagen und Hauptquellen des Islam und ihre eigenständige theologische Auseinandersetzung damit fachdidaktisch reflektieren und einordnen
- können die eigenen Glaubensvorstellungen explizieren und begründen
- können die Glaubensgrundlagen und die Kernbereiche der Theologie des Islam darstellen und reflektieren

Prüfungsform: modulteilnehmend
Klausur zur Vorlesung (60 Minuten)
Präsentation und Hausarbeit oder Referat und Hausarbeit zum Seminar
Kolloquium zur Übung
Kompensation: eine Kompensation nicht bestandener Teilprüfungen ist nicht möglich.
Ausgleichsprüfung: Die Ausgleichsprüfung besteht im Falle eines Nichtbestehens (weniger als 5 Punkte) der Klausur aus einer weiteren Klausur (60 Minuten), der Hausarbeit aus einer Überarbeitung innerhalb von 14 Tagen, des Kolloquiums aus einer Wiederholung des Kolloquiums.
Wiederholungsprüfung: Die Wiederholungsprüfung wird als eine auf das gesamte Modul sich beziehende Klausur (120 Minute) durchgeführt.

Modul 2: Glaubenspraxis in Vergangenheit und Gegenwart (ca. 14 Wochen)

- 2.1. Die Prophetenbiographie und die Geschichte des Islam
- 2.2. Riten, Feste und Feierlichkeiten
- 2.3. Musik und Kunst
- 2.4. Ethik und Mystik

Veranstaltungsformen: Vorlesung, Seminar, Übung

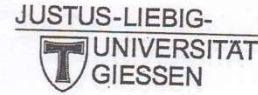
Inhalte:

- Biographie Muhammads und ihre Entstehung
- Sonderstellung der Biographie Muhammads in der islamischen Geschichte und ihre Orientierungsfunktion für praktizierende Muslime
- Grundzüge der islamischen Geschichte von den Anfängen bis zum Islam im Europa

2



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen



Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik
Dr. Yasar Sarikaya

- der Gegenwart
- Grundzüge der Wissenschaft *usul al-fiqh* und des *fiqh*: elementare Normen des *fiqh*, unterschiedliche Ansätze ihrer Herleitung und ihre Bedeutung für den religiösen Alltag
- Rezitation ausgewählter Suren, Verse, Formeln und Gebete des Koran in der Originalsprache
- Muslimische Glaubenspraxis
- *fiqh* und die Lebenswirklichkeit der Muslime in Europa, seine Vorgaben im Vergleich zu europäischen Menschen- und Naturrechtstraditionen
- Muslimische Feste, muslimische Lebensweise und Speisegebote

Kompetenzen:

- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- erkennen die Grundzüge der Biographie des Propheten Muhammad
- wissen um ihre Vorbild- und Orientierungsfunktion für Muslime in der Gegenwart
- kennen Grundzüge islamischer Geschichte (z. B. die Rechtgeleiteten Kalifen) unter besonderer Berücksichtigung der Muslime in Europa und können die Wechselwirkung zwischen islamischer und europäischer Kultur und ihren Religionen erfassen, reflektieren und darstellen
- können ausgewählte Suren, Verse, Formeln und Gebete des Koran in der Originalsprache rezitieren
- kennen die Kernbereiche des *Fiqh*, die die alltäglichen und rituellen Handlungen betreffen
- können Fragen und Probleme, die sich aus der Lebenswirklichkeit der Muslime in Europa ergeben differenziert darstellen und reflektieren
- kennen die Gedankenwelt, Grundtugenden, Spiritualität und Handlungsmuster der Ethik und Mystik erkennen und deuten

Prüfungsform: modulabschlussend

Prüfungsvorleistung: Als Prüfungsvorleistung gilt die aktive Mitarbeit in den Veranstaltungen, die vom Dozenten durch folgende Prüfungsvorleistungsformen festgelegt werden kann: Referat, Präsentation, Lektüre, Hausaufgaben (sie sind mit einem angemessenen Workload von max. einer Stunde pro Hausaufgabe zu berechnen), Protokoll

Prüfungsleistung: Hausarbeit im Rahmen des Seminars mit einem Thema zu einem der Modulhalte.

Wiederholungsprüfung: Als Wiederholungsprüfung wird eine neue Hausarbeit mit einem anderen Thema zu einem der Modulhalte vereinbart.

Modul 3: Islamische Religionspädagogik und Fachdidaktik (ca. 12 Wochen)

Veranstaltungsformen: Vorlesung, Seminar, Übung

Inhalte:

- Didaktik der Elementarisierung
- Interkulturelle und interkonfessionelle und interreligiöse Dimensionen islamischer



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik
Dr. Yasar Sarikaya

- Religionsdidaktik und Religionspädagogik
- Bedeutung der Aufwuchsbedingungen und (entwicklungs-)psychologische Lernvoraussetzungen von Kindern für das Lernen islamischer Religion in der Schule
 - Pädagogische und islamisch theologische Begründungen für den islamischen Religionsunterricht in der weltanschaulich neutralen Schule
 - Medien, Materialien und Methoden des islamischen Religionsunterrichts
 - Außerschulische Orte islamisch religiöser Erziehung und religiösen Lernens
 - Religiöse Erziehungskonzepte, Lernkonzepte und Fachdidaktiken im Vergleich

Kompetenzen:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- können begründet Inhalte und Kompetenzziele für den islamischen Religionsunterricht im Rahmen allgemeiner Bildungsziele der Grundschule bestimmen
- kennen die Entstehung und Entwicklung der islamischen Religionspädagogik
- können unter Berücksichtigung der lebensweltlichen Erfahrungen der Kinder, ihrer Aufwuchsbedingungen und (entwicklungs-)psychologischen Lernvoraussetzungen sowie unter Berücksichtigung ihrer theologischen Fachkenntnisse religiöse Lernprozesse für den schulischen Religionsunterricht entwickeln und planen
- können Medien, Materialien und Methoden des islamischen Religionsunterrichts fachdidaktisch analysieren und beurteilen
- kennen Curricula islamischen Religionsunterrichts in der Grundschule, können sie bewerten und verfügen über Planungsstrategien zu ihrer Umsetzung
- kennen außerschulische Orte islamisch religiöser Erziehung und religiösen Lernens und können ihre Bedeutung für den islamischen Religionsunterricht in der Schule erfassen
- können fachdidaktisch und allgemein didaktisch begründete Perspektiven für fächerübergreifenden Unterricht erkennen und entwickeln (religionspädagogische Projektarbeit in der Schule)

Prüfungsform: modulbegleitend

Klausur zur Vorlesung (60 Minuten)

Referat und Hausarbeit im Seminar

Präsentation in der Übung

Kompensation: eine Kompensation nicht bestandener Teilprüfungen ist nicht möglich.

Ausgleichsprüfung: Die Ausgleichsprüfung besteht im Falle eines Nichtbestehens (weniger als 5 Punkte) der Klausur aus einer weiteren Klausur (60 Minuten), der Hausarbeit aus einer Überarbeitung innerhalb von 14 Tagen, der Präsentation aus einem Kolloquium.

Wiederholungsprüfung: Die Wiederholungsprüfung wird als eine auf das gesamte Modul sich beziehende Klausur (120 Minuten) durchgeführt.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik
Dr. Yasar Sarikaya



Abschlussprüfung:

Das Studium endet für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen mit einer Erweiterungsprüfung nach § 33 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG), für andere Lehrkräfte mit dem Erwerb eines Zertifikats nach § 3 Absatz 3 Satz 3 HLbG. Die Erweiterungsprüfung bzw. die zur Erteilung des Zertifikats abzulegende Prüfung besteht aus einer Klausur und einer mündlichen Prüfung. Auf die Klausur können die Ergebnisse der im Weiterbildungsstudium absolvierten Modulprüfungen anerkannt werden; die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt höchstens 60 Minuten.

Umfang: 40 Wochen x 4 Stunden = 160 Stunden (davon ca. 20 Stunden in Form der Blockveranstaltungen)

Moderation und wissenschaftliche Supervision
Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik, JLU Gießen

Inhalte der Weiterbildung:

Modul 1: Theologische Grundlagen und Hauptquellen des Islam (ca. 14 Wochen)

- 1.1 Hauptquellen
 - Koran
 - Hadith und Sunna
- 1.2 Glaubenslehre

Veranstaltungsformen: Vorlesung, Seminar, Übung

Inhalte:

- Konzepte der islamischen Glaubenslehre (aqida), theologisches Weltbild und seine Argumentationszusammenhänge
- Lehrentwürfe der verschiedenen Konfessionen und ihre islamische Fundamentierung
- Hauptquellen des Islam, Koran und Sunna
- Methoden und Ansatz der Koranexegese
- Aufbau, Ektichung und Bewertung der Überlieferungen (Hadith-Wissenschaft)
- Deutsche Grundverständnisse: Einordnung des Islam in den europäischen Kontext
- Hauptquellen des Islam im türkischen Religionsunterricht
- Elementare Struktur des arabischen



Abbildung 3 Interviewtermine

3.1 Interviewtermin: Gesendet an Herrn Professor Yaser Sarikaya

De : Dahbia YAHIAOUI <y.dahbia@hotmail.com>

Envoyé : lundi 11 juillet 2016 16:10

À : Yasar.Sarikaya@islamtheologie.uni-giessen.de

Objet : Interviewtermin

Sehr geehrter Professor Yasar Sarikaya,

mein Name ist Frau Yahiaoui Dahbia aus der Universität Oran. In meinem Dissertationsprojekt forsche ich zum Thema: „Islam Unterricht an deutschen Schulen als Mittel zur Integration „ am Beispiel Bundesland „Hessen“.

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes soll ein inhaltlicher Schwerpunkt im empirischen Teil meiner Arbeit sein.

Ich bitte Sie um einen Interviewtermin, in dem es um folgende Fragen gehen soll.

- Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten Islam-unterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 erteilt. Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung dieses Lehramtsstudiengangs aus?
- Welche Rolle kann nach Ihrer Meinung die Unterrichtung des Islam als ordentliches Lehrfach bei der Integration der Muslime spielen?
- Wie hoch ist die Nachfrage an diesem Studiengang?
- Welche theologische- Ausrichtung, Lehrinhalte und didaktische Konzepte werden im Studiengang verfolgt?
- In wie weit ist die Akzeptanz der muslimischen Gemeinde in Gesamt -Hessen- für die Erteilung des islamischen Religionsunterricht durch DITIB und Ahmadiya Muslim Jamaat vorhanden?
- Könnte nicht ein- Konflikt zwischen DITIB und Ahmadiyya später zum Scheitern des erfolgreichen Projekts in Hessen führen?
- Zwei Jahren nach Einrichtung des - theologischen Lehrstuhls an der Universität Giessen; welche Bilanz(positive und /oder - negativ) können Sie ziehen ?
- Welche Hürden bei der Ausbildung der Lehrkräfte müssen noch beseitigt werden? Welche Lösungswege haben sich ergeben?



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Sehr geehrte Herr Professor Yasar Sarikaya , ich wäre Ihnen sehr Dankbar, wenn Sie mir die Möglichkeit, geben dieses Interview mit Ihnen zu führen .

Mit freundlichen Grüßen

Frau Dahbia Yahiaoui

Doktorandin bei Herrn D.r. Professor Aoussine Sedikki und Herrn Dr. Prof. Albrecht .Fuess



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.2 Interviewtermin: Gesendet an Frau Nurgül Altuntas

Dahbia YAHIAOUI
Jeu 18/08/2016 09:08
Nurguel.Altuntas@kultus.hessen.de

Sehr geehrter Prof.3.docx

Liebe Frau Altuntas,
für einen Interviewtermin mit ihnen würde ich Ihnen sehr Dankbar.
Leider wird meinen Forschungsaufenthalt in kürzer ablaufen .Am 31.08. Kehre ich Heim
Wenn Sie bis dahin Zeit haben, dann würde ich mich freuen.
Anbei finden Sie den Fragenkatalog
Mit herzlichen Grüßen
Frau Dahbia Yahiaoui
Aus dem Centrum für Nah und Mittelost-Studien (CNMS) Marburg

De : Nurguel.Altuntas@kultus.hessen.de <Nurguel.Altuntas@kultus.hessen.de>

Envoyé : mercredi 3 août 2016 20:08

À : y.dahbia@hotmail.com

Objet : AW: Interviewtermin

Melde mich nach meinem Urlaub. H. G. N. Altuntas

Von: Dahbia YAHIAOUI [mailto:y.dahbia@hotmail.com]

Gesendet: Monday, August 01, 2016 10:59 AM

An: Altuntas, Nurgül (HKM)

Betreff: Interviewtermin

Sehr geehrte Frau Altuntas,

Anbei finden Sie den Fragenkatalog zum Interview
Mit herzlichen Grüßen
Frau Dahbia Yahiaoui
Gastwissenschaftlerin Centrum für Nah und Mittelost-Studien(CNMS)



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.3 Interviewtermin :Gesendet an Herrn Ozkan Salih DITIB Vorsitzender

From: tugba_yasar@hotmail.de
To: y.dahbia@hotmail.com
Subject: RE: Interviewtermin
Date: Thu, 28 Jul 2016 11:56:20 +0200

Liebe Frau Dahbia,

ich entschuldige mich für die verspätete Antwort. Ihre Fragen habe ich erhalten. Allerdings können wir als DITIB nicht alle Fragen beantworten. Zum Beispiel fragen Sie nach dem Lehramtsstudiengang in Gießen und der Nachfrage an diesem Studiengang. Das können wir leider nicht wissen. Wir müssten dies selbst auch an der JLU in Gießen zunächst anfragen. Von daher denke ich, dass Sie diese Fragen an Herrn Yasar Sarikaya (Leiter des Lehramtsstudiengangs an der JLU) stellen sollten.

Konkret geht es um folgende Fragen:

* Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten Islamunterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 erteilt. Wie sieht Ihre Zufriedenheit mit der Einrichtung dieses Lehramtsstudiengangs aus?

* Wie hoch ist die Nachfrage an diesem Studiengang?

* Welche theologische- Ausrichtung, Lehrinhalte und didaktische Konzepte werden im Studiengang verfolgt?

(wir wissen zwar, welche Lehrinhalte dort unterrichtet werden, allerdings kann Ihnen Prof. Dr. Sarikaya diese Frage konkreter beantworten)

* Zwei Jahren nach Einrichtung des - theologischen Lehrstuhls an der Universität Gießen; welche Bilanz(positive und /oder - negativ) können Sie ziehen?

Außerdem schreiben Sie in der ersten Fragestellung, dass DITIB den Körperschaftsstatus bekommen hat. Das ist leider so nicht richtig. Die Ahmadiyya Muslim Jamaat hat den Körperschaftsstatus bekommen, die DITIB hingegen ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft. Ich kann Ihnen aber dann im Interview sagen, inwiefern eine Zusammenarbeit dieser beiden Gemeinschaften besteht.

Können Sie mir bitte noch sagen, wann Sie spätestens die Antworten brauchen? Unser Vorgesetzter, Herr Özkan, ist bis zum 15.08. im Urlaub. Ich würde gerne auch mit ihm über die Fragen sprechen und die Antworten Ihnen anschließend zusenden.

Mit freundlichen Grüßen
Tugba Güclü



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

3.4 Interviewtermin: Gesendet an Herrn Wagishauser Bundesvorsitzender der Ahmaddiya Muslim Jamaat

Von: Dahbia YAHIAOUI [mailto:y.dahbia@hotmail.com]

Gesendet: Montag, 11. Juli 2016 19:20

An: Amir

Betreff: Interviewtermin

Sehr geehrter Herr,

mein Name ist Frau Yahiaoui Dahbia aus der Universität Oran. In meinem Dissertationsprojekt forsche ich zum Thema: „Islam Unterricht an deutschen Schulen als Mittel zur Integration „ am Beispiel Hessen.

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes soll ein inhaltlicher Schwerpunkt im empirischen Teil meiner Arbeit sein.

Ich bitte Sie um einen Interviewtermin, in dem es um folgende Fragen gehen soll.

From: Amir@ahmadiyya.de

To: y.dahbia@hotmail.com

Subject: AW: Interviewtermin

Date: Mon, 11 Jul 2016 18:14:37 +0000

Sehr geehrte Frau Dahbia Yahiaoui,

Assalamo alaikum wa rahmatullahe wa barakatohu,
Mögen diese Zeilen Sie bei bester Gesundheit vorfinden.

Vielen Dank für Ihre Anfrage und selbstverständlich stehe ich für ein Interview zur Verfügung.

Wenn Sie mich in Frankfurt besuchen wollen kann ich Ihnen vorerst drei Termine geben:

18.07. 18 Uhr

20.07. u. 21.07. kann ich noch flexibel anbieten.

Unsere Zentrale ist in der Genferstr.11, 60437 Frankfurt

Wassalam,

Abullah Uwe Wagishauser

Bundesvorsitzender AMJ KdÖR



Abbildung 4 Gesetztexte zur Thematik der Arbeit

Im Folgenden sind die wichtigsten Artikel GG der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Thematik der Arbeit: Die Frage nach Religionsunterricht an öffentlichen Schulen aufgeführt sowie diejenigen Artikel der Weimarer Reichs-Verfassung, auf welche das Grundgesetz in diesem Zusammenhang zurückgreift.

Die ausgewählten Artikel geben aber nur einen großen Überblick über die rechtliche Situation. Da in dieser Arbeit auch die Situation in Hessen betrachtet wird, sind zusätzlich zu den Artikeln GG fünf weitere Artikel der Landesverfassung Hessen und drei hessischen Schulgesetz angefügt.

4.1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland⁴⁴⁵ Vom 23.Mai 1949

Artikel 3 [Diskriminierungsverbote]

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4 [Glaubens-Gewissens-und Bekenntnisfreiheit]

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Artikel 7 [Schulwesen]

- (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
- (2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
- (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen

⁴⁴⁵ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Verfassung des Landes Hessen. Mit Einführung und Einem Anhang. Allgemeine Erklärungen der Menschenrechte. Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Auszug) Charta der Vereinten Nationen 42. Auflage. Verlag. Dr. Max Hehlen. Bad Homburg vor der Höhe 1985



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

- (4) Das Recht zu Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
- (5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonders pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Auftrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art. in der Gemeinde nicht besteht.

Artikel (33) [Staatsbürgerlicher Gleichstellung aller Deutschen]

- (3) Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

Artikel 140 [Recht der Religionsgemeinschaften, die Glaubensfreiheit, Schutz von Sonn- und Feiertagen.

Die Bestimmungen der Art.136, 137,138,139 und 141 der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteile dieses Grundgesetzes.

Artikel 141 [Bremer Klausel]

Art. 7 Absatz 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1.Januar 1949 eine andere Lands rechtliche Regelung bestand.



4.2 Die Deutsche Verfassung von 1919 (Weimarer Reichs-Verfassung)⁴⁴⁶

Dritter Abschnitt Religion und Religionsgesellschaften

Artikel 135

- (1) Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt.

Artikel 136

- (1) Die bürgerlichen und staatlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.
- (2) Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.
- (3) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.
- (4) Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zu Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden.

Artikel 137

- (1) Es besteht keine Staatskirche.
- (2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluss von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen.
- (3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.

⁴⁴⁶ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Verfassung des Landes Hessen. Mit Einführung und Einem Anhang. Allgemeine Erklärungen der Menschenrechte. Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Auszug) Charta der Vereinten Nationen 42. Auflage. Verlag. Dr. Max Hehlen. Bad Homburg vor der Höhe 1985



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- (4) Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes.
- (5) Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, sowie sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verband zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.
- (6) Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der Landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.
- (7) Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.
- (8) Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ab.

Artikel 138

- (1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.
- (2) Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereinen an ihren für Kultur-Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigem Vermögen werde gewährleistet.

Artikel 139

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Artikel 141

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.



4.3 Verfassungen des Landes Hessen ⁴⁴⁷

Artikel 1 Gleichheit

Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.

Artikel 48 : Freie Religionsübung, Glaubensgemeinschaften, Verbot der Staatskirche

- (1) Ungestörte und öffentliche Religionsübung und die Freiheit der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften werden gewährleistet.
- (2) Niemand darf gezwungen oder gehindert werden an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder religiösen Übung teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.
- (3) Es besteht keine Staatskirche

Artikel 56:

- (1) Es besteht allgemeine Schulpflicht. Das Schulwesen ist Sache des Staates. Die Schulaufsicht wird hauptamtlich durch Fachkräfte ausgeübt.
- (2) An allen hessischen Schulen werden die Kinder aller religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen in der Regel gemeinsam erzogen (Gemeinschaftsschule)
- (3) Grundsatz eines jeden Unterrichts muss die Duldsamkeit sein. Der Lehrer hat in jedem Fach auf die religiösen und Weltanschaulichen Empfindungen aller Schüler Rücksicht zu nehmen und die religiösen und weltanschaulichen Auffassungen sachlich darstellen.

Artikel 57: Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

- (1) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Der Lehrer ist im Religionsunterricht unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts an die Lehren und Ordnungen seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft gebunden.

Artikel 58 :Teilnahme an Religionsunterricht.

Über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht bestimmt der Erziehungsberechtigte. Kein Lehrer kann verpflichtet oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Art. 60 Abs. 2 S. 2 Verf. Hessen

⁴⁴⁷ Hessische Landeszentrale für Politische Bildung: Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Wiesbaden 2012
Siehe noch: Praxis der Kommunalverwaltung Hinke Karl. Verfassung des Landes Hessen:Kommentar



4.4 Das Hessische Schulgesetz⁴⁴⁸

Erster Teil Recht auf schulische Bildung und Auftrag der Schule

§1 Recht auf schulische Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch ein Schulwesen gewährleistet, das nach Maßgabe dieses Gesetzes einzurichten und zu unterhalten ist. Aus diesem Recht auf schulische Bildung ergeben sich einzelne Ansprüche, wenn sie nach Voraussetzungen und Inhalt in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes bestimmt sind.
- (2) Für die Aufnahme in eine Schule dürfen weder Geschlecht, Herkunftsland oder Religionsbekenntnis oder gesellschaftliche Stellung der Eltern bestimmend sein.

§ 2 : Bildung -und Erziehungsauftrag der Schule

- (1) Die Schulen im Lande Hessen erfüllen in Ihren verschiedenen Schulstufen und Schulreformen den ihnen in Art.56 der Verfassung des Landes Hessenerteilten gemeinsamen Bildungsauftrag, der auf humanistischer und christlicher Tradition beruht. Sie tragen dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Persönlichkeit in der Gemeinschaft entfalten können.
- (2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung GG und der Verfassung des Landes Hessen
 - *Grundrechte für sich und andere wirksam werden lassen,
 - *Staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen,
 - *Christliche und humanistische Traditionen erfahren und religiöse und kulturelle Werte achten,
 - *Toleranz,Gerechtigkeit und Solidarität beim Umgang mit anderen Menschen achten
 - *Gleichberichtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in der Geschichte, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur erfahren,
 - *Andere Kulturen Verstehen,

⁴⁴⁸ Hessisches Schulgesetz.Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen.Adelheid viesel/ Angelika Spreng, Rainer Haase.Praxishilfen Schule Hermann Luchterhand Verlag. &co. KG: Neuwied, Kriftel 1993 S. 15-16



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

*Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,

§ 3: In § 3 Abs. 3 enthält ein Diskriminierungsverbot: Niemand darf wegen des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse....benachteiligt oder bevorzugt werden.

In § 3 Abs. 8 wird die besondere Förderung ausländischer Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sollen so gefördert werden, dass sie möglichst rasch zusammen mit deutschen Kindern unterrichtet werden können und deutsche Abschlüsse erwerben können. Wie diese Förderung allerdings aussehen könnte wird im Schulgesetz nicht ausgeführt.

§ 8 Religionsunterricht

- (1) Religion ist Pflichtfach, nimmt jedoch aufgrund der Verfassungsrechtlichen Absicherung (Art. 7 Abs. 2 und 3 GG und Art.57 Hessische Verfassung) eine Sonderstellung in der Schule ein. Diese Sonderstellung wird durch die Trennung von Kirche und Staat (Seit Weimarer Verfassung Art.137) gekennzeichnet.
- (2) Keine Lehrerin und kein Lehrer kann verpflichtet oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen im Vergleich mit (Art. 4 GG)
- (3) Eine Abmeldung vom Religionsunterricht ist möglich. Hierüber entscheiden die Eltern, nach Vollendung des 14. Lebensjahres der Schülerinnen und Schüler.
- (4) Die Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, sind verpflichtet, an einem Ethikunterricht teilzunehmen, in dem Ihnen das Verständnis für Wertvorstellungen und ethische Grundsätze und der Zugang zu ethischen, philosophischen und religionskundlichen Fragen vermittelt wird.
- (5) Seit 1983 wird in Hessen Ethikunterricht schrittweise eingeführt.

§ 93 Staatliche Schulaufsicht

- (1) Die staatliche Schulaufsicht kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Schule informieren und Unterrichtsbesuche durchführen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter kann an der Schulkonferenz und an Sitzungen der Elternvertretungen und Schülervvertretungen teilnehmen. Eine Vertreterin oder Vertreter kann an den Konferenzen der Lehrkräfte teilnehmen und deren Einberufung verlangen.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

- (2) Pädagogische Bewertungen sowie unterrichtliche und erzieherische Entscheidungen und Maßnahmen kann sie nur aufheben, zu erneuter Entscheidung zurückverweisen und darüber sie dann erforderlichenfalls selbst entscheiden, wenn
- 1- Wesentliche Verfahrens-und Rechtsvorschriften verletzt wurden
 - 2- Von unrichtigen Voraussetzungen oder sachfremden Erwägungen ausgegangen wurde.
 - 3- Gegen allgemein anerkannte pädagogische Grundsätze oder Bewertungsmaßstäbe oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler verstoßen wurde.



Der Weg in die Integration der Muslime in Deutschland : Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als Mittel zur Integration. Am Beispiel Bundesland Hessen

Abbildung 5 Eigenständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Frau Dahbia Khendek